Dienstag, 2. Dezember 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1. – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

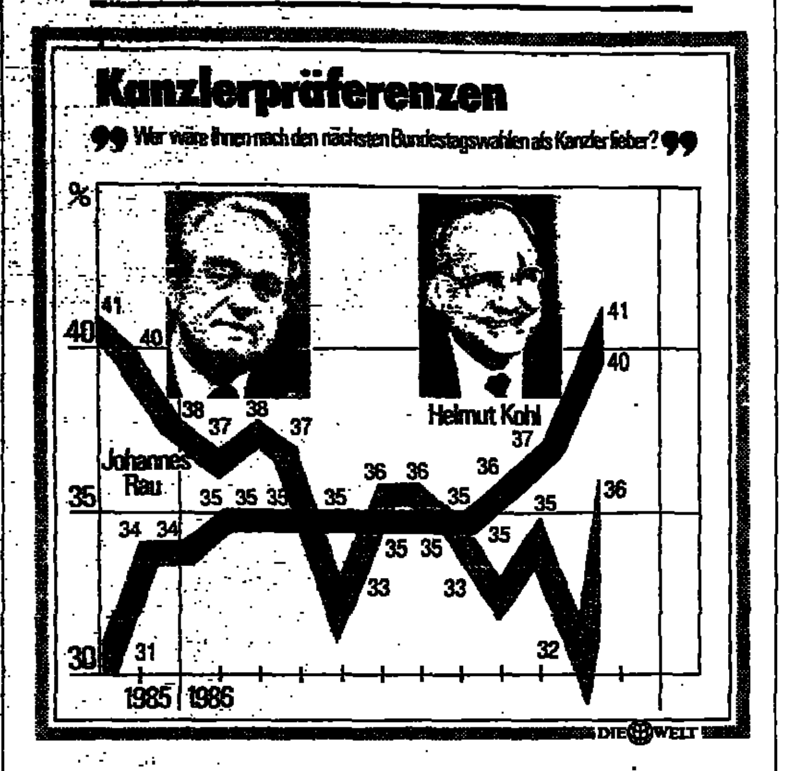
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 280 - 49.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 9,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 650 TL

exklusiv in der WELT



Absolute Mehrheit nicht in Sicht

Nach der Hamburg-Wahl, bei der die SPD 9,5 Prozentpunkte einbüßte, sprach man schnell von einer möglichen absoluten Mehrheit der Unionsparteien bei der Bundestagswahl. Weit gefehlt, sagt Frau Professor Noelle-Neumann: Eine wachsende Mehrheit für das Regierungslager ja, aber nur dank eines Aufwärtstrends bei der FDP. Das Institut für Demoskopie Allensbach beobachtet wöchentlich im Auftrag der WELT bis zum Stichtag 25. Januar die Wählerbewegungen. Heute unter anderem: Wie reagieren die Wähler auf die Rheinvergiftung? Wo sammelt Kohl Punkte, was wird ihm angekreidet? Seite 8

Heute in der WELT

Erst Lehre, dann Studium

Als Tochter und Sohn ihn wegen eines geplanten Studiums um Rat fragten, empfahl Henning Berlin, der Chef der Dortmunder Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS): *Macht zunächst mal eine Lehre. Für einen Hochschulbesuch* im Anschluß ist es nicht zu spät. Warum er seinen Kindern nach dem Abitur diesen Rat gegeben hat, begründet Henning Berlin *in der Hochschul-WELT*. *Seite 9*

POLITIK

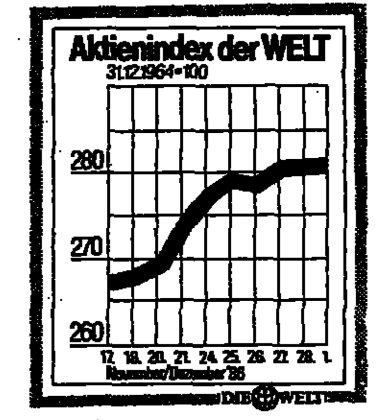
Flucht: Von einer Touristengruppe haben sich in München 13 Polen abgesetzt. Die Flucht fiel auf, als die ursprünglich 29 Mitglieder umfassende Reisegesellschaft am Grenzübergang Bayerisch Eisenstein über die CSSR nach Polen zurückfuhr.

Abrüstung: Moskaus Sonderbeauftragter Suslow traf in Rom ein, um Italiens Regierung über die Entwicklungen bei den Abrüstungsgesprächen mit den USA zu informieren. Rom hatte die Verletzung des SALT-Abkommens *durch die USA* verurteilt.

WIRTSCHAFT

Forschung: Die deutsche Wirtschaft gibt 33 Mrd. Mark. (S. 13)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten war die Tendenz zum Wochenbeginn *uneinheitlich*, gegen Schluß überwiegend schwächer. Der Rentenmarkt zeigte nur kleinere Schwankungen nach beiden Seiten. WELT-Aktienindex: 281,69 (281,47). BHF-Rentenindex: 106,568 (106,505). BHF-Performance-Index: 107,990 (107,897). Dollarmittelkurs: 1,9611 (1,9773) Mark. Goldpreis je Feinunze: 395,55 (389,50) Dollar.



KULTUR

Schriftsteller: Der sowjetische Dichter Michail Meilach verbüßt sieben Jahre Zwangsarbeit. Wer ist dieser Mann? (S. 21)

Totenfloß: Harald Muellers Theaterstück „Totenfloß" ist jetzt in den Münchener Kammerspielen aufgeführt worden. (S. 23)

SPORT

Tennis: Boris Becker gewann das Turnier von Atlanta mit einem 3:6, 6:3, 7:5 über John McEnroe (USA) und gilt nun als Favorit für das *morgen in New York beginnende* Masters-Finale: ARD und ZDF berichten von allen Spielen Beckers, den meisten davon live. (S. 11)

Fußball: Der Deutsche Fußball-*Bund will im April 1987 einen* außerordentlichen Bundestag abhalten, um der geplanten Umbenennung des Zweitligaklubs Eintracht Braunschweig in „SV Jägermeister" die rechtliche Grundlage zu entziehen.

AUS ALLER WELT



James Bond: Wien steht als Film-Kulisse hoch im Kurs. Auch der neueste James-Bond-Thriller (Foto: Darsteller Timothy Dalton mit Film-Partnerin Miriam D' Abo) wird an der Donau gedreht, wo auch Dreharbeiten zu der Fernsehserie „Feuersturm" liefen. Dabei diente die Wiener Hofburg als Kulisse für die Berliner Reichskanzlei. (S. 24)

Prozeß: Ein Deutscher und sein italienischer Freund müssen sich in Verona wegen 15fachen Mordes vor Gericht verantworten. (S. 24)

SED steuert Aktionen gegen den Wahlkampf des Kanzlers

Reizgas und Stinkbomben / DKP-Anweisungen für „CDU-freie Zonen"

ms. **Bonn**

Auf Anweisung aus Ost-Berlin verfolgt die DKP und die mit ihr verbundene Sozialistische Deutsche Arbeiter-Jugend (SDAJ) das Ziel, Veranstaltungen von Bundeskanzler Helmut Kohl und Werbeaktionen der CDU im Bundestagswahlkampf *massiv* zu stören. Entsprechende Informationen haben die Sicherheitsbehörden dem Bundeskanzleramt und der CDU-Führung zugeleitet.

Die Wahlkampfleitung der Christdemokraten bestätigte gestern gegenüber der WELT, daß bei allen Kanzler-Auftritten „organisierte Gruppen massiv auftreten", um Reden von Helmut Kohl zu stören. In Köln sei von diesen Gruppen Reizgas benutzt worden mit der Folge, daß zwei Jugendliche wegen Augenverletzungen ärztlich behandelt werden mußten. In Bremen seien Buttersäure-Stinkbomben *geworfen worden. In Düsseldorf* sei mit Hilfe von Trillerpfeifen und Preßlufthupen versucht worden, die Rede des Bundeskanzlers zu verhindern. Karl Schumacher, der zentrale Organisations-Leiter im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn, sagte, die CDU versuche, mit Hilfe von Videofilmen und Fotos, die Störer-Gruppen festzuhalten. Ein Vergleich der Aufzeichnungen habe ergeben, daß es sich in *Bremen und in Düsseldorf „um die* gleichen Personen" gehandelt habe.

Ein hoher Sicherheitsbeamter *erklärte gestern gegenüber der WELT*: „Wer die Sache steuert, ist klar. Das ist die SED. Die DKP und die SDAJ befolgen deren Befehle." Aus den internen Zirkeln der DKP und der SDAJ sei deren Absicht bekannt, „unmittelbar" gegen Politiker der CDU, und hier hauptsächlich gegen den Bundeskanzler, vorzugehen. In dieser Zielsetzung sei von der Schaffung „CDU-freier Zonen" die Rede.

In einer anderen Anweisung heiße es, „kein Plakat, keine Litfaßsäule, *keine Werbefläche soll unverschönt* bleiben". Plakate der CDU und des Kanzlers würden systematisch mit verleumderischen Parolen beschmiert. Zu massiven akustischen Störversuchen werde mit der Aktion „wir pfeifen auf die Rechten" aufgefordert.

Das Vorgehen der DKP und deren Drahtzieher in Ost-Berlin war auch Gegenstand von Beratungen inner*halb der CDU. Dabei war auch die* Rede davon, daß Ost-Berlin für diese „Sonderaktion" gegen den Kanzler und die CDU *mehrere* Millionen Mark zur Verfügung gestellt habe. Erinnert wurde dabei an Parallelen zu den Störaktionen beim Bundestagswahlkampf von Franz Josef Strauß im Jahre 1980.

CDU-Sprecher Jürgen Merschmeier erklärte gestern gegenüber der WELT, die „systematischen und organisierten Störversuche der Linken, angeführt von kommunistischen Kadern, haben mit Meinungsfreiheit nichts mehr zu tun. Da wird versucht, durch physischen Terror, durch pausenloses Johlen und Pfeifen, mit Stinkbomben und anderem, eine demokratische Partei mundtot zu machen."

Die CDU, so betonte Merschmeier, sei stets offen für Diskussionen und auch für die Argumente Andersdenkender, aber sie werde sich dem „wütenden Mob nicht beugen, sondern ihn mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen".

DER KOMMENTAR

Störer

ENNO v. LOEWENSTERN

Während die Sowjetunion sich über die Bundesregierung beschwert, weil diese die Moskauer Attacken auf den Bundeskanzler und die Besuchsabsagen zu Unrecht als Wahlkampfeinmischung werte, bietet sie ihre westdeutschen Hilfstruppen von der DKP auf, um genau dies – nämlich die Wahlkampfeinmischung – zu beweisen und zu betreiben. Als wollte man aller Welt die Zulässigkeit des Vergleichs von Nazis und Kommunisten vor Augen führen, denn das Wesen aller Totalitären ist es, den anderen nicht zu Worte kommen zu lassen. Trillerpfeifen und Stinkbomben werden nur so lange aufgeboten, wie man noch daran gehindert ist, direktere Mittel anzuwenden.

Die DKP ist nun auch zahlenmäßig eine ziemlich armselige Partei geworden; sie wagt nicht, sich dem historischen Prozeß und dem proletarischen Bewußtsein im Wege der Wahl zu stellen und empfiehlt stattdessen die Wahl von getarnten Handlangern. Auch sonst hält sie sich meist im Hintergrund, tut, als hätte sie mit dem Terrorismus nichts zu schaffen, zieht allemal sehr behutsam die Fäden bei „Friedenskundgebungen" oder Bauzaun-Aufmärschen. So entsteht in manchen Kreisen der Eindruck, die Gewalttäter seien „Chaoten" und die richtigen Kommunisten seien eigentlich nur radikale Demokraten.

Gelegentlich aber zeigt die DKP doch ihren straffen Organisationsgrad und ihre Schlagkraft. Manchmal nur im kleinen Rahmen, etwa, wenn mißliebige Filme aus den Kinos hinausterrorisiert werden. In Wahlzeiten dagegen tritt sie gern in größerem Rahmen an. Schier als wollte sie die Wähler daran erinnern, daß man die kommunistische Gefahr nicht leichtfertig ignorieren darf, weder innen noch außen, weder bei noch nach der Wahl.

Reagan gibt sich wieder kämpferisch

„Ich werde mich nicht verkriechen" / Lob für „Nationalhelden" Oberstleutnant North

FRITZ WIRTH, **Washington**

In Washington hat die entscheidende Woche im Krisen-Management der Iran-Affäre und damit möglicherweise die wichtigste Woche in der Amtszeit Präsident Reagans begonnen.

Er hat bereits in den nächsten Tagen Entscheidungen über Art und Qualität der Untersuchung dieser Affäre zu fällen, und darüber, welche Rolle dem Kongreß bei der Analyse und Bewältigung dieser Krise zufällt, der starke Kräfte auf dem Kapitol einen Watergate-Anstrich geben möchten.

Ronald Reagan ist in betont kämpferischer Stimmung aus seinem Kurzurlaub nach Washington zurückgekehrt. „Ich werde mich nicht in ein Loch verkriechen", sagte er, „ich werde vorwärts gehen. Ich habe noch viel zu tun in meinem Job. Im übrigen werde ich alles tun, die Wahrheit herauszufinden".

Der Präsident steht nach wie vor unverändert zu seiner Entscheidung, den Kontakt mit Iran zu suchen und ihn mit Waffen zu beliefern. „Ich glaube nicht, daß es ein Fehler war und ich werde nicht von dieser Entscheidung abrücken", sagte er in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Time". „Ich sehe nichts, was wir anders hätten tun können. Wenn die *Wahrheit herauskommt*, wird man sehen, daß wir richtig gehandelt haben."

Außerordentlich scharf verurteilte Reagan die Rolle der Presse in diesem Konflikt und warf ihr Verantwortungslosigkeit vor. Er sprach von den „Haien, die nun im blutgetränkten Wasser kreisen".

Zugleich äußerte er sich höchst lobend über die Schlüsselfigur dieser Affäre, Oberstleutnant Oliver North, in dessen Händen die Iran-Operation lag. Reagan nannte North, der wegen diese Affäre zurücktreten mußte, einen „Nationalhelden".

Außerdem stellte Reagan fest, daß es nicht die USA gewesen seien, die Gelder aus dem Waffenhandel mit Iran an Widerstandskämpfer in Nicaragua weitergeleitet hätten, sondern das dies durch dritte Länder geschehen sei.

Reagan steht unter starkem Druck, wie einst im Watergate-Skandal einen speziellen Ankläger einzuberufen. Der republikanische Senatsführer Robert Dole *hält* die Krise für so ernst, daß er vorschlug, den Kongreß zu einer Sondersitzung aus den Ferien *nach Washington zu holen*. Das hat es zuletzt vor 38 Jahren zur Amtszeit Harry Trumans gegeben.

Spürbare *Betroffenheit löste in der* Umgebung des Präsidenten die Intensität aus, mit der selbst einflußreiche republikanische Senatoren wie Richard Lugar ein personelles Großreinemachen im Weißen Haus forderten. „Der Präsident braucht einen neuen Anfang, eine neue Administration", sagte Lugar und brachte in diesem Zusammenhang die Namen Kissinger, Howard Baker und Jeane Kirkpatrick ins Gespräch.

Im Kongreß begann gestern der Geheimdienstausschuß des Senats mit Vernehmungen des Oberstleutnant North.

In der Chemie-Politik setzt FDP sich von Wallmann ab

Bangemann-Signal gegen schärfere gesetzliche Regelungen

DIETHART GOOS/DW. **Bonn**

Auch die FDP-Führung hat sich jetzt in die Diskussion um die Folgen der jüngsten Chemie-Unfälle eingeschaltet. Parteichef Martin Bangemann erklärte gestern nach der Sitzung des Parteipräsidiums, in der überwiegenden *Zahl der Fälle sei* „kriminelles, durch die vorhandenen Vorschriften bereits unter Strafe gestelltes Unrecht begangen worden". Damit signalisierte Bangemann, daß die FDP nicht an eine Verschärfung gesetzlicher Regelungen denkt, wie sie von Bundesumweltminister Wallmann erwogen wird.

Demgegenüber dringt Bundeskanzler Helmut Kohl auf schnelle Konsequenzen aus den Chemie-Unfällen. Der Kanzler denkt offenbar auch an schärfere Gesetze. Wallmann wird morgen dem Kabinett einen ersten Katalog konkreter Maßnahmen vorlegen. Geplant ist beispielsweise die Verschärfung der Störfall-Verordnung.

Bangemann bekräftigte die Forderung seiner Partei, den Umweltschutz als Staatsziel im Grundgesetz zu verankern. Die Ablehnung dieser FDP-Forderung durch den damaligen SPD-Koalitionspartner in der vergangenen Legislaturperiode sei ebenso bedauerlich wie die Weigerung der CDU/CSU, in dieser Wahlperiode einen entsprechenden Vorschlag der FDP zu übernehmen und gemeinsam *umzusetzen. Wie aus dem Präsidium*

SEITE 12:
Unfälle verhindern

verlautete, wollen die Freien Demokraten *bei neuen Koalitionsverhandlungen* mit der Union dem Umweltschutz unbedingt Verfassungsrang einräumen.

Josef Bugl, Umweltexperte der CDU/CSU-Fraktion, regte gestern an, einen ständigen Ausschuß als jederzeit einsetzbaren Krisenstab für Umweltkatastrophen zu bilden. So könnten die Hilfsmaßnahmen besser koordiniert sowie eine rasche und ehrliche Informationspolitik gewährleistet *werden. Der Chef der Jungen Union*, Böhr, forderte im „Express" den Aufbau einer Umweltpolizei, eine Art „Umwelt-GSG 9".

Baskische Sozialisten suchen Partner

Schwierige Regierungsbildung nach der Wahl / Rückschlag für nationalistische Parteien

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Bei den dritten, vorgezogenen Landtagswahlen im Baskenland ist die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) mit 22 Prozent der abgegebenen Stimmen und 18 Sitzen im 75köpfigen *Landtag als* knapper Sieger hervorgegangen.

Ihr Vorsitzender Jose Maria („Txiki") *Benegas muß sich unter den nationalistischen Parteien* einen Koalitionspartner suchen, wenn er als „Lendakari" (Landesministerpräsident) die Regierung in der Landeshauptstadt Vitoria bilden will.

Mit 17 Sitzen (23,6 Prozent) folgt die bürgerliche Nationalistenpartei PNV an zweiter Stelle. Die Spaltung dieser Partei in die alte, gemäßigte PNV und eine neue, radikal-nationalistische Baskische Solidarität (EA) hatte die vorgezogenen Wahlen notwendig *gemacht. Die ebenfalls bürgerliche* EA erhielt mit nicht ganz 16 Prozent der Stimmen 14 Sitze.

Die *marxistisch-linksradikale* Nationalistenpartei Herri Batasuna (HB) – sie gilt als der politische Arm der Terrororganisation ETA – erzielte mit verdeckter Unterstützung der Kommunisten 13 Sitze. Ihre Abgeordneten, *die lange Zeit das Parlament* durch Abwesenheit boykottierten, wollen jetzt ihre Sitze wieder einnehmen, „und wenn es nur darum geht, die Sozialistische Partei an der Regierungsbildung zu hindern". Für sie sind die Sozialisten des Baskenlandes

SEITE 2:
Keine Mehrheit der Vernunft

die „Vertreter der spanischen Besatzungsmacht". Die Baskische Linke (EE), eine *eher* gemäßigte Nationalistenpartei, erhielt mit elf Prozent neun Sitze.

Die Volkskoalition (CP) der spanischen Rechten gilt mit zwei Sitzen als der große Verlierer der Wahl (bisher *sieben Sitze*). Viele konservative Wähler stimmten diesmal für die Sozialisten, um den gesamtspanischen Einfluß im Baskenparlament zu erhalten. Die Zentrumspartei des früheren Ministerpräsidenten Adolfo Suarez kam mit 3,5 Prozent ebenfalls auf zwei Sitze.

Der Versuch, eine Koalition zu bilden, wird voraussichtlich mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Der künftige sozialistische Regierungschef *des Baskenlandes, Jose Maria* Benegas, kündigte Koalitionsverhandlungen mit allen Parteien außer mit Herri Batasuna an. Bei einem Scheitern müssen die 2,5 Millionen Bewohner des Baskenlandes, die ihrer Herkunft nach nur zur Hälfte Basken sind, noch einmal an die Urne treten. Die Wahlbeteiligung lag diesmal bei 70 Prozent.

Der Sieg einer nicht-baskischen Partei im Baskenland läßt eine Radikalisierung der nationalistischen Strömungen befürchten, die sich bereits im Wahlkampf abzeichnete. Praktisch alle vier rein baskischen *Parteien (PNV, EA, HB und EE) ha*ben eine Vertiefung oder Überwindung des Autonomiestatuts bis hin zur Bildung einer Konföderation mit Spanien oder sogar die Unabhängigkeit des Baskenlandes gefordert.

„Gefährliche" Schrittmacher

Kü. **Bonn**

In der Bundesrepublik gibt es schon heute etwa 130 000 Patienten mit einem Schrittmacher, jährlich kommen etwa 30 000 hinzu. Dabei werden nach Aussage des Bonner *Herzspezialisten* Berndt Lüderitz häufig fehlerhafte Diagnosen vom behandelnden Arzt gestellt. So beklagte er, daß auf Grund der noch unverhältnismäßig häufigen Verschreibung von Digitalis-Präparaten die damit verbundene Erniedrigung der Schlagfrequenz oft mit einem Schrittmacher „bekämpft" wird.

Seite 7: Inflation der Schrittmacher

Mehr Lehrlinge mit Abitur

DW. **Bonn**

Immer mehr Abiturienten ziehen die Berufsausbildung einem Studium vor. Bereits *zwölf Prozent aller Lehr*linge haben Abitur oder Fachhochschulreife. Dennoch sollen auch *künftig* Hauptschüler *ohne* zusätzliche Hilfe die Anforderungen im dualen System erfüllen können, schreibt Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) in einem Beitrag für die WELT. Zulassungsvoraussetzungen für die beruflichen Ausbildungsgänge werde es nicht geben, so die CDU-Politikerin.

Seite 14: Hohes Fachkönnen

Stumm saß Förster vor dem Richter

NIKOLAUS PREDE, **Georgetown**

Gefängniswärter führten den 24jährigen, jungenhaft aussehenden Angeklagten in Handschellen durch einen kleinen, vergitterten Eingang in das *Gerichtsgebäude von George*town auf der malaysischen Tropeninsel Penang. Deutsche Reporter, die sich *durch einen anderen Gefangen*entransport hatten ablenken lassen, bekamen Frank Förster nicht vor ihre Fotolinsen.

Dann saß der 24jährige Bankangestellte aus Hallgarten im Rheingau *stumm, mit gefalteten Händen auf* der hölzernen Anklagebank des kleinen Gerichtssaals, in dem sich sein *Schicksal entscheiden* wird. Unter den zahlreichen Zuschauern befanden sich rund 20 deutsche Journalisten *sowie* der Erste Sekretär der deutschen Botschaft, Hermann Sausen.

Förster meldete sich während des fast siebenstündigen, ersten Prozeßtages nur einmal kurz zu Wort. Als er von Richter Edgar Joseph gefragt wurde, ob er sich schuldig oder nicht schuldig bekenne, sagte Förster: „*Nicht schuldig.*" Die Ankläger meinen, Förster habe den Tatbestand des Paragraphen 39b des malaysischen Rauschgiftgesetzes erfüllt, das rund sieben Monate vor seiner Festnahme (20. November 1983) verschärft worden war.

Im Prozeß gegen Förster führt die Anklage weiter an, daß er zum

SEITE 5:
Entscheidung über Leben und Tod

Zeitpunkt seiner Festnahme im Besitz von 239,7 Gramm Haschisch gewesen sei. Nach Paragraph 39b steht darauf die Todesstrafe. Aber dieses Urteil ist nur dann zu erwarten, wenn die Anklage lückenlos und ohne Zweifel einen solchen Tatbestand vor Gericht nachweisen kann.

Förster ist der erste Deutsche, der sich in einem solchen Prozeß vor einem malaysischen Gericht verantworten muß. Die bisher einzigen Weißen, die in Malaysia wegen Heroinbesitzes zum Tode verurteilt und am 7. Juli dieses Jahres gehenkt wurden, waren zwei Australier. Försters Verteidiger ist der erfahrene malaysische Anwalt Rajasingam, ein Inder. Er war auch der Anwalt eines der beiden Australier.

Polizeibeamte hatten am 20. November 1983 nachts an die Tür von Zimmer 48 des Swiss Hotels in Georgetown geklopft, das sich Förster damals mit zwei deutschen Begleitern teilte. Polizeiinspektor Bhupinder sagte gestern zunächst, er sei in der fraglichen Nacht zu einer „Routineuntersuchung" in das Zimmer der Deutschen gekommen. Auf Fragen von Försters Verteidiger Rajasingam gab er aber zu, das Zimmer aufgrund einer „Information" durchsucht zu haben.

Er habe bei der Durchsuchung Plastikbeutel gefunden, dessen Inhalt er zunächst nicht habe identifizieren können. Dies sei sein erster Drogenfall gewesen. (dpa)

SED ermuntert Grenzsoldaten, noch wachsamer zu sein

Honecker spricht von „Dienst am Frieden" / Grußadresse

hrk. **Berlin**

Mit einem Wort, das von der SED sonst bei ihrem Lob für kirchliche Friedensarbeit verwendet wird, hat SED-Chef Erich Honecker jetzt auch die Arbeit der „DDR"-Grenztruppen bedacht: Sie sei „Dienst am Frieden". Die Grenzposten werden in einem Glückwunsch des SED-Zentralkomitees zum 40. Jahrestag der Gründung der Grenztruppen angespornt, noch aufmerksamer jede Flucht zu verhindern. In dem Text heißt es, es komme darauf an, „noch entschlossener den Frieden zu schützen".

Die SED-Führung läßt zugleich keinen Zweifel daran, daß der Schießbefehl weiterhin gilt und zu befolgen ist: „Der Unantastbarkeit der Grenzen unseres Landes wird weiterhin die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt", heißt es in dem Glückwunsch.

In der Grußadresse behauptet die Parteiführung, „die Bürger unseres Landes sind stolz auf ihre Grenzsoldaten und ihre vorbildliche Pflichterfüllung". Sie hätten sich in den Kämpfen unserer Zeit immer „als Teil unseres Volkes verstanden und danach gehandelt".

In einem Beitrag der dem Ostberliner Außenministerium nahestehenden *Zeitschrift „Horizont" wird zum* Jahrestag ein direkter Zusammenhang zum Todesstreifen und der An*erkennung der „DDR" hergestellt*:

„Die zuverlässige Sicherung der Staatsgrenze war zweifellos ein wichtiger Faktor dafür, die herrschenden Kreise der BRD und anderer imperialistischer Staaten Schritt für Schritt, aber nachhaltig zu veranlassen, unrealistische Positionen aufzugeben und schließlich im europäischen Vertragssystem am Anfang der siebziger Jahre ausdrücklich auch die Unantastbarkeit der Staatsgrenzen der DDR in völkerrechtlich verbindlicher Form zu bestätigen."

Das Außenministerium gibt damit erneut dem Grundlagenvertrag und den Ostverträgen die Bedeutung von Grenzanerkennungsverträgen und weicht damit von der westlichen Interpretation ab, die den vorläufigen Charakter der Grenzen hervorhebt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wieder einmal Nordelbien

Von Uwe Bahnsen

Den Ausstieg aus der Kernenergie nach einer „möglichst kurzen Übergangszeit" zu verlangen, wie es am letzten Wochenende die Synode der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche in Kiel mit Mehrheit tat, ist wohlfeil, solange ein solches Gremium sich nicht in aller Ernsthaftigkeit mit den Konsequenzen eines solchen Vorgangs auseinandersetzt. Die nordelbischen Synodalen müssen sich fragen lassen, welche Sachkompetenz sie für sich in Anspruch nehmen können, um die Risikoträchtigkeit der Kernenergienutzung in der Bundesrepublik beurteilen zu können – und um die Folgewirkungen verantworten zu können, die ein Ausstieg mit sich brächte.

Bezeichnenderweise hat die Mehrheit der Synode sich nicht auf naturwissenschaftliche, sondern auf theologische Argumente gestützt, als sie meinte, man müsse sich auf die Dauer von Techniken trennen, die dem Auftrag Gottes zur Bewahrung der Schöpfung widersprächen. Welcher Art ist jener „schöpfungsfeindliche Lebensstil unserer Gesellschaft", der nach der Meinung der meisten Synodalen zur Entwicklung der Kernenergie geführt hat? Wie sehen die Kriterien aus, auf die ein solches Urteil sich stützt?

Einer dieser Synodalen, ein in Hamburg bekannter Journalist, hat sich gegen Vorschriften darüber verwahrt, ob er seine „Stimme als Christ erheben darf oder nicht". Das ist ein für ihn und seine Gesinnungsfreunde bezeichnender Ansatz. Die Evangelisch-Lutherische Kirche ist wahrlich so verfaßt, daß jeder Christ seine Stimme erheben darf. Jedoch geht es um die grundsätzliche Frage, ob jeder Christ für seine persönliche Auffassung auch per Mehrheitsbeschluß die theologische, die moralische und letztlich auch politische Autorität der Kirche in Anspruch nehmen darf.

Es paßt zu den bisherigen Erfahrungen mit der nordelbischen Mehrheit, daß die Erklärung der Synode zur Kernkraft obendrein nicht etwa nach, sondern vor dem Termin der Bundestagswahl verabschiedet wurde, entgegen übrigens den Bemühungen immerhin eines der drei Bischöfe, des in letzter Zeit mit Kritik an der Politisierung dieser Kirche hervorgetretenen Bischofs Ulrich Wilckens. Was gegen seinen Willen in Kiel geschah, war nicht Theologie. Es war Politik.

Solidarność lebt

Von Eugen Wolmarshof

Solidarność ist tot, wenn man der neugegründeten polnischen Staatsgewerkschaft „Gesamtpolnische Verständigung" (OPZZ) glauben darf. Aber die Botschaft von ihrem Kongreß lautet wider Willen: Es lebe Solidarność. Zwar bekannte sich der Vorsitzende Miodowicz zum Sozialismus. Aber er beteuerte eifrig Regierungsferne und die Absicht zu einem Vertrag ähnlich dem von 1980. Bei der Wahl fielen knapp sechzig Prozent der Stimmen auf ihn. Die OPZZ rühmt sich, daß die Hälfte ihrer sieben Millionen Mitglieder ehemalige Solidarność-Angehörige seien. Das Wahlergebnis zeigt, daß diese Schätzung stimmen kann. Und daß dies der OPZZ noch bewegte Stunden bescheren dürfte.

Vor allem, wenn man das Manifest der „Solidarność Walczaca", der „Kämpfenden Solidarität", vom Sommer 1982 (ein halbes Jahr nach Verhängung des Kriegsrechts) im Auge behält. Dort heißt es: „Unser Gegner ist das totalitäre kommunistische System, das Menschen, Ideen und Völker unterdrückt und entwürdigt ... Unser Nein gilt der Verständigung mit diesen Machthabern und der Hinnahme dieses Systems." Der Kampf in Polen „ist auch ein Kampf für die Befreiung der Völker des Ostens vom Joch des Kommunismus." Solidarność warnt den Westen vor der „Illusion der Entspannung" und fordert eine „solidarische Haltung der westlichen Gesellschaften, die der UdSSR technologische Unterstützung verweigert und einhergeht mit einer entschlossenen Verteidigungsanstrengung und einer Einschränkung des Konsums".

Kein Wunder, daß unsere Hundertsechzehner-Gewerkschaften und anderen Sozialpolitiker immer Schwierigkeiten mit der Solidarność hatten – die Botschaft, Freiheit sei wichtiger als der Konsum, ist hier nicht populär. Kein Wunder, daß manche Politiker Walesa auswichen und nur bei Jaruzelski zum Händedruck antraten. Doch sollten wir auch festhalten, daß dieselbe Untergrund-Solidarność uns 1985 wissen ließ: „Wir erwarten freundschaftliche Beziehungen mit dem großen, vereinten deutschen Volk." Miodowicz wird es nicht leicht haben, seine OPZZ und ihren Sozialismus gegenüber diesen Erwartungen zu behaupten.

Mischa im Fernsehen

Von Carl Gustaf Ströhm

Gorbatschows Kampf gegen den Alkoholismus hat die Sowjetbürger erfinderisch gemacht. Als Ersatz für den schwer zugänglichen und exorbitant teuren Wodka sind die Freunde harter Getränke auf allerlei andere „Wässerchen" gestoßen, die allerdings einen Betonmagen erfordern. Die Moskauer „Literaturnaja Gaseta" berichtet von einer gewaltigen Umsatzsteigerung bei Rasierwassern, alkoholhaltigen Reinigungs- und Waschmitteln, ja sogar bei Wanzenvertilgungsflüssigkeiten. Sie werden, so vermutet das Blatt, allesamt nicht äußerlich angewendet, sondern verinnerlicht.

Als größter Verkaufsschlager in der Ära Gorbatschow hat sich aber Kölnisch Wasser erwiesen, das inzwischen als „Eau de Coholic" bezeichnet wird.

Das Blatt berichtet von einer Szene in der nordwestrussischen Stadt Pskow (Pleskau): Vor einem Supermarkt steht eine lange Käuferschlange – fast alles Männer. Miliz und Hilfspolizisten überwachen die Menschenmenge. Verkauft wird das besagte Kölnisch Wasser (natürlich aus sowjetischer Produktion). Jeder männliche Kunde erhält nur eine Flasche.

„Die Miliz weiß besser als jeder andere, daß Kölnisch Wasser oft getrunken wird," schreibt das Blatt. „Aber sie kann nicht einen Mann deshalb verhaften, weil er sich Eau de Cologne in die Kehle schüttet." Zwar sei es neuerdings verboten, alkoholische Getränke in der Öffentlichkeit zu verzehren. Aber das beziehe sich doch wohl nicht auf den Genuß von Parfum.

Da die listenreichen sowjetischen Wodka-Anhänger inzwischen auch die Alkoholika in der Pharmazie entdeckt haben, sind viele sowjetische Apotheken dazu übergegangen, alkoholhaltige Medikamente analog zum Schnapsverkauf in den Geschäften erst nach 14 Uhr abzugeben. Das aber hat wiederum zu Protesten bei jenen Patienten geführt, die diese Medikamente wirklich medizinisch benötigen.

Die Moskauer aber haben neuerdings ein Spottlied auf ihren Generalsekretär parat. Der Text lautet: „Die Wurstpreise sind hoch wie noch nie / Wodka ist rar vom Morgen bis in die Nacht / Doch wir schauen zu, wie Mischa (Michail) Reden im Fernsehen hält."



„Wieso, Nancy – hatten wir etwa den Keller auch gemietet?" KLAUS BÖHLE

Keine Mehrheit der Vernunft

Von Rolf Görtz

Im Baskenland wiederholt sich die unselige Geschichte eines eigenwilligen, in seiner Uneinigkeit einigen Volksstammes: Die überwiegende Mehrheit, etwa zwei Drittel der Wähler, entschied sich für eine der vier nationalistischen Baskenparteien – zwei rechte und zwei linke mit einer radikalen und einer gemäßigten Partei auf jeder Seite. Die meisten Sitze allerdings erhielt eine andere Partei, die in Madrid regierende Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE). So hängt es denn von der Regierung González ab – von den Konzessionen, die sie über das bisher Gewährte hinaus wagen kann – ob und unter welchen Bedingungen eine „Madrider Staatspartei" den „Lendakari", den baskischen Landesministerpräsidenten, stellt.

Faktisch ist nur jeder zweite Bewohner des Baskenlandes auch seiner Herkunft nach Baske. Die anderen sind aus den Armengebieten Zugereiste, angelockt von den Fabriken einer inzwischen in ihre schwerste Krise geratene Industriezone, in der die Todesdrohungen der Terrororganisation ETA jede Investition und damit jede Besserungschance zunichte machen.

Wahlsieger und Kandidat für eine undankbare, unter den derzeitigen Umständen kaum zu bewältigende Aufgabe des Landeschefs ist der Sozialist Jose Maria Benegas, genannt Txiki (der Kleine) wegen seines nun schon lange nicht mehr jungenhaften Aussehens. Der angesehene und seriöse Anwalt und Politiker wird oft als die Nummer drei und möglicher Nachfolger von Felipe González genannt. Aber welche nationalistischen Zugeständnisse müßte er als Lendakari machen, um das unruhige Baskenland regieren zu können? Welche Zugeständnisse kann er machen, wenn er weiß, daß jedes Zugeständnis in Richtung Autonomie von den rechten wie auch von den linken Nationalisten nur als Stufe zu ihrem Ziel einer staatlichen Selbständigkeit genutzt würde, die sie in der jetzt angestrebten Form übrigens nie besaßen?

Das alte Königreich Navarra war zwar die Gründung einer baskischen Familie, ging aber sehr schnell in andere, vorübergehend in französische, Hände über. Und der selbständige Baskenstaat 1936–1937 war nur das Ergebnis eines zufälligen Frontverlaufes während des Bürgerkrieges, nicht etwa ein Zugeständnis der republikanischen Regierung in Madrid.

Vier oder gar sechs Wochen können ins Land gehen, ehe die neue baskische Landesregierung zum ersten Mal zusammentritt. Wohlgemerkt eine Regierung für 2,5 Millionen Spanier, die noch nicht einmal sieben Prozent der annähernd vierzig Millionen Menschen umfassenden Nation ausmachen. Keine der Parteien erreichte bei den Landtagswahlen vom Sonntag auch nur 25 Prozent der abgegebenen Stimmen. „Txiki" Benegas ist mit 18 Sitzen, aber weniger Stimmen, knapper Sieger vor der bürgerlichen Nationalistenpartei mit 17 in einem Parlament von insgesamt 75 Sitzen. Das ist die denkbar schlechteste Plattform für eine Regierungsbildung.

Der Basken größter Denker, der Philosoph Miguel de Unamuno, hat ihnen ihre traditionelle Zerrissenheit vor einem halben Jahrhundert vorgeworfen. Dafür haben sie ihn aus seiner Heimat verdrängt. Neben dieser Uneinigkeit, dem eigentlichen „Baskenproblem", aber erhebt sich wie ein tödlicher Schatten die kommunistische Terrororganisation ETA, deren Rückhalt in der jugendlichen Bevölkerung größer ist, als selbst Pessimisten befürchtet hatten: Die Herri Batasuna, eine marxistisch orientierte, in ihren ideologischen Äußerungen aber höchst sparsame Partei, bekennt sich offen zu den Zielen der ETA. Sie gilt nicht nur als deren politischer Arm, sie ist es definitiv.



Der „Stärkste" mit einem knappen Viertel: „Txiki" Benegas FOTO: AP

Der Fehler der jetzt in zwei Lager gespaltenen Nationalisten lag darin, mit den fünfhundert Morden der ETA zu argumentieren, wenn sie von Madrid immer mehr Selbständigkeit verlangten. Zu spät erkannten diese Nationalisten, daß die Mordwaffen der ETA auch gegen sie selbst gerichtet sind. Erst vor wenigen Wochen entschloß sich deshalb die Landesregierung, die den Basken zugestandene und inzwischen auf dreitausend Mann angewachsene eigene Polizei, die Erztaintza, gegen die ETA einzusetzen. Endlich dämmerte auch ihren Führern, daß der Bürgerkrieg der Basken untereinander anders nicht mehr aufzuhalten ist.

Die „normalen" Nationalisten wollen eine demokratische Selbständigkeit von Spanien. Die Herri Batasuna mit der ETA betreibt auch die Loslösung, aber in Form einer Volksrepublik. Angesichts dieser vielschichtigen Konfrontationen ist es tröstlich, bewirkt aber zunächst noch nichts, daß sowohl auf der rechten wie auf der linken Seite erste Zeichen der Vernunft einziehen. Viele konservative Wähler stimmten für die Sozialisten, nur um das spanische Element im baskischen Landtag zu erhalten. Und warnende Selbstkritik an der Uneinigkeit der Basken kam aus dem Munde des seit einiger Zeit sehr gemäßigt wirkenden Chefs der „baskischen Linken" (EE), Jose Maria Bandres, einem der möglichen Partner einer Koalition des Rettungsversuches.

Was auch immer bei den Koalitionsverhandlungen in den nächsten Wochen herauskommen wird, der unglückliche Ausgang der Wahlen hat schon jetzt den gesamten Autonomieprozeß des viel zu schnell vorgenommenen Wandels des bisher zentral geführten Spanien in einen Bundesstaat gefährdet. Spanien muß bemüht sein, den gefährlichen und für moderne Zeiten unverständlichen Separatismus auf das Baskenland zu beschränken und ihn dort langsam in die Schranken einer vernünftigen Verwaltungsautonomie zurückzudrängen. Dazu muß auch Europa helfen, das mit seiner Regionalpolitik in Kreisen iberischer Nationalisten falsche Vorstellungen weckte.

IM GESPRÄCH Claiborne Pell

Taube in der Kulisse

Von Fritz Wirth

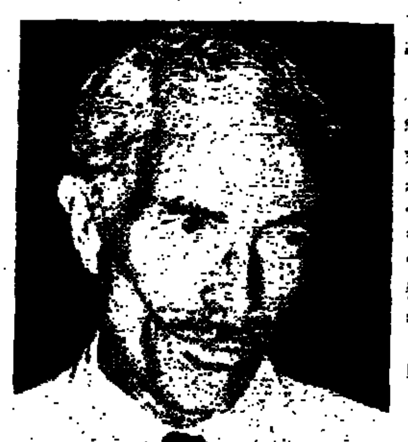
Wer in der amerikanischen Politik nach einer Personifizierung der Begriffe Dynamik und Aggressivität sucht – der Name Claiborne Pell ist der letzte, der sich ihm anböte. Dieser weißhaarige, nachdenkliche hagere Mann aus Newport in Rhode Island steht dagegen vornean, wo Taufpaten für die politische Spezies der „Tauben" gesucht werden.

Claiborne Pell, 68 Jahre alt und seit 1960 Mitglied des Senats, war niemals ein Kämpfer der vordersten Linie. Lautstärke überläßt er den Jungtürken seiner Partei. Pell ist ein Mann der Kulisse, der gern in die exotischeren Randgebiete der Politik geht und beispielsweise ein reges Interesse für die Ozeanforschung entwickelt.

In Kürze aber werden ihn die Umstände und sein Alter – denn Anciennität ist immer noch die sicherste Leiter zur Karriere im Senat – ins Rampenlicht der Politik holen. Er dürfte zum neuen Vorsitzenden des Außenpolitischen Senatsausschusses gewählt werden. In diesen Job sind vollautomatische Konfrontationsmechanismen eingebaut.

Zum Beispiel in der Nicaraguapolitik, wo Pell seit Jahren ein Gegner dee amerikanischen Hilfe für die „Contras" ist. Denn es gibt ein Trauma für Claiborne Pell. Er stimmte 1964 für die Tongking-Resolution, was er heute noch als den schwersten Fehler seiner politischen Karriere bezeichnet. Seither sieht er überall das Risiko von Verwicklungen à la Vietnam.

Pell macht sich ferner für die Normalisierung der Beziehungen zu Kuba stark; er ist ein Freund der griechischen Regierung und ein Skeptiker gegenüber Reagans Chinapolitik. Es gibt also selbst für einen Mann mit einem so sanftmütigen Temperament genug Explosionsstoff. Leute, die ihn näher kennen, warnen jedoch seit einiger Zeit davor, ihm wegen seines Hangs zur Unauffälligkeit einen Mangel an politischer Kompetenz zu bescheinigen. Pell hat nach dem Kriege sieben Jahre lang in der CSSR und in Italien als Diplomat gearbeitet und gilt im Kongreß als einer der erfahrensten und bestinformierten Außenpolitiker.



Gegner der Freiheitskämpfer in Nicaragua: Neuer Vorsitzender des Außenpolitischen Senatsausschusses Pell FOTO: CAMERA PRESS

Die große Frage ist nur, ob er über genug taktisches Geschick verfügt, um wie sein Vorgänger Richard Lugar über alle Parteiengrenzen hinweg einen Konsens herzustellen und damit diesen Ausschuß zu einem wirksamen Instrument zu machen, wie es Lugar in der Frage der Sanktionspolitik gegen Südafrika gelang. Die Gefahr liegt nahe, daß Pell aggressiven Männern wie Joseph Biden und Alan Cranston zu lange Zügel läßt und damit den Ausschuß wieder zum Spielfeld der Einzelkämpfer macht.

Dennoch: Pells politische Zukunft ist bis 1990 gesichert, wenn er sich wieder zur Wahl stellen muß. Es sei denn, daß er sich dann endgültig dazu entschließt, in der Kulisse zu verschwinden und nur noch der gute Mensch zu sein, als den ihn Hunderttausende amerikanischer Studenten seit Jahren schätzen, denen er mit dem sogenannten „Pell-Stipendium" eine bessere Zukunft bescherte.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die sowjetische Kritik an der Bundesrepublik beschäftigt viele Kommentatoren:

Frankfurter Rundschau

Die Sowjetunion, so tönt es landauf, landab in Unionskreisen, mische sich mit ihren Attacken auf Bundeskanzler Kohl in den Wahlkampf ein. Da ist natürlich was dran ... Die demonstrative Empörung über den „Störenfried" Moskau wirkt jedoch scheinheilig, wenn die Gründe der angespannten Beziehungen zwischen dem Kreml und Bonn unter den Teppich gekehrt werden. Der Kanzler ... gebärdet sich wie ein Großmogul der politischen Moral und will ausschließlich im trüben Gewässer der deutschen Rechten (nicht zu verwechseln mit konservativ) fischen. Das kann nicht gutgehen.

Bild

Die Sprache in der Moskauer „Prawda" wird immer rabiater. „Politische Blindheit" und „kriecherische Versuche", Washington zu unterstützen, werden Kohl vorgeworfen. Moskau will zur Zeit keinerlei gedeihliche Beziehungen mit Bonn, selbst wenn Kohl Gorbatschow die Füße küssen würde. Diese sture, nachtragende Haltung paßt zum Marxismus, aber so gar nicht zur russischen Seele, von der es heißt, sie sei großmütig. Gorbatschow will nicht großmütig sein, nicht vergessen – wenigstens nicht vor der nächsten Wahl.

WESTFALENPOST

Die wiederholten Breitseiten aus Moskau haben die Koalition alarmiert: Der CSU-Politiker Hans Klein wurde deshalb als Spürhund in das Minenfeld der deutsch-sowjetischen Beziehungen beordert. Die Bundesregierung will gegenüber den Sowjets künftig die wirtschaftspolitische Karte ausspielen. Und da hat Bonn einige Trümpfe in der Hinterhand. Pragmatismus ist jetzt gefragt, vor allem auf seiten der Sowjets, die sich mit ihren maßlosen Attacken gegen den Bundeskanzler völlig verrannt haben. (Hagen)

Offenburger Tageblatt

Der Tass-Kommentar vom Wochenende, der die Ausdrücke lästerlich, schmachvoll, unmoralisch und kriecherisch geradezu genüßlich auf den Kanzler abfeuert, läßt deutlich erkennen, worum es auch und vermutlich vor allem geht. Um die gesamtpolitische Richtung nach Reykjavik, und da scheint es wirkungsvoller, auf Bonn zu schießen, wenn man zugleich Washington und die ganze NATO meint.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Angriffe zeugen nicht von einer aus persönlicher Kränkung genährten Handlungsweise, sondern müssen als massives Einschüchterungsunternehmen gewertet werden. (Karlsruhe)

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Die Gorbatschow-Truppe ist zu einer politischen Strafexpedition gegen Bonn, den Musterverbündeten der westlichen Weltmacht, aufgebrochen ... Wäre es zwischen Washington und Moskau nach Reykjavik politisch anders gelaufen, hätte die Welt von der Existenz der Kohl-Äußerung über den Leserkreis von „Newsweek" hinaus vermutlich nie Kenntnis bekommen. (Heidelberg)

Der Osthandel geht ganz erheblich zurück

Vor allem die Ölpreisentwicklung hat das bewirkt / Von Hans-Jürgen Mahnke

Kaum ein Experte kann sich an eine vergleichbare Situation erinnern: Die deutschen Exporte sind in den ersten neun Monaten dieses Jahres, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, in alle Staatshandelsländer gesunken. Und bei den Einfuhren sieht es ähnlich aus, lediglich die Importe aus Rumänien und China haben angezogen. Und es sieht nicht danach aus, daß sich hier rasch eine Änderung durchsetzen wird.

Eine Ausnahme macht China, wo vieles anders läuft als im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe. Obwohl sich die deutschen Exporte nach China im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt haben, sind sie von Januar bis September nur um 1,2 Prozent gesunken, also weniger, als die deutschen Ausfuhren insgesamt aufgrund der Wechselkursverschiebungen abgenommen haben (minus 1,9 Prozent). Die Einfuhren aus China stiegen sogar um 3,4 Prozent, obwohl die deutschen Gesamtimporte wegen der niedrigeren Rohstoffpreise und dem Kursrückgang des Dollar um 10,7 Prozent abnahmen.

Ganz anders verläuft das Geschäft mit der Sowjetunion und den anderen Staaten in Osteuropa. Allein die Bezüge aus der Sowjetunion sind in den ersten neun Monaten um 26,2 Prozent gesunken: Polen steht mit minus 15,2 und die Tschechoslowakei mit minus 13,4 Prozent in der Statistik. „Vergleichsweise günstig" sieht es noch bei Bulgarien (minus 8,4) und Ungarn (minus 5,9 Prozent) aus. Daß Rumänien seine Lieferungen um 6,2 Prozent steigern konnte, wird darauf zurückgeführt, daß Bukarest den Export auch zu Preisen, die sich nicht rechnen, forciert hat, um die notwendigen Devisen für den Schuldendienst zu verdienen.

Der Grund für diese Entwicklung liegt vor allem im Ölpreisverfall. Wegen der Koppelung auch der Gaspreise an diese Notierungen sackte der Wert der Lieferungen nach unten. Immerhin ist das, was die Sowjets in der Bundesrepublik verkaufen, zu mehr als 80 Prozent Energierohstoffe. Und auch bei den kleineren RGW-Staaten ist die Ölkomponente beachtlich. Sie verarbeiteten sowjetisches Öl oder solches, was sie im Zuge von Gegengeschäften erwarben, und verkauften es auf dem deutschen Markt. Hinzu kommt in diesem Jahr ein Tschernobyl-Effekt: Die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte, die ohnehin wegen der EG-Agrarpolitik auf Grenzen stößt, wurde zeitweilig verboten.

Profitierte vor allem Moskau bis vor gut einem Jahr von der Preispolitik der Opec, so leiden die Sowjets jetzt mit. Jedenfalls können sie den Preisverfall nicht durch zusätzliche Lieferungen an Öl und Gas in den Westen kompensieren. Abgesehen von Gold und einigen anderen Rohstoffen, fehlt ihnen, wie auch den kleineren Ostblockstaaten, ein attraktives Angebot, mit dem sie auf den Weltmärkten Geschäfte machen können.

Hier offenbart sich die Schwäche der Wirtschaftsstruktur. Hier dürfte auch der Grund dafür liegen, daß jetzt vorurteilsloser als bisher über neue Formen der Zusammenarbeit gesprochen wird. Die Besuchsabsagen der vergangenen Wochen stehen ganz im Gegensatz zu dem, was als wirtschaftliche Wünsche signalisiert wurde.

Zwar versuchte man dort gerade in jüngster Zeit, die Bedeutung der Technologieimporte aus dem Westen für das Wirtschaftswachstum im Osten herunterzuspielen. Aber das ändert nichts daran, daß die Beziehungen intensiviert werden sollen, nicht nur im Bereich der Technik; man möchte auch bei der Unternehmensführung und beim Verkauf lernen.

Manche Länder wie gerade Ungarn, wo es bereits einige kleinere Gemeinschaftsunternehmen mit westlichen Partnern auch im Produktionsbereich gibt und in diesen Tagen ein Vertrag mit einem Elektrokonzern aus der Bundesrepublik unterzeichnet werden soll, sind weiter als die Sowjetunion, wo bisher die ideologischen Scheuklappen die Phantasie behinderten. Auch dort scheint ein Wandel nicht ausgeschlossen zu sein. Das Rezept früherer Jahre jedenfalls, als die Devisen vorhanden waren und Anlagen und Maschinen leicht geordert werden konnten, ist abgelaufen. Das hat seine Spuren bei den deutschen Exporten hinterlassen. Sie gingen in die Sowjetunion um noch einmal 7,6 Prozent zurück (wie auch in die anderen RGW-Staaten). Und das im ersten Jahr einer neuen Planperiode, wo gemeinhin verstärkt geordert wird.

Sicher könnten die Ostblockstaaten (mit Ausnahme von Polen) die Einnahmeverluste durch Kredite zum Teil ausgleichen. Sie wollen aber ihre Verschuldung im Griff behalten und ihr Angebot aufpolieren. Das dauert gerade in Planwirtschaften seine Zeit. Da aber im Warenaustausch mit Staatshandelsländern der schwächere Partner mit dem weniger attraktiven Angebot – und das sind nun einmal die RGW-Staaten – den Umfang bestimmt, dürfte der Osthandel weiter an Gewicht verlieren.

Als die Roten die grüne Grenze dicht machten

Für viele Deutsche ist er einer der schwärzesten Tage der Nachkriegsgeschichte, der 1. Dezember 1946. An diesem Tag ging die Bewachung der innerdeutschen Grenze von den sowjetischen Soldaten an ihre deutschen kommunistischen Genossen über. Was für die einen schmerzliche Erinnerung ist, ist für die andere Seite ein Grund zum Feiern.

Von WERNER KAHL

Ostwind treibt den Rauch mit dem würzigen Duft der Steakbeize vom Holzkohlenfeuer durch den Stacheldraht über den geharkten Todesstreifen. Hauptmann Frank Lorenz läßt für die Grenzwächter seiner Einheit Steaks grillen. Es geht um das Betriebsklima in der Truppe.

FDJ-Sekretär Oberleutnant Knut Ludwig sieht sich als Animateur, wie er es im Westfernsehen aus Ferienklubs auf Mallorca oder Teneriffa kennengelernt hat. Beim Grillfest in diesem Spätherbst macht er, wie der Reporter der „Volksarmee", des Wochenblattes des Verteidigungsministeriums, berichtete, aus besonderem Anlaß Stimmung: Der 1. Dezember ist das Datum, an dem die „DDR" 40 Jahre Abriegelung ihres Herrschaftsbereiches feiert. Das Jubiläumsemblem: ein schwarz-rot-goldener Grenzpfahl, davor quer eine Maschinenpistole montiert, umgeben von einem Lorbeerkranz.

Es war am 1. Dezember 1946. Ein knochenharter, früher Wintereinbruch in Mitteldeutschland. Wie auf Ameisenpfaden hasteten Frauen mit Tauschwaren in Rucksäcken über Waldpfade zwischen Ost- und Westharz, von Stapelburg nach Bad Harzburg. Die ersten politisch Verfolgten schlichen im Schutz der Dunkelheit über die grüne Grenze, an der an diesem 1. Dezember eine strategisch bedeutsame und schreckliche Wachablösung erfolgte.

Einheiten der neugebildeten Landespolizeibehörden in der sowjetischen Besatzungszone, dem jeweiligen Innenministerium der damals noch bestehenden Länder Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen unterstellt, lösten die russischen Grenzposten ab.

Russische Posten im Harz, die bisher für die Grenze verantwortlich waren, hatten zwar von Zeit zu Zeit in die Luft geschossen oder fürchterliche Drohungen ausgestoßen, sobald sie Grenzgänger bemerkten, sich aber damit begnügt, Zigaretten, Schnaps und Geld zu kassieren, und sie dann weiterziehen lassen. Waren Offiziere bei Patrouillen dabei, wurden Reisende ohne Interzonenpaß für eine Nacht im Keller der Kommandantur eingesperrt.

Von Morden an der innerdeutschen Grenze im ersten Nachkriegsjahr wissen nur die Kriminalstatistiken zu berichten. Mörder tarnten sich als Grenzführer, um ihre Opfer im Wald zu töten und auszurauben. Hinter den Mauern von Celle verbüßten einige dafür lebenslange Freiheitsstrafen. Aber nirgends berichtet die Chronik, daß Menschen bei dem Versuch, von einem Teil Deutschlands in den anderen zu gelangen, systematisch abgeknallt wurden.

Das änderte sich an diesem 1. Dezember 1946, als die Sowjets den deutschen Kommunisten die Verantwortung für die Sicherung der Demarkationslinie zu den drei westlichen Zonen übertrug. Für Berlin hatte der Viermächtestatus einen ungehinderten Verkehr zwischen den vier Besatzungssektoren geregelt.

In Vergessenheit geraten ist heute die erste Personalentscheidung für die neue kommunistische „Grenzpolizei", wie sie zu Beginn bezeichnet wurde. Zum Chef der Sicherung entlang der thüringischen Landesgrenze zur heutigen Bundesrepublik wurde ein ehemaliger Nazi bestimmt: Eberhard Charisius, der schon 1935 in die Partei Hitlers eingetreten war. Der „Alte Kämpfer" – Mitgliedsnummer 3 597 965 – war bereits zu Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion in russiche Gefangenschaft geraten. Er wurde als Pilot einer HE 111, Kampfgeschwader 55, abgeschossen. Im Kriegsgefangenenlager ließ Charisius sich „umschulen".



Seit vierzig Jahren: Wacht an der innerdeutschen Grenze
FOTO: WEREK

Die Sowjets waren zufrieden, denn Charisius gründete 1943 mit Überläufern aus der Wehrmacht das „Nationalkomitee Freies Deutschland" (NKFD). Beim Einmarsch der Russen in Mitteldeutschland schickte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) den vom Nationalsozialisten zum Nationalkommunisten Umgedrehten wieder an die „Front". Diesmal an die innerdeutsche Grenze.

Charisius befehligte von Weimar aus im Rang eines Oberstleutnants der Grenzpolizei die Posten entlang der Demarkationslinie in Thüringen. Die Aufsicht des Deutschen muß die Russen so beeindruckt haben, daß sie ihn 1949 zum ersten Nachkriegslehrgang an der Kriegsakademie Piwolsk in der UdSSR abkommandierten. Als Oberst, dekoriert mit dem Vaterländischen Verdienstorden der „DDR", starb der erste Grenzkommandeur 1980 in Dresden. Bis zu seinem Tod hielt er Vorträge vor jungen Soldaten, auch vor Schülern, um sie für den Dienst in den Grenztruppen zu werben.

Einen breiten Raum nehmen heute Aktionen ein, um die Bevölkerung in den grenznahen Gemeinden als stille Helfer – und damit wohl auch als Denunzianten – zu gewinnen. Punkt 5 des Wettbewerbsaufrufes der Grenzkompanie Lorenz anläßlich des jetzigen 40. Jahrestages der Grenzsicherung lautet: „Wir gestalten ein interessantes und erlebnisreiches geistig-kulturelles Leben in der Einheit und vertiefen das enge Vertrauensverhältnis zur Bevölkerung im Grenzgebiet."

Die Parole heißt in diesem Winterhalbjahr, „die Grenzsoldaten nach ihrem schwierigen Dienst aufzumuntern". „Wir versuchen, zwei- bis dreimal im Monat etwas auf die Beine zu stellen, um die Grenzer aus dem Zimmer und vom Bett zu locken", sagt Unteroffizier Uwe Meurer, stellvertretender Clubratsvorsitzender einer Grenzeinheit, in der Zeitschrift „Volksarmee". Er räumt damit indirekt die depressive Stimmung unter den Grenzposten ein.

Die jungen Soldaten wissen, und das ist ihr Hauptproblem, wie sie sich auch verhalten, es schadet ihnen. Schießen sie bei der Verfolgung eines Flüchtlings in die Luft oder auffällig weit daneben, werden sie hart bestraft, im späteren Berufsleben gemaßregelt, in der kommunistischen Gesellschaft verfemt. Gehorchen sie dem Schießbefehl, der zum Tod des Flüchtenden führen kann, zerbrechen viele daran seelisch.

Die Propaganda will deshalb die Grenzer auf andere Gedanken bringen. So war der Weihnachtsmann erstmals im vergangenen Jahr kein Mann, sondern eine Frau, die in den Bunkern am Todesstreifen Küsse zur Bescherung spendete.

Um die Stimmung an den Adventstagen nicht vollends auf den Nullpunkt sinken zu lassen, sind die Politkommissare in den Grenztruppen über den neuen Trend der Stimmungsmache instruiert worden: Erstmals darf in den Grenzerclubs Beatle-Musik gespielt werden, bisher ein absolutes Tabu.

Als preiswürdig und zur Nachahmung empfohlen wird auch ein altdeutsches Bauernfest – der „Kuh-Ball". Der Kuh-Ball wird auf dem Land an dem Tag gefeiert, an dem die Kühe von der Weide in den Stall getrieben werden. In abgewandelter Form soll er die Grenzposten und Scharfschützen entspannen. Wer sich von ihnen durch „vorbildliche Pflichterfüllung" ausgezeichnet hat, wird dabei prämiert – mit Braut oder Ehefrau.

Spitze solchen Grenzerlohnes ist ein zusätzlicher Zwei-Tage-Urlaub, so die „Volksarmee", „in einem kleinen, freundlichen Hotel".

Kurz nach Kriegsende: Noch ist die grüne Grenze bei Lübeck offen
FOTO: DPD

Der Mann am Mikrofon öffnet ein Ventil der Freiheit

Von seiner Statur her ist er ein Goliath, in seinem täglichen Kampf gegen die Diktatur in Paraguay aber spielt Humberto Rubin die Rolle des David. Obwohl das Regime ihn immer wieder seine Faust spüren läßt, hält Rubin mit politischem Geschick „Radio Nanduti" als Stimme der Opposition lebendig.

Von WERNER THOMAS

Wenn Humberto Rubin morgens um fünf Uhr seinen massigen Körper vor dem Mikrophon plaziert, beginnt auch die Arbeit für einen Angestellten des staatlichen Kommunikations-Konzerns Antelco. Dieser hat die Aufgabe, die folgende Rundfunksendung mit einem schrillen Geräusch zu stören, falls sie allzu kritische Töne gegen die Regierung anschlägt. Rubin berichtet: „Ich weiß nie, wie der Tag verläuft. Ich erlebe ständig neue Überraschungen."

Der 51jährige Mann, der nicht nur durch seinen stolzen Umfang, sondern auch durch einen buschigen Bart beeindruckt, führt einen einsamen Äther-Krieg gegen den dienstältesten Diktator Lateinamerikas: General Alfredo Stroessner kommandiert seit 32 Jahren Paraguay. Radio Nanduti, das einzige Sprachrohr der Opposition, ist der meistgehörte Sender der Nation.

Rubin schätzt, daß ihm 800 000 der 3,5 Millionen Einwohner Paraguays lauschen. Sie werden Zeuge eines informativen und provokativen Programms – und müssen oft den Ton zurückdrehen. Die Geräuschkulisse des Zensors strapaziert das Trommelfell. Nach jeder Störaktion gibt es ein paar Takte Musik. „Die Leute sollen sich kurz erholen", sagt Rubin.

Radio Nanduti – der Name bedeutet „Spinne" in der Indiosprache Guarani – bringt nur Sprechsendungen. Nachrichten, Interviews, Diskussionen und viel Lebenshilfe. Rubin: „Wer ein Anliegen hat, kann anrufen." Manche Anrufer kommen mit Eheproblemen, andere bitten um ein seltenes Medikament. Wenn ein Hund oder eine Katze verlorengehen, klingelt das Telefon bei dem populären Sender. Alfredo Seiferheld, ein Journalist und Historiker, sagt: „Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß Humberto Rubin schon manchem Menschen das Leben retten konnte."

Humberto Rubin dient aber auch als Anlaufstelle für Beschwerden politischer Natur. Campesinos melden Menschenrechts-Probleme. Oppositionspolitiker unterrichten über Schikanen der Behörden. Wenn die Sicherheitskräfte einen Stroessner-Gegner fassen, verständigt Radio Nanduti sofort die Öffentlichkeit. Das Diskussions-Programm „Mesa de Analisis" (Analyse-Tisch) zwischen 20 und 21 Uhr übt oft scharfe Kritik an der Diktatur. Rubin macht keinen Hehl daraus, daß er Stroessner haßt und 1988 eine weitere Präsidentschafts-Kandidatur des mittlerweile 73jährigen Generals verhindern will. „Wir fordern einen zivilen Kandidaten."

Paraguays prominentester Oppositionsvertreter, ein Sohn russisch-jüdischer Einwanderer, war nicht immer ein Gegner des Generals. Er zählte einst zum Kreis der „Stronistas", der Anhänger Stroessners. „Die Entwicklungen der letzten Jahre haben mich auf die andere Seite gebracht", erläutert Rubin. „Die Korruption, die Repression. Stroessners Absichten, lebenslang an der Macht zu bleiben. Ich kam zur Einsicht, daß sich die Verhältnisse ändern müssen."

Seit Radio Nanduti einen scharfen Anti-Stroessner-Kurs steuert, seit etwa fünf Jahren, spürt Humberto Rubin den Fluch des Systems. Er wurde fünfzehnmal festgenommen. Er durfte oft monatelang nicht mehr ans Mikrophon. Die Regierung drohte ihm die Ausweisung an und ließ den Sender vorübergehend schließen.

Ende April und Anfang Mai dieses Jahres demolierten Schlägertrupps das Funkhaus an der Straße Choferes del Chaco und die Antennen-Anlage im Vorort San Lorenzo. Manchmal fielen der Strom und die Telefone aus. Gelegentlich erhält der Vater von sieben Kindern telefonische Drohungen.



Die Stimme der Opposition: Humberto Rubin
FOTO: DIE WELT

Neben den Störaktionen leidet Humberto Rubin zur Zeit unter einem Werbeboykott. „Die Regierung zwingt einige unserer besten Kunden, nicht mehr bei uns zu werben." Er nennt Coca-Cola, Pepsi-Cola, Olivetti und einige Banken.

Rubin, der mit seiner Frau Gloria, einer Psychologin, auch beruflich ein Tandem bildet, wird von Stroessner-Freunden als notorischer Provokateur beschuldigt. „Er geht zu weit", meint Pedro Hugo Pena, ein Vertreter der regierenden Colorado-Partei. Der Regierungssender „Stimme des Coloradismo" warnte: „Vorsicht vor diesem Marxisten." Der vorübergehende Freiheitsentzug ist mit dem Paragraphen 209 gerechtfertigt worden, der eine Anstiftung zum Haß unter Strafe stellt. Rubin betont: „Ich bin kein Marxist, ich bin ein Demokrat."

Der Mann von Radio Nanduti weiß keine klare Antwort auf die Frage, weshalb er weiter gegen Stroessner polemisieren darf, weshalb sich die Regierung den Aufwand einer mit dem Dazwischenfunken beschäftigten Zensoren-Crew leistet, statt den lästigen Sender einfach zu schließen – wie die oppositionelle Zeitung „ABC Color" im März 1984. „Ich wundere mich selbst, daß ich diesen Kampf so lange durchstehen konnte", sagt Rubin.

Alfredo Seiferheld glaubt, daß es einen Unterschied gibt zwischen Radio Nanduti und „ABC Color": „Die Zeitung ist Stroessner noch härter angegangen." Rubin bekennt, daß die Kritik an Stroessner Grenzen kennt. „Wir würden nie über sein Privatleben berichten oder ihm persönlich Korruption unterstellen."

Ein diplomatischer Beobachter erläutert das Überleben von Radio Nanduti mit Rubins „glänzenden internationalen Kontakten". Er pflege demonstrativ sein Verhältnis zur US-Botschaft und dem forschen Missionschef Clyde Taylor. Hohe Besucher aus Washington finden immer den Weg zum Funkhaus mit seinen museumsreifen Einrichtungen. Im Oktober konnte Rubin die Abteilungsleiterin für Paraguay und Uruguay im State Department, Deborah Bolton, begrüßen. An diesem Tag durfte Radio Nanduti ein störungsfreies Programm servieren.

Schließlich würde ein Schlag gegen den 24 Jahre alten Sender der Regierung auch im Inland mehr schaden als nützen. „Wir haben eine leidenschaftliche Zuhörergemeinde, für die Radio Nanduti ein Ventil der Freiheit bedeutet", betont Rubin. Nach dem Einsatz der Schlägertrupps Ende April und Anfang Mai wollten Schüler nachts Wache schieben.

Besonders bemerkenswert fand Rubin den Brief eines kleinen Mädchens zu den damaligen Zwischenfällen: „Man kann eine Rose vernichten, man kann zwei oder drei Rosen vernichten. Man kann aber nicht verhindern, daß der Frühling kommt."

Radio Nanduti bietet 19 Stunden pro Tag sein Kontrast-Programm. Von Mitternacht bis fünf Uhr morgens schweigt der Sender. Humberto Rubin scherzt: „Unsere Partner bei Antelco müssen auch einmal schlafen."

Wo lassen Sie rechnen?

Bei Baufinanzierungen gilt:
Die Qualität des Resultates hängt von der Qualität des Rechners ab!

Und weil heute intelligente und vor allem schnelle Resultate gefragt sind, beschäftigen wir einen Experten auf diesem Gebiet: Unseren Finanzierungscomputer.

Er kann jeden möglichen Vorteil ins Kalkül ziehen und so schnell sämtliche Finanzierungs-Alternativen ausrechnen, daß wir sofort die beste und preiswerteste ermitteln können.

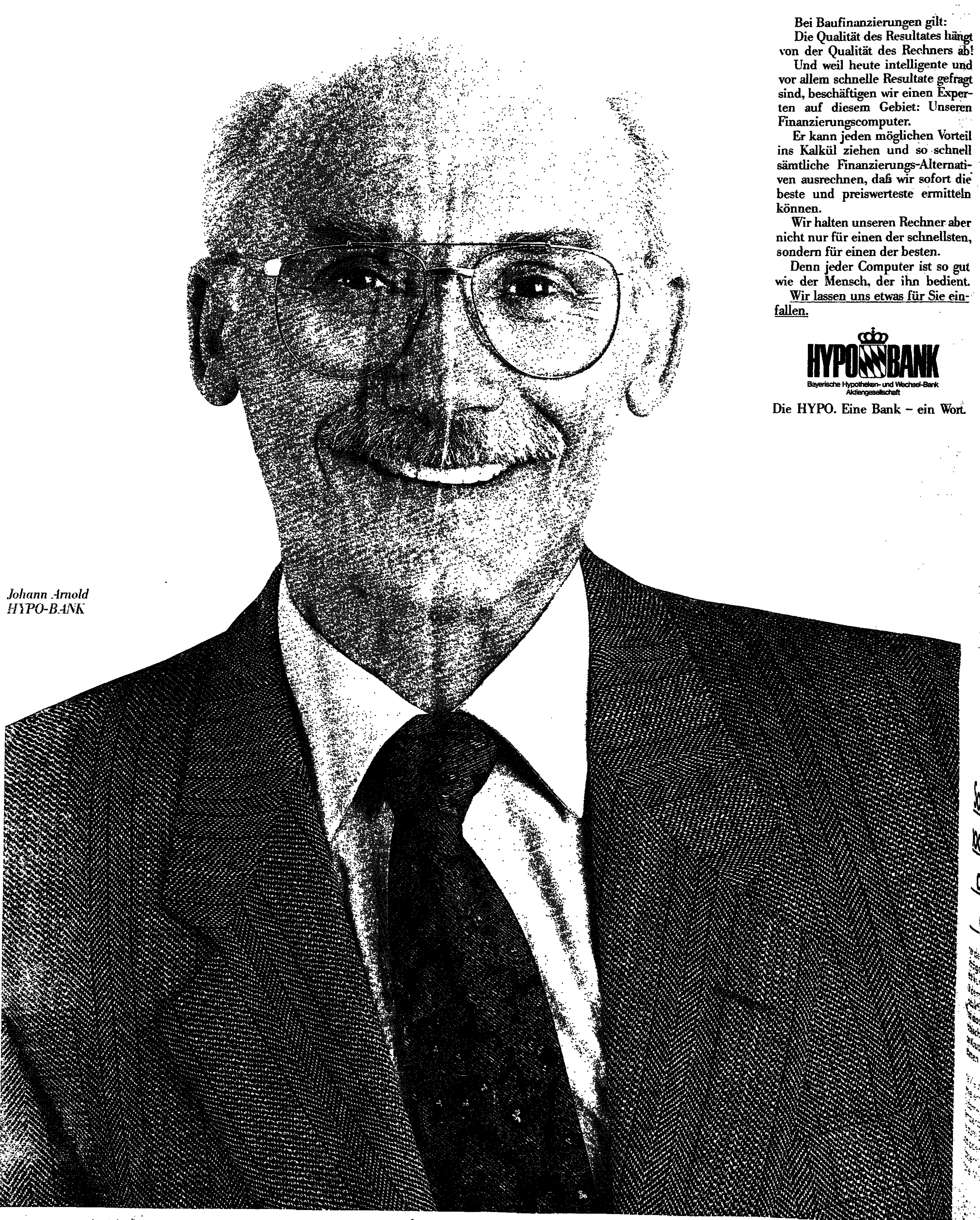
Wir halten unseren Rechner aber nicht nur für einen der schnellsten, sondern für einen der besten.

Denn jeder Computer ist so gut wie der Mensch, der ihn bedient.

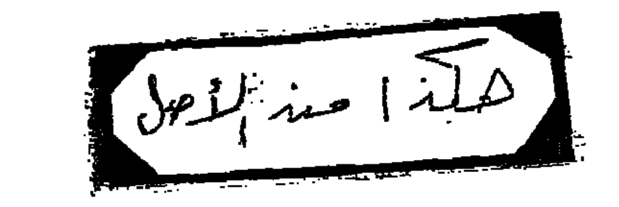
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.

HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft

Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.



Johann Arnold
HYPO-BANK



Mehr Einfluß für die Gewerkschaften Chinas

Mitsprache in Politik und Wirtschaft / Reformkurs zwingt dazu

JOCHEN HEHN, Hongkong

Das Schattendasein des „Allchinesische Gewerkschaftsbundes" soll bald ein Ende haben. Die Gewerkschaften, deren Aktionsradius von der allmächtigen KP Chinas auf untergeordnete Bereiche wie Freizeitgestaltung, kulturelle Tätigkeiten, soziale Hilfeleistungen und Kampagnen zur Steigerung der Produktion begrenzt war, werden nach dem Entwurf des neuen Gewerkschaftsgesetzes künftig eine wesentlich aktivere und einflußreichere Rolle spielen.

Das neue Gesetz soll im nächsten Jahr, spätestens jedoch 1988, vom Parlament, dem Nationalen Volkskongreß, abgesegnet werden. Die Änderung des Gewerkschaftsgesetzes von 1950 ist überfällig, denn Chinas Reformkurs hat die Lebens- und vor allem die Arbeitsbedingungen einschneidend verändert.

Die langsame Hinwendung zu mehr marktwirtschaftlichen Entscheidungsprinzipien hat zu verschärften Interessengegensätzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt. Immer häufiger ist in den chinesischen Medien von Konfliktsituationen die Rede, die auf die Privatisierung von staatlichen Betrieben zurückzuführen sind. Neue Anstellungsverträge, die allmähliche Abschaffung der egalitaristischen Lohnpolitik und die verein zelt schon praktizierte Schließung unrentabler Firmen werfen Probleme auf.

Mangel an Arbeitsplätzen

Zusätzlich sieht sich China bis zum Jahre 2000 mit einem Bevölkerungswachstum von rund 250 Millionen Menschen – das ist etwa die Einwohnerzahl der USA – konfrontiert. Das bedeutet, daß das Land jährlich zehn Millionen neue Arbeitsplätze bereitstellen muß. Die Bewältigung dieser schwierigen Aufgaben möchte Peking nun auf mehrere Schultern verteilen. Deshalb die anvisierte stärkere Einbindung der Gewerkschaften in den politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozeß.

Das neue Gesetz wird alle Gewerkschaften, die mehr als 80 Millionen Mitglieder haben, ermächtigen, Interessenvertreter der gegenwärtig rund 130 Millionen Arbeitnehmer zu sein. Darüber hinaus wird ihnen ein größeres Mitspracherecht in den zentralen und lokalen Regierungsstellen eingeräumt. Dies gilt vor allem für jene Bereiche der Wirtschaftspolitik, die – wie Lohn- und Preisreform oder etwa die Ausarbeitung des umstrittenen *Konkursgesetzes – die Arbeitnehmer* besonders betreffen.

Sonderzonen als Vorbild

Als Vorbild für das neue Gewerkschaftsgesetz dienen jene gesetzlichen Vorschriften, die schon im Juni 1985 in den Wirtschaftssonderzonen und der Provinz Guangdong in Kraft getreten sind. Sie regeln die Arbeitsverhältnisse in den Unternehmen mit ausländischer Beteiligung (Joint Ventures). Die Gewerkschaften sorgen bereits dafür, daß Vorschriften hinsichtlich Arbeitsschutz, Lohn und Prämien sowie sozialer Sicherheit eingehalten werden.

Das neue Gesetz geht jedoch einen Schritt weiter, da es den Gewerkschaften ein Mitspracherecht am politischen Entscheidungsprozeß einräumt und ihnen außerdem gestattet, die Durchführung gesetzlicher Regelungen auf ihre Effizienz hin zu überprüfen.

Die chinesischen Gewerkschaften haben eine bewegte Geschichte hinter sich. Die ersten gewerkschaftsähnlichen Gruppierungen wurden *1918 in der Provinz Hunan von Druk*kern und 1920 in Shanghai von Maschinenbauern und Seeleuten gebildet. Mit der Gründung der KP Chinas (1921) erlebte die Gewerkschaftsbewegung einen stürmischen Aufschwung, um dann jedoch unter der Kuomintang-Herrschaft und der japanischen Besatzung fast völlig zum Erliegen zu kommen.

Nach der kommunistischen Machtübernahme im Jahr 1949 waren die Gewerkschaften nur von geringer Bedeutung. In der Kulturrevolution wurde die gewerkschaftliche Organisation zerschlagen, ihre Führer wurden gedemütigt und mißhandelt.

Nach der Iran-Affäre droht den Contras die endgültige Einstellung der US-Hilfe

Debatte über Waffenlieferungen neu entbrannt / Nervosität bei Nicaraguas Nachbarn

WERNER THOMAS, Miami

Die Führer der Contras studieren in Miami die schwierige Situation. Schon kurz nach spektakulären Enthüllungen des amerikanischen Justizministers Edwin Meese hatten sich die drei Männer der Presse gestellt. Ihre konsternierten Gesichter reflektierten den Ernst der Lage. „Frustration prägt die Stimmung", so ein Vertreter der in Nicaragua kämpfenden Partisanenorganisation.

Die antisandinistischen Contras müssen mit einem weiteren Problem ringen: Sie gehören zu den am schwersten betroffenen Opfern der Washingtoner Iran-Krise. *Seit Minister Meese* die frappierende Mitteilung machte, die von dem iranischen Regime gezahlten Gelder für die heimlichen amerikanischen Waffenlieferungen (etwa 30 Millionen Dollar) seien auf einem Schweizer Bankkonto der Rebellen deponiert worden, stehen die Contras wieder im Mittelpunkt emotionaler Diskussionen. *Oft wurde die Frage aufgeworfen*, ob die Reagan-Regierung nun ihre Contra-Hilfe endgültig einstellen muß.

Die *Rebellenführer* Arturo Cruz, Adolfo Calero und Alfonso Robelo bestreiten, über Bankkonten in der Schweiz zu verfügen. Calero, der einflußreichste Vertreter der Troika, wollte jedoch die Möglichkeit nicht ausschließen, daß seine Guerilleros ohne sein Wissen von diesen Finanzquellen profitieren konnten. Er nannte in diesem Zusammenhang die „Versorgungsflüge für unsere Truppen". Am 5. Oktober war ein Versorgungsflugzeug über Nicaragua abgeschossen worden. *Der einzige* Überlebende, der US-Bürger Eugene Hasenfus (45), wurde Mitte November von einem Sondergericht in Managua zu 30 Jahren Haft verurteilt.

Der Fall Hasenfus hat bereits den Oberstleutnant Oliver L. North, das entlassene Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates, in den Verdacht illegaler Aktivitäten gebracht. Gerüchte kursierten, er sei die treibende Kraft hinter den „privaten Initiativen" (Calero) für die Contras gewesen.

Die US-Regierung darf den Rebellen erst seit dem 18. Oktober wieder militärisch helfen, nachdem der Präsident eine entsprechende Gesetzesvorlage unterzeichnet hatte. Die Militärhilfe war zwei Jahre lang vom Kongreß untersagt gewesen. Die Waffenlieferungen an die antikommunistischen Partisanen zählten stets zu den heiß debattierten Themen der Nation, die selbst das republikanische Lager spalteten.

Der Republikaner Dave Durenberger, der bisherige Vorsitzende des Senatsausschusses für Geheimdienstfragen, prophezeite: „Es wird lange dauern, bis wieder Geld nach Nicaragua fließt." Das Programm gerät nun in die Untersuchungsmühlen des Kapitolhügels. Schon fordern demokratische Kongreßvertreter, die noch nicht ausgzahlte Tranche der Contra-*Hilfe dieses Jahres (40 von insgesamt* 60 Millionen Dollar) zu stornieren. Die Reagan-Regierung wollte, bevor die von den amerikanischen Medien als „Iran-Contra-Skandal" bezeichnete Affäre das Land schockierte, dem Kongreß ein noch größeres Hilfspaket für das nächste Jahr vorschlagen: 200 bis 300 Millionen Dollar.

Die Rebellen, zwischen 12 000 und 15 000 Kämpfer, brauchen eine Unterstützung Washingtons. Andrew Messing, der Vertreter einer ihrer amerikanischen Lobbyisten-Gruppen, erinnerte: „Die Sowjets rüsten die Sandinisten hemmungslos auf – ohne Debatten." Die sandinistischen Comandantes verfügen über die stärksten Streitkräfte Mittelamerikas, *etwa 120 000 Soldaten und* Reservisten. Schon regt sich Nervosität unter den Nachbarn Nicaraguas, die eine Niederlage der Contras befürchten. Berichte machen die Runde, daß die sandinistischen Comandantes jetzt einen entscheidenden Schlag gegen die Basislager der Contras in Honduras planen.

Papst auf den Seychellen

DW. Victoria

Papst Johannes Paul II. ist gestern zum Abschluß seiner Rundreise durch Südostasien, die Fidschiinseln sowie Neuseeland und Australien auf den Seychellen eingetroffen. Er wurde von Präsident Rene begrüßt. Von den 70 000 Einwohnern der Inselgruppe sind 91 Prozent katholisch.

In seiner Predigt in Victoria regte der Papst an, daß die Gläubigen den *Tourismus auf ihrer Insel „als Gele*genheit für Austausch, Dienst und Zeugnis für Geben und Nehmen" nutzen sollten.

Chirac gegen Vorlesungsboykott

AFP, Paris

Erfolglos versuchte Premierminister Chirac mit beruhigenden Erläuterungen den Vorlesungsboykott zu stoppen, mit dem französische Studenten die Rücknahme einer umstrittenen Hochschulreform durchsetzen wollen. Die ebenfalls von Schülern, Dozenten und den oppositionellen Parteien abgelehnte Gesetzesvorlage wurde in der Nationalversammlung *an den zuständigen Ausschuß zu*rückverwiesen. Sie soll nun nach einer erneuten Anhörung von Studentenvertretern überarbeitet werden.

Delors bereitet EG-Gipfel vor

AP, Bonn

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jacques Delors, wird heute zu Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher in Bonn erwartet. Der Besuch dient der Vorbereitung des Gipfeltreffens, zu dem die Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten am Freitag in London zusammenkommen. Im Mittelpunkt dieses Treffens werden Wirtschafts- und Währungsfragen der EG-Staaten sowie möglicherweise die Frage einer Reform der Agrarpolitik stehen.

Rolle der Ungarn in Siebenbürgen gewürdigt

Budapest veröffentlicht umfangreiches Geschichtswerk

CARL G. STRÖHM, Budapest

In der Auseinandersetzung mit Rumänien über die ungarische Volksgruppe in Siebenbürgen (Transsilvanien) hat Budapest nun deutlich Stellung bezogen. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg und der kommunistischen Machtübernahme ist jetzt in Ungarn ein dreibändiges Werk unter dem Titel „Geschichte Siebenbürgens" *(Erdely Törtenete) im Verlag* der Ungarischen Akademie der Wissenschaften erschienen. Als Herausgeber zeichnet der ungarische Kulturminister Bela Köpeczi.

Das Werk soll offenkundig der von den rumänischen Kommunisten verbreiteten These entgegentreten, wonach Siebenbürgen seit Urzeiten rumänisches Land gewesen sei und die Ungarn ebenso wie die Siebenbürger Sachsen dort nur „mitwohnende Nationalitäten" sind.

Hochburg der Kultur

Bei der feierlichen Präsentation des Werkes betonten Köpeczi und der Generaldirektor des Akademie-Verlages, György Hazai, daß die Geschichte Siebenbürgens – in dem heute etwa zwei Millionen Ungarn und noch einige hunderttausend Deutsche leben – jahrhundertelang mit Ungarn verflochten war. Siebenbürgen sei eine „Hochburg der ungarischen Kultur" gewesen. Seine Literatur, *Volksdichtung und* Volkskunst seien Teil der gesamtungarischen kulturellen Entwicklung.

In deutlicher Anspielung auf die gegenwärtige bedrängte Lage der Ungarn in Rumänien, die einem kontinuierlichen Prozeß der Entnationalisierung ausgesetzt sind, bezeichneten die beiden Sprecher Siebenbürgen als ein Gebiet, dessen Volk durch schwere historische Prüfungen gehen mußte. Seit tausend Jahren habe das ungarische Volk in Siebenbürgen ei*ne konstruktive Rolle als Teil der eu*ropäischen geistigen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung gespielt.

Köpeczi, der die Anwesenden nicht wie sonst in volksdemokratischen Ländern üblich, mit „Genossen", sondern mit „meine Damen und Herren" ansprach, erklärte, in Ungarn werde die „Autonomie der Wissenschaften" seit 1969 von der politischen Führung akzeptiert.

Die historische Erforschung Siebenbürgens sei durch einen Regierungsbeschluß 1976 ermöglicht worden. Das nun vorliegende Werk stütze sich nicht nur auf die Arbeiten unga*rischer, sondern auch siebenbür*gisch-sächsischer und rumänischer Historiker. Es soll, wie der Kulturminister betonte, einen Beitrag zu einer „objektiven Geschichtsbetrachtung" leisten.

Zugleich sprach Köpeczi von „Schwierigkeiten" für die ungarische Seite, an Quellen und Materialien aus der Zeit nach 1918 heranzukommen – dem Jahr, als Siebenbürgen als Folge des Ersten Weltkriegs von Ungarn abgetrennt und im Vertrag von Trianon Rumänien zugesprochen wurde.

Auch für die Gegenwart verzeichnete Köpeczi „sehr viele Komplikationen" – was offenbar bedeuten sollte, daß die rumänische Seite eine Zusammenarbeit oder gar eine Öffnung in Rumänien befindlicher historischer Archive verweigert hat. Köpeczi hofft dennoch, daß das Buch (Auflage: 40 000 Exemplare) sowohl siebenbürgisch-deutsche als auch rumänische und ungarische Autoren zu weiteren Arbeiten inspirieren werde.

Was sagen die Rumänen?

Die Frage eines ausländischen Journalisten, ob das *nun vorliegende* Werk auch den Ungarn in Siebenbürgen zugänglich gemacht werden könnte, löste Heiterkeit aus.

Ungarn hat die größten Schwierigkeiten, auch nur einige Exemplare seiner kommunistischen Parteipresse nach Rumänien zu exportieren – obwohl es sich um ein „kommunistisches Bruderland" handelt. Kenner der Situation glauben, daß jeder Reisende, der mit dieser „Geschichte Siebenbürgens" im Gepäck an der rumänischen Grenze auftauche, mit sofortiger Beschlagnahme, wenn nicht gar mit Verhaftung und peinlichen Polizeiverhören rechnen müsse.

In Malaysia entscheiden ein paar Gramm Drogen über Leben und Tod

M. ROEDER, Kuala Lumpur

Überall steht es. An der Grenze, auf Einreisepapieren, Flughäfen und Bahnhöfen: In Malaysia wird Drogenschmuggel mit dem Tode bestraft. Die Zeitungen greifen täglich das Drogenproblem auf. „Zimmermann wegen 0,5 Gramm Heroin zu einem Jahr *Gefängnis verurteilt"* – „59jähriger mit einem Pfund Heroin festgenommen" – „Drogen in Religionsschule gefunden" – so lesen sich die Überschriften.

Mit Hilfe der Medien machen Malaysias Politiker Front gegen den Staatsfeind Nummer eins – Heroin. Die Zeitungen berichten über neue Verstöße gegen das 1983 verschärfte Gesetz gegen den Drogenmißbrauch. Internationale Schlagzeilen machte die Hinrichtung von zwei Australiern im Juli dieses Jahres. Sie waren jedoch nur die bislang letzten von insgesamt 41 Exekutionen. 86 Verurteilte warten noch auf den Henker.



Malaysias harte Drogengesetze wurden ihm zum Verhängnis: Frank Förster, von einem Polizisten bewacht, auf dem Weg zum Gericht FOTO: AP

Nach der malaysischen Rechtsprechung gilt als Dealer, wer mehr als 15 Gramm Heroin, 200 Gramm Haschisch oder ein Kilo Rohopium bei sich hat. Im Zweifel entscheiden hier wenige Gramm letztendlich über Leben und Tod. Eine willkürlich gezogene Grenze, meint N. A. Naya vom Drogenforschungszentrum der Universität der Wissenschaften in Penang. Eine lebensgefährliche Grenze für den 29jährigen Deutschen Frank Förster, der seit gestern in Georgetown vor Gericht steht. Er wurde mit 239,7 Gramm Haschisch festgenommen.

112 756 Drogenabhängige führt die staatliche Statistik des 15 Millionen Einwohner zählenden Landes. Und es werden täglich mehr. Dabei ist das erst „die Spitze des Eisberges", wie ein Fachmann aus dem Drogendezernat in Kuala Lumpur meint. Alle sozialen Schichten sind betroffen. Derzeit sind nach dem Bericht der Abteilung zur Drogenbekämpfung beim Premierminister 7897 Häftlinge drogenabhängig, 1850 weitere sitzen derzeit im Entzug. Die Dunkelziffer der Drogenabhängigen ist natürlich weitaus höher. Die UNO geht dabei von dem Multiplikator zehn aus. Das wären damit über 7,5 Prozent der Bevölkerung.

Die Betroffenheit der malaysischen Regierung ist verständlich, um so mehr als es sich bei den registrierten Drogenkonsumenten überwiegend um moslemische Malaien handelt, die wiederum nur 45 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Naya erinnert sich noch gut an die Zeit unter britischer Kolonialherrschaft vor 1957, als Opium und Marihuana neben *Mangos und Bananen* einfach auf dem Markt feilgeboten wurden. Das Kraut Canabis, das die Rauchware für Malaien und das Gewürz für Inder abgibt, gedeiht nach den Erkenntnissen des Drogendezernats in Kuala Lumpur weiterhin versteckt auf so mancher Palmöl- und Gummiplantage.

Heroin bereitet Naya weitaus mehr Kopfzerbrechen. Als Abfallprodukt vom großen Transitverkehr des tödlichen Schnees vom berüchtigten Goldenen Dreieck, dem Grenzgebiet zwischen Nordthailand, Birma und Laos, eroberte sich die Droge den malaysischen Binnenmarkt.

Malaysia, das selbst außer Canabis keine Drogen produziert, gilt seit alters her beim Drogendezernat als eine der Hauptschlagadern des internatio*nalen Drogenhandels zwischen dem* Goldenen Dreieck und den westlichen Industrienationen, allen voran die USA, Australien und Europa.

Von Januar bis August 1986 beschlagnahmten die malaysischen Behörden 276 Kilogramm Rohopium, 22 Kilogramm Morphin, 47 Kilogramm Heroin und 515 Kilogramm Marihuana. Im gleichen Zeitraum wurden 6020 Menschen wegen Drogendelikten festgenommen.

Im Goldenen Dreieck werden in guten Jahren bis zu 700 Tonnen Rohopium geerntet, vor allem in Birma, im Rebellengebiet der Shan, des Opiumkönigs Khun Sa. Der dort angebaute Mohn, mit dem er seinen Kleinkrieg gegen die Regierung in Rangun finanziert, wird auf kleinen Lastkarawanen durch den Dschungel nach Nordthailand geschmuggelt.

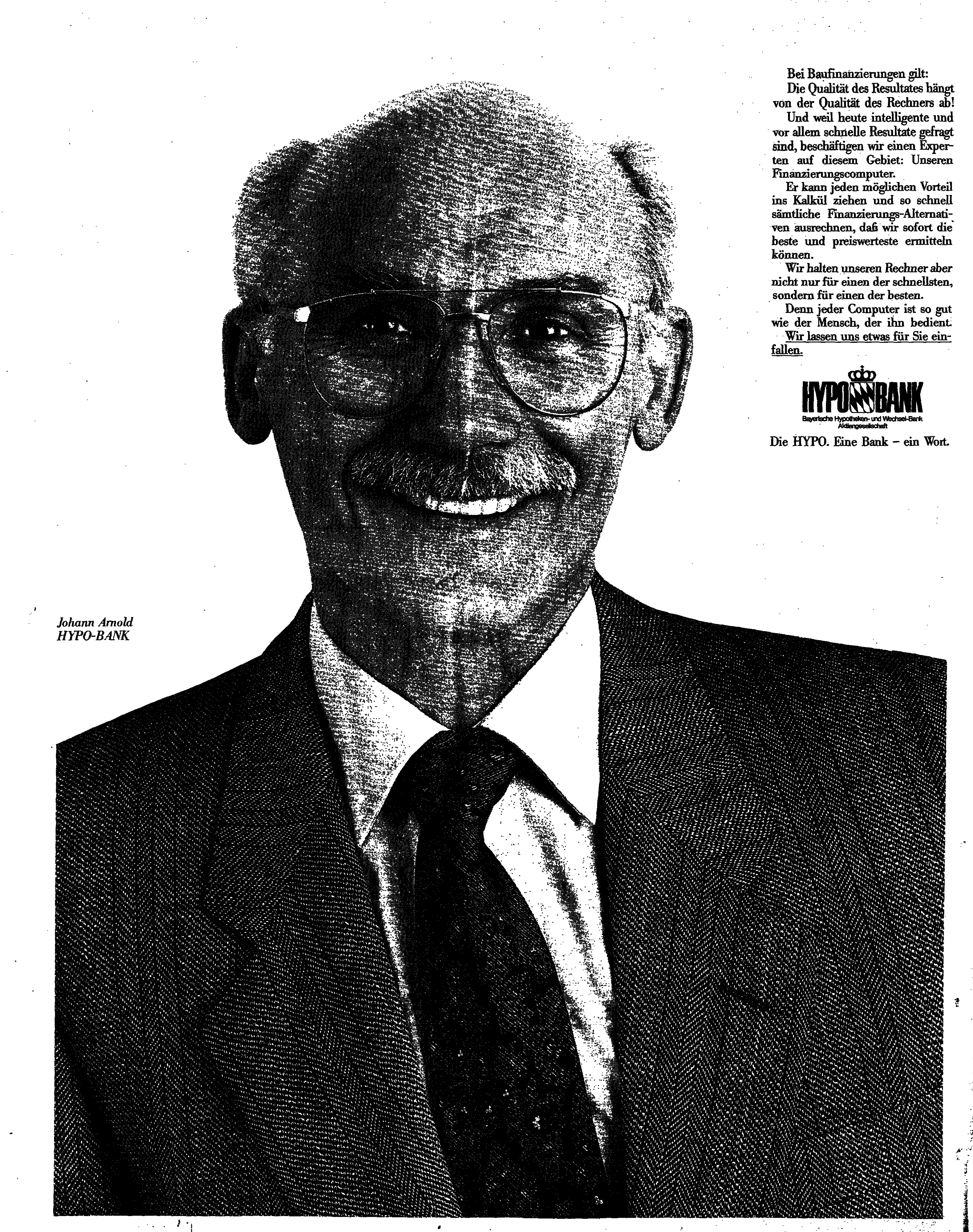
In Anbetracht der relativ reiseunfreundlichen Regierungen in Birma, Laos und Kambodscha bietet sich neben dem direkten Export via Flughafen Bangkok vor allem der Land- und Seeweg über die malaysische Halbinsel an. Die ungefähr 500 Kilometer lange Landesgrenze zwischen Malaysia und Thailand bietet viele Schlupflöcher für organisierten Schmuggel.

Vereinzelt versuchte sich Malaysia mit Bollwerken und Zäunen gegen den unerwünschten Importartikel zu schützen, aber die Grenze ist größtenteils im unwegsamen Busch kaum erkennbar.

Auch auf dem Seeweg eröffnen sich den Händlern mancherlei Möglichkeiten. Der Warenaustausch zwischen beiden Ländern ist derart umfangreich, daß Kontrollen zwangsläufig ins Hintertreffen geraten. Pfiffige Zöllner finden aber schon mal eine ganze Ladung Heroin unter stinkigen Seefischen. Das Risiko kalkulieren die Syndikate ein.

Kommt die Hälfte der Sendung durch, macht der große Boß im Hintergrund schon seinen Schnitt –, so bringt es der Fachmann von der Poli*zei auf einen Nenner. Bleibt dabei ein* Mittelsmann auf der Strecke, etwa weil er dem malaysischen Drogengesetz *zum Opfer* fällt, trifft es das Syndikat ohnehin nicht tief. Ersatz gibt es bei einer Arbeitslosenquote von rund neun Prozent genug.

Die Polizei darf zwar auf Grund von Hinweisen ohne Durchsuchungsbefehl fremde Wohnungen filzen, wer sagt den Beamten aber, daß nicht ein mißgünstiges Familienmitglied das Heroin erst höchstpersönlich in den Toilettenkasten geschoben und dann die Polizei gerufen hat? So geschehen in der Hauptstadt Kuala Lumpur.


Wo lassen Sie rechnen?
Bei Baufinanzierungen gilt:
Die Qualität des Resultates hängt von der Qualität des Rechners ab!
Und weil heute intelligente und vor allem schnelle Resultate gefragt sind, beschäftigen wir einen Experten auf diesem Gebiet: Unseren Finanzierungscomputer.
Er kann jeden möglichen Vorteil ins Kalkül ziehen und so schnell sämtliche Finanzierungs-Alternativen ausrechnen, daß wir sofort die beste und preiswerteste ermitteln können.
Wir halten unseren Rechner aber nicht nur für einen der schnellsten, sondern für einen der besten.
Denn jeder Computer ist so gut wie der Mensch, der ihn bedient.
Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.
HYPO BANK
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.
Johann Arnold
HYPO-BANK

Die Inflation der Schrittmacher

Bei der Behandlung von Herzrhythmusstörungen werden zu oft falsche Diagnosen gestellt

Von LUDWIG KÜRTEN

In der Bundesrepublik werden zu viele Herzschrittmacher eingesetzt. Einige dieser implantierten Geräte sind nicht nur unnötig, sondern verursachen erhebliche Nebenwirkungen und haben schädliche Folgen für den Patienten. Solche fehlerhaften Implantationen müssen daher so schnell wie möglich erkannt und der Herzschrittmacher entfernt werden." Dies äußerte jetzt der Herzspezialist Professor Berndt Lüderitz (Universitäts-Klinik Bonn) vor der Wissenschaftspressekonferenz.

Vor jeder Entscheidung zur Implantation sei eine kritische, den Einzelfall des jeweiligen Patienten abwägende Diagnose notwendig, so Lüderitz. Die Möglichkeiten zur Behandlung von Herzrhythmus-Störungen seien heute vielfältiger und effektiver, aber auch komplizierter als noch vor wenigen Jahren. Dies gelte gleichermaßen für die Diagnose, für den Entschluß zu einer bestimmten Behandlungsmaßnahme und für die Kontrolle der Therapie. Lüderitz forderte daher, daß nur ausgebildete Kardiologen (Herzspezialisten) mit der Behandlung solcher Erkrankungen befaßt sein sollten und die Entscheidung zur Implantation eines Schrittmachers treffen dürften. Die dazu notwendige Erfahrung könne nur in Zentren gewonnen werden, in *denen mindestens 50 Implantationen* pro Jahr vorgenommen werden.

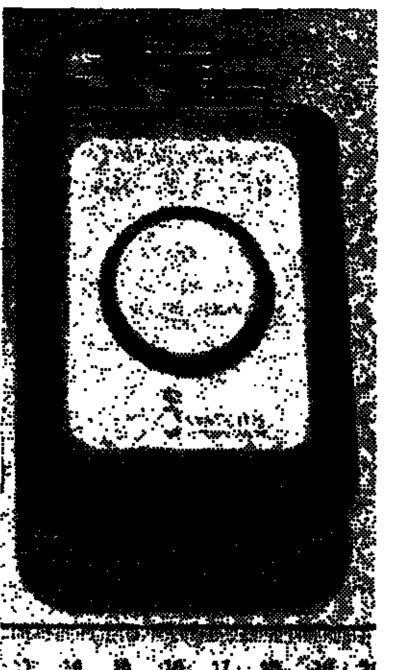
Behandlung der Symptome

Herzrhythmusstörungen können durch eine Reihe unterschiedlicher Grunderkrankungen verursacht sein. Dazu gehören Durchblutungsstörungen der Herzkranzgefäße, Herzklappenfehler, eine Entzündung des Herzmuskels, eine Störung des Kalium- und Magnesiumstoffwechsels oder Erkrankungen der Schilddrüse. Eine Therapie müsse daher zunächst darauf ausgerichtet sein, die eigentliche Krankheitsursache zu beseitigen. Die Behandlung der Symptome ist heute, wie Lüderitz erläuterte, auf drei Wegen *möglich: mit einer medikamentösen* Behandlung, mit Hilfe von „elektrotherapeutischen Maß*nahmen" (Elektroschock,* Herzschrittmacher) und mit herzchirurgischen Maßnahmen.

Bei den Medikamenten gebe es heute Fortschritte durch die Entwicklung neuer „antiarrhythmischer" Wirkstoffe. Diese Substanzen helfen vor allem bei Rhythmusstörungen, die von den Herzkammern ausgehen. Allerdings gehören diese Stoffe zu den Arzneimitteln mit den stärksten Nebenwirkungen überhaupt. Sie können Veränderungen des Blutbildes verursachen, die Pumpleistung *des Herzens schwächen, Funktions*störungen der Schilddrüse und der Leber hervorrufen und Allergien auslösen.

Bei der Elektrotherapie sind in den letzten Jahren einige technische Fortschritte erzielt worden. Für die Behandlung von zu langsamen Schlagfolgen (Bradykardie) gibt es heute *„physiologische"* Schrittmachersysteme, die den natürlichen Erregungsablauf im Herz nachvollziehen. Außerdem wurde die Lebensdauer der Batterien auf etwa 15 Jahre verlängert und die Abmessung der Geräte weiter verringert.

Neuerdings sind auch „biologische" Schrittmacher verfügbar, bei *denen die Schlagfrequenz durch Sen*soren gesteuert wird, die im Organismus die Bluttemperatur, die Muskelaktivität und die Atemfrequenz erfassen. Eine weitere Neuerung sind Schrittmachersysteme, die sich gegen eine zu schnelle Schlagfolge des Herzens richten (Tachykardie).



Implantierbarer Defibrillator zur Verhinderung lebensbedrohlicher Herzrhythmusstörungen
FOTO: DIE WELT

Die jüngste Entwicklung auf dem Markt sind die implantierbaren „Defibrillatoren". Sie können Patienten das Leben retten, bei denen ein lebensbedrohliches Kammerflattern oder -flimmern auftritt. Solche Ereignisse, bei denen extrem schnelle Schlagfrequenzen auftreten, führen innerhalb von Sekunden zum Zusammenbruch des Kreislaufs und damit zum Tod.

Diese inzwischen nur noch einige hundert Gramm schweren Geräte werden unter der Bauchdecke eingesetzt. Über Sensoren können sie eine *bedrohliche Rhythmusstörung* erkennen und innerhalb von zehn Sekunden einen Elektroschock abgeben, der über *löffelförmig das Herz* umfassende Elektroden wirkt. Weltweit sind bisher 800 dieser Geräte implantiert worden. Zur Zeit kosten sie allerdings noch ca. 30 000 Mark, im Vergleich zu etwa 5000 Mark bei herkömmlichen Schrittmachern.

Chirurgische Maßnahmen

*In den Fällen, wo weder eine me*dikamentöse noch eine elektrische Behandlung erfolgreich ist, können nur noch chirurgische Maßnahmen helfen. So kann man heute etwa bei angeborenen Rhythmusstörungen Leitungsbahnen im Herz gezielt durchtrennen oder bestimmte Gebiete der linken Herzkammer isolieren, von denen Störungen ausgehen.

In der Bundesrepublik gibt es schon heute etwa 130 000 Patienten mit einem Schrittmacher, jährlich kommen etwa 30 000 hinzu. Dabei kommt es nach Aussage von Prof. Lüderitz häufig zu fehlerhaften Diagnosen des behandelnden Arztes. So beklagte er, daß auf Grund der noch unverhältnismäßig häufigen Verschreibung von *Digitalis-Präparaten* in der Bundesrepublik die damit verbundene Erniedrigung der Schlagfre*quenz oft mit einem Schrittmacher* „bekämpft" wird.

Die Implantation eines Schrittma*chers berge auch Risiken, von Infek*tionen bei der Operation bis zu Fehlfunktionen des Gerätes. Zudem können bestimmte Einflüsse, etwa Mikrowellen oder starke Senderanlagen, den Schrittmacher irritieren. Es müsse daher, so Lüderitz, jeweils sorgfältig abgewogen werden, ob die Implantation wirklich notwendig sei.

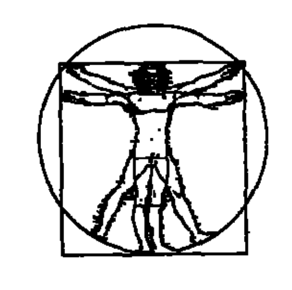
NOTIZEN

Tod eines Sternes

Columbus/Ohio (AFP) – Wie ein Stern von einem schwarzen Loch verschluckt wurde, hat jetzt erstmals ein US-Forscherteam beobachtet. Das Phänomen war bislang nur theoretisch beschrieben worden. Die Forscher machten diese Beobachtung in einer Galaxie, die 200 Millionen Lichtjahre von der Erde entfernt ist. Die Materiedichte eines schwarzen Lochs ist so hoch, daß seine Schwerkraft andere Materie und sogar Strahlung anzieht und nicht wieder abgibt.

Transplantation

Bologna (dpa) – Auch Knochenmarkstransplantationen helfen in Fällen schwerer radioaktiver Verstrahlung nicht unbedingt. Die dabei notwendige Unterdrückung des Immunsystems kann dem Organismus mehr schaden, als die Transplantation ihm nutzt. Zu diesem Ergebnis kamen jetzt Wissenschaftler



aus Ost und West auf einem Kongreß in Bologna. Die Auswertung mehrerer hundert Patienten, die nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl mit dieser Methode behandelt wurden, hat jetzt eine geringe Wirksamkeit ergeben.

Smog-Verordnung

Wiesbaden (dpa) – Eine neue, strengere Smog-Verordnung ist gestern in Hessen in Kraft getreten. In der ersten Alarmstufe dürfen in den Sperrgebieten künftig nur noch Autos mit geregelten Drei-Wege-Katalysatoren fahren. Für alle anderen Fahrzeuge besteht Fahrverbot. Feuerungsanlagen sind bereits in der Vorwarnstufe von schwerem auf leichtes Heizöl umzustellen. In der *zweiten Alarmstufe* können Behörden auch die Betreiber nicht genehmigungspflichtiger Anlagen zur *Minderung von Emissionen* verpflichten.



Im Bereich des *Überholbahnhofs* Burgsinndorf hat man für die Rekultivierung qualitativ hochstehendes Saatgut verwendet. Die schon bestehende Fauna und Flora wird dabei berücksichtigt, neue Biotope *werden angelegt.* Das Abraummaterial wird in Deponien gelagert, die nach der Bearbeitung wieder landwirtschaftlich genutzt werden können.
FOTO: A. MIDDEL

Erste Hilfe für ökologische Wunden

Zwischen Würzburg und Fulda erprobt die Bundesbahn neue Rekultivierungsmaßnahmen

Von ANDREAS MIDDEL

Nicht nur mit dem Intercity Experimental (ICE) will die Deutsche Bundesbahn Akzente setzen, auch beim Bau der 327 Kilometer langen Strecke beschreitet man neue Wege. Nach modernen Methoden des Tunnelbaus und des Brückenschlages wurde jetzt auch der Umweltschutz als ein Betätigungsfeld entdeckt. Erst allmählich erkannte man die Chance, die in einer sinnvollen Rekultivierung des ehemaligen Baugeländes liegt.

Schwerpunkt der umweltschonenden Bauweise ist bislang der rund 70 Kilometer lange Abschnitt Würzburg-Fulda. Der bayerische Land*schaftsarchitekt Prof. Karl Kagerer* wurde mit der Aufgabe einer „Landschafteinbindung unter ökologischen Gesichtspunkten" betraut.

Mit dem Aufbau einer zentralen Bau- und Planungsleitung tat er den ersten Schritt für beständige Rekultivierungsmaßnahmen. Dabei macht die Bahn sogar erhebliche Einsparungen. Denn bisher mußten abgerutschte Böschungen immer wieder aufgeschüttet und kostenaufwendig erneuert werden. Kagerer setzt auf eine „Armierung" der Hänge und Böschungen. Der behutsame Umgang mit der Landschaft, gerade bei einem solchen Jahrhundert-Projekt, steht für den Landschaftsarchitekten im Vordergrund. Dazu gehört auch, Felsen, die den Bau des Schienenstrangs stören, nicht einfach wegzusprengen. Die Struktur des Gesteins soll erhalten bleiben, damit sich später eine widerstandsfähige Vegetation ansiedeln kann.

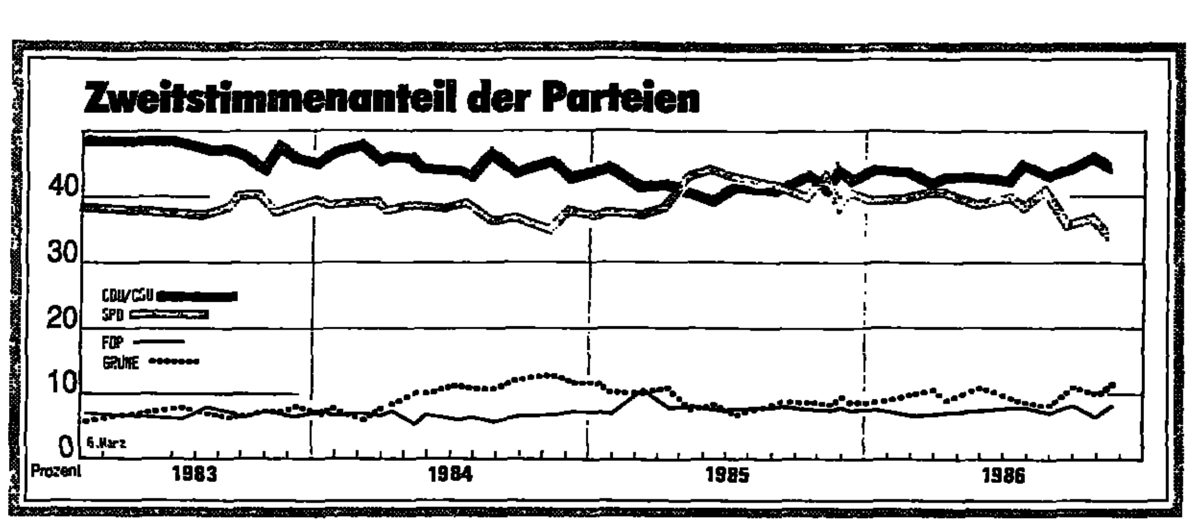
Schon nach wenigen Jahren zeigen sich erste Ergebnisse. In Höhe des Überholbahnhofs Burgsinndorf bei Gemünden wurde 1982 die gesamte Begrünung entlang der Neubaustrecke *nicht – wie sonst üblich –* mit dem billigsten Saatgut erneuert. Man verwendete statt dessen Saatgut, je *nach Bodenart aus verschiedenen* Gräsern, Kräutern und Leguminosen, das mit Dünger, Bodenverbesse*rungsstoffen* und Klebemitteln vermischt auf die Böschung gespritzt wird. Nicht nur die Erosion des Gesteins wird damit verhindert, auch die Anpassung an die heimische Flora ist gewährleistet. Rund 600 000 Bäume und Gehölze wurden mittlerweile schon angepflanzt.

Erfolg war diesem Projekt auch deshalb beschieden, weil Kagerer das Abrutschen von Böschungen – meistens durch Wasser verursacht – mit einfachen, seit langem bekannten Methoden in den Griff bekam. Mit Faschinen (drei bis sechs Meter langen Reisigbündeln) wurden diagonal zum Hang „Lebendbegrenzungen" geschaffen, die das Wasser ableiten. Außerdem bereiten sie eine spätere Baumpflanzung gut vor. Die Flächen blieben für den „Anflug" anderer Gehölze offen, erklärte Prof. Kagerer. Nach und nach siedeln sich dort andere Pflanzenarten an.

Schon nach wenigen Jahren sei nicht mehr zu erkennen, daß hier künstlich in die Umwelt eingegriffen worden sei. Auf diese Weise habe man auch einen Teil der Tunnelportale „wegschwindeln" können. Ähnlich wurde bei der Anlage von Feuchtbiotopen, kleinen Tümpeln oder Sumpfgebieten, verfahren. Tümpelbetten *wurden miteinander verbunden und* sind inzwischen fast ideale Laichplätze für Molche, Unken oder Teichfrösche. Sogar an Landestangen für Greifvögel hat man für den Zeitraum, in dem die Bäume noch nicht hoch genug gewachsen sind, gedacht.

Insgesamt hat die Bundesbahn für Rekultivierung und Umweltschutz entlang des Südabschnitts der Neubaustrecke rund 14 Millionen DM veranschlagt. Schon 1988 sollen die ersten Züge mit Tempo 250 die Strecke Würzburg–Fulda befahren. Bis dahin sollen die Wunden, die ein solcher Bau der Natur zufügt, so weit wie möglich behoben sein. In rund 10 Jahren, so schätzt Kagerer, dürfte sich auch der Wald an vielen Stellen bis an die Strecke vorgeschoben haben.

Bis zur Bundestagswahl am 25. Januar 1987 sind es noch 54 Tage. Der Winterwahlkampf hat begonnen, und wie er ausgeht, ist nach Ansicht von fast 60 Prozent der Wähler noch offen. Mit wöchentlichen Umfragen in jeweils mehr als 1000 repräsentativ gestreuten Interviews beobachtet das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag der WELT, wie sich die Wahlentscheidung im Dezember und Januar vorbereitet – in einer Jahreszeit, in der es noch nie einen Bundestagswahlkampf gab. Dies ist der zweite Bericht über die politische Stimmung in der Bundesrepublik, die Wahlabsichten, die Stärke von Kanzler und Kanzlerkandidat. Er zieht auch eine Bilanz: Was hat sich in der Regierungszeit der CDU/CSU-FDP-Koalition nach Ansicht der Wähler verbessert, was ist gleichgeblieben und was hat sich verschlechtert?



Absolute Mehrheit für Kohl ist nicht in Sicht

Von PROF. ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Oft scheinen die Bevölkerung, die Journalisten und die Politiker wie in verschiedenen Welten zu leben. Zum Beispiel in den Reaktionen auf die Hamburg-Wahl vom 9. November 1986. Für Journalisten und Politiker war es ein Debakel der SPD, der Verlust von 9,5 Prozentpunkten schien die Aussicht der SPD vor der Bundestagswahl in Hoffnungslosigkeit zu verwandeln. Plötzlich war die Frage der Wahlbeteiligung das Thema, drohende Wahlenthaltung der SPD-Wähler auch bei der Bundestagswahl. Wie vergessen war die Vorgeschichte der extrem hohen Wahlbeteiligung von 84 Prozent in Hamburg im Dezember 1982.

Am 9. November 1986 war das Ergebnis nicht durch niedrige Wahlbeteiligung bewirkt worden, sondern genau umgekehrt. Die Wahlbeteiligung von 78 Prozent im November 1986 war guter Hamburger Durchschnitt, aber im Dezember 1982 war sie insbesondere in den Wohnvierteln der Hamburger Arbeiter ganz ungewöhnlich hochgeschnellt – man sagt, im Zusammenhang mit der Miet-Erhöhung für Sozialwohnungen, die zwar noch von der Regierung Schmidt beschlossen worden war, aber den Mietern in der Woche vor der Dezember-Wahl 1982 bekanntgegeben wurde, manchmal mit dem Zusatz: Bedankt Euch dafür bei der neuen Regierung Kohl. Jeder Wahlerfolg, der auf eine Stimmungsaufwallung zurückgeht, führt dann bei der nächsten Wahl zu entsprechenden Verlusten, diesmal, im November 1986, also vor allem in den Hamburger Arbeitervierteln.

Wenn man die Allensbacher Repräsentativumfrage nach der Hamburger Wahl vom 14. bis 17. November (1055 Interviews) vergleicht mit der letzten Umfrage vor der Hamburg-Wahl (29. Oktober bis 10. November), dann zeigt sich kein Stimmungseinbruch bei den Wählern. Bei der Zweitstimmen-Wahlabsicht hat sich im Lager von SPD und Grünen eine Verschiebung von etwa zwei Prozent zugunsten der Grünen ergeben. **Zusammen hatten SPD und Grüne Anfang November einen Zweitstimmen-Anteil von 46,6 Prozent und Mitte November 46,3 Prozent.**

Im Lager von CDU/CSU und FDP ergab sich eine Verschiebung zugunsten der FDP. **Die CDU/CSU verlor bei der Zweitstimmen-Wahlabsicht 1,3 Prozent, die FDP gewann 1,8 Prozent. Zusammen hatte das Regierungslager Anfang November 52,9 Prozent und nach der Hamburger Wahl Mitte November 53,4 Prozent Anhänger.** (Graphik auf dieser Seite)

Nach einer absoluten Mehrheit für die CDU/CSU bei der kommenden Bundestagswahl sehen die Ergebnisse bestimmt nicht aus, und ebensowenig Grund gibt es zur Zeit zu orakeln, die FDP werde vielleicht die Fünf-Prozent-Hürde nicht schaffen. **Mitte November hatte die FDP bei der Wahlabsicht einen Zweitstimmen-Anteil von gut acht Prozent.**

Der SPD-Kanzlerkandidat Rau verbesserte sogar seine Position nach der Hamburger Wahl. Bei der Frage: „Nach der nächsten Bundestagswahl muß ja wieder entschieden werden, wer Bundeskanzler werden soll. Wer wäre Ihnen als Bundeskanzler lieber: Johannes Rau oder Helmut Kohl?" stieg sein Stimmenanteil von 32 Prozent Anfang November auf jetzt 36 Prozent. Für Kohl entschieden sich Anfang November 40 Prozent, jetzt 41 Prozent. (Graphik auf Seite 1)

Daß die Bevölkerung nicht ganz unempfindlich für das Geschehen nach der Hamburger Niederlage der SPD blieb, zeigt sich am ehesten in ihrer Einschätzung der Zerstrittenheit der SPD. Schon seit dem frühen Herbst 1986 waren in diesem sensiblen Punkt die Wähler zunehmend skeptisch geworden. **Aber Anfang November hielten noch 38 Prozent der Wähler die SPD für im großen und ganze einig, nach Hamburg sackte der Wert ab auf 28 Prozent, und statt 32 Prozent Anfang November hielten jetzt 45 Prozent die SPD für zerstritten.** (Tabelle 1)

Einig oder zerstritten – der Ruf einer Partei in dieser Hinsicht ist keine beiläufige Angelegenheit. Schon seit den 70er Jahren zeigt sich bei Allensbacher Umfragen, daß der Ruf der Geschlossenheit einer Partei nahezu identisch war mit der Einschätzung des Meinungsklimas für eine Partei: „Sie gefällt den meisten Leuten."

Auch das Meinungsklima, die Ansicht, ob eine Partei zur Zeit den meisten gefällt, könnte man noch für eine Nebensache halten, eine hübsche Verzierung, aber politisch nicht notwendig. Dies jedoch wäre eine Verkennung der sozialpsychologischen Dynamik. Für eine Partei, von der man annimmt, daß sie den meisten Leuten gefällt, setzt sich der einzelne im Gespräch bereitwilliger ein. Dies wiederum hat große Vorteile, wenn es, bei Näherrücken des Wahltermins, darauf ankommt, daß an der Basis für diese Partei in Gesprächen geworben wird. Aber auch zwischen den Wahlen läßt sich beobachten: Wenn sich bei den Wählern der Eindruck ausbreitet, eine Partei sei einig, nimmt auch die Absicht zu, für diese Partei zu stimmen. Die Wahlabsicht ist zwar gefestigter, während die Meinungen über Einigkeit oder Zerstrittenheit einer Partei schwanken – aber ein Zusammenhang ist doch erkennbar.

Die Regel, daß eine Partei in den Augen der Bevölkerung möglichst einig erscheinen muß, gilt nur für die großen, nicht für die kleinen Parteien. FDP und noch mehr die Grünen gelten permanent als zerstritten, und insbesondere von den Grünen nimmt die Bevölkerung mit großer Mehrheit an, daß sie den meisten nicht gefallen. Aber das schadet der Partei nicht, da die Anhänger der Grünen ja gerade durch den Protest gegen die Mehrheit motiviert werden.

Die Erwartungen der Bevölkerung für den Ausgang der Bundestagswahl, schon vor dem 9. November ungewöhnlich eindeutig, sind offenkundig auch durch die Reaktionen auf die Hamburger Wahl beeinflußt. Jetzt erwarten nicht nur 58, sondern 65 Prozent einen Sieg von CDU/CSU und FDP, nur noch elf Prozent halten an dem Gedanken fest, SPD und Grüne zusammen würden die meisten Stimmen bekommen. (Tabelle 2)

Aber so endgültig, wie das aussieht, empfindet die Bevölkerung die Lage nicht. Auf die Frage: „Würden Sie sagen, die Bundestagswahl ist schon entschieden, es steht im großen und ganzen schon fest, wie das ausgeht, oder würden Sie das nicht sagen?" antworteten 30 Prozent, die Bundestagswahl sei schon entschieden, aber 57 Prozent meinen: „Würde ich nicht sagen." (Tabelle 3)

Wenn man die Frage ganz abstellt auf die SPD und fragt, ob die SPD Chancen habe, die derzeitige Regierung abzulösen, werden die Antworten allerdings vorsichtiger. „Die SPD hat noch Chancen", meinten 31 Prozent der Bevölkerung, 59 Prozent der SPD-Anhänger. (Tabelle 4)

Was wäre die beste Strategie, um die Chancen der SPD zu verbessern? Drei Möglichkeiten wurden in den Interviews diskutiert. Die erste: „Was wäre nach Ihrer Ansicht für die SPD besser: Sollte sie Johannes Rau als Kanzlerkandidaten stärker unterstützen oder sollte sie Rau als Kanzlerkandidaten ablösen?" „Stärker unterstützen", meint die Bevölkerung zu 50 Prozent, SPD-Wähler meinen es zu 78 Prozent. Ganz wenige – 17 Prozent in der Bevölkerung allgemein, acht Prozent unter SPD-Wählern, allerdings 25 Prozent der Grünen – sähen das Heil der SPD in einem Wechsel des Kanzlerkandidaten.

Weiter wurde gefragt: „Und sollte die SPD näher an die Grünen heranrücken, oder größeren Abstand von den Grünen halten? Was wäre besser für die SPD?" „Näher an die Grünen heranrücken", antworteten in der Bevölkerung 24 Prozent; „Größeren Abstand halten", sagten 50 Prozent.

Unvermeidlich bricht hier wieder die innere Spaltung der SPD auf. 35 Prozent der SPD-Wähler empfehlen: „Näher an die Grünen heran", 37 Prozent: „Größeren Abstand halten", 28 Prozent sind unentschieden.

Immer wieder stößt man auf diesen Punkt. In der Umfrage von Anfang November wurde gefragt, ob der Gedanke an eine „rot-grüne Zusammenarbeit" sympathisch oder unsympathisch sei. „Sympathisch", sagten 21 Prozent der Bevölkerung, „Unsympathisch" 57 Prozent. Die SPD-Wähler: „Sympathisch" 33 Prozent, „Unsympathisch" 41 Prozent. Die Grünen: „Sympathisch" 63 Prozent, „Unsympathisch" 26 Prozent.

Schließlich noch der dritte Vorschlag: „Und wäre es besser für die SPD, wenn sie Bundeskanzler Kohl stärker angreift, oder würde das der SPD nicht helfen?" – „Besser Kohl stärker angreifen", erklärten 18 Prozent der Bevölkerung. Die große Mehrheit, 56 Prozent, glaubt, das würde nicht helfen. (Tabelle 5)

Wenn man Bilanz ziehen wolle, wurde nach der Haushaltsdebatte und Generalaussprache des Bundestages über vier Jahre Regierungszeit Kohl geschrieben, dann sei das Schlüsselwort: „Stabilisierungsphase". Sieht das die Bevölkerung auch so?

Wenn man mit „Stabilisierungsphase" die „wirtschaftliche Stabilisierung" meint, dann trifft das auch das Empfinden der Bevölkerung. Bei der WELT-Umfrage Mitte November übergaben die Interviewer Karten und fragten: „Auf diesen Karten stehen verschiedene Themen. Könnten Sie die Karten bitte einmal durchsehen und mir danach sagen, was sich bei uns in den letzten drei, vier Jahren gebessert hat, was sich verschlechtert hat und was gleich geblieben ist?"

Immer stärkere wirtschaftliche Katastrophenstimmung führte im Oktober 1982 zum Regierungswechsel. „Es geht mit der Wirtschaft bergab", meinten im August 1982 59 Prozent, „Bergauf" zehn Prozent der Bevölkerung. Und im wirtschaftlichen Aufschwung sieht die Bevölkerung jetzt den Erfolg dieser Regierungszeit.

Unter der Regierung Kohl habe sich „ganz allgemein die wirtschaftliche Lage gebessert", sagten 54 Prozent bei nur 13 Prozent „verschlechtert". „Die Stabilität des Geldes hat sich gebessert", sagen 55 Prozent bei nur acht Prozent Gegenstimmen. „Die Gesundung des Haushalts durch Abbau von Staatsschulden" loben 43 Prozent bei zehn Prozent Gegenstimmen. „Daß Betriebe weniger Steuern und Abgaben zahlen müssen", wird von 18 Prozent bei sieben Prozent Gegenstimmen anerkannt. (Tabelle 6) Aber nicht alles, was mit Geld und Wirtschaft zu tun hat, wird als verbessert betrachtet, nicht einmal als gleich geblieben, sondern als akut verschlechtert. Zum Beispiel die Lage der Menschen mit geringem Einkommen. „Hat sich verschlechtert", sagen 47 Prozent bei zehn Prozent Gegenstimmen. „Die Lage der Mieter" habe sich „verschlechtert", meinen 25 Prozent bei zehn Prozent Gegenstimmen. Und ganz besonders die Lage der Bauern: 52 Prozent sehen sie „verschlechtert" bei acht Prozent Gegenstimmen.

Schließlich gibt es sehr gemischte Beurteilungen. Bei Arbeitsplätzen für Jugendliche sehen beispielsweise 32 Prozent eine Verschlechterung, 32 Prozent eine Verbesserung. Bei der Arbeitslosigkeit sprechen 41 Prozent von einer Verschlechterung und 19 Prozent von einer Verbesserung. Dennoch kann man die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt unter „gemischter Beurteilung" bilanzieren, denn hier haben sich die Einschätzungen seit dem Frühjahr 1986 auffallend verbessert. Die Ansicht, die „Lage bei den Ausbildungsplätzen für Jugendliche" habe sich „verschlechtert", ging von 45 Prozent auf 35 Prozent zurück, die Meinung, sie habe sich „verbessert", stieg von 23 auf 32 Prozent. Ähnlich das Urteil über Arbeitslosigkeit ganz allgemein: „Hat sich verschlechtert" ging von 59 Prozent auf 41 Prozent zurück, sie habe sich „verbessert" stieg von zehn Prozent im Frühjahr auf jetzt 19 Prozent.

Es gibt aber auch Bereiche, in denen sich das Urteil über die Regierungszeit Kohl zwischen Frühjahr und Herbst 1986 erheblich verschlechtert hat, zum Beispiel im Bereich der inneren Sicherheit.

Die Meinung, die „Bekämpfung von Verbrechen" habe sich verschlechtert, stieg von 17 Prozent auf 31 Prozent, nur noch elf Prozent sagen jetzt, die Verbrechensbekämpfung habe sich verbessert. Oder „Sicherheit vor gewalttätigen Demonstrationen": „Hat sich verschlechtert", sagten im Frühjahr 26 Prozent, jetzt 42 Prozent. Nur neun Prozent sehen die Sicherheit verbessert. Vor allem aber „Schutz vor Terroristen": Das Urteil „verschlechtert" stieg von 28 Prozent auf 47 Prozent.

Und dennoch kann sich die Mehrheit der Bevölkerung nicht entschließen, die Kronzeugen-Regelung, wie sie geplant war, zu unterstützen. Gefragt wurde Mitte November: „Die Bundesregierung will zur besseren Bekämpfung des Terrorismus die sogenannte Kronzeugen-Regelung einführen. Haben Sie schon davon gehört?" 90 Prozent sagten, sie hätten davon gehört.

Fast jeder zweite (48 Prozent) hält daran fest: „Ein überführter Verbrecher *muß* bestraft werden." Nur 31 Prozent folgen dem Gedanken, um andere Menschenleben zu retten, müsse man auch von dem Grundsatz der Bestrafung der Täter einmal abweichen. Dies ist keine Frage, bei der sich die Anhänger der verschiedenen Parteien deutlich voneinander absetzen. Allerdings sind die FDP-Anhänger die entschiedensten Gegner der Kronzeugen-Regelung. (Tabelle 7)

In der Spannung zwischen Prinzipien und Pragmatik schlägt bei den Deutschen das Bedürfnis nach der fühlbaren moralischen Richtigkeit durch.

Zu den Politikbereichen, in denen sich die Einschätzung der Leistung der Regierung Kohl zwischen Frühjahr und Herbst 1986 erheblich verschlechtert hat, gehört der „Schutz der Umwelt vor schädlichen Stoffen". Verschlechtert habe sich das in der Regierungszeit Kohl, meinten im Frühjahr 1986 27 Prozent, jetzt 60 Prozent. „Verbessert", meinten im Frühjahr 35 Prozent, also mehr als damals von Verschlechterung sprachen; aber nur noch 15 Prozent halten jetzt im Herbst daran fest. (Tabelle 6)

Der Giftunfall bei Sandoz hatte sich kurz vor dem Beginn der Umfrage zugetragen. 99 Prozent sagen, sie hätten davon gehört. Die Mehrheit will allerdings Umweltminister Wallmann nicht damit belasten. Zwei Ansichten wurden im Interview gegeneinander gestellt. Die eine: „Man kann Wallmannn nicht die Schuld für einen Unfall geben, der im Ausland passiert. Im Rahmen seiner Möglichkeiten hat Wallmann verantwortungsbewußt gehandelt." Die andere: „Das sehe ich anders: Umweltminister Wallmann war auf eine solche Katastrophe nicht gut vorbereitet... Wallmann hat zu wenig getan, um den Schaden zu begrenzen."

48 Prozent entschieden sich für den ersten Standpunkt, 32 Prozent für den zweiten. Deutlich gehen hier die Ansichten der Anhänger der Regierungskoalition und die Ansichten der Anhänger der Oppositionsparteien auseinander. (Tabelle 8)

Am wenigsten empfindet die Bevölkerung eine Stabilisierung während der Regierungszeit Kohls im Verhältnis zu den Gewerkschaften sowie im Bereich der Ost-West-Beziehungen.

Die Beziehung zwischen der Regierung und den Gewerkschaften sehen 70 Prozent der Bevölkerung verschlechtert, Gegenstimmen gibt es so gut wie nicht. Nicht viel besser ist das Bild, wenn man nach dem Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaft fragt: „Verschlechtert", sagen 53 Prozent bei vier Prozent Gegenstimmen.

Das Verhältnis zur Sowjetunion bezeichnen 52 Prozent als verschlechtert bei zwölf Prozent Gegenstimmen. Weniger dramatisch wird die Entwicklung der Beziehungen zur DDR gesehen: „Verschlechtert", sagen 33 Prozent, „verbessert" 19 Prozent.

Ist der Frieden während der Regierungszeit Kohl sicherer geworden? „Keineswegs", sagen 26 Prozent der Bevölkerung. 13 Prozent empfinden jetzt mehr Sicherheit. (Tabelle 6)

Wenn Sie den ersten Beitrag von *Elisabeth Noelle-Neumann* versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt Ihnen den Artikel gerne zu.

WELT Wahlbarometer

Am nächsten Dienstag lesen Sie in der WELT:

Die Stärke der Parteien, des Kanzlers und seines Herausforderers Ende November – Werden die CDU/CSU-Anhänger bequemer, weil sie die Wahl schon für gewonnen halten?

1. „Glauben Sie, daß die SPD im großen und ganzen einig oder zerstritten ist?"

	Januar 1986	April 1986	Aug./Sept. 1986	Anfang Nov. 1986	Mitte Nov. 1986
Einig	44	46	42	38	28
Zerstritten	29	26	27	32	45
Unmöglich zu sagen	27	28	31	30	27

2. „Wissen kann das natürlich niemand, aber was glauben Sie, wer bei der kommenden Bundestagswahl die meisten Stimmen bekommt: die CDU/CSU und die FDP oder die SPD und die Grünen?"

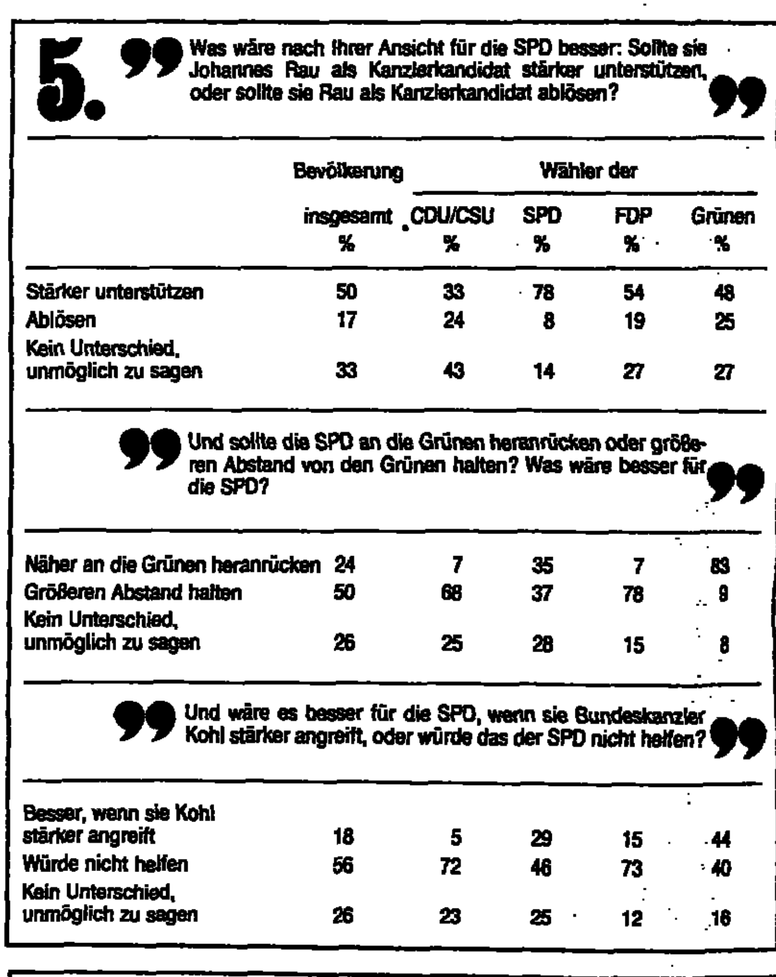
	Anfang November 1986 %	Mitte November 1986 %
Die CDU/CSU und die FDP	58	65
Die SPD und die Grünen	15	11
Unmöglich zu sagen	27	24

3. „Würden Sie sagen, die Bundestagswahl ist schon entschieden, es steht im großen und ganzen schon fest, wie das ausgeht, oder würden Sie das nicht sagen?"

	Bevölkerung	Wähler der			
	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Wahl ist schon entschieden	30	36	21	42	30
Würde ich nicht sagen	57	52	68	49	61
Bin unentschieden	13	12	11	9	9

4. „Die SPD hat ja bei den Wahlen in Bayern und Hamburg starke Verluste erlitten. Sehen Sie jetzt für die SPD noch irgendwelche Chancen, die derzeitige Bundesregierung bei der kommenden Bundestagswahl abzulösen, oder sehen Sie da keine Chancen mehr?"

	Bevölkerung	Wähler der			
	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Gibt Chancen	31	13	59	17	42
Keine Chancen mehr	47	66	23	67	41
Unentschieden	22	21	18	16	17



5. „Was wäre nach Ihrer Ansicht für die SPD besser: Sollte sie Johannes Rau als Kanzlerkandidat stärker unterstützen, oder sollte sie Rau als Kanzlerkandidat ablösen?"

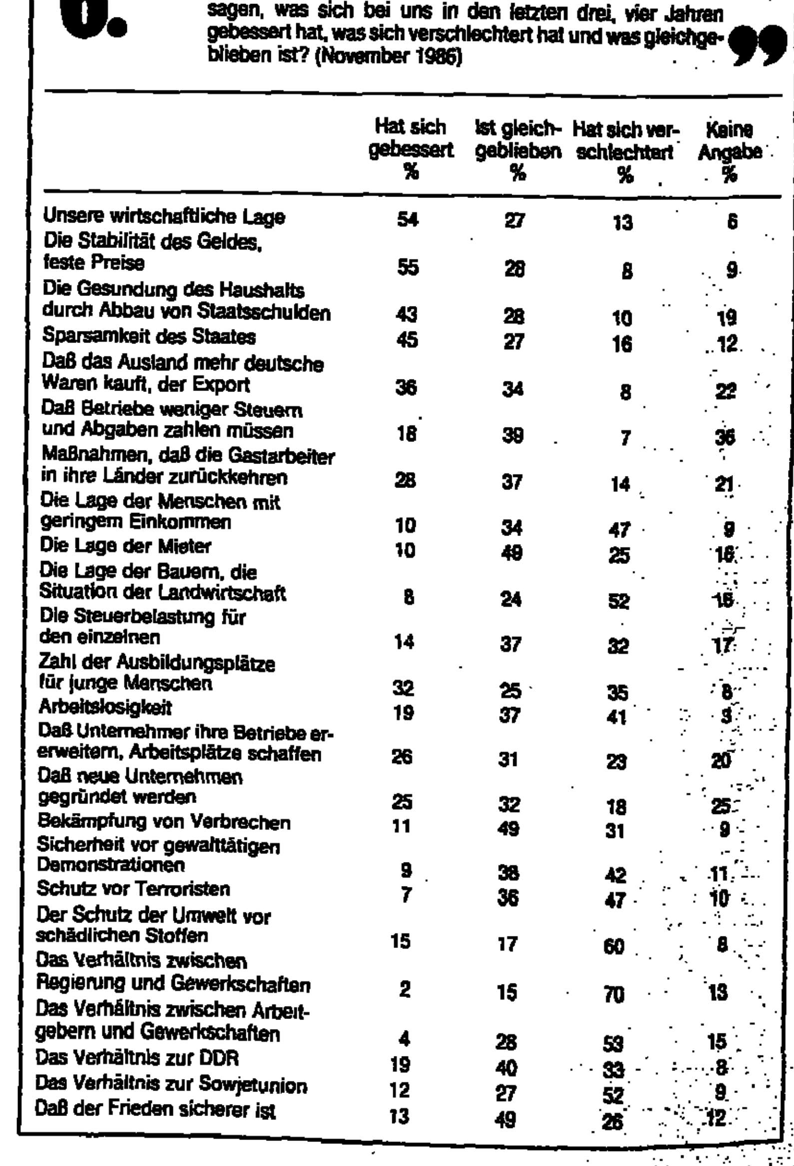
	Bevölkerung	Wähler der			
	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Stärker unterstützen	50	33	78	54	48
Ablösen	17	24	8	19	25
Kein Unterschied, unmöglich zu sagen	33	43	14	27	27

„Und sollte die SPD an die Grünen heranrücken oder größeren Abstand von den Grünen halten? Was wäre besser für die SPD?"

	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Näher an die Grünen heranrücken	24	7	35	7	83
Größeren Abstand halten	50	68	37	78	9
Kein Unterschied, unmöglich zu sagen	26	25	28	15	8

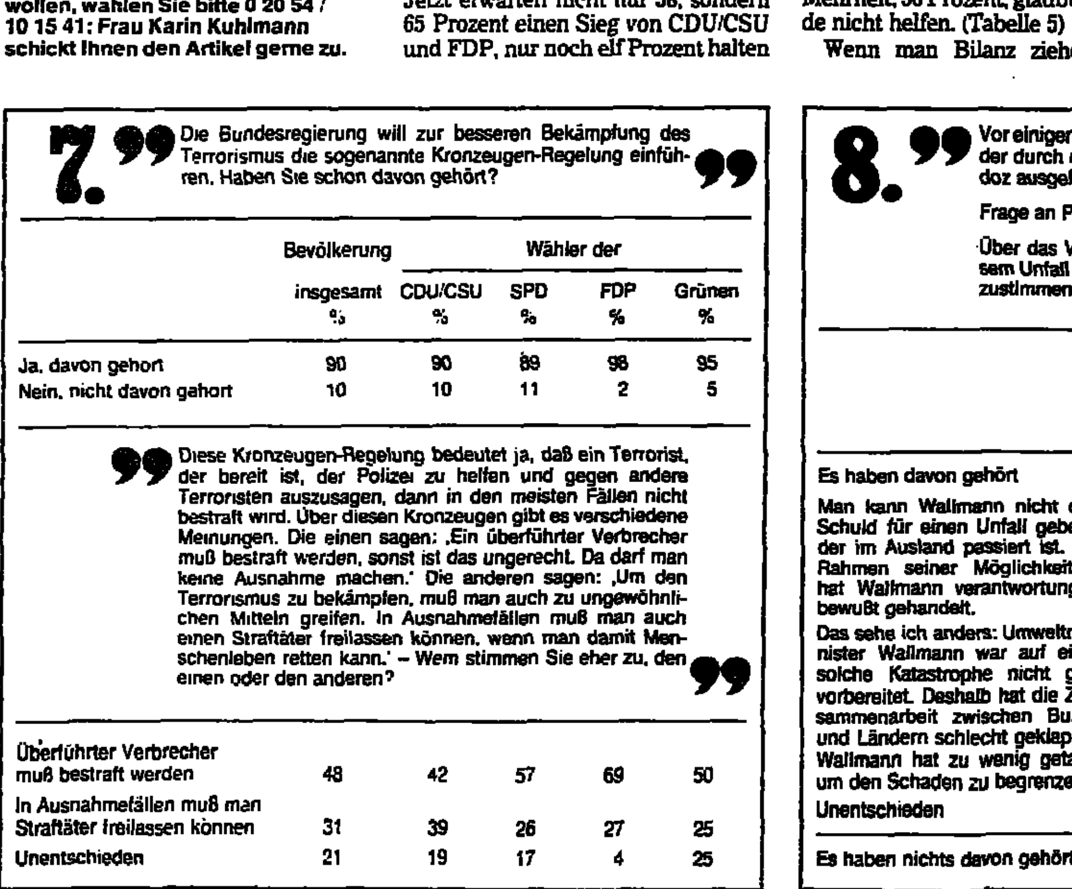
„Und wäre es besser für die SPD, wenn sie Bundeskanzler Kohl stärker angreift, oder würde das der SPD nicht helfen?"

	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Besser, wenn sie Kohl stärker angreift	18	5	29	15	44
Würde nicht helfen	56	72	46	73	40
Kein Unterschied, unmöglich zu sagen	26	23	25	12	16



6. „Auf diesen Karten stehen verschiedene Themen. Könnten Sie die Karten bitte einmal durchsehen und mir danach sagen, was sich bei uns in den letzten drei, vier Jahren gebessert hat, was sich verschlechtert hat und was gleichgeblieben ist? (November 1986)"

	Hat sich gebessert %	Ist gleichgeblieben %	Hat sich verschlechtert %	Keine Angabe %
Unsere wirtschaftliche Lage	54	27	13	6
Die Stabilität des Geldes, feste Preise	55	28	8	9
Die Gesundung des Haushalts durch Abbau von Staatsschulden	43	28	10	19
Sparsamkeit des Staates	45	27	16	12
Daß das Ausland mehr deutsche Waren kauft, der Export	36	34	8	22
Daß Betriebe weniger Steuern und Abgaben zahlen müssen	18	39	7	36
Maßnahmen, daß die Gastarbeiter in ihre Länder zurückkehren	28	37	14	21
Die Lage der Menschen mit geringem Einkommen	10	34	47	9
Die Lage der Mieter	10	49	25	16
Die Lage der Bauern, die Situation der Landwirtschaft	8	24	52	16
Die Steuerbelastung für den einzelnen	14	37	32	17
Zahl der Ausbildungsplätze für junge Menschen	32	25	35	8
Arbeitslosigkeit	19	37	41	3
Daß Unternehmer ihre Betriebe er-erweitern, Arbeitsplätze schaffen	26	31	23	20
Daß neue Unternehmen gegründet werden	25	32	18	25
Bekämpfung von Verbrechen	11	49	31	9
Sicherheit vor gewalttätigen Demonstrationen	9	38	42	11
Schutz vor Terroristen	7	36	47	10
Der Schutz der Umwelt vor schädlichen Stoffen	15	17	60	8
Das Verhältnis zwischen Regierung und Gewerkschaften	2	15	70	13
Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften	4	28	53	15
Das Verhältnis zur DDR	19	40	33	8
Das Verhältnis zur Sowjetunion	12	27	52	9
Daß der Frieden sicherer ist	13	49	26	12

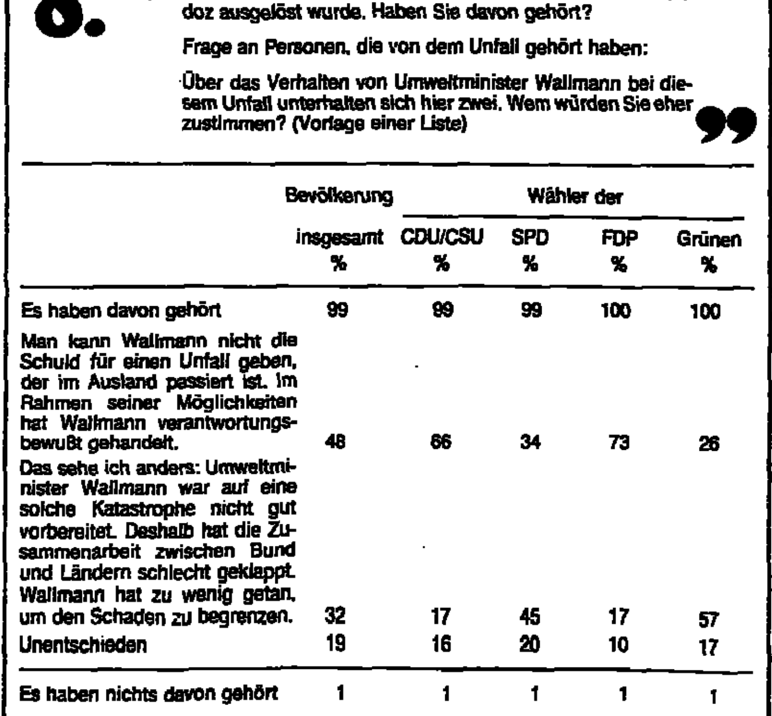


7. „Die Bundesregierung will zur besseren Bekämpfung des Terrorismus die sogenannte Kronzeugen-Regelung einführen. Haben Sie schon davon gehört?"

	Bevölkerung	Wähler der			
	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Ja, davon gehört	90	90	89	98	95
Nein, nicht davon gehört	10	10	11	2	5

„Diese Kronzeugen-Regelung bedeutet ja, daß ein Terrorist, der bereit ist, der Polizei zu helfen und gegen andere Terroristen auszusagen, dann in den meisten Fällen nicht bestraft wird. Über diesen Kronzeugen gibt es verschiedene Meinungen. Die einen sagen: ‚Ein überführter Verbrecher muß bestraft werden, sonst ist das ungerecht. Da darf man keine Ausnahme machen.' Die anderen sagen: ‚Um den Terrorismus zu bekämpfen, muß man auch zu ungewöhnlichen Mitteln greifen. In Ausnahmefällen muß man auch einen Straftäter freilassen können, wenn man damit Menschenleben retten kann.' – Wem stimmen Sie eher zu, den einen oder den anderen?"

	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Überführter Verbrecher muß bestraft werden	48	42	57	69	50
In Ausnahmefällen muß man Straftäter freilassen können	31	39	26	27	25
Unentschieden	21	19	17	4	25

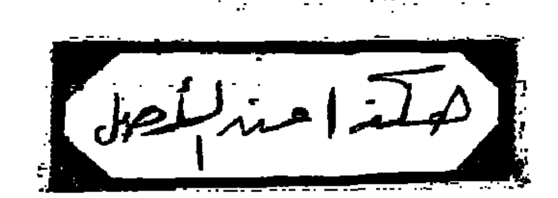


8. „Vor einigen Tagen hat es ja einen großen Giftunfall gegeben, der durch einen Brand in der Schweizer Chemiefabrik Sandoz ausgelöst wurde. Haben Sie davon gehört?"

Frage an Personen, die von dem Unfall gehört haben:

„Über das Verhalten von Umweltminister Wallmann bei diesem Unfall unterhalten sich hier zwei. Wem würden Sie eher zustimmen? (Vorlage einer Liste)"

	Bevölkerung	Wähler der			
	insgesamt %	CDU/CSU %	SPD %	FDP %	Grünen %
Es haben davon gehört	99	99	99	100	100
Man kann Wallmann nicht die Schuld für einen Unfall geben, der im Ausland passiert ist. Im Rahmen seiner Möglichkeiten hat Wallmann verantwortungsbewußt gehandelt.	48	66	34	73	26
Das sehe ich anders: Umweltminister Wallmann war auf eine solche Katastrophe nicht gut vorbereitet. Deshalb hat die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern schlecht geklappt. Wallmann hat zu wenig getan, um den Schaden zu begrenzen.	32	17	45	17	57
Unentschieden	19	16	20	10	17
Es haben nichts davon gehört	1	1	1	1	1



Niedersachsen: Informatikkurse bald für alle

DW. Hannover

Die niedersächsische Landesregierung baut das Informatik-Angebot an den Hochschulen des Landes aus. Das Programm will auch in Clausthal, Oldenburg und Hildesheim die Ausbildung zum Diplom-Informatiker ermöglichen. Die Studienanfänger-Plätze – künftig insgesamt 470 – werden damit in Niedersachsen mehr als verdoppelt. Ein zweiter Schwerpunkt: Die Mehrheit aller Studenten soll eine Grundausbildung in diesem Bereich erhalten, um die Berufschancen zu verbessern. Für den dafür erforderlichen Gerätebedarf wollen Bund und Land 25 Millionen Mark aufwenden. Vor allem an den Fachhochschulen werden darüber hinaus in einem dritten Schwerpunkt ingenieur- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge um Informatik-Angebote erweitert. Für Geräte und 80 Stellen haben hier Bund und Land zusätzliche 22 Millionen Mark vorgesehen.

Ausgleich durch Ausländer

DW. Köln

Die Universität Köln konnte zwar die Zahl ihrer Studenten im neuen Semester um knapp 200 auf jetzt 48 415 erhöhen, jedoch sank die Quote der Studienanfänger erstmals, und zwar um mehr als 16 Prozent. Für den Ausgleich sorgten vor allem die Ausländer, die mit 3505 Hörern ein Plus von zwanzig Prozent verzeichnen. Die hochangesehene Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät – die zweitgrößte Abteilung an der Kölner Hochschule – legte nochmals 4,6 Prozent zu. Einen leichten Zuwachs gab es in der Philosophischen Fakultät, die in Köln weitaus am meisten Studenten aufweist. Deutlich rückläufig entwickelte sich die Erziehungswissenschaftlich-Heilpädagogische Fakultät (minus 7,5 Prozent). In einer soeben vorgelegten Studie unterstreicht die Universität, daß die Attraktivität des Studienstandortes Köln erheblich verbessert werden müsse, nicht nur bezüglich der Wohnsituation, sondern auch im Freizeit- und Kulturangebot der Stadt.

Alte Musik

DW. Hamburg

An der Hamburger Hochschule für Musik und darstellende Kunst ist ein Studiengang „Alte Musik" eingerichtet worden. Gelehrt werden drei historische Instrumente, wobei eines durch Gesang ersetzt werden kann. Der Schwerpunkt liegt auf dem Ensemblespiel. Informationen gibt die Hochschule (Harvesterhuder Weg 12, 2 000 Hamburg 13).

Kaiserslautern baut aus

DW. Kaiserslautern

Die noch junge Universität Kaiserslautern hat den Anteil der eingeworbenen Drittmittel um 20 Prozent auf 14,7 Millionen Mark erhöhen können. Sie wird in den nächsten Wochen einen der leistungsstärksten Rechner aller Hochschulen der Bundesrepublik erhalten. Das Rechenzentrum soll 1988 vollendet sein.

„Graduiertenkolleg"

DW. Siegen

Die Universität-Gesamthochschule Siegen errichtet zum 1. Januar 1987 das erste geisteswissenschaftliche „Graduiertenkolleg" in der Bundesrepublik, und zwar für Literatur- und Kommunikationswissenschaften. Für den Modellversuch haben das Land Nordrheinwestfalen und der Bund bis 1992 insgesamt 1,9 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Bis Ende 1987 sollen 21 Kollegiaten aufgenommen werden: zwölf Doktoranden, die ein Stipendium aus Mitteln des Modellversuchs erhalten (Grundbetrag: 1350 Mark), ferner sechs weitere Doktoranden mit Stipendien von Stiftungen, schließlich drei schon promovierte Wissenschaftler (Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft), die auf Habilitationsniveau arbeiten. Angestrebt wird, daß ein Drittel der Kollegiaten aus dem Ausland kommt. Unter den deutschen Bewerbern sollen Kandidaten der Universität-Gesamthochschule Siegen in der Minderzahl sein. Auskünfte: Universität-Gesamthochschule Siegen, Postfach 10 12 40, 5900 Siegen. „Graduiertenkollegs" gibt es darüber hinaus – für naturwissenschaftliche Fächer – vom neuen Jahr an noch in Baden-Württemberg, und zwar in Freiburg für Polymerwissenschaften, in Konstanz für Biochemische Pharmakologie und in Tübingen für Neurowissenschaften (vgl. Hochschul-WELT v. 4. 11). Die Einrichtungen sind vom Wissenschaftsrat angeregt worden, aufgrund positiver Erfahrungen an amerikanischen Universitäten. Erhofft wird eine Verkürzung der Promotionszeiten.

Energielehrstuhl

DW. Essen

Auf den ersten „Energielehrstuhl" an einer deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät ist der Kölner Wissenschaftler Dieter Schmitt berufen worden. Die Professur an der Universität Essen wird von der Krupp-Stiftung fünf Jahre vorfinanziert.

Samstags: Die Serviceseiten Berufs-WELT. Die Hochschul-WELT erscheint jeden Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.

Was der ZVS-Chef seinen Kindern geraten hat

Bessere Startchancen durch Praxis vor dem Studium / Wichtig: Den Absprung zur Hochschule aber nicht verpassen

Von HENNING BERLIN

Der Besuch von Ratsuchenden gehört zum täglichen Brot der ZVS, der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen in Dortmund. Vor der Studienplatzvergabe sind es diejenigen, die wissen wollen: „Was lohnt sich noch zu studieren? Wie komme ich zum gewünschten Studienplatz am gewünschten Ort?"

Nach der Studienplatzvergabe sind es vor allem die Enttäuschten, deren Wünsche nicht in Erfüllung gehen konnten. In der vermeintlich ausweglosen – oft verzweifelten – Lage kommt beinahe zwangsläufig die Frage auf: „Was meinen Sie dazu? Wie würden Sie sich an unserer Stelle verhalten? Was raten Sie denn Ihren Kindern?"

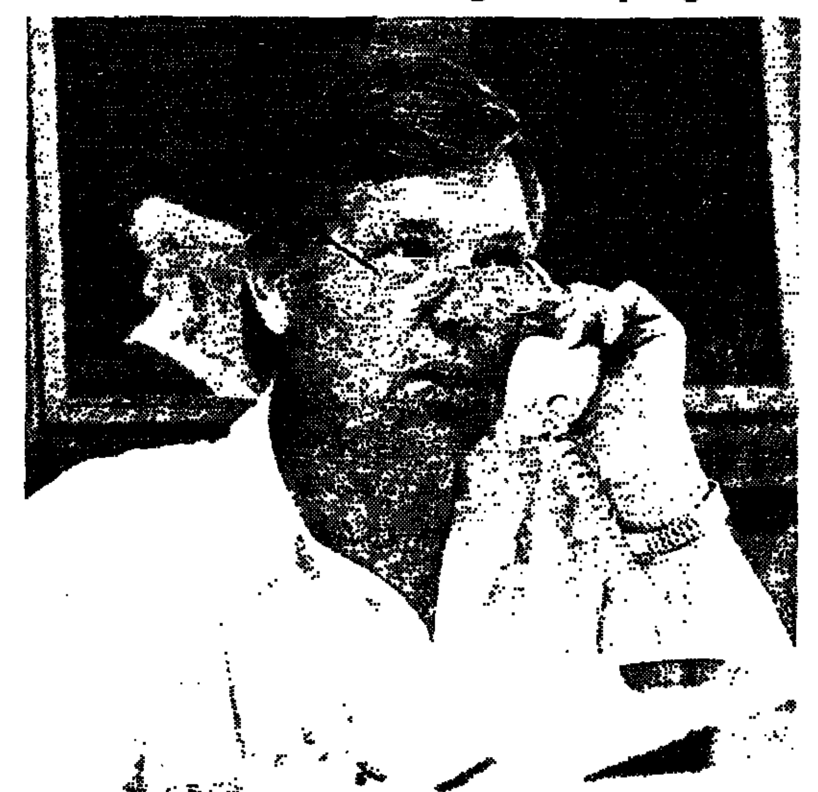
Nun, was rät der Direktor der ZVS seinen Kindern? Für meine jüngste Tochter Birte ist das derzeit noch einfach. Mit gerade fünf Lebensjahren freut sie sich noch auf ihren ersten Schultag. Bei den beiden älteren, dem 25jährigen Jörg und der 21jährigen Burgel, ist die Entscheidung gefallen, und zwar vorerst gegen das Studium und für einen Beruf. Obwohl das Thema Studium damit nicht abgeschlossen ist.

Sohn Jörg, schon immer der Technik zugewandt, hat sich für eine Berufstätigkeit im Bereich der Datenverarbeitung entschieden; Tochter Burgel, die mehr eine Arbeit am und mit dem Menschen favorisierte, hat nach dem Abitur eine Banklehre begonnen und inzwischen abgeschlossen.

Beide sind derzeit mit ihrer Wahl (noch) zufrieden. Ob und wann der anfangs zurückgestellte Studienwunsch wieder vorrangig wird, ist offen. Allerdings gilt es in dieser Situation stets aufzupassen, daß man den Zeitpunkt für den Absprung ins Studium nicht verstreichen läßt.

Der Rat, den ich als Vater meinen Kindern geben kann, beruht auf persönlichen Erfahrungen und Erkenntnissen, er unterscheidet sich deshalb nicht grundlegend von dem Rat, den man anderen Eltern oder ihren Kindern gibt.

Ein solcher Rat muß zielorientiert sein, also das „Ergebnis" berücksichtigen, das man für erreichbar hält. Und dieses „Ergebnis" kann eigentlich nur ein beruflich zufriedener Mensch sein. Denn wer seine Berufs- oder Studienwahl nach persönlicher Neigung und Eignung entscheidet, wird auch im Beruf erfolgreich sein, sich selbst verwirklichen und etwas leisten. In unserer Gesellschaft haben diese Menschen Pesönlichkeitsprofil und deswegen die besten Aussichten, ihren Weg zu machen.



Viele Abiturienten wollen zunächst eine Lehre beginnen, überlegen es sich aber dann doch anders. Henning Berlin, der Direktor der Dortmunder Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, meint: Wer die Ausbildung an der Hochschule nur als „Verlegenheitslösung" wählt, hat von vorneherein schlechte Karten. FOTO: HÖFT

Doch diese Maxime läßt sich leichter aufstellen als praktisch verwirklichen. Eignung und Neigung lassen sich im jugendlichen Alter oft schwer feststellen. Zudem gibt die Schule den jungen Menschen zu wenig Anregung, ihre Fähigkeiten zu erproben.

Die reformierte gymnasiale Oberstufe mag für einige gut sein, für die Mehrheit ist sie es nicht. Denn wer noch nicht weiß, was er kann oder will, muß auf einer breiten Straße und nicht in eine frühe Spezialisierung geführt werden, die zudem von zahlreichen kurzfristigen, taktisch bedingten Überlegungen bestimmt ist.

Gut beraten scheint mir heutzutage der zu sein, der in einem auch für die akademischen Berufe enger werdenden Arbeitsmarkt theoretische Kenntnisse mit praktischen Fähigkeiten verbinden kann. Die Kombination von Lehre und Studium, das nicht unbedingt an einer wissenschaftlichen Hochschule absolviert werden muß, sichert heute die besten Startchancen.

Der Mangel an Arbeitsplätzen wird uns meiner Meinung nach noch bis zum Jahr 2000 begleiten. Der in den letzten Jahren von immer mehr Abiturientinnen und Abiturienten eingeschlagene Weg, (erst) eine Lehre zu beginnen, scheint auch mir in der gegenwärtigen Situation der beste zu sein.

In diesem Jahr konnten bereits zwölf Prozent aller Auszubildenden Abitur oder Fachhochschulreife vorweisen. Zwei Jahre zuvor lag dieser Anteil noch bei 10,7 Prozent. In einigen Bereichen stellen die Abiturienten schon bis zu drei Viertel aller Auszubildenden.

Im praktischen Berufsleben haben die jungen Menschen die Chance, sich selbst zu bewähren und die notwendige Anerkennung zu erfahren. Der Beruf bietet die Gelegenheit, seine Selbständigkeit zu erproben, Eignungen und Neigungen zu erkennen und die Persönlichkeit mehr zu formen. Die Bewährung im Berufsleben bringt das Maß an Zufriedenheit, die ja als Ergebnis bei der Berufs- und/oder Studienwahl herauskommen soll.

Dieser Rat heißt natürlich nicht, daß man gänzlich und generell auf ein Studium verzichten sollte. Das Studium darf aber keine Verlegenheitslösung sein, wie es leider in den vergangenen Jahren häufig zu beobachten war. Die Zahl derjenigen, die nach dem Abitur lieber eine Lehre anschließen wollten, war immer größer als die Zahl derjenigen, die diesen Wunsch auch in die Tat umsetzten.

Dies hat erneut eine Umfrage zu diesem Thema unter Studienanfängern an der Freien Universität Berlin belegt. Weil der erhoffte Lehrvertrag nicht zustande kam, wurde schließlich die Universität zum Wartesaal, solange, bis sich wieder eine günstigere Alternative ergab.

Die Differenz zwischen Wunsch und Wirklichkeit zeigt die Unsicherheit unter den jungen Leuten heute. Sie haben zwar einen Beruf gesucht, aber nur einen Job gefunden oder finden können. Dies ist typisch für die derzeitigen Mangelsituationen, für den Mangel an Studienplätzen, an Ausbildungsplätzen und an Arbeitsplätzen.

Der Mangel macht aber auch deutlich, daß es die gesuchte Sicherheit für das eigene Lebensglück nicht gibt. Sie gab es allerdings auch früher nicht. Auch damals war wie heute die persönliche Entscheidung für das eigene Leben und Erleben gefordert.

Eltern können ihren Kindern diese Entscheidung nicht abnehmen. Wer kennt seine Kinder schon so gut, daß der Rat der Eltern bei Kindern auch das „richtige" Ergebnis bewirkt?

Die Eltern können ihren Kindern nur dazu raten, sich selbst zu erkennen, Lebenserfahrungen zu sammeln, so daß die Kinder sich dann auf den richtigen Weg bringen. Hilfe zur Selbsthilfe können Eltern ihren Kindern geben; die Verantwortung für das eigene Leben können sie ihnen nicht abnehmen.

Mehr als nur das Wissen addieren

Initiative „Univ": An zehn Universitäten Angebote für ein eigenes „studium generale"

Wer kennt ihn nicht, den berechnenden Scheinejäger? Er peilt ein Discountstudium an, besucht nicht eine Vorlesung mehr, als die Studienordnung verlangt und erfüllt selbst diese nur eben soweit, daß der Schein am Ende der Lehrveranstaltung nicht gefährdet wird.

Die Mitglieder der Projektgruppe „Univ" verfechten eine andere Studienauffassung. Zu ihnen gehören Studenten und Dozenten aus allen Fachbereichen, die dem Schmalspurstudium eine Absage erteilen. An derzeit zehn deutschen Universitäten unterhält die Studenteninitiative interdisziplinäre Arbeitsgruppen, die im klassischen Sinne „studium generale" betreiben.

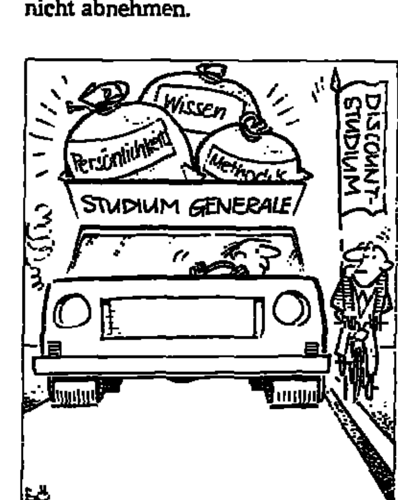
„Studieren heißt für uns mehr, als Wissen zu addieren", sagt „Univ"-Sprecher Enrique Banus der Hochschul-WELT. Kompetenz im eigenen Fach könne nur erlangen, wer den Stellenwert seiner Disziplin im Gesamtzusammenhang der Wissenschaften kenne. Dies aber sei ein Aspekt, der in der modernen Massenuniversität häufig zu kurz komme.

„Der Akademiker verkümmert nicht selten zum pragmatischen Wissenschafts-Macher", bedauert Banus. Die notwendige Spezialisierung der Einzelwissenschaften tue ein übriges, daß immer weniger Studenten über den Tellerrand ihres Faches hinausschauen, geschweige denn sich die besondere Verantwortung des Akademikers für die Gesellschaft bewußt machten.

Um hier Abhilfe zu schaffen, organisiert „Univ" seit fünf Jahren Arbeitskreise und Kolloquien zur philosophischen Fundierung des Studiums. In kleinen Zirkeln befassen sich Studenten gemeinsam mit Hochschullehrern vorwiegend mit ethischen Aspekten ihrer Disziplin. „Wozu verpflichtet der Hippokratische Eid?", „Rechtspositivismus und Naturrecht – die Problematik ungerechter Gesetzgebung", „Erziehung – wozu? Die Rolle des Menschenbildes in der Pädagogik" sind thematische Variationen der Grundfrage von „Univ": Was zeichnet eine Wissenschaft aus, die sich als Dienst am Menschen begreift?

Als Arbeitsgrundlage dienen entsprechende Texte und die Ergebnisse von Umfragen, die einige der Univ-Studenten mit Kommilitonen und Hochschullehrern durchführen. „So bleibt gewährleistet, daß wir mit unseren Überlegungen bei den realen Problemen der Uni ansetzen", betont Banus. Und: „Folgenlose Elfenbeinturm-Einfälle interessieren uns nicht." In diesem Semester steht die Univ-Arbeit unter dem Thema: „Weltzivilisation und Kultur des Menschen". Anhand konkreter Beispiele werden die Auswirkungen der universitären Arbeit auf die zeitgenössische Kultur untersucht.

Am 17./18. Januar 1987 stellt „Univ" die Arbeitsergebnisse auf einer Kölner Tagung vor, deren Hauptreferat der Präsident des Deutschen Hochschulverbands, Professor Hartmut Schiedermair, hält. Über Ostern soll es dann auf einem Symposium in Rom zu einem internationalen Erfahrungsaustausch kommen.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der akademische Hindernislauf scheint sich auch beruflich auszuzahlen. So haben verschiedene Arbeitgeber bereits Interesse an „Univ"-Studenten bekundet. Ein Industriemanager: „Da habe ich Leute vor mir, die beim Studieren auch an ihrer Persönlichkeit arbeiten. Und genau die brauche ich."

CHRISTIAN GEYER

Information

„Univ"-Angebote bestehen an den Hochschulen Aachen, Berlin, Bonn, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Köln, München, Münster und Trier. Informationen, auch zur Kölner Tagung und zum Symposium in Rom, beim Sprecher der Projektgruppe „Univ", Weinsbergstr. 74, 5000 Köln 30, Telefon: 0221/525061.

Hunderte betriebsnaher Fälle statt reiner Theorie

Marschallstab im Tornister: Die Business Schools von Harvard und Fontainebleau ebnen den Weg zum „general manager"

Der Manager von morgen muß gelernt haben, in allen Situationen schnell zu entscheiden und sich durchzusetzen. Welche Ausbildung eine Führungskraft heutzutage braucht, erfuhren 80 Hochschüler aus dem gesamten Bundesgebiet jetzt auf einer Veranstaltung in Köln. Direktoren und Absolventen von Harvard (Boston) und INSEAD (Fontainebleau), zwei der prominentesten Business Schools der Welt, präsentierten dort ihr Programm: Den „Master of Business Administration", kurz MBA genannt, kann man an diesen Schulen in ein- bis zweijährigem Studium erwerben.

Während an unseren Universitäten Theorie großgeschrieben wird, steht bei den Business Schools Praxisbezug an erster Stelle: Anhand von Fallstudien lernen die Schüler schnell zu analysieren und zu entscheiden. So muß zum Beispiel ein Harvardianer während seines zweijährigen Studiums rund 800 solcher „case studies" bearbeiten. In der Gruppenarbeit lernt er außerdem, sich durchzusetzen und seine Entscheidungen vor anderen zu verteidigen.

Durch diese Simulation der Unternehmenswirklichkeit wird der MBA-Student auf spätere Aufgaben im Top-Management vorbereitet. Der Titel „MBA" ist deshalb in den USA seit Jahrzehnten anerkannt und verbreitet. Aber auch in Europa kann man das „Aufsteiger-Diplom" erwerben, zum Beispiel im französischen Fontainebleau am INSEAD (Institut Européen d'Administration des Affaires), das ein zehnmonatiges MBA-Programm anbietet.

Harvard verlangt für die Zulassung ein abgeschlossenes Hochschulstudium, wobei die Fachrichtung keine Rolle spielt, und mindestens zwei Jahre Berufserfahrung. Neben hervorragendem Englisch gehören Persönlichkeit, Reife und Führungsqualitäten zu den Kriterien, nach denen jährlich ca. 800 von über 6000 Bewerbern ausgewählt werden. Ähnlich hohe Anforderungen stellt INSEAD, wo pro Jahr 280 Plätze angeboten werden – bei 2000 Interessenten. Ein abgeschlossenes Universitätsstudium ist hier zwar nicht Voraussetzung; jedoch erwartet den Bewerber mit dem GMAT (Graduate Management Admission Test) eine zusätzliche Prüfung.

Wer die Auswahlhürde nimmt, wird dann zunächst einmal kräftig zur Kasse gebeten: Für zwei Jahre Harvard muß man – Lebenshaltungskosten eingeschlossen – mit 100 000 Mark rechnen. INSEAD verlangt für zehn Monate MBA 40 000 Mark. Da die Zahl der Stipendien sehr beschränkt ist, machen die meisten Studenten von anderen Finanzierungshilfen Gebrauch: Sowohl Harvard als auch INSEAD bieten zinslose Darlehen, die allerdings nur einen Teil der Kosten decken. Der Rest wird in der Regel mit Bankkrediten finanziert.

Im Fall des zehnmonatigen INSEAD-MBA lassen sich die Studiengebühren als Fortbildungskosten von der Steuer absetzen. Die hohe Investition zahlt sich jedoch bald aus, denn internationale Unternehmen bieten den Absolventen erstklassige Jobs und hervorragende Verdienstmöglichkeiten (das durchschnittliche Anfangsgehalt eines MBA-Absolventen beträgt 80 000 Mark). Vor allem Unternehmensberatungsfirmen lokken mit attraktiven Gehältern.

Angesichts der großen Nachfrage nach „general managers" von seiten vor allem großer US-Firmen lohnt sich ein MBA-Studium besonders für solche, die in Amerika Karriere machen wollen, ferner für spätere Unternehmensberater und für Ingenieure, die in führende Positionen aufsteigen möchten. Als Alternative zum Doktortitel hat sich der MBA im Gegensatz zu den USA in Europa freilich noch nicht überall durchgesetzt.

MARTIN HETTICH

Nähere Auskünfte

1) Harvard:
Ben G. Baron
Assistant Director
MBA Admissions Office
Graduate School of
Business Administration
Harvard University
Boston, MASS. 02163/ USA
Tel. 001-617-495-6221

In Deutschland:
Harvard Club Rhein-Ruhr
Präs.: Jobst-Hinrich v. Bülow
Louise-Dumont-Straße 25
4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211-3640102)

2) INSEAD, Fontainebleau:
Dr. Hans Detlef Werner
Director Career Development
c/o INSEAD
Boulevard de Constance
F-77305 Fontainebleau Cedex
Frankreich
Tel. 0033-(1)-60-724249

In Deutschland:
INSEAD Alumni Assosiation
Präsident: Dr. Florian Schilling
c/o Egon Zehnder International
Mainzer Landstraße 46
6000 Frankfurt 1
Tel. 069-717261

PRAKTIKANTEN BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-WELT wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Elektrotechnik

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Nürnberg	Metall	Fertigung, Entwickl.	b 26 Wo
2	Kahl/Main	Atomindustrie	elektrotechn Bereich	n.V
3	Ulm-Einsingen	Metall	elektrotechn Bereich	1 Monat
4	Pfronten	Meßtechnik	Entwicklung, Controll.	3–6 Mo
5	Rheine	KFZ-Zubehör	elektronisch. Bereich	1 Jahr
6	Donaueschingen	Elektro-Rundfunk	elektronisch. Bereich	n V
7	Weinstadt	Elektronik	Entwicklg./Konstrukt	n V
8	Berlin 20	Elektrotechnik	Bahntechnik, Projekt	3–6 Mo
9	Gelsenkirchen	Videotechnik	Regler, Roboterpruf	3 Mo
10	Hildesheim	Haustechnik	Versorgungstechnik	n V
11	Konstanz	Computer	Nachrichtentechnik	6 Mo
12	Neuwied	Elektronik	elektron. Bereich	n.V
13	Stuttgart	Meßtechnik	Optik, Meßtechnik	n V.
14	Viersen	Elektronikgerate	Hochfrequenztechnik	n.V
15	Poing (Bay.)	Stahl	Betriebselektronik	3W.–6M.
16	Soest	Batterieindustrie	elektrotechn. Bereich	n V.
17	Solach	Maschinenfabrik	Elektronik, Konstrukt	6 Mo
18	Herschbach	Motorenbau	elektrotechn Bereich	1 Jahr
19	Holzwickede	Haustechnik	Unterhaltgs. Elektron.	n V
20	Hofheim/Hs.	Computer	Programmentwicklung	n.V
21	Kreis Vechta	Apparatebau	elektrotechn. Bereich	n V
22	Waghäusel	Maschinenbau	techn Abteilung	3 Mo.
23	Hanau	Metall	Elektronik-Fertigung	4W.–6M
24	Gelsenkirchen	Kraftwerk	elektrotechn Bereich	n V

In der nächsten Woche: Bauwesen

STUDIENPLATZ TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt. Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Angabe in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

Zahnmedizin

4. Semester

	von	nach
1	Uni Bonn	RWTH Aachen
2	FU Berlin	Uni Frankfurt
3	FU Berlin	Uni Mainz
4	FU Berlin	Uni Tübingen
5	Uni Erlangen	Uni Frankfurt
6	Uni Frankfurt	Uni Bonn
7	Uni Heidelberg	Uni Bonn
8	Uni Heidelberg	Uni Münster
9	Uni Marburg	Uni Heidelberg
10	Uni Marburg	Uni Mainz
11	Uni Marburg	Uni Saarbrücken
12	Uni Mainz	Uni Kiel
13	Uni Mainz	Uni München
14	Uni Mainz	Uni Regensburg
15	Uni Würzburg	Uni Düsseldorf
16	Uni Würzburg	Uni Erlangen
17	Uni Würzburg	Uni Gießen
18	Uni Würzburg	Uni Marburg
19	Uni Würzburg	Uni München

5. Semester

	von	nach
20	Uni Bonn	Uni Hannover
21	Uni Bonn	Uni Hamburg
22	Uni Bonn	Uni Kiel
23	FU Berlin	Uni Frankfurt
24	FU Berlin	Uni Göttingen
25	FU Berlin	Uni Hannover
26	FU Berlin	Uni Heidelberg
27	FU Berlin	Uni Saarbrücken
28	FU Berlin	Uni Wurzburg
29	Uni Düsseldorf	RWTH Aachen
30	Uni Düsseldorf	Uni Freiburg
31	Uni Düsseldorf	Uni Würzburg
32	Uni Göttingen	Uni Freiburg
33	Uni Göttingen	Uni Tübingen
34	Uni Köln	Uni Munster
35	Uni Marburg	FU Berlin
36	Uni Marburg	Uni Freiburg
37	Uni Marburg	Uni Göttingen
38	Uni Marburg	Uni Hamburg
39	Uni Marburg	Uni Kiel
40	Uni Marburg	Uni München
41	Uni Münster	Uni Freiburg
42	Uni Munster	Uni Heidelberg
43	Uni Münster	Uni Mainz
44	Uni Mainz	Uni Tübingen

6. Semester

	von	nach
45	Uni Bonn	Uni Düsseldorf
46	FU Berlin	RWTH Aachen
47	FU Berlin	Uni Bonn
48	FU Berlin	Uni Düsseldorf
49	FU Berlin	Uni Frankfurt
50	FU Berlin	Uni Freiburg
51	FU Berlin	Uni Gießen
52	FU Berlin	Uni Göttingen
53	FU Berlin	Uni Münster
54	FU Berlin	Uni München
55	FU Berlin	Uni Mainz
56	FU Berlin	Uni Tübingen
57	FU Berlin	Uni Ulm
58	Uni Erlangen	Uni Ulm
59	Uni Freiburg	Uni Heidelberg
60	Uni Freiburg	Uni Tubingen
61	Uni Hannover	Uni Erlangen
62	Uni Hannover	Uni München
63	Uni Hannover	Uni Regensburg
64	Uni Hamburg	Uni Göttingen
65	Uni Hamburg	Uni Kiel
66	Uni Hamburg	Uni Münster
67	Uni Münster	Uni Freiburg
68	Uni Münster	Uni Heidelberg
69	Uni Münster	Uni Würzburg
70	Uni Mainz	Uni Heidelberg

7. Semester

	von	nach
71	RWTH Aachen	Uni Erlangen
72	RWTH Aachen	Uni Ulm
73	RWTH Aachen	Uni Würzburg
74	Uni Bonn	Uni Düsseldorf
75	Uni Bonn	Uni Kiel
76	Uni Bonn	Uni Mainz
77	FU Berlin	Uni Heidelberg
78	FU Berlin	Uni Hamburg
79	FU Berlin	Uni Tübingen
80	FU Berlin	Uni Ulm
81	Uni Frankfurt	Uni Mainz
82	Uni Freiburg	Uni Düsseldorf
83	Uni Marburg	Uni Heidelberg
84	Uni Marburg	Uni München
85	Uni Marburg	Uni Tubingen
86	Uni Marburg	Uni Ulm
87	Uni Marburg	Uni Wurzburg

8. Semester

	von	nach
88	FU Berlin	RWTH Aachen
89	FU Berlin	Uni Frankfurt
90	FU Berlin	Uni Uni Munchen
91	FU Berlin	Uni Würzburg
92	Uni Göttingen	Uni Hamburg
93	Uni Hamburg	Uni Heidelberg

9. Semester

	von	nach
94	RWTH Aachen	Uni Bonn
95	RWTH Aachen	Uni Köln
96	RWTH Aachen	Uni Marburg

Biologie

1. Semester

	von	nach
1	Uni Bochum	Uni Düsseldorf
2	Uni Bochum	Uni Köln
3	Uni Erlangen	Uni Braunschweig
4	Uni Erlangen	Uni Hannover
5	Uni Frankfurt	Uni Hannover
6	Uni Freiburg	Uni Hamburg
7	Uni Gießen	Uni Braunschweig
8	Uni Gießen	FU Berlin
9	Uni Gießen	Uni Gottingen
10	Uni Göttingen	Uni Braunschweig
11	Uni Göttingen	FU Berlin
12	Uni Gottingen	Uni Hannover
13	Uni Göttingen	Uni Heidelberg
14	Uni Gottingen	Uni Hamburg
15	Uni Göttingen	Uni Kiel
16	Uni Göttingen	Uni Osnabrück
17	Uni Hamburg	Uni Kiel
18	Uni Kaiserslautern	Uni Braunschweig
19	Uni Kaiserslautern	Uni Bremen
20	Uni Kaiserslautern	Uni Hamburg
21	Uni Konstanz	Uni Heidelberg
22	Uni Konstanz	Uni Stuttgart
23	Uni Konstanz	Uni Stuttgart-Hoh
24	Uni Marburg	Uni Dusseldorf
25	Uni Marburg	Uni Frankfurt
26	Uni Marburg	Uni Munchen
27	Uni Mainz	Uni Heidelberg
28	Uni Mainz	Uni Saarbrucken
29	Uni Regensburg	Uni Karlsruhe
30	Uni Wurzburg	Uni Bonn
31	Uni Würzburg	FU Berlin
32	Uni Wurzburg	Uni Hannover
33	Uni Wurzburg	Uni Munster
34	Uni Würzburg	Uni München

5. Semester

	von	nach
35	Uni Gottingen	FU Berlin
36	Uni Göttingen	Uni Hamburg
37	Uni Göttingen	Uni Koln

5. Semester

	von	nach
38	Uni Bonn	Uni Freiburg
39	Uni Bonn	Uni Konstanz
40	Uni Bonn	Uni Tubingen
41	Uni Göttingen	Uni Bonn
42	Uni Gottingen	FU Berlin
43	Uni Gottingen	Uni Freiburg
44	Uni Gottingen	Uni Heidelberg
45	Uni Göttingen	Uni Hamburg
46	Uni Gottingen	Uni Köln
47	Uni Marburg	Uni Hamburg

Tiermedizin

1. Semester

	von	nach
1	FU Berlin	Uni Gießen
2	FU Berlin	Uni Hannover
3	FU Berlin	Uni München
4	Uni Gießen	Uni Hannover
5	Uni Munchen	Uni Hannover

3. Semester

	von	nach
6	FU Berlin	Uni Gießen
7	FU Berlin	Uni Hannover
8	FU Berlin	Uni Munchen
9	Uni Hannover	Uni Gießen

5. Semester

	von	nach
10	FU Berlin	Uni Gießen
11	FU Berlin	Uni Hannover
12	FU Berlin	Uni München

Personen

MILITÄR

Brigadegeneral **Hartmut Foertsch**, Stellvertretender Dienststellenleiter und Chef des Stabes des Deutschen Militärischen Vertreters im Military Committee der NATO, wird am 1. April 1987 Deputy Assistant Director der Plans and Policy Division beim Internationalen Militärstab (IMS) in Brüssel. Auf seinen Posten rückt dann Oberst i. G. **Manfred Rode** nach, der gegenwärtig Lehrgangsteilnehmer am Royal College of Defence Studies in London ist.

VERANSTALTUNG

„Gesellschaftsgeschichte des politischen Umbruchs zwischen Stalingrad und Währungsreform" lautet das Thema eines zeitgeschichtlichen Kolloquiums, zu dem morgen Bayerns Staatsminister **Peter Schmidhuber**, das Institut für Zeitgeschichte, München, und der Oldenbourg-Verlag in die Bonner Bayern-Vertretung einladen. Teilnehmer des Kolloquiums sind unter anderem Professor Dr. **Martin Broszat**, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, und der Adenauer-Biograph Professor Dr. **Hans-Peter Schwarz**. Das Münchner Institut wird bei dieser Gelegenheit als erste Ergebnisse eines langjährigen Forschungsprojektes zwei Bücher vorstellen: „Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Pressetradition. Die Geschichte der Nachkriegszeitung Südost-Kurier" von **Norbert Frei** und „Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth" von **Hans Woller**.

BERUFUNG

Professor Dr. **Harald Dalichau**, bisher an der Herzchirurgischen Universitätsklinik Köln tätig, ist vom niedersächsischen Wissenschaftsminister **Johann-Tönjes Cassens** zum neuen Leiter im Chirurgie-Zentrum an der Universität Göttingen berufen worden. Gleichzeitig hat er seit gestern als Professor im Fach Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie der Universität seinen Dienst aufgenommen.

KIRCHE

Der Rektor des Religionspädagogischen Instituts in Loccum bei Hannover, **Gerhard Besier** (39), wird am 1. Januar 1987 Professor für Kirchengeschichte an der Kirchlichen Hochschule Berlin. Besier war 1980 von der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannover zum Leiter des Loccumer Instituts berufen worden. Ein Nachfolger im Amt des Rektors steht noch nicht fest. An der Kirchlichen Hochschule Berlin, an der Besier seit Semesterbeginn bereits Lehrveranstaltungen hält, ist der Lehrstuhl mit dem Schwerpunkt Neuerer und Neueste Kirchengeschichte neu geschaffen worden.

EHRUNGEN

Zum 40. Jahrestag der bayerischen Verfassung überreichte Landtagspräsident **Franz Heubl** gestern während einer Feierstunde im Maximilianeum elf Verfassungsmedaillen in Gold und 41 in Silber. Mit der goldenen Medaille, bisher nur 75mal verliehen, wurden ausgezeichnet: Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes a. D. **Hans Domcke**, Bundestagsvizepräsident **Richard Stücklen**, die früheren Bundesminister **Käte Strobel** und **Hermann Höcherl**, die früheren bayerischen Minister **Fritz Pirkl** und **Bruno Merk**, der Industrielle Professor **Rolf Rodenstock**, Bayerns Bauernverbandspräsident **Gustav Sühler**, der Zeitungswissenschaftler Professor **Otto Roegele**, der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete **Anton Hochleitner** und der Vorsitzende des Münchner Presseclubs, **Georg Wulffius**. Als zwölfter Medaillenempfänger war Kultusminister a. D. Professor **Hans Maier** vorgesehen, doch er lehnte ab. Ihm stehe augenblicklich der Sinn nicht nach Ehrungen, meinte der CSU-Politiker, der vor vier Wochen aus Protest gegen die Teilung des Kultusministeriums aus dem Kabinett ausgeschieden ist.

*

Valentine („Vava") Chagall, die wie ihr Mann aus Rußland stammende Witwe des vor anderthalb Jahren verstorbenen Malers Marc Chagall, ist unter den 54 Persönlichkeiten, die der rheinland-pfälzische Ministerpräsident **Bernhard Vogel** für das Jahr 1986 mit dem Verdienstorden des Landes ausgezeichnet hat. Damit soll der große Anteil gewürdigt werden, den Chagalls Witwe in den 33 Jahren ihrer Ehe mit dem Künstler an seinem Werk hatte. Chagall, der in seinen letzten Lebensjahren für die Mainzer St. Stephans-Kirche sechs inzwischen berühmt gewordene Kirchenfenster schuf, wurde 1982 Ehrenbürger der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt.

DIPLOMATIE

Die Niederlande lassen ihre Interessen durch einen neuen Generalkonsul in Hamburg vertreten. Das Exequatur erhielt jetzt **Gerard van Vloten**. Sein Konsularbezirk umfaßt die Länder Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Jugoslawien hat einen neuen Generalkonsul **Franc Pristovsek** nach Frankfurt am Main entsandt. In seinem Konsularbezirk befinden sich die Länder Hessen und Saarland sowie der Regierungsbezirk Rheinhessen/Pfalz des Landes Rheinland-Pfalz.

ERNENNUNG

Der bisherige Richter am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, **Norbert Henke** (47), ist vom Richterwahlausschuß zum Richter am Bundessozialgericht in Kassel ernannt worden. Henke wurde dem 9. Senat des Bundessozialgerichts zugeteilt, der unter anderem für Rechtsfragen der Kriegsopfer- und Soldatenversorgung und das Schwerbehindertengesetz zuständig ist.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Kein Handlungsbedarf

„Keine gute Aussicht"; WELT vom 26. November

Sehr geehrte Frau Dr. Gieskes,

Ihre fundierte kritische Analyse der aktuellen Diskussion über eine Novellierung des Kartellgesetzes ist zu begrüßen. Sie haben sich verdienstvollerweise nicht nur auf Teilaspekte beschränkt, sondern den Blick für die Gesamtproblematik einschließlich der internationalen Zusammenhänge eröffnet. Sie haben darüber hinaus auch aufgezeigt, daß es kein Einzelhandelskartellgesetz geben kann, sondern daß Industrie und auch andere Wirtschaftsbereiche zwangsläufig mit erfaßt werden.

Auch wir sind der Auffassung, daß kein aktueller Handlungsbedarf besteht. Die Ursachen der vielfach beklagten Strukturentwicklung im Handel und die Entwicklungstendenzen bedürfen sicherlich aufgrund neuerer wissenschaftlicher Untersuchungen einer sorgfältigen Prüfung. Sie wird nach meinen Dafürhalten zur Neubewertung von Sachverhalten führen. Im übrigen sieht auch die Monopolkommission selbst für den Lebensmittelbereich keinen aktuellen Handlungsbedarf.

Darüber hinaus halten wir die Vorschläge der CDU/CSU für ungeeignet. Gerade von den Mittelbetrieben unseres Verbandes werden erhebliche Nachteile von der Verwirklichung dieser Vorschläge befürchtet. Wir halten den Geheimwettbewerb für schützenswert und für einen Bestandteil unserer Wettbewerbsordnung als Grundlage der sozialen Marktwirtschaft.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Heinz Garsoffky,
Vorstandssprecher, Horten AG, Düsseldorf

Hilfe für Moselwinzer

„Moseltaler Irrwege"; WELT vom 12. November

Die Landesregierung hat sich bei der Einführung des Moseltalers vom bahnbrechenden Erfolg der Bezeichnung „Liebfrauenmilch" leiten lassen, die seit Jahrzehnten für die Anbaugebiete Rheinhessen, Rheinpfalz und Nahe ein typisches Markenzeichen ist. Für die Mosel fehlte es bislang an einem solchen Branchenführer, mit dem die Weintrinker automatisch die Vorstellung vom herrlich-leichten Moselwein verbinden. Insofern besteht im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer ein Nachholbedarf. Die neue Bezeichnung soll für einen unverwechselbaren Wein mit einer moseltypischen Geschmacksausprägung bürgen.

Angesichts der schwierigen Situation der Moselwinzer erklärte die Landesregierung ihre Bereitschaft, dem Moseltaler eine Starthilfe in Form von 300 000 Mark zu gewähren. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um die Werbung für eine bestimmte Weinsorte. Die Bezeichnung „Moseltaler" steht jedermann offen, wenn sein Wein ausschließlich aus Trauben der Rebsorten Riesling, Müller-Thurgau, Elbing und Kerner hergestellt wurde, einen Restzuckergehalt von 15 bis 30 Gramm sowie einen Gesamtsäuregehalt von mindestens sieben Gramm pro Liter aufweist.

Die flexiblere Handhabung der Lesetermine für Spätlesen wird zur Zeit im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten geprüft. Nach der derzeitigen Rechtslage trifft die Bezirksregierung die Entscheidung. Sie holt hierzu den Rat von berufsständischen Organisationen der Winzer, Landwirtschaftskammer und Weinbaulehranstalten ein. Dadurch ist deren Mitwirkung sichergestellt.

Waldmann,
Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Mainz

Diskussion ist Stärke

„Parteitag des Wankelmuts"; WELT vom 24. November

Der Mainzer Bundesparteitag hat die FDP und ihre Führung gestärkt. Die FDP hat bewiesen, daß sie als einzige Partei bereit und in der Lage ist, auch im Wahlkampf eine so schwierige rechtspolitische Frage wie die Einführung des Kronzeugen offen, sachlich und kontrovers zu diskutieren.

Wie überall im Leben gibt es auch in der Politik keine idealen Lösungen für die anstehenden Entscheidungen. Die Diskussion in der Öffentlichkeit und den Parteien, die Debatte im Parlament und die Anhörung von Experten sind Mittel, vorgeschlagene Lösungen zu verbessern. Eine Partei, die solche Diskussionen führt, ist alles andere als schwach. Sie ist stark, selbstbewußt und demokratisch.

Bei CDU, CSU und SPD herrscht offensichtlich ein Verbot, über den Kronzeugen zu diskutieren. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel hat doch selbst als Bundesjustizminister in den siebziger Jahren eine Kronzeugenregelung vorgeschlagen. Heute stricken sie aus wahltaktischen Gründen an dem Märchen von der Preisgabe des Rechtsstaates.

Bundeskanzler Kohl und die CDU sind offensichtlich auf die Alles-oder-nichts-Haltung des CSU-Vorsitzenden Strauß eingeschwenkt. Kohl hat auf dem Wahlkongreß der CSU gezeigt, daß – wenn es darauf ankommt – Strauß in den Unionsparteien das Sagen hat, daß in einer mit absoluter Mehrheit regierenden CDU/CSU Strauß die Richtlinien der Bonner Politik bestimmen würde.

CDU und CSU müßten wissen, welche Verantwortung sie auf sich nehmen, wenn sie jetzt unter wahlkampftaktischen Gesichtspunkten die Verabschiedung einer Kronzeugenregelung verschieben wollen und den Sicherheitsbehörden dieses Instrument zur Bekämpfung des Terrorismus verweigern. Denn: Die Bekämpfung des Terrorismus ist nicht nur eine Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Auch die Politiker müssen ihren Beitrag leisten, indem sie die Voraussetzungen für die Erfolge der Sicherheitsbehörden herstellen. Die FDP ist dazu bereit und hat dies in Mainz bewiesen.

Der Beschluß des FDP-Bundesparteitages zur Bekämpfung des Terrorismus trägt den in der Anhörung am 14. November geäußerten rechtspolitischen Bedenken Rechnung. Die eindeutige Mehrheit für den Antrag des Bundesvorstandes zeigt die Handlungsfähigkeit der Partei. Die FDP geht optimistisch in die Bundestagswahl. Die Stellung des Bundesvorsitzenden Martin Bangemann und des Generalsekretärs Dr. Helmut Haussmann sind durch den Bundesparteitag deutlich gestärkt worden. Dies wird sich bei den Bundestagswahlen positiv auswirken.

Dr. Walter Döring,
Landesvorsitzender der FDP Baden-Württemberg

Aspekte der Entwicklung

In dem Beitrag „Erfolge sind nur gemeinsam möglich" (WELT-Report vom 14. November) von Dr. Hansjörg Elshorst steht u. a., daß die GTZ mit dramatischen Einbrüchen an Lebens- und Entwicklungschancen viele Entwicklungsländer stärker denn je von den Fährnissen der Weltwirtschaft abhängig gemacht hat, also von der US-Haushaltspolitik ebenso wie vom europäischen Agrarprotektionismus. Richtig muß es heißen: „Die Verschuldung, mit dramatischen Einbrüchen an Lebens- und Entwicklungschancen, hat viele Entwicklungsländer stärker denn je von den Fährnissen der Weltwirtschaft abhängig gemacht, also von der amerikanischen Haushaltspolitik ebenso wie vom europäischen Agrarprotektionismus".

Thomas Neumaier,
Leiter der GTZ-Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Eschborn/Ts.

*

Sehr geehrte Herren,

in Ihrem Report wird das „hohe Lied" der Entwicklungshilfe gesungen. Eine Erklärung, warum Länder, die pro Kopf der Bevölkerung mehr Entwicklungshilfe bekommen haben als alle anderen – wie Tansania –, verelenden und Länder, die gar keine Entwicklungshilfe bekommen – wie Südkorea und Taiwan – prosperieren, wird nicht gegeben. Dabei liegt die Erklärung nahe. Es sind die Fehler in der Wirtschaftspolitik, die von der erstgenannten Ländergruppe gemacht werden. Diese Fehler kann die Entwicklungshilfe, so groß sie auch sein mag, nicht gutmachen. Da es sich um souveräne Staaten handelt, entzieht sich ihre Wirtschaftspolitik der Beeinflussung der Geberländer.

„Die Bundesregierung kann es sich nicht leisten, keine Entwicklungspolitik zu betreiben", ist schon richtig. Nicht wegen des „drohenden Chaos" in den Empfängerländern, sondern weil das Entwicklungshilfeministerium um seine Existenzberechtigung verlieren würde.

Ich war drei Jahre Mitglied des Direktoriums der Weltbank, ein Jahr in Afrika (Zaire) und ein Jahr in Asien (Laos) Konsulent und weiß, wovon ich rede.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Max Thurn, Wien

Wort des Tages

» Ein Politiker sollte nicht ständig seine Grundüberzeugungen ändern. Erfolgreiche Politik setzt den Mut voraus, langweilig zu sein. «

Manfred Rommel, deutscher Politiker (geboren 1928)



STAND●PUNKT / *Kein Zufall*

Erkennen Sie die beiden Sportler? Sie ist 16, er ist 17 Jahre alt. Sie hat dunkelblondes, er rotblondes Haar. Beide benötigen zur Ausübung ihres Sports einen Schläger und einen kleinen weißen Ball. Beide sind in ihrer Sportart die Nummer eins der Bundesrepublik Deutschland.

Sie wissen, um wen es sich handelt? Nein, nicht um Steffi Graf und Boris Becker. Die sind bereits ein Jahr älter und halten sich nicht länger damit auf, nur in ihrer Heimat die Nummer eins zu sein.

Die dunkelblonde 16jährige und der rotblonde 17jährige heißen Katja Nolten und Jörg Roßkopf und gewannen am Wochenende mit deutlicher Überlegenheit das Ranglisten-Turnier des deutschen Tischtennis-Bundes (DTB).

Jörg Roßkopf war in der Herren-Konkurrenz der mit Abstand jüngste Teilnehmer. In elf Spielen ließ er keinem der älteren Herren eine Chance. Und weil er in Aussehen, Statur, Willensstärke und Selbstbewußtsein dem Tennis-Idol Becker sehr ähnlich ist, titelte eine Sonntagszeitung: „Jörg Roßkopf – einer wie Boris?"

Dem Vergleich mit den erfolgreichen Tennis-Teenies kann sich in Zukunft wohl kein Jugendlicher erwehren, der sich vor Erreichen der Volljährigkeit in der etablierten Sport-Szene einen Platz erobert hat. Zumal, wenn die Parallelen so zahlreich sind wie die zwischen Jörg Roßkopf und Boris Becker.

Wie Becker hat auch Roßkopf seine Schullaufbahn nach der mittleren Reife abgebrochen („Ich werde mich bis 1989 nichts anderem mehr widmen als meinen Lieblingssport"). Auch ums Geld muß er sich keine Gedanken machen („Ich bekomme von Sporthilfe und Sponsoren genug Geld, um zu leben"). Und einen eigenen Manager hat er auch schon. Den 42jährigen Michael Bachtler, Chef einer Tischtennis-Firma in Landau („Er nimmt mir all das ab, was mich sonst immer nebenher belastet hat").

Noch etwas verbindet die erfolgreichen Nachwuchsspieler/innen im Tennis und Tischtennis: Talent, Training schon im Vorschulalter und überdurchschnittlicher Ehrgeiz.

Die Voraussetzungen waren ähnlich, die spätere Förderung unterschiedlich. Während Steffi Graf und Boris Becker ihren sportlichen Aufstieg vorwiegend privaten Initiativen verdanken, sind die jüngsten Erfolge von Katja Nolten und Jörg Roßkopf auch das Ergebnis gezielter Förderung durch den DTB.

Im Duisburger Tischtennis-Internat haben die Nachwuchsspieler hervorragende Ausbildungs-Bedingungen. Jörg Roßkopf beispielsweise trainiert dort täglich sechs Stunden. Weil das nicht ausreicht, um auch weltweit ganz oben mitzuspielen, bietet der DTB ab heute seinen Nachwuchsspielern zum wiederholten Mal Gelegenheit zu einem mehrwöchigen Trainingslager in China. Der DTB will nichts dem Zufall überlassen, will er doch bei den Weltmeisterschaften 1989 in Dortmund auch eigene Weltklasse-Athleten präsentieren. Und Erfolge, das zeigen die Ergebnisse des Ranglisten-Turniers, sind planbar. hof

TENNIS / Aufsteigende Form und Sieg bei der Generalprobe für das Masters-Turnier in New York

Mit aufreizender Kühle siegte Boris Becker über einen hochmotiviert kämpfenden John McEnroe

sid/dpa, **Atlanta**

Der Sieger nahm die Rolle des Favoriten für die kommende große Aufgabe wie selbstverständlich an. Nun wolle er auch das morgen in New York beginnende Masters-Turnier gewinnen, kündigte Boris Becker nach seinem Finalsieg beim Tennis-Einladungsturnier in Atlanta (US-Bundesstaat Georgia) an. Und das Selbstvertrauen ist wohlbegründet. Nach dem 3:6, 6:3, 7:5 über den wiedererstarkten Amerikaner John McEnroe sagte Trainer Günther Bosch: „Boris hat in Atlanta seine hervorragende Form wiedergefunden."

Beckers Anspruch auf die Krönung im Turnier der Besten im New Yorker Madison Square Garden (ARD und ZDF berichten von allen Spielen Beckers) gründet sich auch auf das Fundament einer erfolgreichen Saison. Er scheint nach überwundener Erkrankung auf die Stunde genau topfit. Lendl verlor im Omni Coliseum von Atlanta das Halbfinale im Prestigekampf gegen McEnroe. Bekker dagegen schlug den ehrgeizig und hochmotiviert um sein Comeback in der Weltspitze fightenden Amerikaner gleich zweimal, in der Vorrunde und im Endspiel. Einen besseren Beweis für seine Form konnte der 19jährige nicht liefern.

Angst muß Becker in dieser Verfassung vor seinem ersten Gegner in der Masters-Vorrunde, dem Schweden Joakim Nyström, am Mittwoch abend (Ortszeit) gewiß nicht haben. Sorge bereitet die lediglich ausgeglichene Statistik von 2:2 gegen den Weltranglistensiebten, der die letzten Duelle gegen Becker 1985 in Flushing Meadow 6:3, 6:4, 4:6, 6:4 und 1986 in La Quinta 7:6, 6:2 gewann.

Für Becker war McEnroe drei Tage vor dem Masters-Beginn genau der richtige Aufbau-Gegner. Der legendäre Arthur Ashe sagte in Atlanta zur Motivation des 27jährigen Amerikaners, das Schaukampf-Turnier sei „McEnroes Masters-Turnier". Da wolle er es allen zeigen, daß der Weltranglisten-Zwölfte eigentlich nach wie vor zum Kreis der Allerbesten gehört.

Der Linkshänder wird dem echten Masters-Turnier wirklich fehlen. Zusammen mit Becker prägte er die Generalprobe. Überraschend hielt McEnroe im Turnier und auch im Finale mit Beckers Waffe, dem Aufschlag, absolut gleichwertig mit. Vor dem Endspiel hatten beide je 32mal ihr Service mit einem As gepunktet. Im Finale gelang der direkte Erfolg mit dem Aufschlag je 13mal. Wer weiß, wie begeistert die amerikanischen Tennisfans solche Aufschlag-Helden feiern, kann ermessen, warum beide Finalpartner für ihre Leistungen hochgelobt wurden.

Beckers Service konnte diesmal nicht die Entscheidung herbeiführen. Das Übergewicht schuf der Leimener mit einer geradezu aufreizenden Kühle. McEnroe hätte dieses Spiel sicher gewonnen, wenn Becker sich den Emotionen nicht eiskalt entzogen hätte, die der Amerikaner in die Auseinandersetzung hineintrug. Immer wieder wollte McEnroe übers Netz Becker provozieren, doch der lächelte meist nur zurück.

„Ich bin schon 27", rief McEnroe einmal und wollte wohl als „alter Mann" Mitleid und ein bißchen Nachlässigkeit bei Becker erregen. Der blieb ruhig und antwortete mit dem Schläger. Die spektakulären Ballwechsel gewann zumeist McEnroe, die entscheidenden aber buchte Bekker. Bezeichnend dafür war das entscheidende Break zum 6:5 für den Deutschen im dritten Satz. McEnroe spielte einen Moment zu hitzig und produzierte einen Doppelfehler zum 15:40. Becker nutzte ihn eiskalt zum Durchbruch und ließ McEnroe nicht mehr entkommen.

Inzwischen kennt auch Amerikas Fernsehpublikum Boris Becker als bekanntesten Deutschen. Die amerikanische Fernsehgesellschaft CBS stellte den Wimbledonsieger am Sonntag abend als Sportler vor, den in der Bundesrepublik mehr Menschen kennen als den Bundeskanzler und dessen Bekanntheitsgrad nur noch von dem Begriff „Volkswagen" übertroffen werde. Die traditionelle Sendung „60 Minutes", die mit dem Becker-Beitrag unter dem Titel „Wunderkind" zwei Tage vor Beginn des New Yorker Masters-Turniers ausgestrahlt wurde, hat landesweit eine durchschnittliche Sehbeteiligung von rund 45 Millionen Amerikanern.

Becker wurde als positives nationales Symbol dargestellt und stützte diesen Eindruck mit einer Reihe von Erfahrungen in seiner Karriere. Wenn er als Tennis-Star gewinne, seien viele Deutsche darauf stolz und würden sagen, der „kommt aus dem Boris-Becker-Land". Es gebe eben „nicht viel mehr schönere Gefühle, als zu gewinnen". Er gewinne nie nur für sich, in den Augen der Fans gewinne „Boris Becker, Deutschland".

In dem Beitrag mit umfassenden Erklärungen zu den sportlichen Leistungen und vielen persönlichen Akzenten zitierte Becker abschließend seine Mutter: „Du mußt nicht immer gewinnen, aber so bleiben, wie du bist."



Gedankenvolle Pause im vergeblichen Kampf gegen einen scheinbar übermächtigen Gegner: John McEnroe FOTO: AP

BOXEN

Betrugsverdacht: Verband sperrt Bundesligaklub

dpa, **Bochum**

Der Westfälische Amateur-Box-Verband (WABV) hat für den in Betrugsverdacht geratenen Bundesligaklub BSK Ahlen „bis zur Klärung der Angelegenheit" Sperren angekündigt. Der Verein soll in den beiden ersten Bundesligakämpfen gegen CSC Frankfurt (14:12) und am Wochenende in Leverkusen (11:15) im Federgewicht einen viel zu schweren Boxer eingesetzt, aber dessen leichteren Bruder über die Waage geschickt haben. „Das ist Betrug", hatte der badische Verbands-Rechtswart, Lothar Schwaiger (Weinheim), bereits während der Veranstaltung am Samstag gesagt.

Wie Geschäftsführer Hans Liegmann vom BSK Ahlen gestern ankündigte, wolle sein Verein die Angelegenheit noch am Abend in einer Vorstandssitzung besprechen: „Wir verlangen von unseren Trainern und dem Boxer Ehrenerklärungen. Bisher handelt es sich nur um Vermutungen. Ich persönlich kann das Ganze nicht glauben."

Die Vorwürfe richten sich gegen BSK-Cheftrainer Reinhard Skricek, den Bronzemedaillengewinner der Olympischen Spiele 1976 in Montreal, seinen Assistenten Harry Salewski sowie den 19jährigen türkischen Boxer Talat Cihangir, der im Kampf eingesetzt wurde, während sein ein Jahr älterer Bruder Suat über die Waage gegangen sein soll.

Aufgrund eines anonymen Briefes aus Ahlen war Talat Cihangir unmittelbar nach seinem Kampf noch einmal gewogen und dabei ein Gewicht von 63 Kilo festgestellt worden. Als Federgewichtler hätte er höchstens 57 Kilo wiegen dürfen. Noch in dieser Woche will sich auch das Sportgericht des Deutschen Amateur-Box-Verbandes mit dem Vorfall befassen.

FUSSBALL

Dietrich Weise verzichtet auf Wolfgang Kraus

sid, **Frankfurt**

Eine Woche nach der harmonischen Mitgliederversammlung sorgt beim Fußball-Bundesligaklub Eintracht Frankfurt eine Personalentscheidung von Trainer Dietrich Weise für Unruhe. Der 52jährige wird den künftigen Manager Wolfgang Kraus (33) nicht mehr als Spieler einsetzen.

„Wolfgang Kraus hat doch selbst schon angekündigt, daß er sich möglicherweise bereits vorzeitig nur noch der neuen Aufgabe widmen will", erklärte Weise seine Maßnahme, die er am Sonntag morgen dem völlig überraschten Spieler mitgeteilt hatte. Er habe das Gespräch vorgezogen, sagte der Trainer, weil Kraus für das nächste Spiel wegen vier gelber Karten gesperrt sei, und weil er zur Rückrunde wieder einen größeren Spielerkader erwarte. Kraus selbst mutmaßt Absicht im Spiel: „Aber wenn Weise damit etwas bewirken wollte, muß er auch die Verantwortung tragen."

Das Eintracht-Präsidium war über Weises Entscheidung nicht informiert. „Wir müssen die Fakten erst einmal hinnehmen", meinte Schatzmeister Wolfgang Knispel. Bei der morgigen Präsidiumssitzung erwartet er, daß der Trainer seine Entscheidung begründet. Die Vereinsführung wiederum hatte dem verstimmten Weise Anfang November nicht offiziell mitgeteilt, daß Kraus bereits vor dem eigentlichen Wechsel an den Schreibtisch zum 1. Juli 1987 sozusagen nebenberuflich seine Manager-Tätigkeit aufnehmen sollte.

So kann die Präsidiumssitzung vielleicht richtungsweisend für die Zukunft sein. Schließlich läuft Weises Vertrag in Frankfurt zum Saisonende aus. Brisanz dürfte die Entwicklung bringen, falls Kraus mit sofortiger Wirkung hauptamtlich als Manager aktiv wird.

LEISTUNGSSPORT

Hollmann warnt vor einem Trend zur Zirkusentwicklung

dpa, **Hamburg**

Mit bisher nicht gekannter Deutlichkeit hat der Kölner Sportmediziner Professor Wildor Hollmann vor den Gefahren des Hochleistungssports gewarnt und die Verantwortlichen heftig kritisiert. Unter der Überschrift „Risikofaktoren der Entwicklung des Hochleistungssports" warnt der Präsident des Weltverbandes für Sportmedizin in der neusten Ausgabe des „NOK-Reports" vor einem allgemeinen „Trend zur Zirkusentwicklung", der durch die immer weiter fortschreitende Professionalisierung und Kommerzialisierung hervorgerufen werde.

Besonders griff Hollmann das Internationale Olympische Komitee (IOC) an. Noch 1956 habe der damalige Präsident Avery Brundage die Grundlage des Olympismus so definiert: „Olympischer Geist, olympisches Ideal – das ist amaterielles, leistungsbezogenes sportliches Handeln im Geiste des Fair play". 30 Jahre später müsse die Definition so lauten: „Olympischer Geist, olympisches Ideal – das ist gewinnbezogenes, leistungsbestimmtes, muskuläres Handeln unter Einsatz von Gesundheit und Moral". Die olympischen Ideale von einst seien „längst dem brutalen Existenzkampf in der dünnen Luft des Profi-Sports zum Opfer gefallen".

Den internationalen Fachverbänden machte Hollmann den Vorwurf der „Vervielfachung von international anspruchsvollen Wettbewerben". Der „kommerzielle Nutzen von Veranstaltern und Verbänden trifft sich auf der Ebene des materiellen Bereicherungswunsches des Athleten". Die Regenerationszeiten zwischen den Wettkämpfen seien viel zu kurz. Die Doping-Gefahr wachse, wobei „die Benutzung von Hormonpräparaten oder die Rücktransfusion von Eigenblut" immer mehr in den Vordergrund rücke. Hollmann vermutet, „daß bei den Männern zahlreiche, bei den Frauen die weitaus meisten aller heutigen Weltrekorde in Kraft- und Schnellkraftsportarten in Verbindung mit derartigen hormonellen Produkten entstanden sind". Weil immer mehr Kosten für die Dopinguntersuchung aufgebracht würden, bleibe immer weniger Geld für die „Positiv-Forschung" übrig.

Zwar könne auch die Sportmedizin das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen. „Es ist aber unsere ärztliche Pflicht", meint Hollmann, „zumindest zu versuchen, die Entwicklung zu kanalisieren." Es ergäben sich „in enger Kooperation" mit der medizinischen Kommission des IOC und mit internationalen Fachverbänden drei Ansatzpunkte: 1. Festlegung eines Mindestalters zur Teilnahme an internationalen Wettkämpfen; 2. Limitierung der Zahl von internationalen Wettkämpfen seitens der Fachverbände selbst; 3. Regeländerung in Sportdisziplinen.

SKI ALPIN / Schmidhauser siegt im Slalom

Amerikaner bereiteten dem Weltcup glanzvollen Auftakt

dpa, **Park City**

Die Weltcup-Premiere der Skirennläuferinnen hat in den USA eine unerwartete Skibegeisterung ausgelöst. Zehntausend Zuschauer jubelten schon am Samstag der Riesenslalom-Siegerin Michaela Gerg (Lenggries) zu. Am Sonntag verfolgten gar 12 000 Besucher den ersten Weltcup-Slalom in Park City, den die Schweizerin Corinna Schmidhauser gewann. Die Begeisterung der Amerikaner aber galt vor allem ihrer Landsfrau Tamara McKinney, die im Slalom den zweiten Platz belegt hatte und kurz darauf als Spitzenreiterin in der Weltcup-Gesamtwertung ausgerufen wurde.

In dem auf 2100 Meter Höhe gelegenen Park City, einer ehemaligen Silberminenstadt nordöstlich von Salt Lake City, geriet der Saisonauftakt zu einem vollen Erfolg. Es herrschten optimale Schnee- und Wetterverhältnisse, die Organisation klappte wunschgemäß und mit insgesamt 22 000 Zuschauern wurde der bisher größte Publikumsandrang für ein Skirennen in Übersee verzeichnet. Zahlen wie sie selbst in Europa nur bei den Traditionsrennen in Kitzbühel, am Lauberhorn in Wengen oder in Schladming erreicht werden.

Selbst der vielgereiste Heinz Krecek (Rottach-Egern), der Beauftragte des Internationalen Skiverbandes (FIS) für den Damen-Weltcup, war überwältigt: „Solchen Enthusiasmus habe ich noch nie erlebt. Ich werde bei der FIS vorschlagen, daß künftig der Weltcup-Saisonstart für Damen und Herren in den USA stattfindet." Erstmals in der 21jährigen Weltcupgeschichte findet in diesem Winter die Weltcup-Premiere in zwei verschiedenen Kontinenten statt, für die Damen in den USA, für die Herren in Europa. Erst Mitte Dezember siedelt die Damen-Karawane aus den USA ebenfalls nach Europa über.

Sportlich hat der Weltcup begonnen wie der Wettbewerb des Vorjahres aufgehört hatte: mit den Schweizerinnen als stärkster Mannschaft. Zwar nimmt nach den beiden Eröffnungsrennen die Amerikanerin Tamara McKinney die Führung ein, doch mannschaftsmäßig liegen die Schweizerinnen bereits mit 33 Punkten Vorsprung auf ihre Rivalinnen aus Österreich an der Spitze.

Wie in den vergangenen Jahren mischt zum Saisonbeginn aber auch der Deutsche Skiverband (DSV) vorne mit. Dank der überragenden Leistung im Riesenslalom mit Michaela Gerg (Lenggries) als Tagessiegerin sowie drei weiteren Fahrerinnen in den Punkterängen und trotz des eher enttäuschenden Ergebnisses im Slalom – als einzige DSV-Vertreterin kam Helga Lazak (Eschenlohe) durch und wurde 14. – sind die deutschen Ski-Mädchen mit nur zehn Punkten Rückstand auf die Österreicherinnen im dritten Rang des Mannschaftsklassements anzutreffen.

Kein Vertrag für Uwe Hain

Hamburg (dpa) – Fußball-Profi Uwe Hain (31), Reserve-Torhüter des Bundesligaklubs Hamburger SV, soll zur neuen Saison keinen neuen Vertrag erhalten. Hain bestritt die letzten fünf Spiele für sein Team, da Trainer Ernst Happel derzeit auf Stammtorhüter Uli Stein verzichtet.

Vierat vor Ceulemans

Berlin (sid) – Der 49jährige Egidio Vierat gewann den dritten Weltcup der Billard-Profis im Dreiband in Berlin. Im Finale setzte er sich in fünf Sätzen gegen den 19maligen Weltmeister Raimund Ceulemans durch. Dritter wurde der Argentinier Luis Doyarzhabal, der zuvor den Berliner Dieter Müller geschlagen hatte.

Sieg für Lützellinden

Gießen (sid) – Die Frauenmannschaft des Handball-Bundesligaklubs TV Lützellinden siegte bei einem internationalen Turnier in Gießen mit 18:15 über die Nationalmannschaft von Südkorea, den Olympia-Zweiten von Los Angeles. Gegen China gelang ein 16:16.

Swiss-Cup für Szabo/Rizan

Zürich (sid) – Ecaterina Szabo und Marian Rizan aus Rumänien gewannen in Zürich den Swiss-Cup der Kunstturner, in dem jeweils zwei Turner eines Verbandes starteten. Zweite wurden die Chinesen Yang Huiying und Li Ning vor Astrid Heese und Sven Tippel aus der „DDR". Isabella von Lospichl aus Weilheim und der Frankfurter Uwe Hornung belegten Rang zehn.

ZAHLEN

FUSSBALL

Erste englische Division: Newcastle – West Ham 4:0.

BASKETBALL

Bundesliga: Langen – SSV Hagen 81:86.

TENNIS

European Team Championship der Damen in Valkenswaard/Holland, Finale: Schweden – Bundesrepublik Deutschland 2:1. – Karlsson – Betzner 6:0, 6:3, Lindqvist – Meier 6:2, 7:6, Lindqvist/Karlsson – Betzner/Singer 6:3, 3:6, 1:6. – Endklassement: 1. Schweden, 2. Bundesrepublik Deutschland, 3. Holland und Frankreich, 5. England, 6. Schweiz.

REITEN

Weltcup-Springen in Brüssel: 1. Schockemöhle auf Deister 0 Punkte, 31,14 Sek., 2. Becker (beide Bundesrepublik Deutschland) Lexington 0/32,87, 3. Frühmann (Österreich) Grandeur 0/32,99, 4. Scharffenberger (USA) Winnipeg 4/33,33, 5. Macken (Irland) Carrolls Flight 4/34,76, 6. Münzner (Österreich) Marilyn 8/35,96, alle im zweiten Stechen.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: München – Hamburg 1:3, Moers – Ottobrunn 2:3, Berlin – Dachau 3:0.

FECHTEN

Erstes Weltcup-Turnier der Florett-Fechter in Wien. Viertelfinale: Borella (Italien) – Szeley (Ungarn) 10:4, Omnes (Frankreich) – Gey (Bundesrepublik Deutschland) 10:5, Arpino (Frankreich) – Behr (Bundesrepublik Deutschland) 10:3, Numo (Italien) – Hocine (Frankreich) 10:2. – Halbfinale: Borella – Omnes 12:10, Numo – Arpino 10:4. – Gefecht um Platz drei: Omnes – Arpino 10:8. – Finale: Borella – Numo 10:5.

SKI NORDISCH

Bjerke-Sprint über 13 km in Austlid/Norwegen: 1. Wassberg (Schweden) 34:02 Min., 2. Langlie (Norwegen) 34:22, 3. Behle 34:42, 4. Dotzler (beide Bundesrepublik Deutschland) 34:45, 5. Bjorn 34:46, 6. Holte (beide Norwegen) 34:48.

SKI ALPIN

Weltcup, Damen, 1. Slalom in Park City/Utah: 1. Schmidhauser (Schweiz) 1:34,46, 2. McKinney (USA) 1:34,93, 3. Steiner 1:34,99, 4. Buder 1:36,24, 5. Maierhofer (alle Österreich) 1:36,37, 6. Nilsson (Schweden) 1:36,77, ... 14. Lazak (Bundesrepublik Deutschland) 1:37,63.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 1, 2, 1, 2, 1, 2, 0, 2, 0, 1, 2. – **Auswahlwette „6 aus 45":** 16, 18, 24, 31, 43, 45, Zusatzspiel: 42. – **Rennquintett:** Rennen A: 2, 1, 5. – Rennen B: 34, 26, 23. (Ohne Gewähr)





Chemie: Kein Gesetz hätte die Unfälle verhindert

„Moralische Bindung" freiwilliger Vereinbarungen

ULRICH REITZ, Bonn

Unter dem Eindruck des wachsenden politischen Drucks (WELT v. 01. 12.) hat der Verband der Chemischen Industrie (VCI) in massiver Form vor neuen oder schärferen gesetzlichen Regelungen gewarnt. Einerseits sei „jeder Störfall ein Störfall zuviel und ein Rückschlag in unserem Bemühen, Vertrauen zu schaffen", räumte VCI-Sprecher Volker Kalisch gegenüber der WELT ein. Andererseits könne jedoch „Umweltschutz in der Bundesrepublik Deutschland nicht wie in einem Polizeistaat" gestaltet werden. Die Politik müsse im Gegenteil die „Eigenverantwortung der Industrie fördern".

Schon die Sprache des VCI macht deutlich, daß die chemische Industrie befürchtet, „Opfer" einer Hysterie zu werden. Wie die Chemie die Stimmung in der Bevölkerung, aber auch in der Politik (keine Partei ausgenommen) einschätzt, verrät die Äußerung Kalischs: „Wenn heute jemand ein Glas Milch in den Rhein kippen würde, wäre dies schon ein Umweltskandal". Gleichwohl – daß ein Teil der in dem Verband zusammengeschlossenen *Unternehmen eine „massive Vertrauenskrise"* verschuldet hat, diese inzwischen zur Standardformel gewordene Wendung fällt auch beim VCI.

Doch der Verband setzt auf verstärkte Anstrengungen zum Schutz der Umwelt in den eigenen Reihen und verweist dabei auf die Grenze der Möglichkeit von Gesetzen: Von BASF über Bayer und Hoechst – „nichts von dem, was bei uns in den vergangenen Wochen passiert ist, wäre durch irgendein Gesetz zu verhindern gewesen", so Kalisch, der daran erinnert, daß der Schweizer Fall Sandoz eben eine „ganz andere Qualität" als die deutschen Zwischenfälle habe.

Sensibilisierung trägt Früchte

Doch die Sensibilisierung in Politik und Bevölkerung, die für den Verband bereits Ausmaße einer Hysterie angenommen hat, hat schon eine erste Frucht getragen. So hat die BASF ein Investitionsprogramm beschlossen, um einen geschlossenen Kühlkreislauf zu installieren – vergiftetes Kühlwasser kann dann nicht mehr, wie jüngst eben geschehen, ungefiltert in den Rhein fließen. Damit erfüllt der Konzern eine Forderung, die Bundesumweltminister Wallmann erwägt, per Gesetz zu dekretieren. Schon Ende der Woche, kündigte der Chemie-Verband an, werde man der Bundesregierung konkrete Vorschläge für Regelungen zur Gefahren-Minimierung im „eigenen Haus" präsentieren – noch bevor jetzt noch vage Vorstellungen neuer Gesetze konkret Gestalt annehmen.

Wunschvorstellung

Nicht zuletzt aus Eigeninteresse hat die Chemie schnell gearbeitet – offenbar hat man „Respekt" vor der Vorstellung, welche Folgekosten gesetzliche Regelungen nach sich zögen. Aber der VCI weist auch darauf hin, daß die „moralische Bindung" freiwilliger Vereinbarungen für die Unternehmen eben stärker sei, „als wenn etwas durch Gesetze diktiert wird". Und: „Viele Gesetze haben in der Vergangenheit nur mehr Bürokratie gebracht und die Kreativität der Industrie im Umweltschutz erstickt". Technische Entwicklungen würden per Gesetz häufig festgeschrieben.

Die Politik solle, so die Wunschvorstellung des VCI, sich damit begnügen, der Industrie lediglich Zielvorgaben (wie bei der TA Luft) zu machen, den Weg zur Lösung der aufgetragenen Probleme aber der Chemie überlassen. Daß sie Vertrauen verdienten, hätten die Unternehmen in der Vergangenheit zur Genüge bewiesen. Dafür spreche schon die Summe, die für Umweltschutz-Investitionen und die gesteigerten Betriebskosten ausgegeben worden sei: Vier Milliarden Mark 1985. Hinzu kämen 30 freiwillige Vereinbarungen. Die jüngste am 3. November über die Reduzierung von Ammonium-Einleitungen ins Abwasser.

Die Gefahr, daß Unternehmen bei weiter steigenden Umweltschutz-An*forderungen ihre Produktion ins Aus*land verlagern, sieht nicht einmal der Verband: „Aus Umweltschutz-Gründen hat in den letzten Jahren kein Unternehmen die Bundesrepublik verlassen." Dies nicht zuletzt deshalb, weil die chemische Industrie sich in ihren Umwelt-Leitlinien vom Juli dieses Jahres dazu verpflichtet habe, die Umwelt-Kritierien, die im Inland gelten, auch im Ausland anzuwenden.

Auf grüner Pappe stimmt Glotz die Basis gegen Rot-Grün ein

Die Handschrift des Geschäftsführers wird deutlich: Abkehr vom Kurs des „Versöhnens"

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Handschrift von Bundesgeschäftsführer Peter Glotz bei der wahlkampfgemäßen „Arbeit der Zuspitzung" wird deutlicher. Auf drei Schwerpunktfeldern laufen jetzt Kampagnen an, die auch härter formuliert werden, als es dem Motto „Versöhnen statt spalten" entspricht:

Unter der Überschrift „Vermögen der Allgemeinheit darf nicht verschleudert werden" soll gegen die Privatisierungspläne der Bundesregierung gekämpft werden: „Kohl macht Politik gegen das eigene Volk" lautet die Überschrift zur außenpolitischen Kampagne; auf einer handlichen „Grünen Karte" aus Pappe wird der Basis das Nein gegen eine rot-grüne Zusammenarbeit nahegebracht.

Gegen Privatisierungspläne

Eingerahmt von Betriebsräten aus Bundesunternehmen hat Glotz gestern die Fanfare gegen Privatisierungspläne bei Bahn und Post, Lufthansa und VW geblasen. In den kommenden Wochen werden Flugblattaktionen und „Politikerbesuche am *Werkstor die Kampagne vor Ort"* tragen. Glotz: „Wir wehren uns nicht gegen die Modernisierung der öffentlichen Betriebe, sondern gegen die Ausschlachtung." Die Grundmelodie, die die Arbeitnehmer-Basis mobilisieren soll, lautet: „Die Bundesregierung will erfolgreiche öffentliche Betriebe privatisieren, um Etatlöcher zu stopfen, Kasse zu machen und gleichzeitig ideologische Bedürfnisse zu befriedigen." Der Staat werde zum „Lumpensammler", zum „fetten, impotenten Kater" gemacht. Nicht ohne Reiz ist das Lob für Franz Josef Strauß, der dafür „verantwortlich" sei, daß bisher die Privatisierung der Lufthansa gestoppt worden sei.

Für die Kampagne im außen- und sicherheitspolitischen Bereich sind in einem internen „Szenario" der Baracke alle Schritte bis zum Wahl-Januar vorgezeichnet. Der stellvertretende Fraktionschef Horst Ehmke hat in der gerade ausgedruckten Mitgliederzeitung „sm" den Grundtenor vorgegeben: Durch die Bedenken der Bundesregierung gegen eine Null-Lösung bei Mittelstreckenwaffen, ohne Kurzstreckenraketen sowie die konventionelle Rüstung einzubeziehen, „sind wir buchstäblich so weit, daß wir im Namen der Abrüstung auf Reagan hoffen müssen gegen den Bundeskanzler". Und: Durch SDI würden die Europäer „abgekoppelt", zur „Geisel" der Sowjets. Also: „Helmut Kohl handelt gegen die Interessen des eigenen Volkes."

General als Kronzeuge

Der zweite Schritt sind Auftritte von Glotz/Bahr und Ehmke/Lafontaine, auf denen „Sündenregister der Bundesregierung in der Sicherheitspolitik" aufgelistet werden sollen. Schlußpunkt ist im Januar ein öffentliches Forum bei der parteinahen Ebert-Stiftung mit ehemaligen Regierungsmitgliedern aus den USA sowie mindestens einem Bundeswehr-General als Kronzeugen.

Kanzlerkandidat Johannes Rau rückt mit der grünen Karte ins Zentrum. „Wir meinen: Abschalten, aussteigen und nach Hause gehen, das ist kein politischer Weg." An den Beispielen Innere und äußere Sicherheit, Wirtschafts-, Sozial- und Energiepolitik sowie dem „verantwortlichen Umgang mit dem Leben", dem Paragraphen 218, wird mit Zitaten aus dem Wahlprogramm der Grünen deutlich gemacht, warum Rau jede Zusammenarbeit ablehnt.

Krumsiek: Rücktritt von Irsfeld wäre abwegig

NRW-Minister zeigt Verständnis für „hitzige Äußerungen"

HELMUT BREUER, Düsseldorf

Der nordrhein-westfälische Justizminister Rolf Krumsiek (SPD) hat gestern die umstrittenen Äußerungen des Hauptanklägers im Bonner Parteispendenprozeß „verständlich" genannt und die Forderung nach Abberufung von Oberstaatsanwalt Dieter Irsfeld als „abwegig" bezeichnet. In einer von CDU und FDP beantragten Sondersitzung des Rechtsausschusses des Düsseldorfer Landtags berief sich der Minister, dem nach eigenen Angaben das offizielle Gerichtsprotokoll nicht vorlag, auf die Niederschrift einer der Staatsanwälte im Prozeß gegen die ehemaligen Bundesminister Hans Friderichs (FDP), Otto Graf Lambsdorff sowie Eberhard von Brauchitsch. Nach dieser Niederschrift hatte Irsfeld nach Angriffen der Verteidiger erklärt: „Ich bin froh, daß ich früher häufiger tätig war in Prozessen gegen Rechtsradikale und Linksradikale und in dem Gebaren ihrer Verteidiger geübt bin. Das macht mich heute gelassener."

Dieser Satz hatte im Bonner Landgericht Tumulte ausgelöst und war von FDP-Fraktionschef Achim Rohde zum Anlaß genommen worden, die Plenarsitzung des Düsseldorfer Landtags mit Zustimmung von SPD und CDU unterbrechen zu lassen. Krumsiek nannte es gestern verständlich, daß „eine so untadelige Behörde wie die Staatsanwaltschaft", die seit Jahren „immer wieder unberechtigt" angegriffen und politisch gebrandmarkt worden sei, nun „mit gleicher Münze zurückzahlt". Zwar wäre der Satz Irsfelds „besser ungesagt geblieben", aber „hitzige Äußerungen sind in solchen Situationen wahrlich Gerichtsalltag". Im übrigen sei in dem beanstandeten Satz „kein Bezug zu den Angeklagten enthalten". Irsfeld selbst habe später „eine in meinen Augen" zufriedenstellende Erklärung abgegeben und auch der *Vorsitzende der Strafkammer* habe kein Monitum angebracht. Darum sehe er als Justizminister „keinen Anlaß zu Maßnahmen".

Mit ihrer absoluten Ausschußmehrheit mißbilligte anschließend die SPD die „sachwidrigen öffentlichen Angriffe" auf Irsfeld und nannte die Forderung nach dessen Abberufung „rechtswidrig" und einen „unerhörten Anschlag auf das Rechtsempfinden".

Abgeordnete wollen ‚Euro-Wehrpflicht'

DW. Brüssel

Für die freiwillige, teilweise Ableistung der nationalen Wehrpflicht in den Streitkräften anderer EG-Staaten hat sich der sicherheitspolitische Sprecher der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP), Hans-Gert Pöttering, ausgesprochen.

In einem Antrag, den er zusammen mit anderen Fraktionsmitgliedern der EVP eingereicht hat, wurden die Außenminister der Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Rechtsvorschriften der betreffenden Länder zur Wehrpflicht schrittweise anzugleichen. Die Antragsteller betonen, daß es wünschenswert sei, „das gemeinsame europäische Verteidigungsbewußtsein zu entwickeln". Bereits jetzt gebe es die Praxis, Wehrpflichtigen mit doppelter Staatsangehörigkeit das Recht zur Wehrdienstableistung wahlweise in einem der EG-Staaten zu ermöglichen.

Die BGAG gibt Protokolle frei

dpa, Frankfurt

Die Beteiligungsggesellschaft für Gemeinwirtschaft AG (BGAG) wird drei Aufsichtsratsprotokolle aus diesem Jahr nachliefern, die der Vorsitzende des Bundestagsuntersuchungsausschusses Neue Heimat, Hans Günther Hüsch (CDU), bereits am Wochenende angemahnt hatte. Ein BGAG-Sprecher teilte gestern in Frankfurt mit, die Entwürfe der Protokolle sollten bis Mitte der Woche dem Frankfurter Amtsrichter Claus-Michael Ullrich übergeben werden.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hüsch hatte in einem Gespräch mit der WELT angedroht, einen neuen Beschlagnahmebeschluß zu erwirken, sollten die Protokolle dem Untersuchungsausschuß zum Wochenanfang nicht vorliegen. Hüsch vermutete, die Aufzeichnungen enthielten *brisantes Material zum Verkauf der* Neuen Heimat.

CDU setzt sich gegen Grüne durch

D.G. Bonn

Vor dem Bonner Landgericht hat die CDU gestern in einem Rechtsstreit mit den Grünen einen für sie wichtigen politischen und juristischen Erfolg errungen. Die Grünen konnten sich nicht mit ihrer Forderung durchsetzen, der CDU die Wiederholung bestimmter Äußerungen über die Alternativpartei zu verbieten.

Auch künftig darf die CDU feststellen: „Bei den bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen in Wackersdorf sind es Teile der Grünen gewesen, die die zu erwartenden Auseinandersetzungen bewußt in Kauf genommen haben." Und: „Die Grünen distanzieren sich nicht von Gewalt." Schließlich kann die CDU weiterhin erklären: „Die Grünen fordern die Abschaffung der kasernierten Polizei und die *in ihrem Wahlprogramm 1987* enthaltenen Maßnahmen."

‚Freispruch auch für Hirt'

Anwalt beruft sich auf Barzel / „Zweierlei Maß"

W. K., Bonn

Beim Plädoyer im Prozeß um 5,6 Millionen verschwundener öffentlicher Mittel des Innerdeutschen Ministeriums aus der Zeit der sozial-liberalen Koalition hat gestern der Verteidiger des früheren Ministerialdirektors Edgar Hirt der Bonner Staatsanwaltschaft „zweierlei Maß" bei der Strafverfolgung vorgeworfen. Während die Staatsanwälte vor dem Bonner Landgericht für den Mitangeklagten *früheren Bundesminister Egon* Franke (SPD) selbst Freispruch von ihrer Anklage beantragten, forderten sie für Frankes damaligen Vertrauten eine Freiheitsstrafe von drei Jahren, sagte Rechtsanwalt Karl-Heinz Ohlsson. „Warum soll im Fall des Ministers der Grundsatz ‚in dubio pro reo' gelten, bei meinem Mandanten jedoch nicht?"

Der Anwalt berief sich *auf den frü*heren Bundesminister Barzel, den ersten Minister, der nach dem Mauerbau Freikäufe arrangierte. Der Prozeß habe ein Phänomen der deutschen Nachkriegsgeschichte sichtbar gemacht, so der Anwalt: „Der Mensch, sein Leben und seine Freiheit sind zwar Handelsware geworden. Dieses Leben wird heute gegen Geld aufgewogen." Eine sicherlich übertriebene Geheimhaltung habe dazu geführt, daß die Ausgaben nicht auf Heller und Pfennig belegt werden *können*.

Aus Ost-Berlin habe Hirt „verdecktes Lob vom Verhandlungspartner aus dem anderen Teil Deutschlands", Professor Wolfgang Vogel, bekommen, sagte der Verteidiger. SED-Vertrauensanwalt Vogel habe in Hirt stets den „Partner" gesehen und dem Bonner Landgericht erklärt, Hirt habe bei schwierigen Verhandlungen über *Problemfälle auch „mit den Flü*geln schlagen" können.

Der Euroscheck im Winterurlaub

garantierter Höchstbetrag je Euroscheck in Landeswährung (Stand November 1986)



Bares Geld ist für den Urlauber der Besitz von Eurocheque und Eurocheque-Karte. In den meisten Staaten wird der Betrag in der Landeswährung im Cheque eingetragen und ausgezahlt.

QUELLE: IMU

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Veba: Mit einem Rekordertrag rechnet der Konzern 1986. Das Vorjahrsergebnis von 767 Mill. DM soll noch übertroffen werden. (S. 15)

Strabag: Trotz der Belebung im Inland ist in den ersten neun Monaten die Gesamtleistung des Baukonzerns um rund zehn Prozent zurückgegangen. (S. 15)

Nord/LB: Der Ertrag des Kreditinstituts wird 1986 unter dem Vorjahresniveau liegen. Die Dividende liegt wieder bei vier Prozent.

Ravensburger: Für 1986 erwartet der Spielehersteller und Jugendbuchverleger ein Umsatzplus von rund 15 Prozent. (S. 17)

Hapag-Lloyd: „In Kürze" wird die Stinnes AG 12,5 Prozent des Aktienkapitals des Unternehmens übernehmen, des wichtigsten Kunden der Stinnes-Töchter Rhenus und Ahlers-Spedition.

Braunkohle: Die Preag übernimmt von der bundeseigenen Viag 49,9 Prozent der Braunschweigischen Kohlenbergwerke AG und hält damit künftig 99,8 Prozent. Ein Einspruch des Kartellamtes wird nicht erwartet.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	28. 11. 86	27. 11. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	149,00	150,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	73,25	70,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	121,50	116,50	104,00	226,00	84,00

FÜR DEN ANLEGER

Privatisierung: In der ersten Hälfte 1987 kommen die restlichen rund 25 Prozent Bundesanteile an der Veba AG an den privaten Markt. Nominell 503 Mill. DM sollen zu noch festzulegenden Konditionen an der Aktienbörse für den privaten Anleger angeboten werden.

Welt-Aktien-Indizes: Gesamt: 281,69 (281,47); Chemie: 166,63 (165,96); Elektro: 352,74 (352,15); Auto: 737,21 (742,32); Maschinenbau: 152,47 (152,75); Versorgung: 170,58 (168,30); Banken: 419,36 (417,27); Warenhäuser: 196,34 (196,65); Bauwirtschaft: 531,67 (530,25); Konsumgüter: 187,41 (188,82); Versicherung: 1394,02 (1395,27); Stahl: 143,08 (138,37).

Kursgewinner:	DM	+ %
Highv. Steel	2,80	7,69
Sanyo El.	4,70	6,82
Brschw.Hann.Hyp.	533,00	5,75
Lone Star. Ind.	66,10	4,92
Gen.Mng. Union	24,50	4,26

Kursverlierer:	DM	– %
Schweiz. Alu.	600,00	7,41
GKN PLC	7,30	5,19
VGT AG	215,00	4,87
Seitz Enzinger	166,50	4,86
WMF	209,00	4,57

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Schwächer

MÄRKTE & POLITIK

EG: Die für die Schaffung des einheitlichen Binnenmarktes zuständigen Wirtschaftsminister der Europäischen Gemeinschaft sind gestern zusammengetreten.

Saarstahl: Kritisiert haben die saarländische SPD und CDU die Ablehnung neuer Finanzmittel für die frühere Arbed Saarstahl durch Wirtschaftsminister Bangemann.

Strompreise: Mit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Brokdorf, das am letzen Freitag vom Betreiber übernommen worden ist, werden die Strompreise in Schleswig-Holstein sinken, teilte die Preussen-Elektra (Preag) mit.

Finanzmarkt: In Tokio wurde der erste japanische Offshore-Finanzmarkt eröffnet. (S. 15)

NAMEN

Bundesbank: Johann Wilhelm Gaddum, bisher Präsident der Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz, wurde gestern zum Mitglied des Direktoriums bestellt.

Berliner Bank: Zum neuen Vorstandssprecher wurde Wolfgang Steinriede ernannt. Er löst Dr. Dietrich Nebelung ab, der zum 31. Dezember 1986 in den Ruhestand tritt. Hartmut Fuchs wurde zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt.

Bosch: Dr. Paul A. Stein (67), seit 1968 in der Geschäftsführung, scheidet aus dieser zum Jahresende 1986 aus und wechselt dann über in den Aufsichtsrat. Sein Nachfolger ist Dr. Karl Gutbrod (56). Außerdem wurden Dr. Friedrich Scholl (57) und Dr. Günter Bensinger (48) – letzterer mit Wirkung vom 1. Januar 1988 – zu neuen stellvertretenden Geschäftsführern bestellt.

WER SAGT'S DENN?

CAD/CAM: Computer am Dienstag – Chaos am Mittwoch.
Gerhard Krüger, Professor für Informatik an der Universität Karlsruhe

Die deutsche Wirtschaft finanziert 60 Prozent der Forschung selbst

Technologieintensive Branchen rangieren international wieder in der Spitzengruppe

HEINZ HECK, **Bonn**

„Die Zukunftsperspektiven der deutschen Wirtschaft auf den internationalen Märkten sind günstig", erklärte Forschungsminister Heinz Riesenhuber zu einer Studie seines Hauses zur technologischen Wettbewerbsfähigkeit. Die Investitionsschwäche vergangener Jahre sei überwunden. Für 1985 und 1986 plant das verarbeitende Gewerbe eine reale Zunahme der Investitionen um rund 25 Prozent.

Allein für 1986 sei zu erwarten, daß die deutsche Industrie die höchste Zuwachsrate bei Investitionen unter den rund zwei Dutzend Mitgliedstaaten der OECD aufweisen wird. Für die nächsten fünf Jahre werden in der Bundesrepublik die höchsten Steigerungen für Forschungs- und Entwicklungsausgaben unter den Industriestaaten erwartet. Auch für 1987 zeigten Umfragen bei Unternehmen eine hohe Investitionsneigung (plus neun Prozent).

Besonders günstig schneiden der Untersuchung zufolge im internationalen Vergleich ab: Syntheseprodukte der chemischen Industrie, Pflanzenschutzmittel und pharmazeutische Produkte, meß-, steuer- und regelungstechnische Geräte, optische Instrumente, feinmechanische Produkte, Werkzeug- und Konstruktionsbau, Automobile sowie elektronische Produkte wie Fernseh-, medizinische und Haushaltsgeräte. Weniger günstig seien die Ergebnisse in der Datenverarbeitung, bei Diktiergeräten und bei Schallplatten.

Vier Branchen befänden sich damit in Spitzenpositionen, die rund 75 Prozent des deutschen Exports bestreiten. So sei zum Beispiel die „Aufholjagd" im Maschinen- und Werkzeugmaschinenbau gelungen. Habe die OECD für diesen wichtigen deutschen Wirtschaftszweig noch 1983 deutliche Schwächen registriert, so habe sich die Situation bis 1986 wieder von Grund auf gewandelt. Nach Untersuchungen des Verbands (VDMA) belegten inzwischen 21 von 43 Zweigen des Maschinenbaus wieder Spitzenpositionen.

Seit rund einem Jahrzehnt ist, so Riesenhuber, die deutsch-amerikanische Außenhandelsbilanz für technologieintensive Güter immer positiv und hat in den beiden letzten Jahren noch eine deutliche Verstärkung des deutschen Übergewichts gebracht. Stärkere Positionen der USA und Japans auf bestimmten Gebieten sind für ihn nicht überraschend: Die größeren Binnenmärkte beider Länder lieferten bei hohem Forschungs- und Entwicklungseinsatz bessere Voraussetzungen, die teuren Vorleistungen wieder zu verdienen. Daher sei eine „länderübergreifende" Spezialisierung europäischer Unternehmen „besonders wichtig".

Bedeutungsvoll für die technologische Leistungsfähigkeit sei nicht nur die Höhe der Forschungsausgaben (Bundesrepublik zusammen mit den USA 1986 auf Platz eins), sondern auch der Anteil der Wirtschaft. Positiv wertet der Minister, daß sich dieser Anteil seit 1982 von 56 auf 60 Prozent merklich erhöht habe. Zugleich habe er in der Forschungsförderung den staatlichen Zuschuß als Anteil am Forschungsaufwand eines Vorhabens „dramatisch gesenkt". Die freiwerdenden Mittel gingen verstärkt in staatliche Aufgaben wie die Grundlagenforschung.

Arbeitszeit-Forderungen als unrealistisch gebrandmarkt

Metall-Arbeitgeber erwarten schwierige Tarifverhandlungen

DW. **Köln/Frankfurt**

Die Arbeitgeberverbände der Metallindustrie haben die Forderung der IG Metall nach einer 35-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer mit vollem Lohnausgleich als „unrealistisch" zurückgewiesen und sich der Forderung des Sachverständigenrates angegeschlossen, den geringer werdenden Verteilungsspielraum im kommenden Jahr für eine zurückhaltende Einkommenssteigerung zu nutzen.

Nach einer Sitzung der regionalen Verhandlungsführer der Metallindustrie erklärte der Präsident von Gesamtmetall, Werner Stumpfe, gestern in Frankfurt, schon der unbestreitbare Facharbeitermangel für Metallberufe verbiete eine generelle Arbeitszeitverkürzung. Außerdem hätten vor allem die mittleren und kleineren Firmen die Arbeitszeitverkürzung von 1985 noch nicht verkraftet.

Die von der IG Metall angebotenen Eckdaten einer Arbeitszeitflexibilisierung seien völlig unzureichend und ein Schritt hinter den im Leber-Kompromiß erreichten Stand zurück, den die Arbeitgeber nicht mitgehen würden.

„Die Sicherung der Arbeitsplätze und Löhne im harten internationalen Wettbewerb erfordert mehr und nicht weniger Beweglichkeit in der Arbeitszeitgestaltung", betonte Stumpfe.

Der Präsident der Metallarbeitgeber sagte harte Auseinandersetzungen voraus, die nur vermieden werden könnten, wenn die IG Metall bereit sei, die auch im Interesse der Beschäftigten notwendigen Bedürfnisse der Unternehmen nach größerer Beweglichkeit in der Arbeitszeitgestaltung bei den tariflichen Rahmendaten zu berücksichtigen.

Betrogene Solidarität

JB. – Im Frühjahr 1983 hatte das Hamburger Unternehmen New York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie, das Kämme und technische Gummiwaren herstellt, mit der Belegschaft eine Betriebsvereinbarung getroffen, die landesweit Aufsehen erregte. Um der Firma finanziell Luft für Strukturverbesserungen zu schaffen, fanden sich die rund 560 Mitarbeiter bereit, für zweidreiviertel Jahre Monat für Monat auf 4,5 Prozent ihrer Löhne und Gehälter zu verzichten. Von Anfang 1986 an sollten die aufgelaufenen 2,8 Millionen DM nachgezahlt werden.

Gerade rechtzeitig zur Weihnachtszeit müssen die Mitarbeiter nun erleben, daß Solidaritätsbeiträge zwar gern genommen, aber nicht immer belohnt werden. Das Unternehmen hat nämlich kurzerhand die Rückzahlungen, die auch tarifvertraglich abgesichert sind, wegen „nicht planmäßig verlaufener Geschäftsentwicklung" ausgesetzt und statt dessen für künftige Jahre eine Gewinnbeteiligung angeboten – bei fast einer Million DM Verlustvortrag und schlechten Geschäften keine allzu rosigen Aussichten für die Belegschaft, die noch ausstehenden zwei Millionen DM gestundeter Löhne und Gehälter auf anderem Wege wiederzubekommen.

Der stets beschworenen Forderung, in Krisenzeiten müßten sich Kapital und Arbeit solidarisch verhalten, erweist die New York Hamburger keinen guten Dienst. Vertrauen „à fonds perdu". Wenn die Rückzahlung die Finanzen im Augenblick stark belastet, dann sind jetzt halt Stabilitätsbeiträge anderer, etwa der Aktionäre, gefragt.

Qualifizierte Mitarbeiter stets gefragt

Bedarf an Arbeitskräften ohne Ausbildung sinkt bis zum Jahr 2000 auf 20 Prozent

HEINZ HECK, **Bonn**

Dem Lehrstellenrekord muß ein Qualifizierungsschub folgen, erklärte Arbeitsminister Blüm bei einer Zwischenbilanz ein Jahr nach Verabschiedung der 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz (AfG). Der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Franke, schätzt die Zahl der Teilnehmer an der „Qualifizierungsoffensive" der Arbeitsämter in diesem Jahr auf rund eine halbe Million gegenüber 410 000 im Vorjahr. Davon entfielen zwei Drittel auf Arbeitslose. Die Bundesanstalt wendet hierfür rund 5,1 (1985: 4,3) Milliarden Mark auf. Für 1987 sei eine Erhöhung auf 5,5 Milliarden Mark geplant.

Während die Grünen in der Veranstaltung „ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver" sehen, erklärte die SPD, Qualifizierungsmaßnahmen seien kein Ersatz für Beschäftigungspolitik und kritisierten unter anderem, daß trotz unverändert hoher Massenarbeitslosigkeit 5,5 Milliarden Mark Überschuß in der Nürnberger Kasse „herumliegen".

Blüm forderte die Betriebe zu verstärkten Bemühungen in der Weiterbildung auf. Nur fünf Prozent der Nürnberger Maßnahmen fänden in Betrieben statt. Dabei sei erwiesen, daß Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen zu 70 Prozent innerhalb eines Vierteljahres einen Arbeitsplatz fänden. Überdurchschnittlich hoch sei die Quote jener, die in Betrieben weitergebildet worden seien.

Blüm verwies auf wissenschaftliche Untersuchungen, wonach bis zum Jahre 2000 der Bedarf an Arbeitskräften ohne Ausbildung von heute etwa 30 auf 20 Prozent sinken werde. Das bedeute drei Millionen Arbeitsplätze für Ungelernte weniger. In der gleichen Größenordnung werde die Zahl der Arbeitsplätze für qualifizierte Fachkräfte zunehmen. Zugleich empfahl er angesichts der „demographischen Talfahrt" eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik: 1995 werde die Zahl der Schulabgänger um rund 300 000 niedriger liegen als heute; in der Zeitspanne 1991 bis 1995 werde die Zahl der Absolventen beruflicher Bildung um mehr als ein Viertel niedriger sein als 1986 bis 1990.

Folglich könne der Innovationsprozeß künftig nicht mehr allein von neuzuwachsenden Fachkräften getragen werden. Auch die Erwerbstätigen müßten umfassend weitergebildet werden, da berufliche Kenntnisse „durch die technische Entwicklung heute schneller entwertet werden als je zuvor". Hinzu komme der Vormarsch des Computers. Heute habe mehr als jeder vierte Erwerbstätige in der Bundesrepublik zumindest gelegentlich am Arbeitsplatz mit ihm zu tun. Schon 1990 werden drei von vier Beschäftigten die neuen Techniken als Arbeitsmittel benutzen.

Unternehmen für Abschaffung der Wechselsteuer

DW. **Bonn**

Die Wirtschaft verlangt „einhellig" die Abschaffung der Wechselsteuer, weil sie die Verwendung des Handelswechsels bestrafe. Das ergab nach Informationen des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) eine Umfrage bei den Mitgliedsunternehmen. Die Firmen hätten kein Verständnis für diese „Bagatellsteuer", die den Zahlungsverkehr mit Wechseln sehr behindere. Durch die Freiheit der Wechselsteuer auf Auslandswechsel erhielten international operierende Unternehmen zudem einen Wettbewerbsvorteil.

Nach der DIHT-Umfrage wird der Handelwechsel auch in Zukunft ein bedeutendes Finanzierungsinstrument der Unternehmen bleiben. Er eröffne für die Wirtschaft die Möglichkeit einer verhältnismäßig problemlosen, rechtlich abgesicherten und im Vergleich zu anderen Instrumenten meist kostengünstigeren Finanzierung. Wenn auch innerhalb der gesamten Kreditversorgung der Wirtschaft der Anteil des Wechselkredits rückläufig sei, so behalte der Wechsel doch sein beachtliches Gewicht bei der Lager- und Absatzfinanzierung. Deutlich an Bedeutung gewonnen habe der Handelswechsel im Auslandsgeschäft. Vor allem der mittelständischen Industrie diene er verstärkt zur Exportfinanzierung sowie zur Absicherung von Kursrisiken.

AUF EIN WORT



„Die Bundesrepublik Deutschland lebt von einer wirtschaftlich gesunden, modernen, innovativen Industrie. Wenn wir aber die dafür erforderliche Infrastruktur in Frage stellen, stellen wir damit auch die Zukunft unseres Landes in Frage."

Harald Seeberg, Geschäftsführer der Wacker-Chemie GmbH, München.
FOTO: DIE WELT

Dollarschwäche ruft Spannungen im EWS hervor

cd. **Frankfurt**

Der politische Druck, dem sich US-Präsident Reagan besonders wegen der Waffenlieferungen an den Iran ausgesetzt sieht, lastet auch auf dem Dollar. Sein amtlicher Kurs rutschte gestern um 1,62 Pfennig auf 1,9611 DM und damit auf den niedrigsten Kurs seit Anfang 1981. Am frühen Nachmittag unterschritt die US-Währung erstmals auch den Kurs von 1,96 DM. Der frühere Reagan-Bonus droht sich in einen Reagan-Malus zu verwandeln, heißt es am Devisenmarkt, wo Interventionen zugunsten des Dollars nicht beobachtet wurden. Die Angst der Händler vor Interventionen bremst jedoch das Tempo des Kursrückgangs, der sich ohne jede Hektik vollzog. Aber gerade das langsame Abbröckeln wird in Händlerkreisen als beunruhigend empfunden.

Die mit der Dollabschwächung einhergehende Aufwertung der D-Mark löste neuerliche Spannungen im Europäischen Währungssystem (EWS) aus; französische und belgische Francs sowie Lire mußten gestützt werden. Währungen anderer Länder, die der D-Mark-Aufwertung gegenüber dem Dollar nicht folgen wollten, gerieten spürbar unter Druck. Das engliche Pfund sank bei der amtlichen Notierung um 2,70 Pfennig auf einen neuen absoluten Tiefstand von 2,8130 DM.

Zinn auf – Zink ab

Von KAREN SÖHLER

Einen weiteren Monat dümpelten die Rohstoffpreise vor sich hin. Die meisten Werte bewegten sich kaum. Die Indizes schwankten nur unmerklich im Monatsvergleich. Der englische Reuter-Index stieg um 0,6 Prozent auf 1609,6 Punkte, der auf New Yorker Notierungen basierende Moody's Index gewann in den vergangenen vier Wochen 2,2 Punkte hinzu und schloß zum Monatsende mit 912,4 Punkten.

Besonderes Interesse erregten im November die Zinkpreise. Noch in den ersten Herbstwochen hatten die Produzenten stabile Entgelte für ihre Rohware erhalten. Ende Oktober notierte London 630,50 Pfund pro Tonne. Inzwischen ist der Preis unter 550 Pfund gerutscht.

Ursache für diesen Verfall ist das Streikende in der Zinkhütte Valleyfield, die zu dem kanadischen Metallkonzern Noranda gehört. Hier werden rund fünf Prozent der weltweiten Zinkaufkommen produziert.

Daß die Gewerkschaften in dieser bedeutenden Hütte eine monatelange Arbeitsniederlegung erwirkten, hatte die Preise auf ein höheres Niveau katapultiert. Die plötzliche Angebotsverknappung stabilisierte den Markt. Doch nach der Einigung Anfang November bläst den Haussiers der Wind ins Gesicht.

Ein Unsicherheitsfaktor bleibt die Situation im australischen Bergwerkskomplex Broken Hill. Dort konnten sich Arbeitgeber und Gewerkschaften noch nicht auf einen neuen Tarifvertrag einigen. Die Arbeitnehmervertreter wehren sich nach wie vor gegen geplante Kapazitätsstillegungen, mögliche Lohnkürzungen und eine Lockerung der Sicherheitsbestimmungen.

Und wie tendieren die Preise, wenn sich die Produktion wieder völlig normalisiert hat? Schließlich ist zu bedenken, daß für Zink auch jetzt noch weit mehr bezahlt wird als bei dem letzten Tiefstand im April. Eine Prognose fällt freilich schwer, zumal ungewiß ist, ob auch im nächsten Jahr unvorhergesehene Produktionsausfälle auftreten.

Entstehen jedoch keine Unwägbarkeiten, werden die Zinkpreise 1987 wohl weiter sinken. Denn die Produktion soll um rund sechs Prozent auf 5,2 Millionen Tonnen zunehmen, prognostiziert das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg. Hinter diesem Anstieg blieb die Nachfrage – auch angesichts eines schwächeren Wirtschaftswachstums – sicherlich zurück.

Ein weiteres Buntmetall erregte in den vergangenen Wochen Aufmerksamkeit – Zinn. An der Londoner Metallbörse wird dieser Rohstoff zwar nicht mehr notiert, nachdem das Zinnabkommen im Oktober letzten Jahres zusammenbrach. Seit damals hat sich jedoch ein recht gut funktionierender freier Markt gebildet.

An der Londoner Metallbörse wird Zinn zwar nicht mehr notiert, nachdem das Zinnabkommen zusammenbrach. Seither hat sich jedoch ein recht gut funktionierender freier Markt gebildet.

Hier zogen die Preise an – im Gegensatz zum Zink. Während die in der britischen Hauptstadt ermittelten Notierungen im Oktober vorwiegend unter 4000 Pfund pro Tonne pendelten, erreichte der Tonnenwert Ende November sogar 4500 Pfund. Mit dem erneuten Schwächeanfall der britischen Währung ist dieser Preisanstieg nicht zu erklären. Vielmehr hat sich unter den Konsumenten Europas, Japans und der USA die Auffassung durchgesetzt, daß mit 3400 Pfund pro Tonne Ende 1985 der Tiefstand erreicht war.

Inzwischen haben die Verbraucherländer wieder begonnen, die Läger zu füllen. Hinzu kam in diesem Jahr, daß Malaysia seine Produktion massiv gekürzt hat. Dem Wirtschaftsbericht 1986/87 zufolge hat das fernöstliche Land 1986 fast ein Drittel weniger gefördert als im Jahr zuvor. 1987 soll die Zinnproduktion nochmals bis auf 25 000 Tonnen eingeschränkt werden.

Dieses Verhalten des größten Zinnexporteurs hilft freilich die Preise am Weltmarkt zu stabilisieren. Sollten sich die sieben in der Vereinigung der zinnproduzierenden Länder zusammengeschlossenen Nationen auf eine stärkere Zusammenarbeit einigen, worauf vieles hindeutet, stehen die Zeichen für eine weitere Festigung der Preise nicht schlecht.

Weitere Produktionskürzungen sind allerdings nicht vorgesehen. Sie hätten wohl auch wenig Sinn, da bedeutende Zinnlieferanten (Brasilien, China oder Kanada) der Vereinigung nicht angehören. Außerdem liegt die Produktion im Augenblick schon etwa 37 000 Tonnen unter der Nachfrage. Bei dieser Rechnung wird der weltweite Bedarf mit 174 000 Tonnen angegeben. Dem steht eine Liefermenge von 158 000 Tonnen gegenüber. Davon stammen jedoch 21 000 Tonnen aus der Auflösung alter Lagerbestände.

Würde ein Nachfrageüberhang über mehrere Jahre aufrecht erhalten, so bestünde zumindest eine Chance, den angestauten Überschuß von rund 70 000 Tonnen Schritt für Schritt abzubauen. Nur auf die Vernunft rohstofferzeugender Länder war selten Verlaß.

Extreme am deutschen Weinmarkt: Verkaufen statt stabilisieren

JOACHIM NEANDER, **Frankfurt**

Manchmal läßt – wie jetzt in der deutschen Weinwirtschaft – eine Namensänderung langfristige Tendenzen deutlicher werden als offizielle Verlautbarungen. In den kleinen Entscheidungszirkeln des Deutschen Weinbauverbandes nimmt ein Plan Gestalt an, den Stabilisierungsfonds für Wein (Mainz), die zentrale Absatzorganisation der Weinwirtschaft, umzutaufen und seine Aufgaben neu zu definieren. Dahinter steht die Erkenntnis, daß in der gegenwärtigen, zum Teil kritischen Situation der Branche das Verkaufen das Wichtigste ist – noch wichtiger als Produktion und Marktstabilität beim Erzeuger.

Der „Stabi-Fonds" steht seit einigen Jahren im Kreuzfeuer. Seine zentralen, finanziell von Weinbau und Weinhandel getragenen Bemühungen um das Image und den Absatz „des deutschen Weines" im In- und Ausland werden den Erwartungen in dieser höchst unterschiedlich strukturierten Branche nicht mehr überall gerecht. Es hagelt Kritik am Werbestil und an den Verkaufsförderungs-Aktionen. Man wirft dem Fonds das häufig miese Presseecho vor. Man bezweifelt, ob es überhaupt „den deutschen Wein" gibt.

So ungerecht, einseitig und interessenabhängig solche Kritik oft sein mag – der Druck wird stärker. Viele meinen, der Fonds solle sich künftig auf die Auslandswerbung beschränken und im Inland nur noch die Rolle des Koordinators und Finanzmittel-Verteilers spielen. Für die Werbung, das Image und den Absatz ihrer Weine sollen die Moselaner, die Franken oder die Pfälzer selber sorgen.

Diese Forderungen sind populär. Sie entsprechen auch der widersprüchlichen, jeden Außenstehenden verwirrenden Situation auf dem deutschen Weinmarkt. Die diesjährige Ernte ist mit gut zehn Millionen Hektolitern guter Durchschnitt – wie übrigens auch die Qualität. Bis vor 13 Jahren wäre diese Menge noch absoluter Rekord gewesen. Aufs Ganze gesehen dürfte die Vermarktung dieser Erntemenge dennoch keine größeren Probleme bereiten. Insgesamt lagen die Altweinvorräte vor Einbringung der '86er Ernte eher unter denen des Vorjahres. Aber sie sind völlig ungleich verteilt.

Auch die Erlössituation weist geradezu groteske Unterschiede auf. Nichts beleuchtet die Lage besser als dieser Zufall: Just in den Tagen, als im Rheingau-Kloster Eberbach bei der Raritätenversteigerung der Hessischen Staatsweingüter eine Flasche 1893er mit 35 00 Mark einen Weltrekordpreis für Weißweine erzielte, kamen an der Mittelmosel die ersten kompletten Weingüter unter den Hammer.

Die Folgen der Fälschungsaffären im In- und Ausland haben nicht alle gleich getroffen. An der Mosel ist die Lage für die meisten kleinen Faßweinerzeuger ausgesprochen kritisch. Die Erzeugerpreise liegen zwischen 1,00 und 1,50 Mark pro Liter, weit unter dem deutschen Durchschnitt und unter dem Existenzminimum. Fast alle, die ihre Weine selbst ausbauen und an die Kundschaft verkaufen, sind besser dran. Die bekannten Weingüter in anderen Anbaugebieten haben teilweise sogar Lieferprobleme.

Mancher, der seine Weine gern erst nach einigen Jahren der weiteren Reife und Lagerung verkaufen würde, verzichtet darauf: teils, weil ihm die jungen Weine aus der Hand gerissen werden, teils aber auch, weil ältere Weine leider nicht mehr einen angemessenen Preis erzielen.

Auch beim Handel gibt es Licht und Schatten. Die großen Direktversender (Pieroth und Gerhardt) krebsen am Boden, obwohl ein Wiederaufleben nicht unmöglich scheint. Der Fachhandel hat nicht zu klagen. Die Einzelhandelsumsätze bei Wein stagnieren. Die überdurchschnittliche 1986er Ernte in Italien und Frankreich wird den Mengendruck noch erhöhen. Einige Handelskellereien haben sich 1985 auf Hochpreisniveau „überkauft". Auch hier sind Pleiten angesagt.

Die großen Zentralkellereien der Winzergenossenschaften wiederum sind zwar ihrer stabilisierenden Funktion auf dem Erzeugermarkt auch in sozialer Hinsicht durchaus gerecht geworden. Aber sie sitzen zum Teil auf zwei kompletten Jahresumsätzen, die noch in den riesigen Kellern lagern.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Branchen-Sensation des ersten „Joint-venture" zwischen einer Genossenschaft und einem Privatunternehmen im Weinbereich zu werten, wie es die Trierer Reh-Gruppe und die Zentralkellerei in Bernkastel jetzt mit dem gemeinsamen Erwerb und Betrieb eines Handelsunternehmens riskieren. In diesem Absatzbereich der Supermärkte und Einzelhandelsketten sind in den nächsten Monaten jedenfalls erbitterte Kämpfe um Marktanteile, aber auch Überraschungen im Angebot zu erwarten.

Die neuen Ausbildungsordnungen sollen den jungen Menschen hohes Fachkönnen und große Einsatzbreite im Beruf sichern

Von DOROTHEE WILMS

Um die Jahreswende 1986/87 werden die Ausbildungsgänge für rund 75 Prozent aller Auszubildenden neu geordnet sein. Ende 1982 waren es noch 49 Prozent. Die Modernisierung der Ausbildungsordnungen ist damit in dieser Legislaturperiode beschleunigt, das Tempo verdoppelt worden. Dieser Aufgabenbereich ist ein Schwerpunkt der Bildungspolitik der Bundesregierung.

Weitere Neuordnungsarbeiten sind weit fortgeschritten. Bis 1990 werden neugeordnete Ausbildungsgänge für über 90 Prozent aller Jugendlichen vorliegen. Kurz vor dem Abschluß stehen die Neuordnungsarbeiten in den metall- und elektrohandwerklichen Berufen sowie bei den Rechtsanwalts- und Notargehilfeberufen. Auch bei den besonders für Frauen bedeutsamen Büroberufen befinden sich die konzeptionellen Überlegungen in einer entscheidenden Phase.

Offen für Neues, aber nicht für Beliebiges

Die Zahl der Ausbildungsberufe insgesamt ist seit 1969 von zunächst 606 auf jetzt 384 zurückgeführt worden. Damit wird auch die Mobilität und Einsatzbreite der Auszubildenden gefördert. In dieser Legislaturperiode wurden 118 alte Ausbildungsberufe zu 63 neuen Ausbildungsberufen zusammengefaßt.

Die Berufsausbildung soll berufsbezogen bleiben, aber gleichzeitig mit Blick auf die schnelle technische und gesellschaftliche Entwicklung breit angelegt sein; Spezialisierungen in den Berufstätigkeiten sind in der Regel der beruflichen Weiterbildung zuzuordnen. Die neuen Ausbildungsordnungen sind „technikoffen" formuliert und auf Flexibilität angelegt. Sie legen aber eine Anspruchshöhe fest, an die Betriebe und zuständige Stellen bei der Interpretation vor Ort gebunden sind. Flexibilität heißt hier „Offenheit für Neues", Offenheit – in Grenzen – auch für unterschiedliche Produktionstechniken und Tätigkeitsstrukturen, nicht aber „Offenheit für Beliebiges". Die Qualität der Ausbildung darf nicht gefährdet werden – auch unter dem Aspekt der immer noch nicht erreichten Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung.

Nach Auffassung von Bund und Ländern, Arbeitgebern und Gewerkschaften soll es keine Zulassungsvoraussetzungen im dualen System geben. Die Anforderungen der neuen Ausbildungsordnungen können dementsprechend auch von Hauptschülern ohne zusätzliche Hilfe erfüllt werden.

Unbefriedigend gelöst ist noch das Problem der konzeptionellen Verknüpfung von Aus- und Weiterbildung. Dem Trend zur Verlängerung der Ausbildungszeiten muß Einhalt geboten werden. Darauf wird in Zukunft besonders zu achten sein.

Die geänderten Berufs- und Beschäftigungsstrukturen führen auch bei der Modernisierung der Berufsausbildung in großen Ausbildungsbereichen zu erheblichen Strukturveränderungen. Beispiele sind
1. die industriellen Metall- und Elektroberufe.

Bei den industriellen Metallberufen tritt anstelle von bisher 37 Einzelberufen, für die ganz unterschiedliche, zum Teil stark veraltete Ausbildungsvorschriften galten, eine Gesamtkonzeption, die sechs neue Berufe mit 17 Ausbildungsprofilen umfaßt. Die Ausbildung nach dieser neuen Ausbildungsordnung soll den jungen Facharbeitern ein hohes produktives Fachkönnen bei großer Einsatzbreite vermitteln.

Sie erhalten im ersten Ausbildungsjahr eine gemeinsame berufliche Grundbildung über die gesamte Breite des Berufsfeldes „Metalltechnik". Auch in der darauffolgenden 2½jährigen Fachbildung werden noch berufsübergreifende Qualifikationen gelernt. Mit zunehmender Ausbildungsdauer geht die Ausbildung in den einzelnen Berufen und



Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms ZEICHNUNG: BÖHLE

Fachrichtungen immer stärker in die Tiefe. Dabei werden auch moderne Technologien wie zum Beispiel der Umgang mit numerisch gesteuerten Maschinen oder Kenntnissen der Computertechnik angemessen berücksichtigt. Die jungen Facharbeiter sollen in ihrer 3½jährigen Ausbildungszeit nicht nur fachspezifisch ausgebildet, sondern auch problemorientiert und verantwortungsbewußt „zum selbständigen Planen, Durchführen und Kontrollieren" ihrer beruflichen Tätigkeit befähigt werden.

In den industriellen Elektroberufen treten nach der neuen Ausbildungsordnung anstelle von zwölf Stufenberufen vier neue Berufe mit acht Ausbildungsprofilen. Außerdem ist der zahlenmäßig sehr stark besetzte Beruf des Fernmeldehandwerkers, in dem die Deutsche Bundespost ausbildet, mit in dieses Gesamtkonzept einbezogen worden. Damit wird die Einsatzbreite und wechselseitige Durchlässigkeit stark verbessert.

Die neuen Ausbildungsberufe in der Metall- und Elektroindustrie sind als Querschnittsberufe angelegt und betreffen über 220 000 Ausbildungsverhältnisse, die über fast alle Branchen verteilt sind;
2. die Ausbildung zum Kaufmann im Einzelhandel / zur Kauffrau im Einzelhandel.

Die neue Ausbildungsordnung, die die Regelung von 1968 ersetzt, legt besonderes Gewicht auf die Bereiche Verkauf und Ware und alle damit verbundenen Aufgaben. Die Auszubildenden sollen vor allem für das Verkaufsgespräch mit den Kunden und für den sachgerechten Umgang mit Waren qualifiziert werden. Kenntnisse und Fertigkeiten der Warenwirtschaft wie zum Beispiel der Weg der Ware vom Einkauf zum Verkauf sowie Planung, Kontrolle und Steuerung des Warenflusses gehören ebenso zu den Mindestanforderungen wie Inhalte aus dem Personal- und Rechnungswesen.

Neu sind Lernziele zur Verarbeitung von Daten und ihre Verknüpfung mit Inhalten zur Planung, Steuerung und Kontrolle von Warenbewegungen, um auf die neuen Entwicklungen im Bereich der Warenwirtschaft – Einsatz von Datenkassen, Datenverarbeitungsanlagen bis hin zu kompletten Warenwirtschaftssystemen – vorzubereiten.

Bei diesen Lernzielen stehen nicht Arbeitsmittel eines bestimmten technischen Standards im Vordergrund, sondern vielmehr die Vermittlung von Qualifikationen, die die Auszubildenden befähigen, Arbeitsschritte und -abläufe in der Warenwirtschaft zu verstehen und selbst zu vollziehen.

Mehr Medizinkenntnisse der Arzthelferinnen

Noch nicht in die Neuordnung einbezogen wurde die zweijährige Ausbildung zum Verkäufer / zur Verkäuferin, für die zunächst noch weitere Untersuchungen erforderlich sind;
3. die Arzthelferberufe (Arzthelfer / Arzthelferin und Tierarzthelfer / Tierarzthelferin).

Mit der Neuordnung der ärztlichen Helferberufe soll eine qualifizierte und zeitgerechte Ausbildung sichergestellt und ein Beitrag zu einer qualitativ hochwertigen Patientenversorgung geleistet werden. Damit wird gleichzeitig die Ausbildung in zwei bedeutenden „Frauenberufen" (von den insgesamt rund 40 000 Auszubildenden in diesen beiden Berufen sind weniger als 100 männlich) verbessert.

Die Ausbildungsinhalte nach den bisher geltenden Ausbildungsregelungen waren in erster Linie kaufmännisch-verwaltend ausgerichtet. Nunmehr umfassen die Ausbildungsinhalte in den neuen Ausbildungsordnungen je etwa zur Hälfte medizinische und kaufmännisch verwaltende Fertigkeiten und Kenntnisse.

Hochkonjunktur für Zeitungen

Die neue „Italia Oggi" erreicht ihre Kapazitätsgrenzen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Zeitungsauflagen und Informationshunger der Italiener wachsen mit wachsendem Wohlstand und zunehmendem Grad von Erziehung und Ausbildung. Jahrzehntelang um die fünf Millionen Stück schwankend, wurde vor zwei Jahren erstmals die Schallmauer der sechs Millionen verkauften Zeitungsexemplare durchbrochen. Inzwischen liegt die täglich verkaufte Auflage bei 6,5 Millionen Stück, so daß die nächste Stufe bereits in Sichtweite gerückt ist.

Die im Gange befindliche Expansion wird vor allem von den Wirtschaftszeitungen und den überregionalen Blättern getragen, die ihren Lesern eigene Wirtschaftsteile und Finanzbeilagen bieten. Vorläufig letzte Errungenschaft des Marktes ist hierbei die in der vorigen Woche in Mailand neu herausgekommene Wirtschaftszeitung „Italia Oggi". Nach 150 000 Exemplaren bei Markteinführung in der zweiten Novemberhälfte erreicht sie jetzt mit einer Verkaufsauflage zwischen 183 000 und 196 000 Exemplaren die Kapazitätsgrenze. Die von 70 Redakteuren gemachte Zeitung steht zwar „fest auf der Seite der Unternehmer". Anders als die auflagenmäßig doppelt so starke, dem Spitzenverband der italienischen Industrie gehörende Mailänder Wirtschaftszeitung „Il sole 24 ore" will der Newcomer aber nicht unbedingt „die Meinung der Unternehmer widerspiegeln". Herausgeber der neuen Wirtschaftszeitung ist der Fachzeitschriftenverlag Ipsoa, der sich in den letzten zehn Jahren von einem Umsatz von 70 Mill. auf 80 Mrd. Lire hochgearbeitet hat.

Die Expansion der Zeitungen und des gedruckten Wortes ist bei den Werbungtreibenden nicht ohne Wirkung geblieben. Erstmals seit zehn Jahren haben die Anzeigen in der Tagespresse 1986 stärker zugenommen als die Fernsehwerbung: um 17 statt um 13 Prozent. Selbst die Wochenpresse, die in den letzten fünf Jahren davor vom Werbekuchen immer kleinere Stücke abbekam, lag im laufenden Jahr leicht über der durchschnittlichen Zunahme.

Insgesamt wird die Rundfunk- und Fernsehwerbung nach Schätzungen des Mailänder Verbandes der Werbungtreibenden 1986 ein Aufkommen von rund 2100 Mrd. Lire erreichen, gegenüber 1800 Mrd. Lire im Falle von Zeitungen und Zeitschriften. In den nächsten Jahren erwarten Experten eine weitere überdurchschnittliche Steigerung der Pressewerbung. Ursache dafür ist nicht nur das anhaltende Wachstum der verkauften Auflage, sondern auch die Selbstbeschränkung der privaten und staatlichen Fernsehanstalten. Als nicht ausgeschlossen gilt deshalb, daß die Druckpresse ihren im Laufe des Jahres 1983 an die Fernsehwerbung verlorenen ersten Platz irgendwann wieder zurückerobert.

Mehr Verkauf und höhere Anzeigeneinnahmen haben sich in den Bilanzen der Presseorgane und ihrer Verlage immer deutlicher niederzuschlagen begonnen. Die regionalen und überregionalen Tageszeitungen, die in den 70er Jahren zum großen Teil in den roten Zahlen steckten beziehungsweise hart an der Grenze lagen, machen inzwischen fast alle wieder Gewinn. Die Mailänder Verlagsgruppe Rizzoli-Corriere della Sera, deren alte inzwischen ausgeschiedene Verleger Anfang der 80er Jahre in den Skandal der illegalen Freimaurerloge P2 verwickelt waren und Italiens größte Tageszeitung „Corriere della Sera" schweren finanziellen Belastungen ausgesetzt hatten, erwartet in diesem Jahr mit einem Gesamtumsatz von 1150 Mrd. Lire einen Reingewinn von 40 Mrd. Lire.

Die künftigen Umsatz- und Ertragssteigerungen wollen die Verleger nicht nur mit einem größeren Werbeaufkommen erreichen, sondern auch mit einer Erweiterung der Vertriebsstellen und der Liberalisierung des Verkaufspreises. Geplant ist, die Druckpresse künftig auch gegen den Widerstand der 25 000 Kioske (Abonnements spielen in Italien nur eine geringe Rolle) in Supermärkten und Warenhäusern zu verkaufen. Außerdem drängt der Verlegerverband auf eine Liberalisierung des heute staatlich festgelegten Zeitungspreises zumindest für die Male, in denen die Zeitungen mit Sonderbeilagen erscheinen.

Der frische Wind, der durch Italiens Blätterwald weht, facht auch die Konkurrenz an. Fast alle großen Blätter haben große Investitionsprojekte vor, mit denen die Kosten gesenkt und die Qualität und Quantität des Produkts erhöht werden sollen. Faktoren im Wettbewerb sind hierbei nicht nur die Druckqualität, sondern auch die Beilagenkapazität und das Format. Die Tendenz des letzteren steht im umgekehrten Verhältnis zur Auflagenentwicklung. Zweite überregionale Tageszeitung nach „La Repubblica", die das Tableau-Format wählt, ist die zur Fiat-Agnelli-Gruppe gehörende Turiner Tageszeitung „La Stampa". Sie wird diesen historischen Schritt im Rahmen eines 50-Mrd.-Lire-Investitionsprogramms Anfang 1989 tun.

Internationale Finanzen

Rhône-Poulenc: Die „ewige", aber doch in drei Jahren vorzeitig kündbare Anleihe des verstaatlichten Chemiekonzerns Rhône-Poulenc in Höhe von 300 Mill. Dollar wurde überraschend kurzfristig am internationalen Kapitalmarkt zu pari untergebracht. Sie ist die erste französische Emission dieser Art. Die Verzinsung der Titel erfolgt auf der Basis des Londoner Libor-Satzes zusätzlich eines innerhalb von drei Jahren von 0,375 auf 1 Prozentpunkte progressiv steigenden Aufgelds. Der Ertrag dieser und der zuvor am 21. November emittierten Euro-Anleihe über 275 Mill. Dollar ist zur Finanzierung des Erwerbs der agrochemischen Interessen der amerikanischen Union Carbide für 575 Mill. Dollar bestimmt.

Senkung: Der Kupon für die Dezember-Emission zehnjähriger Staatsanleihen im Volumen von 800 Mrd. Yen wird gegenüber dem der November-Tranche von 5,4 auf 5,3 Prozent gesenkt. Der Ausgabekurs bleibt mit 99 Prozent unverändert.

Sfr.-Notes: Mit Fälligkeit 16. Dezember 1991 begibt die Europäische Investitionsbank 4,625prozentige Notes über 175 Mill. sfr. Der Ausgabekurs beträgt 100,25 Prozent. Die Notes können ab 18. Dezember 1989 zu 101 Prozent gekündigt werden.

Nippon Oil: Achtprozentige Eurobonds über 20 Mrd. Yen mit Endfälligkeit 18. Dezember 1992 legt das Unternehmen auf. Der Ausgabekurs beträgt 113 Prozent.

Zinn auf – Zink ab

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Nov. 1986	Ende Oktober 1986	Hoch 1986	Tief 1986
Kupfer	L	£/t	926,00	896,75	1027,25	864,50
Zink	L	£/t	544,25	630,50	630,75	402,25
Erdöl/Brent	R	$/bbl	14,60	14,25	26,45	8,07
Blei	L	£/t	335,50	328,00	342,50	236,25
Aluminium	L	£/t	781,25	807,50	843,50	721,50
Nickel	L	£/t	2561,00	2580,00	3052,50	2499,00
Gold	L	$/Unze	382,30	401,50	442,75	326,00
Silber	L	cts/Unze	524,50	560,65	631,00	485,30
Platin	L	£/Unze	334,35	408,55	419,30	234,10
Weizen	C	Cts/bu	286,75	286,87	370,00	242,75
Mais	C	Cts/bu	167,12	173,25	258,75	152,87
Kakao[1]	NY	$/t	1847,00	1876,50	2305,50	1667,50
Kaffee[1]	L	£/t	2180,00	2274,00	2955,00	1592,50
Zucker	NY	cts/lb	6,05	6,39	9,38	4,51
Sojaöl	C	Cts/lb	15,28	15,31	21,62	13,34
Baumwolle[2]	NY	Cts/lb	50,30	46,22	69,70	29,85
Schweißwolle	S	Cts/kg	670,00	670,00	685,00	585,00
Kautschuk	L	p/kg	64,00	69,00	69,50	52,50
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			912,40	910,02	982,00	898,40
Reuter's (31. 9.31=100) London			1609,60	1599,60	1863,40	1411,40

[1]Zweite Abladung L = London R = Rotterdam C = Chicago S = Sydney NY = New York
[2]A-Index-Preis

Zusammengestellt von der Commerzbank AG

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Abmahnung

Kassel (VWD) – Das Bundesarbeitsgericht in Kassel hat die Rechtsbeschwerde des Betriebsrates des Druckhauses Bauer in Köln zurückgewiesen, der vor jeder Abmahnung eines Arbeitnehmers über deren Inhalt unterrichtet und gehört werden wollte. Der Betriebsrat wollte jeweils sein Mitbestimmungsrecht prüfen. Die Geschäftsleitung meinte dagegen, sie müsse auf die Interessen der Arbeitnehmer Rücksicht nehmen, die jedoch von sich aus den Betriebsrat unterrichten könnten, wenn sie dessen Hilfe in Anspruch nehmen wollten. (AZ: Bundesarbeitsgericht 6 ABR 63/83).

Positive Entwicklung

Hamburg (VWD) – Die Eurokai KGaA rechnet mit einem weiteren Anstieg des Containerumschlags. Zwei ausländische Containerreedereien wurden als neue Kunden gewonnen. Positiv entwickelten sich auch die Eurokai-Tochterfirmen. Beim Liscont-Terminal in Portugal soll am 3. Dezember eine Kapitalerhöhung um 50 Prozent erfolgen, so daß Eurokai dann über die Tochter Euromann zusammen mit der Deutsche Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern mbH (DEG) eine Sperrminorität von 33,4 Prozent an der Liscont hält.

Bonus bei Kupferberg

Mainz (VWD) – Eine Dividende von 18 Prozent sowie ein Bonus von zwei Prozent werden der HV der Sektkellerei Christian Adalbert Kupferberg & Cie. KgaA, Mainz, am 17. Dezember in Mainz für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. Juni) vorgeschlagen. Zuvor waren für das Rumpfgeschäft 1985 (1. Januar bis 30. Juni) neun Prozent, für das letzte volle Geschäftsjahr 1984 ebenfalls 18 Prozent verteilt worden. Das 7,2 Mill. DM betragende Grundkapital liegt zu über 75 Prozent bei der A. Racke GmbH & Co., Bingen. Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuß von rund 2,0 Mill. DM erzielt, der Bilanzgewinn betrug 1,47 Mill. DM.

Mehr Autos exportiert

Paris (J.Sch.) – Die Exportschwäche der französischen Automobilindustrie kann inzwischen als überwunden gelten. Im Jahresvergleich Oktober nahm die Pkw-Ausfuhr um 13,6 Prozent zu, womit für die ersten zehn Monate plus 1,9 Prozent verblieben. Demgegenüber konnte die Pkw-Produktion um 11,1 bzw. 5,8 Prozent gesteigert werden. Die Inlandszulassungen (einschließlich Importwagen) erhöhten sich um 7,9 bzw. 6,0 Prozent.

Allweiler kommt voran

Stuttgart (nl) – Die in der Pumpenherstellung tätige Allweiler-Firmengruppe verbuchte in den ersten zehn Monaten 1986 einen Anstieg des Gruppenumsatzes um 7,7 Prozent auf 143 Mill. DM. Das Ergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr verbessert.

Generalstreik in Brasilien

Rio de Janeiro (VWD) – Zu einem Generalstreik hat der größte Gewerkschaftsverband Brasiliens für den 12. Dezember aufgerufen. Damit soll gegen Preis- und Steuererhöhungen protestiert werden.

Weniger Kernkraftwerke

Paris (J.Sch.) – Offiziell hält die französische Regierung an der Fortsetzung ihres vor zwei Jahren auf je eine 1300 MW-Tranche gekürztes Atomkraftwerksprogramms fest. Aber die Tranche für 1987 in Chooz (Ardennen) soll er zum Jahresende in Angriff genommen werden. So könnte man das Jahr 1988 überspringen. Die Elektrizitätswerke selbst, die bis 1990 Überkapazitäten von vier Tranchen befürchten, wollen ihre Bestellungen auf eine Tranche alle zwei Jahre beschränken, um ihre kolossale Verschuldung (rund 200 Mrd. Franc) abzubauen.

Aesculap zuversichtlich

Stuttgart (nl) – Die Aesculap-Werke, die zu den führenden Herstellern chirurgischer Instrumente zählt, hat ihren Wachstumskurs auch im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.) fortgesetzt. Der Umsatz nahm um 4,2 Prozent auf 209,7 Mill. DM zu. Dabei verringerte sich die Exportquote leicht auf 59,3 (61,3) Prozent. Es sei mit einem befriedigenden Abschluß zu rechnen, der die Ausschüttung einer unveränderten Dividende (9 DM je 50-DM-Aktie) zulasse.

Expansion belastet das Ergebnis

Zwischenbericht der Berliner Bank nur optisch ungünstig

ot. Berlin

Die Ertragsrechnung der Berliner Bank AG, Berlin, falle optisch ungünstiger aus als sie in Wirklichkeit sei. Das sagte Vorstandssprecher Dr. Dietrich Nebelung, als er vor Journalisten den Zwischenbericht über die ersten zehn Monate 1986 erläuterte. Über Wachstum kann die Bank nicht klagen, doch die Erträge leiden noch immer unter den Kosten der Expansion in Westdeutschland und bei der Tochter Allgemeine Privatkundenbank AG, Hannover. Eine Dividendenaussage wollte Nebelung nicht machen. Die Aktionäre könnten aber mindestens die Ausschüttung des Vorjahres (6 DM) erwarten.

In der Berichtszeit sei das Geschäftsvolumen der Bank um 3,4 Prozent auf gut 14 Mrd. DM gewachsen. Kundenkredite seien überproportional um 6,6 Prozent auf 6,5 Mrd. DM ausgeweitet worden. Auf der Passivseite habe die Bank ihre Kundeneinlagen stark um 8,6 Prozent auf 8,3 Mrd. DM erhöht – auch der positive Trend bei den Spareinlagen habe angehalten –, während sie im Interbankgeschäft ihre Verbindlichkeiten um 15,4 Prozent oder 594 Mill. DM auf 3,3 Mrd. DM abbaute. Die Forderungen an Banken seien um gut 50 Mill. DM auf 4,5 Mrd. ausgebaut worden.

In der Ertragsrechnung werde ein Teilbetriebsergebnis von 87,4 (106,3) Mill. DM ausgewiesen. Zur Erklärung wies Nebelung auf die Ausschüttung der WKV Waren-Kredit-Bank im Jahr 1985 hin, die inzwischen in die Allbank aufgegangen ist, von der in diesem Jahr kein Ergebnisbeitrag zu erwarten sei. Außerdem habe der Umzug der Filialen in London, München und Düsseldorf zusätzliche Kosten von 3,4 Mill. DM verursacht. Die geringere Zinsspanne von 2,43 (2,55) Prozent sei durch die Geschäftsausweitung ausgeglichen worden.

Veba investiert bis 1991 rund 17 Milliarden D-Mark

Ergebnisverbesserung trotz Umsatzrückgang erwartet – Aber keine Signalwirkung für eine Erhöhung der Dividenden

HANS BAUMANN, Essen

Der Aufsichtsrat der Veba AG, Düsseldorf, hat den Investitionsplan für die kommenden fünf Jahre verabschiedet. Er hat ein Gesamtvolumen von 16,9 Mrd. DM, die nach Auskunft des Vorsitzenden des Vorstandes, Rudolf von Bennigsen-Foerder, voll aus eigenen Mitteln finanziert werden. Schwerpunkt ist wieder die Elektrizitätswirtschaft. Nochmals gekürzt wurden die Mittel für die Exploration von Öl und Gas. Um 50 Prozent auf drei Mrd. DM erhöht wurden die Investitionen im Bereich Chemie für die Entwicklung neuer Geschäftsfelder bei Hüls. Im Handel werden 1,8 Mrd. DM eingesetzt.

Wie von Bennigsen bei der Erläuterung des Ergebnisses der ersten drei Quartale 1986 vor der Presse mitteilte, ist der Konzernüberschuß noch einmal um sieben Prozent auf 488 Mill. DM gegenüber dem schon sehr guten Ergebnis zur Vergleichszeit des Vorjahres von 456 Mill. DM gestiegen. Dieser Erfolg ist um so bemerkenswerter, als der Konzernaußenumsatz um 19,3 Prozent auf 29,3 Mrd. DM gesunken ist (Ölpreisverfall, niedriger Dollarkurs). Von Bennigsen betont ausdrücklich, daß dieses sehr gute Ergebnis kein Signal sei für eine Aufstockung der Dividende, über die der Aufsichtsrat erst im Frühjahr nächsten Jahres beschließen werde.

Bei Hüls hat sich die Abgabe der Düngemittelproduktion an die Norsk Hydro positiv ausgewirkt. Die Ertragslage wird als gut bezeichnet. Die Umsatzrentabilität ist weiter gestiegen.

Auch die Ertragslage beim Strom ist nachhaltig stabil. Hier wirkt sich die hohe Verfügbarkeit der Kernkraftwerke mit ihrem Anteil von 62 Prozent an der Stromerzeugung der PreussenElektra positiv aus. Dieser Anteil wird 1987 auf rund 70 Prozent steigen, da dann das Kraftwerk Brokdorf mit seinen 1300 MW Leistung voll in Betrieb ist. Das Engagement der Preussag an der Braunschweigischen Kohlenbergwerke AG muß wohl als Zukauf von Markt verstanden werden, da in diesem Bereich künftig Kernkraftstrom abgesetzt werden soll, „zur Streckung der Braunkohlenvorräte", wie es offiziell heißt. Die Veba hält an dem Standort Borken in Hessen für ein Kernkraftwerk fest, das Mitte der neunziger Jahre für die Stromerzeugung in der Grundlast benötigt wird.

Die Stromerzeugung der Veba Kraftwerke Ruhr (Steinkohlestrom) ging leicht zurück. Die Gipsentsorgung dieser Kraftwerke nach Einbau der Entschwefelungsanlagen ist für die kommenden 20 Jahre vertraglich gesichert.

Bei Veba Oel verringerte sich der Umsatz um 36 Prozent auf 7,3 Mrd. DM. Trotz der starken Bestandsabwertungen (auf Basis 15 Dollar pro Faß) wurde ein ausgeglichenes laufendes Ergebnis erzielt, wozu auch die im Ausland versteuerten Gewinne beigetragen haben. Deminex hat die Ölförderung verringert. Mark Producing dagegen hat nach der Aufnahme der Produktion in fünf Blöcken off shore im Golf von Mexiko die Erdgasförderung um über sieben Prozent erhöht.

Positiv beurteilt von Bennigsen die Zusammenarbeit mit Petroleos de Venezuela. Der Rohöleinsatz für Rechnung Veba Oel verringerte sich um 25 Prozent auf gut vier Mill. Tonnen (nach früher einmal rund 20 Mill. Tonnen), da die Venezolaner nun auch Rohöl in den Raffinerien Karlsruhe und Neustadt verarbeiten. Die Produkte vertreibt wie die aus der Ruhr-Raffinerie Veba Oel für die Venezolaner.

„Stabile Beiträge" zum Ergebnis lieferten Stinnes und Raab Karcher.

Heidelzement profitiert vom Süd-Nord-Gefälle

Wb. Heidelberg

Nachdem schrumpfende Inlandsgewinne 1985 nur durch erhöhte Beteiligungserträge auszugleichen waren, rechnet die Heidelberger Zement AG, Heidelberg, in diesem Jahr wieder mit einer „insgesamt verbesserten Ertragslage". Grundlage solcher Hoffnungen ist die verbesserte Marktlage: Vor allem der Gewerbe- und Industriebau sowie die Nachfrage der öffentlichen Hände haben die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe bis Ende August real um 8,5 Prozent steigen lassen.

Daß Heidelzement mit der Steigerung des inländischen Zementabsatzes um 6,1 Prozent auf 3,86 (3,64) Mill. Tonnen bis Ende September noch deutlich über dem Branchenwachstum von 2,7 Prozent lag, hatte zwei wesentliche Gründe: Zum einen kam der Marktführer in den Genuß der im Vergleich zu den nördlichen Absatzgebieten günstigeren Wirtschaftslage im Süden, zum anderen wirkten sich Sondereinflüsse aus der Belieferung von Großprojekten der Bundesbahn in Baden-Württemberg aus.

Das Dauerprogramm zur Anpassung der Produktionsanlagen an die „strukturellen Veränderungen der Baunachfrage" wurde fortgesetzt und brachte eine bessere Kapazitätsauslastung. Die in den ersten drei Quartalen um 42 Prozent auf 58 (41) Mill. DM kräftig ausgeweiteten Investitionen dienten der weiteren Modernisierung und der Energieeinsparung.

Bleibt CGCT französisch?

Industrieministerium offenbar für eine nationale Lösung

J. Sch. Paris

Beim Tauziehen zwischen der deutschen Siemens AG und der amerikanischen AT & T wegen der Übernahme des 1982 verstaatlichten französischen Fernmeldekonzerns CGCT, der früheren ITT-France, hat Industrieminister Madelin jetzt das Messer angesetzt. Diese Gesellschaft könnte durchaus nach normalen Bedingungen privatisiert werden, heißt es in seiner Umgebung. Das würde bedeuten, daß sich die beiden ausländischen Interessenten (oder einer davon) mit einem Kapitalanteil von höchstens 20 Prozent zufriedengeben müßten.

Dies ist das erste Mal, daß eine nationale Lösung für das völlig überschuldete Unternehmen von der neuen liberalen Regierung (offiziell) ins Auge gefaßt wird. Als nationale Interessenten werden in erster Linie Jeumont-Schneider sowie Matra und SAT genannt. Bisher hatte man der AT&T die größten Chancen eingeräumt – gegen das Versprechen eines verstärkten Zugangs zum US-Markt. In Frankreich hält CGCT einen Marktanteil von 15 Prozent, der natürlich auch Siemens reizt.

Andererseits hat die amerikanische ITT inzwischen ihre europäischen Telefoninteressen einschließlich der Standard Elektrik Lorenz AG, Stuttgart, in die von der französischen CGE kontrollierte Teleglobal Communication Network (TCNV) eingebracht, die an der Spitze des zweitgrößten Telefonkonzerns der Welt (nach AT & T) steht. Überdies will der ebenfalls verstaatlichte französische EDV-Konzern Bull zunächst 45 und später 60 Prozent des Kapitals der amerikanischen Honeywell Information Systems (HIS) übernehmen.

Unter diesen Umständen erscheint die französische Industriepolitik widersprüchlich: Während sie den französischen Einfluß im Ausland verstärken will, verschließt sie sich gegenüber ausländischen Interessen in Frankreich. Vielleicht aber will man auch nur den Preis für die CGCT weiter in die Höhe schrauben oder sich den amerikanisch-deutschen wechselseitigen Pressionen entziehen.

Singapurs Banken voller Sorge

Brunei schließt privates Institut nach Kreditskandal

sas./DW. Bonn

Nach der zwangsweisen Schließung der privaten National Bank of Brunei, die in einen handfesten Kreditskandal verwickelt ist, dürften mindestens 200 Mill. Dollar an ausländischen Guthaben auf dem Spiel stehen. Während eine Gruppe ausländischer Bankiers jetzt diese Zahl nannte, erwarten andere Beobachter einen um das Mehrfache höheren Wert. Finanzexperten aus Singapur, die sich zu offiziellen Gesprächen in Brunei aufgehalten hatten, bekundeten gegenüber den betroffenen Gläubigerbanken Optimismus, daß der Finanzskandal keine Krise des Bankensystems der Region nach sich ziehe. Eine Strategie zur Wahrung der Interessen ausländischer Gläubigerbanken steht indes noch aus.

Das Finanzministerium des Sultanats hatte im vergangenen Monat die Kontrolle bei der ältesten Privatbank des Landes übernommen und fünf Spitzenbeamte verhaften lassen. Der Bankvorsitzende, Datuk Khoo Ban Hock, ist angeklagt, ohne Sicherheiten und entsprechende Zinseingänge Kredite im Umfang von 1,2 Mrd. DM an seinen Vater Tan Sri Khoo Teck Puat aus Singapur, einen der einflußreichsten Finanziers in Südostasien, gegeben zu haben. Dieser Betrag entspricht etwa 90 Prozent des Portefeuilles der Bank. Finanzexperten erklärten, wenn die Kredite an Khoo Teck und die von ihm kontrollierten Unternehmen mitberücksichtigt würden, wären weit mehr als die veranschlagten 200 Mill. Dollar an ausländischen Bankguthaben gefährdet.

Zum Imperium der Khoo-Familie gehören unter anderem Minderheitsanteile an verschiedenen Großbanken, seit diesem Jahr auch eine Beteiligung von 6,3 Prozent an der englischen Standard Chartered Bank. In der Londoner City wird gemunkelt, Khoo Teck müsse diesen Anteil verkaufen, um seinem Sohn mit dem Erlös zu einer Art Bürgschaft zu verhelfen. Khoo Teck, im Besitz von etwa 70 Prozent der National Bank, steht nicht unter Anklage, ist aber in der vergangenen Woche aus dem Verwaltungsrat von Standard Chartered in Großbritannien ausgeschieden.

Toshiba setzt auf Portables

In kurzer Zeit Marktführer bei Kompakt-Computern

Py. Düsseldorf

Der erst fünf Jahre alte Markt von Personal Computern als Koffergerät oder inzwischen im Aktentaschenformat birgt nach Ansicht der Toshiba Europe GmbH, Neuß, hervorragende Wachstums-Chancen. Aus dem derzeit auf etwa 2 Mrd. US-Dollar geschätzten weltweiten Marktvolumen hat sich Toshiba in kurzer Zeit – und wohl auch zum eigenen Erstaunen – einen beachtlichen Anteil herausgeschnitten. In Europa und in der Bundesrepublik hat das japanische Unternehmen (33 bzw. 43 Prozent) bereits den bisherigen Marktführer Epson (17 bzw. 22 Prozent) auf den zweiten Platz verwiesen.

Das Marktforschungsunternehmen International Data Corp. Deutschland GmbH bezifferte den Absatz von tragbaren PC's 1985 in der Bundesrepublik auf knapp 58 000 Einheiten im Wert von reichlich 300 Mill. DM bei einem durchschnittlichen Systempreis von 5400 DM. Bis 1991 dürfte der Absatz auf 226 000 Einheiten im Wert von rund 500 Mill. DM wachsen, wobei sich ein deutlicher Umschwung zugunsten netz- wie batteriebetriebener Aktentaschengeräte auf 94 (bisher 46) Prozent vollzieht.

Europaweit werden 1986 rund 264 000 tragbare PC im Wert von 536 Mill. Dollar verkauft. 1991 wird der Absatz auf 1 Mill. Stück (835 Mill. Dollar) geschätzt. Rund 82 Prozent der bislang verkauften Geräte werden kommerziell genutzt.

Toshiba wird nach Angaben ihres Senior Vice President Atsutoshi Nishida im laufenden Jahr 34 000 (14 000 nach 4400) Computer in der Bundesrepublik verkaufen. Der Umsatz dürfte einschließlich Drucker 181 (95 nach 32) Mill. DM erreichen. Gegenwärtig werden in diesem Bereich rund 280 Menschen beschäftigt.

Weltweit nimmt Toshiba Platz 19 unter den 50 führenden Computerherstellern ein. Die Steigerungsraten in diesem Geschäft lagen 1985 mit fast 37 Prozent deutlich über dem Branchendurchschnitt. Dabei erzielt Toshiba (weltweit 120 000 Beschäftigte) nur acht Prozent des (umgerechnet) 41,7 Mrd. DM Umsatzes mit Computerprodukten.

Offshore-Finanzmarkt in Japan

Hohe Steuern und Abgaben schränken Attraktivität ein

FRED de LA TROBE, Tokio

Ein Offshore-Bankenzentrum nach New Yorker Vorbild eröffnete gestern in Tokio. Über hundert japanische und ausländische Banken richteten am ersten Tag entsprechende Konten ein. Nach den Bestimmungen des japanischen Finanzministeriums dürfen sich am Markt neben Banken nur ausländische Unternehmen, Tochtergesellschaften japanischer Unternehmen im Ausland, ausländische Körperschaften und internationale Organisationen beteiligen.

Gebietsfremde können am Offshore-Markt in Tokio Gelder anlegen und Kredite erhalten, ohne den meisten noch bestehenden Restriktionen des japanischen Finanzmarkts unterworfen zu sein. Die bei diesen Transaktionen anfallenden Mittel dürfen nicht direkt in Japan verwendet werden. Die Depositen und Kredite können in jeder beliebigen Währung gegeben sein.

Die Quellensteuer auf Zinseinkommen, die auf dem innerjapanischen Markt erhoben wird, entfällt ebenso wie Begrenzungen der Zinshöhe, Reservevorschriften und Prämien für Depositenversicherungen. Die Körperschafts- und Lokalsteuer, die zusammen etwa 64 Prozent ausmachen, sind jedoch zu zahlen. Ebenfalls sind die Stempelgebühren auf Depositen zu entrichten. Diese Steuer- und Abgabenbelastung ist wesentlich höher als auf den Offshore-Märkten in New York (46 Prozent), London (40 Prozent), Singapur (10 Prozent) und Hongkong (0). Außerdem dürfen keine Anlagen in Wertpapieren und Depositenzertifikaten (CD) gemacht werden.

Diese Nachteile lassen den neuen Markt in Tokio weniger attraktiv als die entsprechenden Märkte an den anderen großen Finanzplätzen der Welt erscheinen und machen eine Abwanderung von diesen Plätzen nach Tokio unwahrscheinlich. Laut dem japanischen Finanzministerium sollen die strengen Bestimmungen den Inlandsmarkt vom neuen Offshore-Markt abschirmen und verhindern, daß die Transaktionen am Offshore-Markt den noch schärfer kontrollierten inländischen Kapitalmarkt nicht beeinflussen.

Ein Strom von Geldern zwischen den beiden Märkten ist ausgeschlossen. Kreditgewährende Banken müssen von den Kreditnehmern schriftliche Bestätigungen erhalten, daß die entliehenen Gelder nur außerhalb Japans verwendet werden. Ein leitender Angestellter einer amerikanischen Bankfiliale in Tokio erklärte: „Wir sind an dem Offshore-Markt in Tokio nicht interessiert, solange die Besteuerung so hoch bleibt. In New York zahlen wir mindestens zehn Prozent weniger Steuern." Ein anderer Banker verwies auf die Vorteile in Hongkong und Singapur.

Als positive Seite des neuen Marktes streicht das Finanzministerium den voraussichtlich größeren Gebrauch von Yen bei Auslandsgeschäften von Japanern heraus. Nach der Voraussage des Ministeriums wird Tokio bald einer der größten Euro-Yen-Märkte sein. Für das erste Jahr des Markts rechnet das Ministerium mit einem Umsatz von 85 Mrd. Dollar.

PERSONALIEN

Senator a. D. Helmuth Kern, Vorsitzender des Vorstandes der Hamburger Hafen- und Lagerhaus-AG, Hamburg, feiert am 4. Dezember seinen 60. Geburtstag.

Thassilo v. d. Decken, Aufsichtsratsvorsitzender der Concordia Versicherungs-Gesellschaft a. G., Hannover, vollendete am 1. Dezember sein 75. Lebensjahr.

Dr. **Friedrich Ebeling** ist seit dem 1. Dezember 1986 Sprecher des Vorstandes der Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei AG, Dortmund.

Staffan Gunnarsson, ehemaliger Leiter des deutschen und skandinavischen Kaffee- und Schokoladengeschäftes der Jacobs Suchard Gruppe, Zürich, wird ab Januar 1987 Managing Partner und Geschäftsführer der Tasa München.

Horst Nicklaus (49), bei der Rigips GmbH, Bodenwerder, für das Ressort Marketing und Vertrieb zuständig, wurde zum Geschäftsführer des Unternehmens bestellt.

Dr. **Max Bühler,** Inhaber der Optima-Maschinenfabrik, Schwäbisch Hall, vollendet am 6. Dezember sein 80. Lebensjahr.

Prof. Dr. **Gerhard Rose,** beim Hohlglas-Hersteller Hermann Heye in Obernkirchen Ehrenmitglied des Beirats, feierte am 30. November seinen 90. Geburtstag.

Helmut Kühl (36) ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Nordstern Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft, Köln, bestellt worden. Er löst **Herbert Mayer** ab, der nach über 25jähriger Vorstandstätigkeit am 31. Dezember 1986 in den Ruhestand tritt.

Mit dem Konsum stieg die Kennerschaft

Die deutschen Teetrinker geben im Jahr rund eine Milliarde Mark für ihr Getränk aus

INGE ADHAM, Frankfurt

Immer mit der Ruhe und einer guten Tasse Tee – am deutlichsten beherzigen die Nordlichter diesen Rat gegen den Alltagsstreß. Die Ostfriesen, die nur zwei Prozent der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung stellen, verbrauchen ein Viertel des in der Bundesrepublik getrunkenen Tees. Mit ihrem Pro-Kopf-Verbrauch von 3000 Gramm im Jahr liegen sie weltweit auf Platz drei hinter den Iren und den Briten. Die Hoffnung, daß auch der Rest der Bundesbürger, die auf einen durchschnittlichen Pro-Kopf-Konsum von 200 Gramm kommen, sich zu solchen Verbrauchshöhen aufschwingen könnten, ist freilich trügerisch.

Aber etwas Luft nach oben beim Verbrauch sollte doch noch vorhanden sein, meint das traditionsreiche Frankfurter Teehaus Ed. Meßmer. Der in den letzten zehn Jahren um fast die Hälfte gestiegene Teeverbrauch hat auch die Kennerschaft der Teetrinker größer werden lassen und damit eine steigende Nachfrage nach guten Teequalitäten ausgelöst.

Rund 950 Mill. DM gaben die Konsumenten im vergangenen Jahr für Tee aus. Davon entfallen etwa zwei Drittel auf schwarzen Tee, der Rest auf Kräutertees. Sie profitieren übrigens von der Kostendämpfung im Gesundheitswesen: Seit Heilmittel für Bagatellerkrankungen nicht mehr von der Krankenkasse erstattet werden, wird wieder öfter zum Hausmittel Kräutertee gegriffen.

Beim schwarzen Tee stockt dagegen erstmals der Gesamtverbrauch, ausgelöst durch die heftigen Preissprünge in den beiden Vorjahren mit erheblicher Rohwarenverteuerung bis teilweise um 200 Prozent. Inzwischen hat sich die Preissituation etwas beruhigt, das Preisniveau für Spitzentees ist allerdings nicht gesunken. Eine neue Anhebung der Verbraucherpreise scheint aber vorerst nicht ins Haus zu stehen.

Während sich im gesamten Schwarzteemarkt in diesem Jahr nichts mehr bewegt, geht es bei Pakkungsware – das ist der abgepackte lose Tee – noch deutlich nach oben (Wert plus zwölf Prozent, Menge plus neun Prozent). In diesem Bereich sind besonders die Teefachgeschäfte stark, über die ein Viertel des Tees verkauft wird. Immerhin 56 Prozent des gesamten deutschen Teeabsatzes gehen über den Lebensmitteleinzelhandel. Auch in diesem Bereich steigt die Nachfrage nach hochwertigen Teequalitäten, beobachtet das Haus Meßmer, das bei losem Schwarztee ebenso wie bei Kräutertees ein Wachstum von 15 bis 20 Prozent für die nächsten fünf Jahre erwartet.

Um davon überproportional zu profitieren, wurde jetzt ein Lizenzvertrag mit Mövenpick abgeschlossen. Nach Eis und Kaffee kommt jetzt auch der Mövenpick-Tee: zunächst drei hochwertige Sorten bietet Meßmer unter der neuen Bezeichnung an. Das Frankfurter Unternehmen, eine Tochter des Zucker-Konzerns Pfeiffer & Langen, steht hinter Teekanne (Marktanteil 50 Prozent) mit 14 Prozent auf Platz zwei am deutschen Teemarkt, der zu 70 Prozent von drei Anbietern beherrscht wird. Im vergangenen Jahr steigerte Meßmer seinen Umsatz um ein Viertel auf 63 Mill. DM, in diesem Jahr sollen 70 Mill. DM erreicht werden.

Im Verlaufe nachgebend

Schwacher Dollar lähmt den Aktienhandel

DW. – Nach anfänglich freundlicher Tendenz führte die Dollarabschwächung vor allem bei Aktien exportintensiver Unternehmen zu Gewinnmitnahmen. Da aus dem Ausland kaum Aufträge vorlagen, hielten sich die Einbußen jedoch meist in engen Grenzen.

Empfindlich waren besonders VW-Aktien, wo der Markt nach der letzten Kapitalerhöhung ohnehin noch labil geblieben ist. Bemerkenswert widerstandsfähig trotz der Dollarschwäche lagen die Titel der Großchemie. Das trifft auch für die anderen Papiere des Chemiesektors zu. Als Reaktion auf den jüngsten Zwischenbericht, der die Möglichkeit einer weiteren Dividendenerhöhung andeutet, zogen Veba-Aktien deutlich an. Meinungskäufe zu leicht anziehenden Notierungen waren im Stahlbereich vor allem bei Thyssen zu beobachten. Maschinenbauwerte, die an der jüngsten Aufwärtsbewegung kaum teilgenommen hatten, lagen einigermaßen behauptet. Von den Warenhauswerten litten insbesondere Karstadt-Aktien unter Gewinnmitnahmen. Angeblich hat das Wochenendgeschäft die Erwartungen nicht erfüllt. Elektrowerte waren meist rückläufig. Teilweise noch gestiegen sind die Bankaktien. Sie profitierten offensichtlich vom weiteren Anstieg der Rentenkurse. Besonders für die Deutsche Bank lagen Kaufaufträge aus dem Ausland vor.

Nachbörse: schwächer

DW-Ak.ind.: 281,69 (281,47)
DW-Ums.ind.: 4796 (4186)
Adv.-decline-Zahl: 108 (98)
38-Tg-Linie: 271,77 (271,65)
200-Tg-Linie: 277,39 (277,40)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Unnotierte Werte

Genußscheine

Ausland in DM

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, B = Berlin, Br = Bremen, M = München, S = Stuttgart. Stücke in 50 DM. *Stücke in 100 DM, **abweichende Stückelung. Kursive Pos. = Freiverkehr. Kurse ohne Gewähr.

Ausland

Wien

	1.12.	28.11.
Creditanst.-Bkv.Vz.	2200	2210
Gösser-Brauerei	3530	3510
Länderbank Vz	2195	2200
Lenzing	940	930
Linz Textil	3498	3497
Österr. Brau	3240	3210
Perlmooser Zement	610	607
Reininghaus	915	900
Schwechater Br	1800	1780
Semperit	185	186
Steyr-Daimler-P.	158	158
Steyrermühl Papier	3150	3150
Universale Hoch	241	245
Veitscher Magnesit	1100	1110
Index	234,30	234,27

Zürich

	1.12.	28.11.
Alusuisse	530	540
dgl. NA	181	182
Bank Leu	4080	4090
Brown Boveri	1750	1790
Ciba Geigy Inh.	3500	3510
Ciba Geigy Part.	2590	2605
Elektrowatt	3500	3450
Georg Fischer Inh	1750	1750
Mag.z.Globus Part.	1810	1835
H. La Roche 1/10	12200	12175
Holderbank	4250	4300
Italo-Suisse	320	335
Jacobs Suchard Inh.	8775	8750
Jelmoli	4290	4275
Landis Gyr	1865	1860
Mövenpick Inh	6875	6950
Motor Columbus	1970	1990
Nestle Inh	9425	9610
Oerlikon-Bührle	1500	1570
Sandoz NA	3950	3690
Sandoz Inh.	9910	9925
Sandoz Part	1610	1625
Saurer Nam.	79	79
Art. A. Saurer	133	135
Schw. Bankges	5970	6040
Schw. Bankverein	570	572
Schw. Kredit A Inh	3810	3800
Schw. Rückv. Inh	19175	19125
Schw. Volksb. Inh	2710	2720
Sika -B-	3600	3525
Gebr. Sulzer Part.	592	590
Swissair	1380	1370
dgl. NA	1185	1210
Winterthur Inh	7550	7450
Winterthur Part.	1265	1270
Zür. Vers. Inh	8475	8475
Index: Schw. Bankv.	674,30	677,00

Devisenmärkte

Der schleichende Dollarverfall setzte sich am 1. Dezember unverändert fort. Sehr früh fiel der Kurs in Asien von 1,973 bis 1,9575 zurück. Die Iran-Affäre und das Gefühl, daß die USA selbst an einem weiteren Kursverfall interessiert sind, artikuliert von Zinspapst Henry Kaufmann, bildeten den Hintergrund. Andererseits verhinderte die Befürchtung, daß die Bundesbank wie im Oktober als Dollarkäufer an den Markt kommen könnte, eine stärkere Eigendynamik der Bewegung. Die Notiz wurde mit 1,9611 festgestellt, die Bundesbank griff nicht ein. Die EWS-Währungen lagen knapp behauptet. Stärker gedrückt waren die skandinavischen Währungen, das Britische Pfund und der Yen. US-Dollar in: Amsterdam 2,216, Brüssel 40,78, Paris 6,42, Mailand 1359,95; Wien 13,80; Zürich 1,6313; Ir. Pfund/DM 2,718; Pfund/Dollar 1,4345; Pfund/DM 2,813.

Devisen und Sorten

1.12.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Ank.-Kurs[1]	Sorten* Ankauf	Sorten* Verkauf
New York[1]	5,50	1,9571	1,9651	1,959	1,91	2,01
London[2]	11,0	2,806	2,820	2,776	2,75	2,90
Dublin[2]	12,0	2,711	2,725	2,654	2,63	2,78
Montreal[1]	8,47	1,4145	1,4725	1,4089	1,37	1,47
Amsterd.	4,50	88,365	88,585	88,26	87,50	89,25
Zürich	4,00	120,12	120,32	120,25	118,75	121,50
Brüssel	8,00	4,799	4,819	4,773	4,67	4,85
Paris	9,50	30,445	30,605	30,24	29,45	31,30
Kopenh.	7,00	26,41	26,53	26,17	25,50	27,25
Oslo	8,00	26,19	26,31	25,61	25,25	27,00
Stockh.	7,50	28,52	28,68	28,31	27,50	29,23
Mailand[3]**	12,0	1,4375	1,4475	1,419	1,405	1,485
Wien	4,00	14,187	14,227	14,172	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,471	1,481	1,449	1,42	1,54
Lissabon**	14,5	1,33	1,35	1,298	0,95	1,55
Tokio	3,00	1,212	1,215	1,216	1,175	1,235
Helsinki	8,50	40,25	40,45	39,66	39,25	41,25
Belgrad* **	–	–	–	–	0,14	0,54
Budap.* **	–	–	–	–	2,20	3,70
Athen* **	20,5	1,405	1,457	–	0,80	1,55
Ankara* **	–	–	–	–	0,15	0,34
Sydney*	–	1,267	1,286	–	1,23	1,35
Johannbg.*	10,0	0,873	0,907	–	0,71	0,96
Hongkong*	–	25,03	25,31	–	23,25	29,75

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert, ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Junge Aktien

Ende der Talfahrt in Sicht

Deutsche Möbelindustrie profitierte 1986 vom Export

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Ein Ende der seit 1979 andauernden Talfahrt für die deutsche Möbelindustrie sieht die Westdeutsche Landesbank (WestLB) in ihrem jüngsten Lagebericht. *Im Gegensatz zu der* Entwicklung 1983 sei die mit einer Produktionsausweitung zwischen einem und zwei Prozent in diesem Jahr eingeläutete Belebung kein Strohfeuer, folgert die Bank angesichts der weitaus günstigeren Rahmenbedingungen: Steigende Beschäftigung und stabile Preise verschaffen den Haushalten real deutlich mehr Einkommen und Kaufkraft. Im kommenden Jahr wird deshalb mit einem Produktionsplus von drei Prozent für die Branche gerechnet, mit starken Unterschieden je nach Sparte.

Die deutsche Möbelindustrie hat in den Jahren 1980 bis 1985 etwa ein Viertel ihrer Produktion, ihrer Mitarbeiter und auch ihrer Betriebe verloren. Auch in diesem Jahr ist die Zahl der Betriebe nach Angaben von Erich Naumann, Geschäftsführer des Verbandes der deutschen Möbelindustrie, weiter um 3,5 Prozent auf 1260 Betriebe gesunken. Die Mitarbeiterzahl blieb aber im Jahresverlauf mit 127 800 Beschäftigten erstmals seit vielen Jahren konstant. Dafür sorgte nicht die steigende Inlandsnachfrage (in den ersten sieben Monaten dieses Jahres wuchsen die Umsätze im Möbel-Einzelhandel um 4,2 Prozent), sondern vor allem der Exporterfolg der Branche.

Mit um zwölf Prozent steigenden *Exporten und insgesamt rund* 4,7 Mrd. DM Ausfuhrwert dürften sich die deutschen Hersteller in diesem Jahr auf Platz eins der internationalen Möbelexporteure schieben, vor Italien und Taiwan. Dabei waren übrigens die Polstermöbelhersteller mit plus 30 Prozent bei den Exporten besonders erfolgreich. Den Exporten stehen rund 2,9 Mrd. DM an Importen gegenüber, wobei besonders Wohn- und Eßzimmermöbel aus der „DDR" und Rumänien den deutschen Herstellern das Leben schwermachen, „zu Preisen, denen auf Dauer kein inländischer Hersteller Paroli bieten kann", schreibt die WestLB.

Die derzeitige Erholung dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Konkurrenzkampf und der Konditionenwettbewerb auf dem Möbelmarkt sich weiter verschärfen werde, mit entsprechend negativen Folgen für die Ertragslage der Hersteller und Händler. In diesem Zusammenhang erinnert Verbandssprecher Naumann daran, daß die Eigenkapitalquote in der Möbelindustrie von 17,9 Prozent (1980) bis auf 8,6 Prozent (1985) zurückgefallen ist.

Norddeutsche Landesbank hat Schularbeiten gemacht

Priorität für Stärkung der Reserven – Entwicklung in Bremen belastet Konzernergebnis – Auslandsrisiken im Lot

DOMINIK SCHMIDT, **Luxemburg**

Die Norddeutsche Landesbank-Girozentrale (NordLB), Hannover, wird 1986 im Konzern das gute Ergebnis des Vorjahres zwar nicht erreichen. *Dennoch zeigt sich der Vorstand* auch mit der Ertragsentwicklung durchaus zufrieden. Bei der Kommentierung der vorläufigen Zahlen erklärte der Vorstandsvorsitzende des Instituts, Bernd Thiemann, kennzeichnend für den Abschluß 1986 werde erneut die Stärkung der Reserven und die Risikovorsorge sein. Ganz bewußt nehme man eine Belastung der Gegenwart in Kauf, um die Zukunft zu entlasten. Im übrigen sei jetzt die Strukturbereinigung abgeschlossen. Thiemann: „Die NordLB hat ihre Schularbeiten getan."

Mit dieser Aussage bezieht sich Thiemann auf die Neuordnung der Tochter Bremer Landesbank (BLB) und die Zusammenführung der Landes-Bausparkasse Niedersachsen *mit* der Öffentlichen Bausparkasse Oldenburg. Beides habe Modellcharakter für die öffentliche Bankenlandschaft in der Bundesrepublik. Zugleich seien aber auch erhebliche finanzielle Anstrengungen notwendig geworden.

Für das gesamte Jahr 1986 rechnet Thiemann bei einer auf 67 (63) Mrd. DM erhöhten Bilanzsumme mit einem Zinsüberschuß von rund 590 (1985: 620) Mill. DM. Hier wirke sich der Rückgang der Zinsspanne auf 1,03 (1,17) Prozent aus. Der Provisionsüberschuß dürfte bei 50 (52) *Mill. DM liegen. Einschließlich der* Erträge aus dem Wertpapierhandel werde das Betriebsergebnis II rund 370 (396) Mill. DM erreichen.

Im Plan liegt die NordLB mit ihrem mittelfristigen Eigenkapitalbedarf, nachdem die Eigner im Februar 134 Mill. DM Genußscheinkapital zur Verfügung stellten. Auch die BLB habe 100 Mill. DM erhalten. Außerdem fließen im Rahmen der Bausparkassen-Fusion deutlich mehr als 100 Mill. DM nach Bremen. Thiemann ließ keinen Zweifel daran, daß die Entwicklung bei der BLB die Ertragssituation im Konzern belastet. Die Strukturprobleme im Schiffbau und auf dem Immobilienmarkt seien dort besonders wirksam. Dies mache einen *deutlich höheren Wertberichtigungsbedarf* notwendig.

Bei der NordLB selbst werden die Wertberichtigungen leicht unter dem Niveau des Vorjahres (210 Mill. DM) liegen. Dabei sei eine Verlagerung der Risiken vom Auslandsgeschäft auf Engagements im Inland zu beobachten. Spektakuläre Pleiten indes gebe es nicht. Keine bilanziellen Probleme seien aus dem Engagement bei der Neuen Heimat zu erwarten. Die Forderungen in Höhe von 180 Mill. DM, so Thiemann, seien „korrekt besichert". Notfalls würde die NordLB den Immobilienbestand übernehmen *und aus dem Gläubigerkreis ausscheiden.*

Alles in allem gebe es für die NordLB keinen Anlaß zur Unzufriedenheit, auch wenn die Entwicklung der Landesbanken nicht ganz so „explosionsartig positiv" wie bei den Großbanken verlaufen ist. Im Vergleich zu anderen Landesbanken liege das Institut jedenfalls gut im Trend. Thiemann geht davon aus, daß an die Eigentümer, das Land Niedersachsen und die Sparkassen, wie schon im Vorjahr eine Dividende von 4 Prozent auf das Stammkapital von 480 Mill. DM ausgeschüttet wird.

Besser als erwartet hat sich im laufenden Jahr das Auslandsgeschäft entwickelt. NordLB-Vorstand *Christoph Freiherr von Hammerstein*-Loxten bezieht sich dabei nicht nur auf die Luxemburger Tochter, sondern auch auf die Niederlassung in London, die bereits eine Bilanzsumme von 6,1 Mrd. DM ausweist und den Break-even bereits erreicht hat. Die NordLB-Luxemburg verzeichne zwar einen leichten Rückgang der Bilanzsumme auf 6 (6,3) Mrd. DM, zeige sich aber unverändert ertragsstark. Geschäftsführer Jochen Petermann rechnet mit einem Ergebnis zumindest in Vorjahreshöhe (72,2) Mill. DM. Nach den Worten von Hammersteins ist vorgesehen, den größten Teil davon *zur Abschirmung von Länderrisiken* zu verwenden. Darüber hinaus bleibe aber etwas Spielraum für eine „Anlaufdividende" an die Mutter. Die Nord-Lux hatte zuletzt 1981 „Geld nach Hannover überwiesen".

Mittlerweile stehen die Rückstellungen und Werberichtigungen in Luxemburg mit 254 Mill. DM zu Buche. Einschließlich der 86er Rückstellungen habe man ein Polster, das die Risiken ausreichend abdeckt. Die Quote der Abschläge für Engagements in Südamerika und einigen Ostblockländern liege nahe der 40-Prozent-Grenze.

Negativ ausgewirkt habe sich 1986 am Bankenplatz Luxemburg der Rückgang des Kreditgeschäfts. Der *niedrigere Dollar-Kurs sei dafür die* wesentliche Ursache. Für die Nord-Lux sei mit einem Kreditvolumen von nur noch 2,8 (3,5) Mrd. DM zu rechnen. Gute Erträge dagegen habe der Geld-, Devisen- und Wertpapierhandel gebracht. Auch das Privatkunden-Geschäft, das in jüngerer Zeit forciert werde, entwickele sich zufriedenstellend. Derzeit verwalte die Bank rund 1600 Privatkonten.

Doag erwirbt Beteiligung an der Behrens AG

JB. **Hamburg**

Die Joh. Friedrich Behrens AG, Ahrensburg, die zu den führenden Herstellern von Druckluftnaglern und Stahlbefestigungsmitteln für industrielle Verwender gehört, hat einen neuen Großaktionär. Wie die Gesellschaft mitteilt, ist an dem Kapital von 11 Mill DM seit kurzem die Doag Holding AG, Hamburg, mit mehr als 25 Prozent beteiligt. In einer gemeinsamen Erklärung beider Firmen heißt es, daß der Erwerb einer Mehrheit angestrebt wird.

Größter Aktionär bei Behrens war bislang die Günther-Gruppe um die VA Vermögensverwaltung AG, Hamburg, die auch Aktien für Dritte vertreten hatte. Bei der VA waren Mitte dieses Jahres erhebliche Spekulationsverluste eingetreten, die Günther zum Verkauf von Behrens-Aktien zwang. Vom Behrens-Vorstand wird die Beteiligung der Doag begrüßt. Das Unternehmen stehe vor einer Reihe interessanter Investitionsvorhaben, für die Kontinuität im Kreis der maßgeblichen Aktionäre unverzichtbar sei, heißt es. Behrens, die über elf Tochtergesellschaften im Ausland verfügt, hat 1985 rund 121 Mill. DM umgesetzt. Im Herbst dieses Jahres wurde eine Mehrheitsbeteiligung an der Esco-Gruppe in Bargteheide erworben.

Behrens hat in den letzten Jahren unter Ausnutzung steuerlicher Verlustvorträge Gewinnthesaurierung betrieben und zweimal Berichtigungsaktien ausgegeben. Für 1986 wurde in der Hauptversammlung die Wiederaufnahme einer Dividendenzahlung angekündigt. Die Doag hatte seit geraumer Zeit zu Erkennen gegeben, daß sie Beteiligungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik sucht. Hervorgegangen aus einer Kolonialgesellschaft hat die Holding in den vergangenen Jahren ihr traditionelles Engagement in Nigeria gelöst und in den USA in Industrie- und Immobilienbeteiligungen investiert.

Unter dem Dach der Doag USA Inc. arbeiten die United Cotton Goods Inc. sowie zwei Grundstücksgesellschaften. Der Doag-Umsatz (1985: 106 Mill. DM) wird zur Zeit nur vom USA-Geschäft gespeist. Die Hauptversammlung im Sommer hatte zur Finanzierung möglicher Beteiligungen ein genehmigtes Kapital von 3 Mill. DM geschaffen sowie das Grundkapital aus Rücklagen um 1 auf 9 Mill. DM erhöht.

Vorsicht im Auslandsbau

Strabag spürt nur im Inland Besserungstendenzen

J. G. **Düsseldorf**

Der Gewinn im Inlandsgeschäft habe sich trotz schlechter Ingenieurbau-Preise verbessert, das Gesamtergebnis der Gruppe jedoch werde immer noch von der unbefriedigenden Entwicklung des Auslandsgeschäfts belastet. Mit diesem Resümee aus den ersten drei Quartalen 1986 bietet der viertgrößte deutsche Baukonzern, die Kölner Strabag Bau-AG, seinen Aktionären (maßgeblich Werhahn-Familiengruppe) noch wenig Aussicht auf Wiederkehr der für 1985 erstmals ausgefallenen Dividende.

Die Bauleistung des Konzerns sackte in der Berichtszeit um zehn Prozent auf 2,1 Mrd. DM mit nur noch rund 18 150 (20 890) Beschäftigten ab. Ein weiterer Personalabbau („besonders bei Angestellten") sei eingeleitet. Die Schrumpfung stammte allein aus dem Auslandsbau mit nur noch 0,8 (1,1) Mrd. DM Leistung und 8570 (11 660) Beschäftigten, während sich das Inlandsgeschäft leicht auf 1,3 (1,2) Mrd. DM Leistung mit 9580 (9230) Beschäftigten erholte.

Die gleiche Tendenz zeigt der Auftragseingang mit Steigerung um 2,5 Prozent auf 1,46 Mrd. DM im Inland und starker Halbierung auf 306 (647) Mill. DM im Ausland. Der Rückgang im Auslandsbau, der wegen der Risikovorsorge für die beiden Irak-Großprojekte zum Dividendenausfall zwang, spiegele über die Marktschwäche hinaus die praktizierte „bewußte Zurückhaltung bei der Hereinnahme neuer Aufträge".

Zum Inlandsmarkt merkt der Vorstand an, die deutsche Bauindustrie befinde sich „noch im schmerzhaften Prozeß notwendiger Kapazitätsanpassung an den geschrumpften Markt". Zumal im Ingenieurbau blieben noch nicht beseitigte Überkapazitäten die Ursache eines Verdrängungswettbewerbs auf „nach wie vor unbefriedigendem" Preisniveau.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Balingen: Winfried Werner GmbH Garten-, Landschafts- u. Sportplatzbau, Haigerloch; **Bergisch Gladbach:** GBI Ges. f. Bau- u. Industriemaschinen mbH; **Bingen:** *BG Grall-Bauges. mbH, Sprendlingen;* **Dortmund:** SKI Spezialhandel von Kraftfahrt- u. Industriebedarf GmbH; **Essen:** Nachl. d. Karl-Heinz Stallmann, Sprockhövel 2; VERTEXO Sonnenschutz GmbH; **Friedberg:** CSR Heinz Krueger GmbH, Wölfersheim 1; **Geilenkirchen:** Elfriede Weinheimer, Selfkant; **Gifhorn:** Adelheid Kleindienst; **Herzberg am Harz:** „die brille" Ges. mbH; **Hünfeld:** Karl Erich Werner Frobenius, Nüsttal-Hofaschenbach; **Köln:** BKT – Büro- u. Kommunikations-Technik-Vertriebs-GmbH; HABITEX Werbung GmbH i. L.; **Menden:** Nachl. d. Klara Huckschlag; **Northeim:** Kristallglaswerk Buder GmbH & Co. KG, Uslar OT. Volpriehausen; **Remscheid:** INTER-SOLAR Projektges. f. moderne Glasanbauten mbH; **Soltau:** Nachl. d. Mimmi Antonie Albertine Kutz geb. Helmke, Schneverdingen.

Anschlußkonkurs eröffnet: Wolfsburg: *Jane & John-Färberei-*, Textil-Handels- u. Herstellungsges. mbH.

Vergleich beantragt: Leverkusen: Familien-Wohnungsbau eG Opladen.

Ravensburger Spiele „gut im Trend"

Otto Maier Verlag rechnet für das laufende Jahr mit 15 Prozent Umsatzplus

WERNER NEITZEL, **Stuttgart**

Vom kräftigen Aufschwung, den der Markt für Gesellschaftsspiele derzeit hierzulande erfährt – der wertmäßige Zuwachs in diesem Jahr wird mit 20 Prozent veranschlagt –, profitiert natürlich in besonderem Maße der Marktführer auf diesem Gebiet, die Otto Maier Verlag GmbH, Ravensburg. Dieses unter der Marke „Ravensburger" auftretende Familienunternehmen liege mit seinem Programm, wie geschäftsführender Gesellschafter Otto Julius Maier betont, „gut im Trend". Allein für den Spieleverlag – daneben gibt es noch den Kinder- und Jugendbuchverlag – rechne er mit einem Anstieg des Umsatzes um 17 bis 20 Prozent auf über 100 Mill. DM. Kräftiger Schub komme dabei von dem mit dem Kritikerpreis „Spiel des Jahres 1986" ausgezeichneten Gesellschaftsspiel „Heimlich & Co".

Die Ursache für die kräftige Expansion im Spiele-Bereich sieht man bei Ravensburger hauptsächlich in der größeren Hinwendung breiter Bevölkerungsschichten zu einer aktiven Freizeitbeschäftigung. Computerspiele seien praktisch vom Markt verschwunden, dessen Volumen auf etwa 400 Mill. DM (ohne Kartenspiele) – zu Ladenverkaufspreisen – geschätzt wird. Ravensburger gibt seinen Anteil am Inlandsmarkt mit „knapp ein Drittel" an. Überdies habe die Aktualität der Quizspiele wesentlich zum Marktwachstum beigetragen.

Eine verhaltenere Entwicklung vollzieht sich bei Maier im Buchverlag, in dem man nach der Stagnation des Vorjahres für dieses Jahr wieder mit einem Umsatzwachstum rechnet. Das Ravensburger Unternehmen, das im zurückliegenden Geschäftsjahr 1985 den Umsatz um 5,7 Prozent auf 130 (1984: 123) Mill. DM ausgeweitet hatte – davon entfielen allein unverändert 32 Mill. DM auf den Buchverlag –, geht für das laufende Jahr 1986 von einem Umsatzwachstum in der Größenordnung von 15 Prozent aus. Der konsolidierte Gruppenumsatz belief sich im vergangenen Jahr auf 165 (156) Mill. DM.

Der Ertragslage des Unternehmens gibt Maier die Note „drei plus". Bei den Fernseh-Aktivitäten, die von der Tochtergesellschaft Ravensburger Film + TV GmbH wahrgenommen werden, sei man noch immer unterhalb der Rentabilitätsschwelle. Die positive Beurteilung der Entwicklungsmöglichkeiten des Unternehmens, das derzeit rund 800 Mitarbeiter beschäftigt und mit einer Eigenkapitalquote von 39 Prozent an der mit 78 Mill. DM angegebenen Bilanzsumme aufwarten kann, findet ihren Ausdruck bei den Investitionsplanungen. Nach knapp 4 Mill. DM Investitionen 1986 sind für das kommende Jahr 9 Mill. DM vorgesehen.



BEKANNTMACHUNGEN

148/N629/86

Konkurs

Über das Vermögen der **Glückauf-Bau-Aktiengesellschaft**, vertreten durch den alleinigen Vorstand **Dipl.-Ing. Huno Herzog von Oldenburg, Helenenbergweg 19, 4600 Dortmund 50**, ist am 24. 11. 1986, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet worden. Konkursverwalter: **Dipl.-Kaufmann Wolfgang Seiler, Dahmsfeldstr. 55, 4600 Dortmund 50.** Konkursforderungen sind bis zum 20. 3. 1987 bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung zur Wahl eines Verwalters sowie zur Beschlußfassung über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Angelegenheiten am 17. 2. 1987, 9.00 Uhr, Saal 714, und Prüfungstermin am 5. 5. 1987, 9.00 Uhr, Saal 714, im hiesigen Amtsgericht, Dortmund, Nebenstelle Bremer Str. 7–11, I. Obergeschoß. Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörende Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schulden, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Pflicht auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für sie sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Verwalter bis zum 29. 12. 1986 Anzeige zu machen.

Amtsgericht Dortmund

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken! 286

Renten wieder freundlich

Der Markt öffentlicher Langläufer profitierte zum Teil von weiteren Auslandskäufen. Dabei scheinen Aufwertungserwartungen eine nicht unwesentliche Rolle gespielt zu haben. Kursgewinne bis zu 0,30 Prozentpunkte wurden verzeichnet. Die letzte 6¾prozentige Hessen-Anleihe kam um 0,20 Prozentpunkte über Emissionskurs zu 99,60 Prozent in den Handel. Am Pfandbriefmarkt zeigte sich die freundliche Rententendenz in weiteren Renditesenkungen. DM-Auslandsanleihen ebenfalls leicht anziehend.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	[illegible]	100,55	100,55G
F	8 dgl. 77	[illegible]	100,95	100,95
F	6 dgl. 78 II	[illegible]	101,6	101,6
F	8½ dgl. 77	[illegible]	102,9G	102,9
F	9 dgl. 79 I	[illegible]	106,55	106,55
F	6 dgl. 78 I	[illegible]	102,05	102,1
F	6 dgl. 80 II	[illegible]	108G	108

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart.

Warenpreise – Termine

Deutlich fester schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Die Terminmärkte für Kaffee, Zucker und Kakao blieben geschlossen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	28.11.	27.11.
Dez.	292,00	
März	286,50-286,00	geschl.
Mai	266,75-267,00	

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

28.11.	27.11.
geschl.	geschl.

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

geschl.	geschl.

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	28.11.	27.11.
Dez.	51,95-52,00	
März	52,85	
Mai	52,96	geschl.
Juli	53,17	
Okt.	54,40	
Dez.	54,85-54,90	

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS–1

geschl.	geschl.

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	1.12.	28.11.
Dez.	558-560	
Jan.	554-559	unerh.
März	555-565	
Umsatz	2545	

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	1.12.	28.11.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–

Tendenz: –

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	1.12.	28.11.
Dez.	660,00-690,00	660,00-690,00
März	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	1.12.	28.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	1.12.	28.11.
Dez.	11971	11959
Jan.	11821	11890

KAUTSCHUK London (p/kg)

	28.11.	27.11.
spot	62,75-65,75	62,50-65,50
RSS 1 Jan.	60,75-61,75	60,75-61,75
RSS 2 Jan.	59,75-60,75	58,50-59,50
RSS 3 Jan.	58,75-59,75	60,50-61,50

Tendenz: uneinheitlich

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	1.12.	28.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	266,64-268,81	267,33-269,35
BLEI in Kabeln	104,25-105,25	104,50-105,50

ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)

Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	1.12.	28.11.
MS 58, 1.VS	253-255	254-257
MS 58, 2.VS	304-309	310-311
MS 63	284-288	284-289

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	1.12.	28.11.
Leg. 225	238-254	238-254
Leg. 226	240-256	240-256
Leg. 231	275-286	275-286
Leg. 235	285-301	285-301

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	1.12.	28.11.
PLATIN (DM/g)	34,158	33,108
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	29298	28728
Rückn.-Pr.	24900	24400
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25090	25320
Rückn.-Pr.	25780	24640
verarbeitet	270508	265608
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	25230	24810
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	344,90	351,40
Rückn.-Pr.	355,80	340,60
verarbeitet	371,508	366,908

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

Zinn-Preis Penang

Londoner Metallbörse

Energie-Terminkontrakte

New Yorker Metallbörse

Kartoffeln

Bauholz

Devisenterminmarkt

Der Druck auf das Britische Pfund führte am 1. 12. zu einem kleinen Zinsanstieg und einer Erhöhung der Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,30-0,20	0,70-0,60	1,55-1,15
Pfund/Dollar	0,63-0,61	1,83-1,80	3,72-3,66
Pfund/DM	7,30-0,90	5,50-4,10	10,0-8,60
FF/DM	16-p	35-19	63-47

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 1.12.: Tagesgeld 4,40–4,50 Prozent; Monatsgeld 4,45–4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,60–4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.
Privatdiskontsätze am 1.12.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 1.12.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 1.12. Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6¼-6½	4⅞-5	3⅞-4⅛
3 Monate	6-6¼	4¾-4⅞	3⅞-4⅛
6 Monate	5⅞-6⅛	4¾-4⅞	3⅞-4⅛
12 Monate	6-6¼	4¾-4⅞	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 1.12. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,50; Verkauf 18,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 14,75; Verkauf 17,75 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 1.12. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM).

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl. MwSt.	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	195,00	250,80	34,98
20 ffr. Napoleon	5,8070	144,00	192,66	33,18
20 sfr Vreneli	5,8070	156,00	206,34	35,53
1 Sovereign Neu	7,3220	170,00	222,30	30,36
1 Sovereign Alt	7,3220	173,00	225,72	30,83
100 Kronen Öster.	30,4880	730,00	900,60	28,79
20 Kronen Öster.	6,0980	145,00	188,10	30,85
10 Kronen Öster.	3,0480	79,00	106,02	34,78
4 Dukaten Öster.	13,7700	342,00	424,08	30,80
1 Dukaten Öster.	3,4420	79,00	110,58	32,13
10 Rubel Tscherw.	7,7423	193,00	248,52	32,10
Krügerrand 1 Uz	31,1035	768,00	915,42	29,43
Krügerrand ½ Uz	15,5517	404,00	483,36	31,08
2 Rand Südafrika	7,3220	168,00	220,02	30,05
1 Rand Südafrika	3,6610	76,00	109,44	29,89
50 C.$ Mapl L. 1 Uz	31,1035	795,00	946,70	30,42
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1103	82,00	104,88	32,99
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	975,00	1259,70	41,86
Gold Am Eagle 1 Uz	31,1035	800,00	951,90	30,60
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1050,00	1219,80	39,22
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	104,00	134,52	43,25

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. November 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/9 (Typ A) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,23) – 5,50 (4,64) – 6,00 (4,95) – 7,00 (5,32) – 8,00 (5,70). Ausgabe 1986/10 (Typ B) 3,50 (3,50) – 5,00 (4,25) – 5,50 (4,66) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,39) – 8,00 (5,82) – 8,00 (6,13). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,75, Kurs 100,60, Rendite 5,61.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 1.12.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,294	6,70
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,15	6,17
Commerzbank	100,00	4.8.00	41,85	6,58
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	146,50	8,62
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	113,05	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,51	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,22	6,65
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	52,30	7,00
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,72	6,46
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,61	6,90
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,25	6,56
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,80	7,13
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,46	7,03
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,15	7,18
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	13,62	7,03
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,70	6,44
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,65	6,55
WestLB 603	100,00	1.6.01	39,85	7,10
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,85	7,23
WestLB 500	126,86	16.2.89	115,25	4,46
WestLB 501	137,01	16.2.90	117,50	4,92
WestLB 504	141,85	1.10.91	110,35	5,43
WestLB 505	143,24	1.9.92	105,00	5,56
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	115,50	6,62
Österreich	294,12	24.5.00	115,50	7,13
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	129,95	8,38
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	132,40	7,65
Prud Realty	$ 100	15.1.99	71,40	8,72
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	79,875	7,28
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.97	68,25	7,65
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	60,00	10,33
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	66,50	8,16
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	66,125	8,19
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	62,625	7,82
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	53,375	9,11
Penney (A+)	100,00	17.2.94	54,75	8,71
Sears (AA)	100,00	27.5.94	54,375	8,47
Philip Morris/A	100,00	6.6.94	53,5	8,67
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	52,75	8,05

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%	(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70	(4,70)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	4,90	(4,95)	100,2	101,9	103,7	105,6	107,5	109,3
3	5,25	(5,27)	99,30	101,8	104,5	107,2	109,9	112,6
4	5,54	(5,56)	97,75	101,3	104,8	108,3	111,8	115,3
5	5,75	(5,78)	96,40	100,7	104,9	109,1	113,3	117,6
6	5,95	(5,97)	94,85	100,3	104,7	109,6	114,5	119,4
7	6,30	(6,35)	92,30	98,35	103,3	108,8	114,3	119,8
8	6,60	(6,65)	89,75	95,75	101,8	107,9	113,9	120,0
9	6,70	(6,73)	88,15	94,75	102,0	107,9	114,5	121,1
10	6,75	(6,76)	86,90	94,00	101,8	108,2	115,2	122,3
15	7,00	(7,10)	81,00	90,05	100,0	108,2	117,2	126,3

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,827 (112,742)
Performance-Rentenindex: 250,616 (250,359)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	28. Nov.	5,938-6,188
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	unerh.
	60–270 Tage	unerh.
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,90
	60 Tage	5,85
	90 Tage	5,80
Certificates of Deposit	1 Monat	unerh.
	2 Monate	unerh.
	3 Monate	unerh.
	6 Monate	unerh.
	12 Monate	unerh.
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,39
	26 Wochen	5,42
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,14
	30 Jahre	7,41
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	17. Nov.	712,3 Mrd. $ (-1,0 Mrd.$)
NYSE-Aktienindex (New York) Dez.	–	143,15
März	–	143,50

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52852

ECU

Euro-Yen

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

Die „Prawda" als Propagandist, Agitator und Organisator der Partei

Papiermangel begrenzt die Auflage

Unser Ziel heißt Propaganda", so Chefredakteur und ZK-Mitglied Afanasew. Propagiert werden soll die Politik der Partei und der Regierung. „Und wir machen die Zeitung so, daß sie das Vertrauen der Partei rechtfertigt."

Diese klare Aussage gilt der „Prawda", zu deutsch „Die Wahrheit". Sie ist die große Parteizeitung in der Sowjetunion, die am 5. Mai (22. April nach altem Kalender) 1912 von Lenin gegründet wurde. Im kommenden Frühjahr besteht sie 75 Jahre. Der erfahrene Moskau-Korrespondent Peter Bauer, der seit viereinhalb Jahren für die ARD aus der Sowjetunion berichtet, wollte gern Gesichter erblicken, Redakteure kennenlernen, deren Berufsauffassung vom Journalismus zu der ihrer westlichen Kollegen Welten trennt. Bauer wollte sehen, wie diese Zeitung entsteht – das Organ des Zentralkomitees der KPdSU –, die so Ton angebend in der Sowjetunion ist.

In seiner dreißigminütigen Sendung schildert Bauer den Besuch in der Redaktion in der Prawda-Straße 24 in Moskau. Er sprach mit Redakteuren, wohnte der morgendlichen Konferenz bei, besichtigte Redaktionen und Druckereiräume. Und er flog nach Chabarowsk im fernen Osten des Landes, wo die „Prawda" – wie übrigens in weiteren 44 Orten der Sowjetunion – per Satellit per Fotosatz überspielt wird. Und der deutsche Fernsehreporter erlebte dann wie hier am frühen Morgen das Parteiblatt, das am Abend zuvor in Moskau gedruckt wurde, an den Kiosken von Chabarowsk verkauft wurde.

In 11 Millionen Exemplaren wird an sieben Tagen der Woche die „Prawda" gedruckt. Davon werden 2 700 000 Blätter in der Hauptstadt Moskau verkauft. Der Preis beträgt vier Kopeken (12 Pfennige). Wer nun glaubt, diese Zeitung, die für westliche Leser mit ihren anödenden Bleiwüsten fast unzumutbar erscheint, wäre ein Ladenhüter oder gar nur als Einwickelpapier geeignet, irrt. Schon um 11 Uhr vormittags sind an den Moskauer Zeitungsständen – wie übrigens die anderen Zeitungen auch – alle Blätter ausverkauft. Häufig bilden Leser, schon bevor die Kioske öffnen, eine Schlange.

Auslandsreporter – West III, 20.15 Uhr

An dem Blatt, dessen Layout so grau und eintönig ist – jedem Dokument der Partei, jedem Beschluß der Regierung, jeder langen Rede des Parteivorsitzenden wird breiter Raum gewidmet –, arbeiten 150 Redakteure in der Moskauer Zentrale, 50 Auslandskorrespondenten, 50 Inlandskorrespondenten und 60 Fotoreporter in der Sowjetunion kommen hinzu. Daß jeder von ihnen Mitglied der Kommunistischen Partei ist, liegt auf der Hand. Frauen sind allerdings im Redaktionsteam der „Prawda" nicht zu finden. Obwohl in den Anfangsjahren Rosa von Luxemburg so aktiv an diesem Blatt beteiligt war.

Die traditionellen Rubriken – Innenpolitik, Außenpolitik, Militär, Landwirtschaft, Wissenschaft, Arbeitswelt und Leserbriefe – prägen das Gesicht dieser Parteizeitung. Vor allem aber konzentriert sich die „Prawda" auf die Außenpolitik. Seit Monaten ist SDI der Dauerbrenner, ein Thema, das jeden Tag eine neue gedruckte Variante erhält. Für Lenin, dem Begründer der „Prawda", bedeutete die Parteipresse ein wichtiges Kampfmittel, weil sie „nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator" ist.

Mit seinem Aufruf: „Wir brauchen eine Zeitung, eine Zeitung, eine Zeitung! Und für sie braucht man Geld, Geld, Geld! Man muß sie, koste es, was es wolle, durch Geldsammlungen unterstützen und sie überall hin verbreiten", hatte er Erfolg. Arbeitergruppen im ganzen Sowjetreich spendeten und so konnte die „Prawda" vor 74 Jahren erscheinen.

Das größte Problem des heutigen Parteiblattes, das so wenig wie möglich dem Zufall überläßt, ist die Papierzuteilung. Sonst wäre die Auflage noch größer.

Das Blatt, das keine Anzeigen kennt, mache dennoch Gewinn, erklärte Afanasew dem deutschen Reporter. Wieviel verriet er allerdings nicht, aber „man könne damit sogar die Parteikasse unterstützen".

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Wo die Sprache den Heuchler denunziert

Es kann sich einer noch so sehr mit schönen Wörtern schmükken, irgendwann entschlüpft ihm die weniger schöne Wahrheit, und alle Phrasen von Mitmenschlichkeit verblassen im Nu zu einem verschmierten Schattenbild. Was immer sich betrügen läßt auf dieser Welt, die Sprache ist es nicht, sie bricht aus jeder Lüge und irgendwann, irgendwo offenbart sie den verlogenen Sprecher.

Nehmen wir mal unser aller geliebtes Fernsehen: Die Staatsverträge und Abkommen, die Satzungen und amtlichen Verlautbarungen wimmeln geradezu von den Guttaten, die aus den elektronischen Gremien der Nation geliefert werden sollen. Sogar von der Erbauung ist stellenweise die Rede. Es wird einem so wirklich warm ums gebührenpflichtige Herz.

Nur manchmal, in einem unkontrollierten Moment, entweicht einem öffentlich-rechtlichen Amtsmund ein kleines Sätzchen, das die eigentliche Wahrheit kundtut. Da verwandelt sich die hochgepriesene Menschlichkeit zu einem schieren Werbeartikel, da wird der Fernsehzuschauer zum Material, zu einer Manövriermasse oder wie man solches nennen soll, wenn es in einer amtlichen Verlautbarung zum „Zuschauerpotential" verdinglicht wird. Heißt es doch in einer Verlautbarung der ARD, durch eine Änderung des Nachmittagsprogramms wolle man ein „noch nicht voll ausgeschöpftes Zuschauerpotential" erreichen. Der Mensch, der bisher dem Apparat den Rücken drehte, soll nun bewogen werden, dem Nachmittagsprogramm beizuwohnen. Warum auch nicht, es ist schließlich das Geschäft des Fernsehens, für alle Menschen Programm zu machen. Doch das stimmt hier nicht. Wir glauben der hehren Absicht nicht mehr, zu kaltschnäuzig und menschenfeindlich ist die Bezeichnung, die uns eben dieses Fernsehen anhängt. Wem wir nur „Zuschauerpotential" sind, der soll sich seine Zuschauer unter den Computern suchen oder in den Großviehställen der Milchfabriken oder sonstwo, wo Lebewesen nur noch in quantifiziertem Code in Erscheinung treten.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Informativ und fair

Titel und Vorankündigungen ließen ziemlich Schlimmes erwarten. **Ach, wie sind wir so gemietlich,** tönte es aus den Programmheften, und vom „Staatsvolk der DDR" war die Rede. So war man darauf eingestellt, daß einem wieder einmal jene Soße aus Bliemchenkaffee und roter Marmelade offeriert werden würde, die Witzblätter seit jeher als „typisch sächsisch" verkaufen.

Glücklicherweise kam es anders. Peter Merseburger bot einen sowohl informativen als auch fairen Bericht, der allenfalls den Fehler hatte, sich zu sehr im Vergangenen aufzuhalten. Über das Sachsen von heute erfuhr man wenig, nichts über seine übel heruntergewirtschafteten Industriestädte, nichts über die verzweifelt nach Freiräumen suchende Kultur- und Jugendszene, kaum etwas über die dräuenden Strukturprobleme, als da sind extensiver, umweltgefährdender Braunkohlentagebau, nicht mehr konkurrenzfähige Textilbetriebe, durch Wismut-Bergbau und sauren Regen zerstörtes Erzgebirge usw.

Dagegen viel vom Glanz des alten Sachsen, von seinen populären, generösen Monarchen, seinen berühmten Musikern und Philosophen, seinem Silber und seinem Porzellan. Die historische Kalamität des Landes kam gut heraus: Daß es, eingekeilt zwischen Preußen und Österreich und immer in den unterliegenden Allianzen, zum Kriegsschauplatz der Großmächte gemacht wurde, daß es gebrandschatzt, reduziert und schließlich in kommunistische Regionalbezirke aufgeteilt wurde, ohne doch je seine Identität zu verlieren.

Auch der Erfindungsreichtum, die industrielle Vigilanz und die Weltneugier der Sachsen wurden angesprochen. Gerade diese Haupteigenschaften können unter den Bedingungen der kommunistischen Diktatur nicht oder nur sehr eingeschränkt zum Zuge kommen – eine Tragödie, die auch kein Galgenhumor vergessen machen kann.

gaz

ARD

9.45 **Info: Verbraucher**
10.00 **heute**
10.05 **WISO**
Wirtschaftsmagazin

15.50 **Tagesschau**
16.00 **Die Sklavin Isaura (6)**
16.25 **Rund um den Dom**
Umzug des Museums Ludwig in Köln
16.45 **Spaß am Dienstag**
Mit Monika und dem Miesling
17.45 **Tagesschau**
17.55 **Regionalprogramme**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Was bin ich?**
Ratespiel mit Robert Lembke
21.00 **Report**
„DDR"-Überläufer berichtet. Sancoz ist überall. Praktiken der Autoversicherer. Bilanz der Grünen. Sorgen um die Volksfürsorge – Die „Perle der Gemeinwirtschaft" im Wechselbad gewerkschaftlicher Verkaufspläne
21.45 **Dallas**
Mit Bobbys erstaunlicher Wiederkehr endet vorläufig die Serie
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Kulturwelt Film**
Dorfkino und Filmpalast
Reportage von Michael Strauven
23.45 **Tagesschau**
23.50 **Nachtgedanken**
Adolph Freiherr von Knigge: Über den Umgang mit den Großen der Erde

ZDF



10.35 **Die Sterne schwindeln nicht**
12.10 **Bilder aus Europa**
12.55 **Presseschau**
13.00 **Tagesschau**

16.00 **heute**
16.04 **Computer-Corner**
16.20 **Schüler-Express**
Dein ist mein ganzes Herz
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
Gast: die Bolschoi-Don-Kosaken
17.45 **Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm**
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 **Der Untermieter**
Willi à la carte
19.00 **heute**
19.30 **Die Reportage**
Sexuelle Gewalt
Über Täter und Therapien
20.15 **Der schwarze Seeteufel**
Italienischer Spielfilm (1961)
Regie: Mario Costa
21.45 **heute-journal**
22.05 **Nachtflüge**
Zwei Kurzfilme:
Brief an die Produzentin von Jochen Kuhn. Die Anprobe von Franz Winzentsen
22.40 **Aspekte extra**
Panorama des 19. Jahrhunderts
Das neue Museum im Pariser Gare d'Orsay
23.10 **Die Straßen von San Francisco**
Attentat auf den Zeugen (Wh.)
0.00 **heute**

III.

WEST
18.00 **Telekolleg**
18.30 **Sesamstraße**
19.00 **Aktuelle Stunde**
Bürgertelefon: 0221 / 23 64 33
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Auslandsreporter**
Peter Bauer aus der UdSSR: Die Prawda
20.45 **Rückblende**
Vor 185 Jahren geboren: Johann Nestroy
21.00 **Formel Eins**
21.45 **Das war doch Utopie für uns**
Vom „Penner" zum Unternehmer
22.15 **Deutschlandbilder**
Fabelzeiten
23.00 **Auslandsmagazin**
Mit Beiträgen aus USA, Kenia, Frankreich, UdSSR
23.45 **Nachrichten**

NORD
18.30 **Formel Eins**
19.15 **Arbeitsmarkt Schweden**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Treffpunkt**
21.00 **Andrea Roll – eine Zumutung**
Fernsehspiel von Jürgen Sehmisch
22.30 **Geschichte in Bildern**
Frankreich im 18. Jahrhundert
23.15 **Nachrichten**

HESSEN
18.00 **Sesamstraße**
18.33 **Formel Eins**
19.20 **Hessenschau**
19.55 **Drei aktuell**
20.00 **Tatort**
Die Abrechnung
21.35 **Drei aktuell**
21.45 **Filmmagazin**
Interview mit Hanna Schygulla. „Das kalte Paradies" von Bernard Safarik. Der andere Blick – Initiative junger Filmemacher in Bayern
22.30 **Porträt Montgomery Clift**
23.30 **Focus on Jazz**
Jazz-Festival in Frankfurt 1986

SÜDWEST
18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Geburtstagsparty**
18.33 **Zoos der Welt**
18.58 **Schlagzeilen**
19.00 **Abendschau/Blick ins Land**
19.26 **Sandmännchen**
19.30 **Vis-à-vis**
20.15 **Auch ich in Arkadien**
Goethes italienische Reise
21.00 **Aktuell/Neues**
21.15 **Die Verführerin**
Franz.-ital. Spielfilm (1963)
Mit B. Bardot, Anthony Perkins
22.55 **8 x USA**
23.20 **Nachrichten**

BAYERN
18.15 **Familienjournal**
18.45 **Rundschau**
19.00 **Carolins Fleckerlteppich**
19.55 **Z. E. N.**
20.00 **Spiegelbilder**
20.15 **Der Museumsbesuch**
Die Münchner Glyptothek
20.45 **Die Sprechstunde**
21.30 **Rundschau**
21.45 **Stadt der rauhen Männer**
Amerikanischer Spielfilm (1949)
23.20 **Rundschau**

SAT 1

18.00 **Verliebt in eine Hexe**
Der Schaukelstuhl
Anschließend: Goldies
18.30 **blick**
18.45 **Schirm, Charme, Melone**
Anschl.: Heiße Ware Swing
19.45 **Love Boat**
Ein italienischer Gigolo
Die Geisterstunde der Phantombraut
Mit 17 schon erwachsen
20.40 **Airwolf**
Auf dem Weg zur Macht
21.30 **blick**
22.15 **F. A. Z. etten**
So sehen uns die Spanier
22.45 **Vegas**
23.35 **blick**

1 plus



19.00 **Unter deutschen Dächern**
Die Synagoge im Hinterhof
Film von Roman Brodmann
19.45 **Rückblende**
Vor zwanzig Jahren: Ludwig Erhard scheitert als Bundeskanzler
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Deutschstunde (1)**
Von Siegfried Lenz
Regie: Peter Beauvais
22.00 **Die Frau des Fährmanns**
Chinesischer Spielfilm (1984)
23.25 **Nachrichten**

3sat

18.00 **Mini-ZIB**
18.10 **Spielregeln**
Jugend und Justiz: Zensuren
19.00 **heute**
19.20 **3SAT-Studio**
19.30 **Diese Drombuschs**
Flucht nach vorn
20.30 **Maos Enkel**
Zehn Jahre nach Maos Tod
Dokumentation von W. Fitzthum
21.15 **Zeit im Bild 2**
21.35 **Kulturjournal**
21.45 **Club 2**

RTL plus

18.15 **Deutsche Szene/Regional 7**
18.35 **Hans-Werner kauft alles**
18.53 **7 vor 7**
19.22 **Karlchen**
19.30 **Das Tal der Pappeln**
Die neue Teilhaberin
20.15 **RTL-Spiel**
20.20 **Filmvorschau**
20.30 **Der Zigeuner**
Franz.-ital. Spielfilm (1975)
Mit Alain Delon, Annie Girardot
Buch, Regie: José Giovanni
22.15 **RTL-Spiel**
22.20 **Nachrichten**
22.30 **Blick in die Welt**
Vor 30 Jahren
22.40 **Popeye kommt auf den Hund**
22.45 **Open End: Rund um den Hund**
23.45 **Wetter/Horoskop/Betthupferl**
0.00 **Wall Street Final**

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp
Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Japans Meisterregisseur Akira Kurosawa schrieb seine Autobiographie

Einer Schlange malt man keine Beine!

Japans 76jähriger Meisterregisseur Akira Kurosawa, der uns erst unlängst mit seinem reifen schönen Alterswerk „Ran", einem „Lear" à la japonaise, begeisterte, hat es jetzt doch über sich gebracht, ein Buch über sein Leben zu schreiben. „So etwas wie eine Autobiographie" heißt dieses Opus, das freilich nur indirekt Aufschluß gibt über sein filmisches Werk. Kurosawa hatte stets eine erklärte Abneigung, über seine Arbeit zu sprechen. „Alles, was ich sagen will", so der Regisseur, „ist in den Filmen selbst enthalten. Noch mehr zu sagen, ist für mich, als malte ich einer Schlange Beine." Mit einer Fabulierlust ohnegleichen erzählt er statt dessen ausführlich von seiner Kindheit in Tokio und führt uns tief hinein ins alte Japan.



Von oben hat er zuerst die Welt betrachtet: vom Rücken seiner Kinderfrau aus. Vielleicht erklärt sich daraus seine distanzierte, scharfe Beobachtungsgabe, die sich schon früh entwickelte. Seiner Umwelt galt er dagegen als ausgesprochener „Spätzünder", und lange Zeit krebste er weit unter dem Leistungsniveau seiner Schulkameraden herum. Das trieb den hochsensiblen Jungen früh in eine Außenseiterposition und machte ihn oft genug zum Gespött der Mitschüler. Unverhohlen gibt der heute als „tough guy" geltende Regisseur zu, daß er als Kind eine wahre Heulsuse war.

Man nannte ihn „Herr Gummibonbon", weil er angeblich Tränen so groß wie Gummibonbons weinte, was vor allem für seinen militärisch ausgerichteten Vater, Abkömmling einer Samurai-Familie, einem Affront gleichkam. Der kleine Akira wurde einer harten Erziehung unterworfen. Doch er fand auch einen Lehrer, der sein Talent und seinen Wert früh erkannte. Mit Verve und Dank spricht Kurosawa von diesem Mann; gewiß gab dieser Lehrer ein Vorbild ab für viele ebenso rührende wie weise alte Männergestalten in seinem Werk.

In bildkräftiger poetischer Sprache schildert Kurosawa die Klänge und Geräusche seiner Jugend, die im modernen Tokio längst verschwunden sind: etwa der Klang der hölzernen Klappern des Feuerpostens, der Klang der Pfeife des Tabakpfeifenreparateurs, die Trommelschläge des Mannes, der die Riemen der Holzpantinen reparierte. Die Glöckchen des Affendresseurs, das Sirren der Drachenschnüre, das Klimpern der Ware des Mobile-Händlers – all das sind „kalte oder warme, heiße oder kühle Töne", und für Kurosawa knüpfen sich viele verschiedene Gefühle daran.

Ähnlich sinnlich wie die Geräusche schildert er auch die Gerüche seiner Kindheit. „Ich weiß nicht mehr, wer gesagt hat, Schöpfung sei Erinnern", schreibt Kurosawa. Auf ihn jedenfalls und seine Arbeit treffe dieses Wort voll zu. Schlimmme Erinnerungen bewahrt der Japaner an jene Szenen, die sich ihm, dem damals 13jährigen, nach dem großen Erdbeben von Tokio boten, das aus der Stadt ein von Toten übersätes Trümmerfeld gemacht hatte. Berge von Leichen türmen sich denn auch immer wieder in seinen Filmen auf.

Im letzten Teil seines Buches kommt Kurosawa auf die Anfänge *seiner Karriere zu sprechen:* Er berichtet Anekdotisch-Amüsantes aus seiner Zeit als Regieassistent bei der Toho-Company. Und er setzt seinem verehrten Lehrer dort, dem Regisseur Kajiro Yamamoto, ein wunderschönes Denkmal. Genau wie auch sei*nem Lieblingsschauspieler Toshiro* Mifume, den er 1948 entdeckt und erstmals in seinem Film „Der trunkene Engel" eingesetzt hatte.

Das Buch endet mit ein paar stichwortartigen Reflexionen über „Rashomon", Kurosawas erstem internationalen Erfolg, der ihm 1950 den Goldenen Löwen von Venedig und den Auslands-Oscar eingebracht hatte. Zu den darauf folgenden Jahren habe er noch nicht die nötige Distanz, so der Regisseur, um darüber Lesenswertes zu notieren. Hoffen wir, er möge alt genug werden, um diese Distanz eines Tages doch noch zu überwinden. Denn seine Erinnerungen sind ein Lesevergnügen, das man gern fortsetzen möchte.

DORIS BLUM

Akira Kurosawa: „So etwas wie eine Autobiographie". Schirmer/Mosel, München. 243 S., 39 Mark.

Elf Bildhauer bringen eine Hommage an die „Kulturhauptstadt Florenz"

Vom Hasen aufs Einhorn gekommen

Bevor Florenz, die „Hauptstadt der Europäischen Kultur 1986" ihr Privileg an Amsterdam abgibt – 1988 ist dann Berlin an der Reihe –, bietet es noch eine Reihe eigener und von den Nachbarn der Gemeinschaft entsandter *Veranstaltungen:* Musik, Theater, Ausstellungen. Zu den interessantesten gehört die 1985 in Athen, der ersten „Kulturhauptstadt", begonnene Auswahl von je einem bildenden Künstler aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, der *stellvertretend für die neuen Tenden*zen seines Landes stehen soll. Da das Gastland ausgeschlossen wird, sind es stets elf Künstler. Diesmal hat das internationale Komitee, dessen deutsches Mitglied Dieter Honisch, der Direktor der Berliner Nationalgalerie, ist, elf *Bildhauer* ausgewählt – im Nachklang der Ausstellungen zur 600-Jahr-Feier Donatellos, der Skulpturen von Degas aus dem Museum von São Paulo und der Arbeiten von Manzù.

Die Werke der „Elf Europäischen Bildhauer" sind im „Ospedale degli Innocenti" zu sehen, im Souterrain eines der schönsten und harmonischsten Bauwerke von Florenz, dem Findelhaus, das Brunelleschi erbaut und Andrea della Robbia mit blauweißen Lunetten geschmückt hat, den Abbildern der auf *Kirchentreppen* ausgesetzten Wickelkinder, die barmherzige Hände in das Findelhaus trugen. Brunelleschis Gewölbe sind der Rahmen, seine feierliche Renaissancearchitektur der Prüfstein für die Künstler unserer Tage und ihre Werke. Einer von ihnen hat gesagt, Brunelleschi vertrete als zwölfter im Bunde sein Italien. Welch eine Konkurrenz!

Alphabetisch aufgezählt stellen aus: Jeannette Bewing (Luxemburg), Yannis Bouteas (Griechenland), Alberto Caneiro (Portugal), Eduardo *Chillida (Spanien), Barry Flanagan* (England), Per Kirkeby (Dänemark), Markus Lüpertz (Bundesrepublik), Eilis O'Connell (Irland), Panamarenko (Belgien), Sarkis (Frankreich) und Carel Visser (Holland).

Es ist nicht möglich, einen gemeinsamen *Nenner zu finden: Es gibt* nicht eine, sondern elf Tendenzen. Man kann allenfalls feststellen, daß die zeitgenössischen Bildhauer, bis auf eine Ausnahme, die Poesie verachten.

Die Ausnahme sind die abstrakten *Figurationen aus bemaltem Stahl* der jungen Irin Eilis O'Connell, der einzigen Frau in diesem Kreis. Platz haben vielmehr die Phantasie, die gewollt zu Karikaturen gewordenen Erinnerungen als sinnentleerte Symbole, die Form gewordenen Antworten auf *Fragen und Nöte unserer Zeit.*

Botschafter seien diese Künstler, sagte Martine Baudin, die Direktorin der Brüsseler „Europalia", die mit dem Komitee der Europäischen Gemeinschaften, der IBM und dem Florentiner Ausstellungszentrum die *Schau ausgerichtet hat. Leicht ist ihre* Botschaft nicht immer zu deuten. Wählen wir also vier der Künstler als pars pro toto aus!

Die „Morphogramme" des Griechen Yannis Bouteas, die, Minimal und Luminal Art verbindend, auf mit *dunkler Erde zwischen Neonröhren* bestreuter Fläche emotionsgeladene Landschaften voller Symbole schaffen.

Der Spanier Eduardo Chillida, der älteste und wohl berühmteste unter diesen Künstlern, stellt unter ande*rem seine „Hommage an Goethe"* aus. Wieso Goethe, fragt man sich zunächst vor dem Alabasterblock, der sich wie ein Labyrinth auftut. Ist der gerade Weg, der über eine Stufe im „Fels" zu schimmernden, geheimnisvollen Kammern führt, Fausts *Weg zu den Müttern?*

Stellt der Brite Barry Flanagan, bisher auf Hasen spezialisiert, mit dem goldenen Einhorn, für das die Pferde von San Marco Modell standen, ironisch das Empire und mit seinem sonstigen Müllhaldenmaterial den Zerfall des britischen *Imperiums* vor?

Hat Ironie auch dem in Istanbul geborenen Vertreter Frankreichs, Sarkis, die Hand geführt, als er seine „Lulu" mit Magnetbändern berühmter Stimmen aus Alban Bergs Oper *bekleidete? „Ich schicke Lulu, mon* amour, die schönste meiner Damen, zur Schönsten unter den Schönen der Toskana", sagte Sarkis, als er seine melodische Vogelscheuche zum Arno entsandte.

Um Markus Lüpertz' „Bürger von *Florenz" (aus dem Museum Ludwig* in Köln) scharten sich die Florentiner, betrachteten kopfschüttelnd die grotesken Köpfe aus bemalter Bronze und sagten schließlich: „Wie häßlich sind doch die Florentiner – in Köln!" (Bis 1. März 1987)

MONIKA von ZITZEWITZ

Vordenker der Neuen Musik: Zyklus mit Werken von B. A. Zimmermann

Die Zeit in einer Kugel gefangen

Sucht man nach den Favoriten Neuer Musik in der Nachkriegszeit, so wird ein Name gewiß nicht fehlen: Bernd Alois Zimmermann. Der Kölner Komponist bestimmte neben Karlheinz Stockhausen in den sechziger und frühen siebziger Jahren das musikalische Klima nicht nur im Rheinland, sondern über die Diskussionen der „Darmstädter Ferienkurse für Neue Musik" weite Bereiche des Musiklebens. Zimmermanns Oper „Die Soldaten", gar sein *„Requiem für einen jungen Dichter"*, galten als Schlüsselwerke Neuer Musik.

So ist es auch Zimmermanns „Requiem", das – mit dem Kölner Rundfunk-Sinfonieorchester unter der Leitung von Gary Bertini in der neuen Kölner Philharmonie – eindrucksvoll im Zentrum eines sich auf mehrere Städte verteilenden Zimmermann-Zyklus des Landes Nordrhein-Westfalen und des Westdeutschen Rundfunks steht. Darüber hinaus kommt der Umkreis Zimmermanns zu Gehör, Schüler mit Werken und Interpreten mit Worten.

Es ist erstaunlich: Untersucht man die Gründe für die allseitige Beachtung Zimmermanns, so drängt sich – neben der Bedeutung des Werkes – ein merkwürdiges Mißverhältnis in den Vordergrund: Das Mißverhältnis zwischen der tatsächlichen Kenntnis und Aneignung seiner Musik einerseits und der theoretischen und philosophischen Kommentierung, mit der seine Musik bedacht wurde, andererseits. Ja, man könnte meinen, die Papierflut verdecke die Musik geradezu, sie usurpiere etwas, was erst die Musik selbst demonstrieren kann.

So sind es zwei zentrale Begriffe, die immer wieder zur Erklärung des Werkes von Zimmermann herangezogen wurden, und die die Interpretation immer bestimmt haben: Der Begriff des Pluralismus und die Zeitphilosophie Zimmermanns, die sich *in der anschaulichen Metapher einer* „Kugelgestalt der Zeit" konkretisiert.

Da werden etwa in Zimmermanns „Requiem", als Zeichen seines stilistischen und inhaltlichen Pluralismus, Texte von Alexander Dubček konfrontiert mit einer Rede des Papstes, mit Auszügen aus Ludwig Wittgensteins „Philosophischen Untersuchungen", mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und mit „Dona-nobis-pacem"-Ausrufen eines voluminösen Chores, da kollidieren Bänder mit Allusionen an zweihundert Jahre Musikgeschichte mit Aufnahmen von Massenszenen, da wird einer Jazz-Combo die Rezitation der resignativen Texte Konrad Beyers beigesellt, da wird eine Pluralität, gar eine Universalität von Kunst und Welt dargestellt, die in ihrem fordernden Nebeneinander alle Illusion hinter sich läßt.



Requiem: Bernd Alois Zimmermann FOTO: DEUTSCHE GRAMMOPHON

In der „Kugelgestalt der Zeit" vereinigen sich Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, die Realisierung im ästhetischen Kunstwerk, in der Musik, sei somit so etwas wie die Aufhebung des Zeitcharakters, die Bannung der Endlichkeit, gar des Todes. Aufeinanderfolgendes erscheint gleichzeitig, unterschiedliche Zeitebenen werden derart in ihrer Geschlossenheit relativiert, daß ein geordnetes räumlich-zeitliches Empfin*den gestört wird.*

Diese Vorstellungen und dieser philosophische Ausgangspunkt stehen so auch im Zentrum zahlreicher Rahmenveranstaltungen des Zimmermann-Zyklus, sie sind auch die Kristallisationspunkte zweier Bücher von Wulf Konold, die just zur Eröffnung des Zyklus auf den Markt kamen. Die Anschaulichkeit der Begriffe, aber auch ihre Griffigkeit, könnten allzuleicht etwas verdecken, wovon sie ursprünglich ihren Ausgang nahmen: der genuinen kompositorischen Leistung Zimmermanns. Leicht wird übersehen, daß die Werke Zimmermanns autonomen dramaturgischen und musikalischen Konzeptionen folgen. Die philosophischen Aspekte sind ihnen – zunächst – sekundär und *auch von Zimmermann selbst in sei*nen theoretischen Schriften niemals zur Voraussetzung des Verständnisses seiner Musik gemacht worden.

LOTHAR MATTNER

RENNEN SIE NICHT MIT DER HERDE...



MACHEN SIE SICH IHR EIGENES BILD VON SÜDAFRIKA.

Warum wollen Sie sich das Recht vorenthalten, Südafrika kennenzulernen?

Sie können doch morgen schon dort sein – mit einem Dutzend oder mehr internationaler Fluglinien.

Lassen Sie sich vom Safari-Fieber anstecken und von Städten faszinieren, die auf Gold und Diamanten gegründet wurden. Die landschaftliche Schönheit und Vielfalt werden Sie bezaubern.

Sie werden von den positiven Veränderungen, die in Südafrika vor sich gehen, angenehm überrascht sein. Allein dies zu erleben ist schon eine Reise wert.

Und gerade jetzt ist Südafrika durch den günstigen Wechselkurs von ganz besonderem Reiz für Besucher.

Erfüllen Sie sich Ihren persönlichen Traum, dieses wunderschöne Land zu erleben, und lassen Sie sich von seinem Zauber gefangennehmen.

Ausführliche Informationen darüber, was Südafrika dem Besucher zu bieten hat, finden Sie in dem neuen SAAtours Handbuch für Südafrika-Reisen.



South African Tourism Board
SATOUR
An der Hauptwache 11
6000 Frankfurt/M. 1
Postfach 10 19 40

DW 2/12

Bitte schicken Sie mir kostenlos das SAAtours Handbuch für Südafrika-Reisen 1987.

Name ______________________

Adresse ______________________

SÜDAFRIKA.

VIELFALT, DIE EIN WIEDERSEHEN WERT IST.

Dünn durch Diogenes?

P. D. – Kann man dem Diogenes Verlag in Zürich trauen? Er hat sich schließlich zuerst mit allerhand komischen Büchern einen Namen gemacht. Und nun verspricht er uns „20 tolle Diäten" unter dem recht ambivalenten Titel „Pfundsachen", illustriert von Helme Heine, der ja bekanntlich nicht zu den Erfindern der Traurigkeit gehört. Die Bilder lassen es denn auch am gebührenden Ernst fehlen. Da sieht man ein Schwein auf der Couch bei Dr. Freud, der eine Kochmütze trägt, da wird eine Dame drastisch durch die Mangel gedreht, oder der Teufel überreicht einer Vollschlanken mit Handkuß Messer und Gabel.

Oder was sollen wir von einer Autorin wie Gisela von Radowitz halten, die im Vorwort bekennt: „Je nachdem, wie dick oder dünn ich gerade bin, tröste ich mich mit dem Gedanken, daß auch der Mond zu- und abnimmt". Immerhin folgen dann zwanzig Diät-Vorschläge, die mit der 1000-Kalorien-Diät beginnen, eine Fisch- oder Fasten-Kur oder Safttage empfehlen. Selbst eine Psycho-Diät fehlt nicht. Sie wird eingeleitet mit dem Ringelnatz-Vers „Heute dünn und morgen dick / das ist das weibliche Geschick", und *endet mit der Parole* „Wo ein Wille ist, ist auch eine Diät".

Gewiß, die Rezepte klingen beim Durchlesen praktikabel. Aber dann gibt es immer wieder Neben- und Nachsätze, aus denen das empfindliche Ohr einer/eines Vollschlanken herauszuhören glaubt, daß ihr Mut zur Magerkeit nicht sonderlich hoch eingeschätzt wird. Bei der Reis-Diät heißt es zuerst, daß 100 Gramm in fünf Teilportionen als Tagesration wahre Wunder zu vollbringen vermögen. Aber das Ganze schließt mit dem Satz: „Wenn Sie glauben, 100 gr. Reis seien zu wenig, dann essen Sie ihn mit Stäbchen."

Und was sollen wir von dem Schlußsatz dieser „Pfundssache" halten: „Lassen Sie nicht länger die Gesellschaft über Ihre Gürtellinie entscheiden." Ist das nur eine andere Version des Satzes, den man bei Nestroy lesen kann: „Die edelste Nation unter allen Nationen ist die Resignation"? Nicht nur Alexander hatte seinerzeit Probleme mit Diogenes.

Der Kräuteresser von Leningrad – Ein Hinweis auf den Philologen Meilach

Engel der „Verschwiegenen"

Wir schreiben das Jahr 1940. Ein großer russischer Dichter, A. Wjedenskij, *wird „abgeholt"*. Weshalb? Wer weiß das schon. Millionen von Menschen sind in der Stalin-Ära „einfach so" und ohne Grund verschwunden. Vor allem jene, die Talent hatten. Denn Stalin war der einzige, dem es zustand, in allen Bereichen über Talent zu verfügen. Freunde und jene, die A. Wjedenskijs Poesie liebten, konnten bis heute nicht herausfinden, wo und wann der Dichter umgekommen ist. Auch andere russische Dichter, unter ihnen so große Namen wie O. Mandelstam oder D. Charms, sind in jener Zeit *spurlos* verschwunden.

In der Chruschtschow-Ära hat man einige dieser Verschwundenen wiederentdeckt und postum rehabilitiert. Es wurde auch ein Teil ihrer Werke wieder publiziert. Aber viele Manuskripte waren bereits vernichtet oder unauffindbar. Die russische Literatur *nach 1917 ist voller „weißer Flecken"*. Daß das Werk vieler Geächteter oder zumindest ihre Bibliographie dennoch gerettet werden konnte, ist nicht zuletzt das Verdienst eines Philologen, der sich schon in ganz jungen Jahren dazu entschloß, seine ganze Schaffenskraft der Erhaltung, Sicherung oder Rekonstruktion der Werke verfolgter Schriftsteller zu widmen – und der deshalb seit drei Jahren selbst inhaftiert ist.

Lektorat der Ablagen und der Giftschränke

Er heißt Michail Meilach und ist heute 45 Jahre alt. Er studierte russische Literatur und Romanistik an der Universität von Leningrad und arbeitete später als Lektor und Übersetzer. Ich hörte zum ersten Mal von ihm als Studentin der Literatur Anfang der sechziger Jahre. Damals war unser Hunger nach der Stimme der „Verschwiegenen" groß, nach den Gedichten der Mandelstam, Pasternak, Achmatowa, M. Zwetajewa, D. Charms, A. Wjedenskij – um nur einige zu nennen. Man konnte diese Autoren auf handabgezogenen Zetteln lesen, die unter eingeweihten Studenten die Runde machten und zum kostbarsten Besitz gehörten, über den ein Leningrader Literaturstudent verfügte. Woher diese Manuskripte stammten, wußte niemand. *Erst viel später, als ich schon zum* engeren Kreis der „Eingeweihten" gehörte, erfuhr ich, daß ein gewisser Michail Meilach dahinterstehe, der als Universitätsassistent Zugang zu den „Giftschränken" hätte und im übrigen durch unendlichen Fleiß und Mut eine stattliche Sammlung von verbotenen Manuskripten zusammengebracht habe, indem er bei den Angehörigen von Inhaftierten vorsprach, bei Verlagslektoraten die Masse der abgelehnten Einsendungen sichtete usw.

Heute, seit sechs Jahren im Westen lebend, *darf ich sagen:* Ohne Michail Meilach wären aus uns, mir und meinen Kollegen, keine wirklichen Philologen geworden. Wir hätten überhaupt keinen Begriff von der originalen russischen Literatur während der Stalin-Ära erhalten.

Lebt man in der Sowjetunion, so weiß man nicht, was in einem Monat erlaubt sein wird und was nicht. Ende der sechziger Jahre wurden in der UdSSR einige Werke von Mandelstam, Pasternak, Achmatowa und Zwetajewa publiziert – aber nur in homöopathischen Dosen und selektiert. Dank Meilachs wußten wir, was die Dichter wirklich geschrieben hatten. Und dank Meilachs wußten wir auch, welche Namen fehlten, z. B. A. Wjedenskij und D. Charms.

Michail Meilach besaß ihre Werke im Original und dazu noch die Originale vieler anderer „Verschwiegener", die bis zum heutigen Tag keine Druckerlaubnis erhielten. Er wurde im Untergrund zu einem namhaften Philologen. Auf Grund seiner guten Beziehungen zu französischen Fachkollegen gelang es ihm, manches Manuskript nach draußen zu bringen und im Ausland drucken zu lassen. Er wollte seine Liebe zur Poesie mit vielen Menschen teilen. Das ist jedoch nicht erlaubt in einem Land, wo jede nicht „von oben" gepriesene Liebe eine tödliche Gefahr in sich birgt. Noch dazu weiß niemand, was heute gerade verboten ist und was nicht.

Wenn Liebe und Treue gefährlich werden, weil niemand weiß, was man gerade lieben darf und was nicht, so verlernt man sie allmählich. Noch dazu verliert man vieles, wie zum Beispiel das Rückgrat. Aber das macht nichts, denn so ist es sogar bequemer in einem Land, wo man nicht aufrecht gehen, sondern kriechen soll. *So sind viele in der UdSSR zu „Wirbellosen"* degeneriert.

Nicht so Michail Meilach. Als das KGB 1983 zuschlug, war er längst darauf vorbereitet und hatte, so gut es ging, dafür gesorgt, daß die wertvollsten Manuskripte nicht in die Hand des KGB fallen konnten. Dennoch fanden die KGB-Agenten in seiner Wohnung genügend Indizien dafür, daß M. Meilach ein Verbrecher war: Bücher und Manuskripte voll von Gedichten. Aber das KGB ist gnädig. Beim Verhör gibt man Meilach eine Chance: Er soll seine „Verbrechen" in *einem Fernsehinterview* „bereuen" und seine Lieblingsdichter mit Dreck bewerfen.

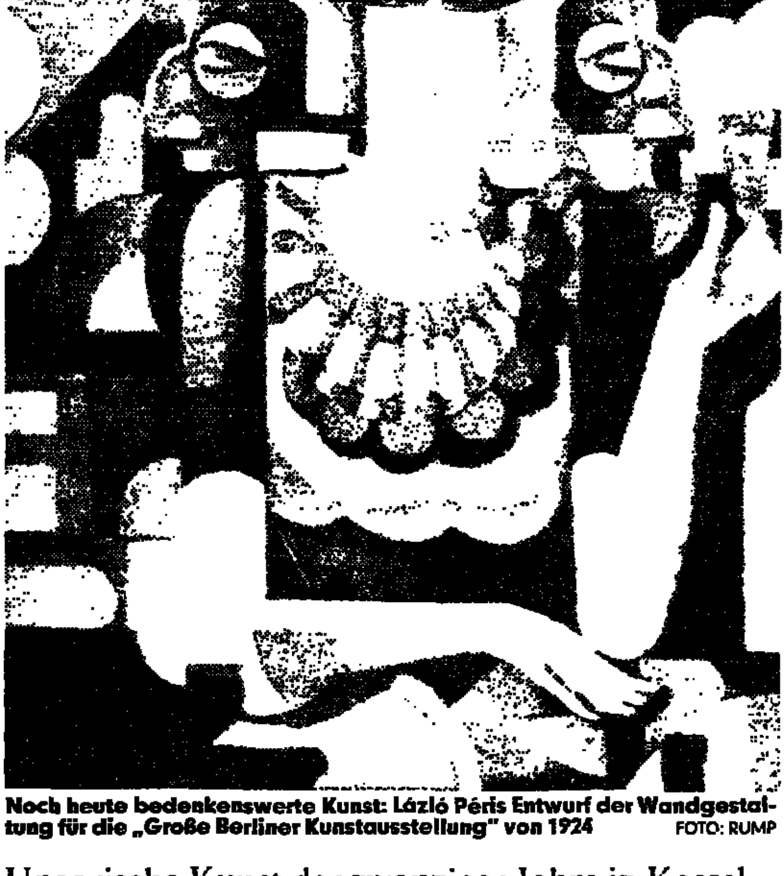
Der Staat, der sich vor der Poesie fürchtet

Dafür verspricht man Meilach die Freiheit. Doch der verzichtet auf eine solche Freiheit. Und er wird dorthin geschickt, wo viele seiner Lieblingsdichter schon einmal waren und wo viele von ihnen für immer verschwunden sind. Er wird zu sieben Jahren Zwangsarbeit und fünf Jahren Verbannung verurteilt.

Warum er, der im Gefängnis schwerkrank geworden ist, in den grausamsten KZs der UdSSR leiden muß, „erklären" KGB-Agenten in einem Artikel der Zeitschrift *„Zwezda". Nummer 3, 1985.* Sie schreiben, wie schlecht und verdorben Meilach ist. Was wird ihm vorgeworfen? Daß er ein Yoga-Anhänger sei, daß er gerne „Kräuter" esse, daß er „keine wissenschaftlichen Entdeckungen" gemacht habe!

Am Ende ihres Elaborats kommt noch eine merkwürdige Wendung: Es werde, heißt es da, auch in keinem westlichen Land geduldet, daß jemand die Staatssicherheit bedrohe. Nun, wenn es eine Bedrohung der Staatsorgane ist, wenn jemand Poesie zu Hause hat, sie anderen zum Lesen *weitergibt und publizieren läßt* – was soll das dann für ein Staat sein? Was ist das für ein Staat, der vor der Poesie zittert und vor einem Menschen, der die Poesie retten will?

ANNA NATALIA MALACHEWSKAJA



Noch heute bedenkenswerte Kunst: László Péris Entwurf der Wandgestaltung für die „Große Berliner Kunstausstellung" von 1924 FOTO: RUMP

Ungarische Kunst der zwanziger Jahre in Kassel

Reklame schadet nicht

Die ungarische Kunst der zwanziger Jahre fand in Deutschland statt – in Berlin, in Weimar und Dessau. Die Weimarer Republik konnte sich einer international bedeutsamen und international beeinflußten hohen Kultur rühmen – und das ungarische Element darin war überaus fruchtbar *und wichtig. Dem Schaffen der etwa* 40 ungarischen Künstler, die damals in Deutschland lebten, ist jetzt eine große Ausstellung in der „Neuen Galerie" in Kassel gewidmet, die von einer Arbeitsgruppe des Fachbereichs Kunst der dortigen Gesamthochschule auf die Beine gestellt worden ist.

Es war eine richtige Symbiose, ein Zusammenleben zum beiderseitigen Vorteil, in der die Ungarn und die Deutschen verbunden waren. Lehraufträge, etwa am Bauhaus, gaben den ungarischen Künstlern die wirtschaftliche Grundlage für ihr Schaffen, dafür erfand Marcel (eigentlich: Lajos) Breuer seine Stahlrohrmöbel am Bauhaus, und dafür trug László Moholy-Nagy zum Ruf der Avantgarde-Kunst in Deutschland bei.

Auf der großen Kunstgewerbeausstellung in Paris 1930 erregte *Deutschland erstmals nach Jahren* der Absenz wieder Aufsehen durch hohen ästhetischen Standard, und es waren ungarische Künstler, die daran wesentlichen Anteil hatten – die Bauhaus-Künstler Breuer, Moholy-Nagy und István Sebök. Aber auch in der Malerei und in den neuen Medien Fotografie und Film haben ungarische Künstler einen bedeutenden Beitrag zur Kunst der damaligen Zeit geleistet.

Warum kamen sie? Viele waren Enttäuschte, die in den 139 Tagen der ungarischen Räterepublik den Odem der Hoffnung auf eine bessere Welt gespürt hatten und nun im Exil lebten, wo sie sich einen Hauch davon bewahren konnten. So beginnt die Ausstellung auch mit einigen Beispielen von Bildzeugnissen der Räterepublik und späteren Exilbildern, in denen solche Ideale und die ent*täuschte Hoffnung* die *Spannung* abgeben, aus der die schöpferische Entladung drang.

Hierzu gehören expressionistische Werke von Marcel Breuer, Bela Uitz und Károly Kernstok, in denen vor allem symbolistische und religiöse Neigungen erkennbar werden. Viele Ungarn waren auch an Herwarth Waldens „Sturm" beteiligt – neben Moholy besonders Lajos d'Ebneth, László Peri und Hugo Scheiber. Die Expressiven waren zahlreich – und hatten Qualität.

Ein weiterer Schwerpunkt war – *und das zeigt sich auch deutlich in* der Ausstellung – die konstruktive Kunst. László Péri hat auch hier seine – vielleicht die bedeutendere – Spur hinterlassen. Seine „Raumkonstruktion III" von 1920 oder sein Entwurf für eine Wandgestaltung für die „Große Berliner Kunstausstellung" von 1924 sind auch nach 65 Jahren noch bedenkenswerte Kunst. Auch die „Bildarchitekturen" von Lajos Kassák, beeindruckend in ihrer überzeugenden Einfachheit und Strenge, und die konstruktiven Arbeiten von Moholy verfehlen nicht ihre Wirkung auf den Betrachter.

Architektur und Fotografie, Theater, Reklame, Typographie und Film sind weitere Kapitel einer Ausstellung, die eine Kunst- und Kulturgeschichte erlebbar macht, die noch nicht ausreichend im Bewußtsein verankert ist. Reklame war alles an*dere als für Künstler anrüchig.* Zusammen mit der Architektur galt sie als das tragende Moment der Großstadtkultur, die als Ergebnis des Wandels der Wahrnehmung infolge der Wandlung der Produktionsvorgänge interpretiert wurde: So wie der Arbeiter nur Teilstücke, nicht das ganze Produkt sieht, so sehr hat sich seine Fähigkeit gesteigert, auf Reize zu reagieren. Das Leben und die Kunst standen unter der Vorherrschaft der Dynamik der Großstadt.

In der Fotografie der Ungarn in Weimar herrscht eine ausgesprochene Vorliebe für Strukturen, hervorgerufen durch Licht und Schatten. Außerdem für den ausgefallenen Blickwinkel und die merkwürdige Situation – bis hinein in die „Bildware", die in den illustrierten Zeitungen zu finden war, und die, wie etwa bei Martin Munkacsi, versuchte, den Gegenstand durch sein Abbild greifbar zu machen – und die letztlich so den Blick auf die wirkliche Welt verstellte. (Bis 1. Januar 1987 in Kassel, vom 10. 1. bis 15. 2. im Museum Bochum. Katalog 35 Mark)

GERHARD CHARLES RUMP

Luzern: „Rothschilds Geige" erstmals auf der Bühne

Tote zahlen keine Steuer

Jene Oper des 1941 gefallenen Schostakowitsch-Schülers Benjamin Fleischmann – nach der gleichnamigen Tschechow-Erzählung – hatte selbst ein trauriges Schicksal. Von Schostakowitsch zu Ende komponiert und instrumentiert, erlebte „Rothschilds Geige" nur eine Studioaufführung 1968 in Leningrad, inszeniert von Solomon Volkov und dirigiert von Schostakowitschs Sohn Maxim. Dann verfiel das Stück, welches Versöhnung zwischen Christen und Juden predigt, dem Verdikt, „Wasser auf die Mühlen unserer Feinde" zu sein. Als Schostakowitschs Witwe Irina in Vorbereitung des Schostakowitsch-Festivals nach Duisburg kam, empfahl sie eben dieses Stück zur westlichen Erst- beziehungsweise öffentlichen Uraufführung. Aber auch die kam im Dezember 1984 nur in konzertanter Form zustande.

Wie denn so oft russische Komponisten in der Schweiz entdeckt wurden – an Skrjabin und Strawinsky sei erinnert – kam die Initiative zur Bühnenpremiere auch diesmal von dort: Rudolf Baumgartner hatte die Idee und realisierte sie zusammen mit dem Stadttheater Luzern und dessen Ensemble. In dem finnischen Bassisten *Asko Kytömäki fand er jenen* wuchtigen Naturburschen-Typ für die Hauptrolle des Sargtischlers Bronze, der mit seiner Geige im jüdischen Hochzeitsorchester aushilft, dabei mit dem Flötisten Rothschild in Streit gerät, ihn beleidigt und mißhandelt und aus Reue ihm schließlich seine Geige vermacht – *auf der dieser* alsbald so traurig zu spielen beginnt wie vordem auf seiner Flöte. Bei alledem hat dieser Naturbursche Tschechowsche Philosophie szenenwirksam zu machen: Eine der unheimlichsten Figuren der Operngeschichte, die in allen Aufwendungen zum Leben immer nur Verluste zu erblicken vermag, während der Tod – man muß nichts mehr essen und keine Steuern zahlen – ein Gewinn wäre.

Aber doch träumt er von einer Welt, in der die Menschen einander nicht Schaden zufügten, sondern Nutzen brächten, und diese Vision wird von den Komponisten mit schönsten Mahlerschen Sehnsuchtsklängen untermalt. Wer von beiden es war – Schostakowitsch oder sein jüdischer Schüler, von dessen Volk ihn die Musik immer faszinierte – darüber kann man nur spekulieren.

Bei der Inszenierung hielt sich Peter Rasky mit seinem Bühnenbildner Dieter Stegmann eng an Motive des Fleischmannschen Librettos – Hochzeit im reichen Kaufmannshaus, der Weidenbaum als Sinnbild wahreren Lebens – und verstärkte einige (die Hochzeitsgesellschaft wird zum Subjekt eines Pogroms), ohne andererseits die Handlung mit jedem Detail zu belasten: Bronze steht an keiner Hobelbank, seine Frau stirbt in keinem Bett (Glanzleistung in dieser Rolle: Nadine Asher); es wird mehr ein Spiel symbolistischer Visionen. Ernst A. Steinhoff als Rothschild verkörpert Schutzlosigkeit – die „Festival Strings" sitzen als jüdisches Ballorchester malerisch auf der Bühne.

DETLEF GOJOWY

Nächste Vorstellungen: 7. und 19. Dezember, 13., 17. und 25. Januar; Karten: 0041/41/23 66 18–19



München: H. Muellers „Totenfloß" unter Tabori

Männer mit Charakter

Seit dem Orwell-Jahr 1984 zum achten Mal renoviert, stößt Harald Muellers „Totenfloß" jetzt in den Münchner Kammerspielen unter George Tabori ab zu der inzwischen schon populären Horror-Fahrt von vier Ausgespuckten der vergifteten Gesellschaft im Jahre 2050. Vom bewohnbaren Areal Nordbaden 3 (Heidelberg) geht's auf die mit Dioxin, Chlorbenzol, Araldit, Epichlorhydrin et cetera angefüllte Kloake namens Rhein hinunter nach Xanten, der angeblich cleanen Stadt. Dort aber lauert nur das maritime EX.

Was bei der Ur-Inszenierung in Oberhausen noch eine dramaturgisch unbeholfene Zukunftsvision war, galt nach Tschernobyl plötzlich als das lang ersehnte zeitnähere „Stück zum Thema des Jahres" und kam gleich im Dutzend auf die Spielpläne, ohne die Aufregung über das reale Reaktorunglück auch nur ein wenig umzuleiten ins Theater. In Düsseldorf machte sich unter Michael Brauns eher harmloser Regie keinerlei Entsetzen breit. In Stuttgart schützten Henning Rühles wechselnde Projektionen nicht vor Langatmigkeit. Und in Basel arrangierte Herbert König mehr anheimstellend als sichtbar beteiligt die Giftfahrt in den Tod als Armes Theater.

Unter den bisherigen Totenflößern ist Tabori zweifellos der erfahrenste. Wenn ihm auch die tägliche Giftausschüttung in den Rhein für seine Premiere geholfen hat wie noch nie ein Mäzen aus der Industrie – er hat als *erster ästhetisch frech durchgespielt,* was aus der stumpfen Krüppelsprache und dem überdimensionalen Phantasie-Anspruch bei gleichzeitiger Pingeligkeit im Detail herauszuholen ist.

Erstens fällt er nicht auf die übliche Science-fiction-Dämonie herein, sondern er findet eine Art postmodernen Hades aus geflickten Leinentüchern, in dem die verdammten Vier auf einem hohlen Flügel durch knöcheltiefes Wasser rollen. (Arnulf Schumacher als Hauptangeber „Checker" hangelt ihn vorwärts an einem Netz, das auf halber Höhe den Schau- und Müllplatz überspannt). Das ergibt unheimlich poetische Bilder, allerlei Plantsch-Effekte und das angenehme Theatergefühl: endlich kommt der szenische Witz hinter dem geschwätzigen End-Jargon zum Vorschein (Bühne: Andreas Szalla).

Zweitens hat Tabori fortgeführt, was in Stuttgart bei Anne Bennent in der Rolle von Bjuti so menschlich berührte: Seine Vier haben Charakter. Sie sind erkennbar als tierisch leidende Wracks. Ihre Regungen erzwingen Interesse, und wo sie ins Fantastische übertreiben, erlauben sie immer noch eine genaue Rückrechnung in die Ängste der Gegenwart (wie Harald Mueller sie sieht).

Das vorgeschriebene Große Tamtan, die regelmäßige Menschen- und Schadstoffausschüttung ins Unbewohnbare, ist bei Tabori nur ein fernes Heulen, ein Knistern und Knakken. Und der sonst erst am Schluß als verbotenes Luxus-Geräusch erklingende Mozart begleitet in München das Spiel von Anfang an – der größtmögliche Kontrast zu der „krezzi äkschen" wie Checker sagt, der Macho, der bluthustende Tarzan mit der rabiaten Xanten-Utopie. Schumacher brüllt den barbarischen Chemie- und Durchhalte-Slang oft als unverdaulichen Silbenschwall übers Wasser. Bis auch er zuletzt, angesteckt von der aus verbotener Lyrik klappernden Bjuti (Ursula Höpfner), von Kirschblütenzeit träumt und vom verflossenen Gold der Tage.

Eine tragikomische Clowns-Qualität kommt ins Spiel durch Ignaz Kirchners (Itai) verzweifelnd schmollendes Festhalten an der alten Giftwelt-Ordnung und durch seine gehemmte Eigenbrötlersprache. Liebe ist für ihn „ordnungswidriger Schit", und so zeigt er sie auch. Jan Biczycki als der (jüdisch anmutende) Alte, der die Vogelstimmen durch Imitieren für die Erinnerung rettet, hat mit Checker und Itai eine der eindringlichsten Szenen: Sie stellen die aufgefischten Schuhe an der Rampe auf und betrachten sie wie in einer Gedenkstunde für Auschwitz. Daß sie den Neunzehnhunderter als Mitverantwortlichen am Gesamt-Schit töten, stört das neunzehnhunderter Publikum nicht im geringsten. Es *klascht laut und lang, und nur Harald* Mueller schluckt an einigen Buhs, die er wegen manchem Textleerlauf auch verdient.

ARMIN EICHHOLZ



Tragikomische Clownsfigur: Ignaz Kirchner als Itai FOTO: ODA STERNBERG

AUSSTELLUNGSKALENDER

Albstadt: Neuerwerbungen der Stiftung Walther Groz – Städtische Galerie (bis 25. Jan.)
Bern: Der Blaue Reiter – Kunstmuseum (bis 15. Febr.
Bielefeld: Europäisches Kunsthandwerk 1500–1800 – Kunsthalle (bis 4. Jan.)
Bremen: In Rembrandts Manier – Kunsthalle (bis 4. Jan.)
Braunschweig: Goya – Die Schrecken des Krieges – Herzog Anton Ulrich-Museum (bis 14. Jan.)
Darmstadt: Sammlung Frank – Hessisches Landesmuseum (bis 1. März)
Düsseldorf: Im Licht des Nordens – Kunstmuseum (bis 1. Febr.)
Große Kunstausstellung NRW – Kunstpalast (bis 4. Jan.)
Frankfurt: Die Bronzen der fürstlichen Sammlung Liechtenstein – Schirn (bis 15. Febr.)
Jasper Johns – Retrospektive der Druckgraphik – Schirn (bis 25. Jan.)
Französische Malerei des 17. und 18. Jahrhunderts – Städel (bis 1. März)
Freiburg: Bert Jäger – Museum für Neue Kunst (bis 4. Jan.)
Hannover: Jean-Michel Basquiat – Kestner-Gesellschaft (bis 25. Jan.)
Picasso – Sprengel-Museum (bis 15. März)
Ludwigshafen/Rhein: „Von zwei Quadraten" – Wilhelm Hack zum Gedächtnis – Wilhelm-Hack-Museum (bis 18. Jan.)
Stadt Marl: Eduardo Paolozzi: Köpfe – Skulpturenmuseum (bis 19. Jan.)
München: Fabergé – Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung (bis 22. Febr.)
Glanz und Untergang des alten Mexiko – Haus der Kunst (bis 1. März)
Oskar Kokoschka – Arbeiten für die Bühne – Villa Stuck (bis 11. Jan.)
Münster: August Macke – Westfälisches Landesmuseum (vom 7. Dez. bis 8. Febr.)
Nürnberg: Richard Lindner – Norishalle (vom 12. Dez. bis 1. März)
Mit Zirkel und Richtscheit. Albrecht Dürers „Unterweisung und Messung" – Albrecht-Dürer-Haus (bis 31.12.)
Stuttgart: Deutsche realistische Zeichnungen der zwanziger Jahre – Staatsgalerie (bis 28. Dez.)
Im Material – Württembergischer Kunstverein (bis 18. Jan.)
Wien: Gold und Macht – Künstlerhaus (bis 25. Jan.)
Zürich: Werner Bischof – Photographien – Kunsthaus (bis 11. Jan.)
Joan Miró – Kunsthaus (bis 1. Febr.)

Stephen King verfilmte seine Erzählung „Rhea M"

Rasenmäher läuft Amok

Zwar schneidert er seine Horrorstoffe schon leinwandgerecht zu. Doch die Verfilmungen seiner Bücher quittierte Amerikas Gruselkönig Stephen King meist mit harscher Kritik. So durfte Stanley Kubrick für „Shining" zwar üppiges Kritikerlob einstreichen, mußte sich vom Autor des übersinnlichen Thrillers jedoch vorhalten lassen, die Vorlage allzu kühl seziert zu haben. Kubrick befindet sich in einer prominenten Riege von getadelten Kollegen, da King John Carpenters „Christine" und David Cronenbergs „Dead Zone" ebenfalls nicht goutierte.

Statt nun jedoch für seinen ersten eigenen Film einen seiner aktuellen Verkaufsschlager zu bebildern, wählte King für „Rhea M" seine 1973 erschienene Kurzgeschichte „Trucks" als Vorlage aus: eine Art belletristische Fingerübung. Da gerät die Erde in den Schweif des Kometen Rhea M, der *prompt für Unheil sorgt.* Flipperautomaten spucken plötzlich etliche Freispiele aus. Rasenmäher laufen Amok. Kurz, die Technik rebelliert gegen ihre Schöpfer.

Freilich fehlte King offenbar der Mut, diesen Krieg zwischen Mensch und Maschine bis zum bitteren Ende zu denken. Denn während alle Atomraketen brav in ihren Silos bleiben, darf lediglich ein leicht antiquiertes Maschinengewehr den Aufständischen Schützenhilfe leisten. Also keine Apokalypse, aber immerhin eine merkwürdige Wiedergeburt ehrwürdiger Westernmotive. Einige schwere Lastwagen nämlich formieren sich zur Belagerung nach Indianerart und umkreisen eine triste Truckerstration. Warum das umzingelte Personal nur zaghaft von seinem scheinbar unerschöpflichen Vorrat an Raketenwerfern Gebrauch macht, bleibt Kings Geheimnis.

Die chromblitzenden Ungetüme müssen hübsch der Reihe nach explodieren und Hollywoods Feuerwerker ihre Talentproben in üppig bemessenen Abständen ablegen. Bei solchen Knalleffekten bestätigt sich denn auch die Tendenz der letzten King-Romane: Säte er das Grauen früher mit horrender Raffinesse in gepflegte Vorgärten, so bevorzugt er heute den schrillen Schock.

So entpuppt *sich* dieser Streifen allenfalls als clever kalkuliertes Zutatenwerk. Ein bißchen Nervenkitzel, ein bißchen robuster Slapstick-Humor, eine keimfreie Romanze und die inzwischen zur Banalität verflachte Technikkritik wurden uninspiriert miteinander verquirlt. Mit Angriffen auf Kubrick sollte sich der Schöpfer solcher Dutzendware künftig sehr zurückhalten.

WILM HART

JOURNAL

Klassiker verloren auf deutschen Bühnen

dpa, **Köln**

Die großen Klassikerwerke haben auf deutschsprachigen Bühnen an Attraktivität verloren. Unter den zehn meistaufgeführten Stücken der Spielzeit 1985/86 sind nach der soeben veröffentlichten Statistik des Deutschen Bühnenvereins in Köln nur noch zwei Klassiker: Shakespeares „Hamlet" und Molières „Tartuffe". 1984/85 war unter den ersten zehn Werken noch jedes zweite ein Klassiker. Ganz oben in der neuen Statistik: Dario Fos „Offene Zweierbeziehung" mit 914 Aufführungen im deutschsprachigen Raum, Christine Brückners „Ungehaltene Reden ungehaltener Frauen" (516 Aufführungen) und Patrick Süskinds „Der Kontrabaß" (428 Aufführungen).

England, Entdeckungen und Seemacht

J. S. **Aberdeen**

Das National Maritime Museum in Greenwich hat eine neue Galerie für die Austellung „Discovery and Seapower, 1450–1700" eingerichtet. Zu verfolgen sind die Entdeckungen der großen Seefahrer wie Christopher Columbus, die Anfänge der Royal Navy unter Heinrich VIII. sowie die Heldentaten elisabethanischer Entdecker wie Drake, der um die Welt segelte und an der Niederlage der Armada beteiligt war. Dazu kommen Schiffsmodelle, holländische Seestücke und Waffen.

Brahms-Wettbewerb für Klavier solo

DW. **Hamburg**

Vom 28. September bis zum 4. Oktober 1987 wird in Hamburg zum dritten Mal ein Brahms-Wettbewerb durchgeführt, der diesmal für das Klavier als Soloinstrument ausgeschrieben worden ist. Preise in Höhe von 18 000 Mark stellt die Oskar und Vera Ritter Stiftung für den Hauptwettbewerb zur Verfügung. Anmeldeschluß ist der 31. Juli 1987.

Maler Guttuso schenkt dem Staat Werke

dpa, **Rom**

Der Maler Renato Guttuso hat elf seiner bedeutendsten Werke dem italienischen Staat geschenkt. Die Bilder, die von der „Kreuzigung" aus dem Jahr 1941 bis zum „Porträt von Sarah Bernhardt" des Jahres 1985 die ganze Schaffensperiode des 74jährigen Künstlers umfassen, sind bis zum 7. Dezember in Rom in einer Sonderausstellung zu sehen. Später sollen sie im römischen Nationalmuseum für moderne Kunst einen dauerhaften Platz erhalten.

Mechthild Gessendorfs erfolgreiches Met-Debüt

DW. **New York**

Die deutsche Sopranistin Mechthild Gessendorf hat jetzt ihr höchst erfolgreiches Debüt an der New Yorker Metropolitan Opera gegeben – und zwar in der Partie der Marschallin im „Rosenkavalier" von Richard Strauss. Die Amerikaner lobten den großen Ton und die Textdeutlichkeit der Sängerin; die Reaktionen reichten bis zu dem Kompliment, sie sei der Met „beste" Marschallin seit Lotte Lehmann". Verpflichtungen deutscher Sänger an die Met sind in den letzten Jahren sehr selten geworden. Im Dezember und Januar singt Mechthild Gessendorf Elsa im „Lohengrin" und Senta im „Fliegenden Holländer" an der Wiener Staatsoper sowie die „Fledermaus"-Rosalinde in Köln.

Catlin, Bodmer und das Bild des Indianers

DW. **Dortmund**

Als „Edelleute der Natur" stellt das Museum für Kunst und Kulturgeschichte die Indianer Nordamerikas vor. In der Ausstellung wird anhand von mehr als achtzig Gemälden, Zeichnungen und Graphiken, die George Catlin und Carl Bodmer nach ihren Reisen zwischen 1831 und 1836 in die nordamerikanischen Prärien anfertigten, gezeigt, welches Bild sich das 19. Jahrhundert von den Indianern machte. Der Katalog von Hans Wilderotter (96 S., 82 Abb., 22 Mark) *versucht in seinen Textbeiträgen* die nicht unwesentliche Diskrepanz zwischen Vorstellung und Wirklichkeit auszudeuten (bis 4. Januar).

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Körperliche und/oder seelische Überforderung führt in den Streß. Muß man sich damit abfinden, oder gibt es eine Ausweg? Bordemann behauptet, einen praktikablen Ratgeber geliefert zu haben. Wer aber erst einmal „unter Druck ist", dem hilft das pseudo-praktische Büchlein auch nicht weiter. Wer sich mit dem Streßphänomen allgemein und theoretisch beschäftigen will, der jedoch findet hier einen Einstieg in die Diskussion.

Ho

Bordemann: „Zuversicht schafft Erfolg". 194 Seiten, 29 Mark. Taschenbuch für die Wirtschaft, Band 48 I. H. Sauer-Verlag GmbH

„Tod allen, die den wahren Gott verraten“

Prozeß gegen ‚Gruppe Ludwig‘ / 15 Morde, lautet die Anklage

F. MEICHSNER, **Verona**

Unter der Anklage des 15fachen Mordes stehen seit gestern in Verona ein junger Deutscher und sein italienischer Freund vor Gericht. Ihnen wird vorgeworfen, unter dem Decknamen „Ludwig“ zwischen 1977 und 1984 elf Terrorakte verübt zu haben, mit denen sie angebliche moralische Verfehlungen der Opfer bestrafen wollten. Beide Angeklagten, die aus dem Großbürgertum stammen und ihre politischen Sympathien zur extremen Rechten nie verhehlten, haben sich für unschuldig erklärt, obwohl sie am 4. März 1984 in flagranti bei dem Versuch gefaßt worden waren, in Castiglione delle Stiviere zwischen Verona und Brescia eine mit 400 Jugendlichen gefüllte Diskothek in Brand zu stecken.

Auf das Konto der Angeklagten wird von der Staatsanwaltschaft auch die Brandstiftung in der Münchner Diskothek „Liverpool“ gesetzt, bei der am 8. Januar 1984 die 20jährige Tochter eines italienischen Gastarbeiters ums Leben gekommen war. Auch bei dieser Aktion hatten die Täter, wie bei allen ihren anderen Terrorakten, Zettel mit dem in Runenschrift geschriebenen, mit einem Hakenkreuz versehenen Namen „Ludwig“ hinterlassen. 1982 stand auf einem dieser Zettel auch der folgende Satz: „Das Ziel unseres Lebens ist der Tod derjenigen, die den wahren Gott verraten.“

Beide Angeklagten sind überdurchschnittlich begabt, laut medizinischem Gutachten aber nur bedingt zurechnungsfähig. Der 27jährige Deutsche Wolfgang Abel, Sohn eines heute pensionierten deutschen Versicherungskaufmannes, der in Verona tätig war, hat in Mathematik promoviert, sich nebenbei aber leidenschaftlich auch für Philosophie interessiert. Sein 26jähriger italienischer Freund Marco Furlan ist der Sohn eines bekannten chirurgischen Chefarztes in Verona. Er studiert Physik und steht kurz vor dem Studienabschluß. Bei beiden diagnostizierte der psychologische Gutachter: „Ihnen fehlten in der Kindheit Liebe, Zärtlichkeit und menschliche Wärme als notwendige Voraussetzungen für die Persönlichkeitsbildung.“

Die Liste der den beiden zur Last gelegten Verbrechen beginnt mit der Verbrennung eines 33jährigen Drogensüchtigen am 25. August 1977 in Verona. Die nächsten Opfer waren Homosexuelle, eine Prostituierte, zwei Mönche, ein Priester, Besucher von Sex-Kinos und Diskotheken sowie weitere Rauschgiftsüchtige. Drei von diesen, die in Verona in einem verlassenen Turm schliefen, wurden mit Benzin übergossen und angezündet. Einer davon starb an den Verbrennungen. Im Mai 1983 gab es bei der Brandstiftung im Mailänder Sex-Kino „Eros“ sechs Tote.

Keines dieser Verbrechen haben Abel und Furlan bisher zugegeben. Die Anklage stützt sich unter diesen Umständen vor allem auf zwei gewichtige Indizien: die versuchte Brandstiftung in der Diskothek von Castiglione delle Stiviere, bei der beide gefaßt wurden, und die Tatsache, daß seitdem kein einziges „Ludwig“-Verbrechen mehr verübt wurde. In der Untersuchungshaft hatten beide Angeklagten mehrfach versucht, Selbstmord zu begehen.

Vulkan in Japan hat neuen Gipfel

dpa, **Tokio**

Der Mihara-Vulkan auf der Insel Oshima südlich von Tokio, bei dessen Ausbruch am 21. November alle 10 000 Einwohner die Insel verlassen mußten, wird in Landkarten und Reiseführern künftig neu beschrieben werden: Ein neuer Gipfel, 40 Meter vom bisherigen entfernt, ist mit 764 Metern sechs Meter höher als der alte. Außerdem sind 17 neue Krater entstanden. Der Lavastrom hat nach den jüngsten Messungen einen Punkt erreicht, der nur einen Kilometer vom Ortszentrum entfernt liegt.

Balsam gegen wunde Hundepfote

dpa, **Düsseldorf**

Zu Beginn der kalten Jahreszeit sollte der wahre Tierfreund auch seinen Hund „winterfest“ ausstatten. Für den Spaziergang im Schnee empfiehlt der Industrieverband Heimtierbedarf (IVH) einen Pfotenschutzbalsam in Sprayform, der den Hundefuß nicht nur vor dem Streusalz, sondern auch vor Eis und Schmutz bewahren soll.

Nach dem Spaziergang sei die Pfotenwäsche mit warmem Wasser zu empfehlen. Hunde-Schuhe seien nur bei verletzter Pfote angebracht.

Die Donaumetropole steht in Hollywood als Filmkulisse hoch im Kurs



Ein gutgelaunter James Bond im Prater: Der neue 007-Darsteller Timothy Dalton *FOTO: EASTLIGHT*

Die Hofburg wurde zur Reichskanzlei

KURT POLLAK, **Wien**

Immer mehr angelsächsische Film- und Fernsehproduktionsfirmen machen sich den Status der „immerwährenden Neutralität“ Österreichs zunutze, um in der Donau-Metropole Szenen zu drehen, für die sie in Ostblockstaaten keine Drehgenehmigung erhalten würden. Deshalb erkennen die Wiener hin und wieder Teile ihrer Heimatstadt nicht wieder.

So wurden die Antonigasse und die Umgebung der Wiener Volksoper im gutbürgerlichen 18. Gemeindebezirk Währing stilecht in die „Kvorak Ulice“ der slowakischen Hauptstadt Preßburg umfunktioniert, weil der neue 007-Agent Timothy Dalton jenseits des Eisernen Vorhanges eine gefährliche Mission zu erfüllen hatte. Zwei Wochen lang stand Wien im Banne des neuesten Bond-Thrillers „The Living Daylights“.

Wiens Gemeindeväter hatten für die Dreharbeiten sogar die populärsten Touristenattraktionen zur Verfügung gestellt. Das 120köpfige Filmteam durfte das Riesenrad im Prater ebenso okkupieren wie Teile von Schloß Schönbrunn und andere Sehenswürdigkeiten. Die Filmmogule Hollywoods ließen sich die geplanten zehn Filmminuten eine Stange Geld kosten: rund sieben Millionen Mark. Außerdem bleiben weitere Millionen für Hotelaufenthalte und Verköstigung der gesamten James-Bond-Filmcrew im Lande.

Nicht zu verachten ist auch die Heranziehung einheimischer Filmspezialisten, Schauspieler für Nebenrollen sowie Komparsen, Handwerker und Dekorateure. Die an der Donau produzierten Thriller entpuppen sich als Werbeknüller. Das hat sich schon kurz nach Kriegsende gezeigt, als Wien Schauplatz des Films „Der dritte Mann“ mit Orson Welles war.

Doch weil ein James Bond im Jahre 1986 allein das Kraut nicht fett macht, sagen Wiens Gemeindeväter bereitwillig ja und Amen, wenn ihnen andere Filmprojekte unterbreitet werden. Deshalb fegte vor einigen Wochen auch ein „Feuersturm“ über die Stadt. In der Umgebung der k. u. k. Hofburg auf dem Heldenplatz gab es einen kriegerischen Feuerzauber im allerbesten Hollywood-Stil.

Wien verwandelte sich für eine Nacht aus dem Preßburg des 007-Agenten James Bond urplötzlich in die ehemalige Reichshauptstadt Berlin. Die Wiener Hofburg wurde in Hitlers Reichskanzlei umgemodelt, die von brennenden Panzern und zerstörten Militärfahrzeugen gesäumt und unter Beschuß liegend die letzten Tage des Krieges für die große US-Fernsehserie „Feuersturm“ über sich ergehen lassen mußte. Ein „Fieseler Storch“ gehörte neben Hunderten als SS-Leute und Sowjetsoldaten verkleideten Statisten zu den weiteren Requisiten dieser Serie über den Zweiten Weltkrieg.

Nicht von Pappe waren auch die Investitionen, die von dem Produzenten von „Anastasia“ mit Omar Sharif in der Hauptrolle in Wien getätigt wurden. Man spricht von fünf Millionen Mark. Den Wienern kann's recht sein, wenn ihr durch den Weinskandal ohnehin noch immer ramponiertes Image in der Welt von Hollywood-Produzenten und ihren Spitzenstars aufpoliert wird.

Ein Optimist aus dem Wiener Rathaus meinte dazu: „Um Wiens guten Ruf wiederherzustellen, sind wir bereit, uns zu prostituieren und unsere Stadt vorübergehend auch noch in andere Ostblockstädte verwandeln zu lassen. Und wenn die Amis einmal in Rotchina keine Drehbewilligung erhalten sollten, lassen wir Wien auch gerne in Peking oder Shanghai verwandeln …“

Zahl der Juden in der Diaspora sinkt

AFP, **Jerusalem**

Die Zahl der in der Diaspora (außerhalb Israels) lebenden Juden sinkt. Wie aus einem gestern von der israelischen Presse veröffentlichten Bericht der Zionistischen Weltorganisation hervorgeht, wurden 1970 in der Diaspora noch 10,4 Millionen Juden gezählt, während es 1985 nur noch 9,5 Millionen waren. Im Jahr 2025 wird es nur noch sechs Millionen außerhalb Israels geben. Als Gründe dieser Entwicklung werden Mischehen, Assimilierung, Konversion und Geburtenrückgang genannt. Die Berichterstatter schlagen vor, für rein jüdische Ehen zu werben und Juden dazu anzuhalten, wieder mehr Kinder in die Welt zu setzen.

Urteil zum Kettenbrief

DW. **Karlsruhe**

Eine Kettenbriefaktion ist kein unerlaubtes Glücksspiel. Der Begriff des Glücksspiels setzt einen Einsatz des Spielers voraus, was bei einer Kettenbriefaktion nicht der Fall ist. Veranstalter und Teilnehmer einer Kettenbriefaktion machen sich nicht strafbar, entschied der Bundesgerichtshof (Az.: IV StR 148/86).

Gesünder essen in Belgien

dpa, **Brüssel**

In Belgien gelten seit gestern strengere Vorschriften für die Herstellung von Brot, Holzkohle und Spielzeug. So soll das Brot künftig reicher an Ballaststoffen sein, um Zivilisationserkrankungen vorzubeugen. Spielzeug für Kinder unter 14 Jahren darf nur aus Gummi, Holz, Plastik oder rostfreiem Metall bestehen.

Rekordpreis für Brieftaube

AFP, **London**

Ein britischer Brieftaubenzüchter hat für eine einzige Taube mit 41 000 Pfund (etwa 118 000 Mark) zehnmal soviel Geld gezahlt, wie das Tier in Gold aufgewogen wert gewesen wäre. Die Brieftaube mit dem Namen Peter Pan, die eine Entfernung von 950 Kilometer und mehr bei einer Geschwindigkeit von 80 km/h zurücklegen kann, soll nur noch für Zuchtzwecke eingesetzt werden.

Lieber reisen als sparen

dpa, **Bielefeld**

29 Prozent der Deutschen würden einen überraschenden Geldsegen für eine Urlaubsreise nutzen. Vor elf Jahren waren es 28 Prozent, berichtete Emnid. Während sich damals noch ein Viertel der Befragten für das Sparen aussprachen, wollten dies heute nur noch 19 Prozent tun.

WETTER: Im Norden etwas Regen

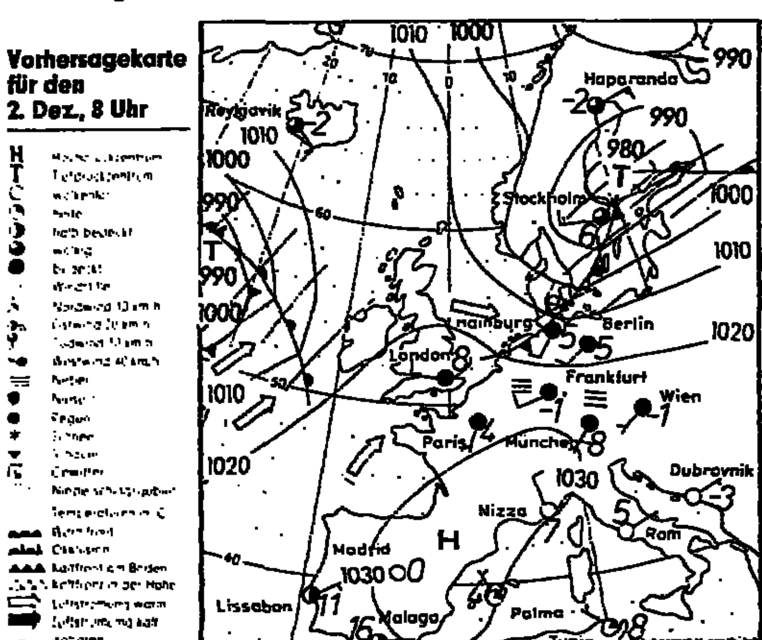
Lage: Das Hoch schwächt sich in seinem Nordteil vorübergehend ab, so daß atlantische Tiefausläufer auf den Norden übergreifen können. Der Süden bleibt unter Hochdruckeinfluß

Vorhersage für Dienstag: Im Norden vereinzelt etwas Regen. Höchsttemperaturen 5 bis 8, nachts 3 bis 6 Grad. Mäßiger, an der Küste frischer Wind aus westlichen Richtungen. Im *Süden morgens Nebel, dabei streckenweise* Reifglätte. Im Tagesverlauf Nebelauflösung und heiter. Nachmittagstemperaturen um 7, nachts Frost zwischen -1 und -5 Grad. Schwacher Südwestwind.

Weitere Aussichten: Im Norden freundlich und mild, im Süden wenig Änderung.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 8.07 Uhr*, Untergang: 16.16 Uhr; **Mondaufgang:** 10.48 Uhr, Untergang: 17.27 *Uhr (* MEZ: zentraler Ort Kassel).*

Vorhersagekarte für den 2. Dez., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	2	he
Bielefeld	0	bd
Braunlage	0	he
Bremen	1	bd
Dortmund	2	bw
Dresden	4	be
Düsseldorf	1	bd
Erfurt	2	wl
Essen	0	bw
Feldberg/S.	1	wl
Flensburg	4	bd
Frankfurt/M.	-1	Ne
Freiburg	-2	Ne
Garmisch	4	wl
Greifswald	3	bd
Hamburg	2	bw
Hannover	1	he
Kahler Asten	2	he
Kassel	-1	bd
Kempten	6	wl
Kiel	4	bd
Koblenz	3	bw
Köln-Bonn	5	wl
Konstanz	-2	bd
Leipzig	2	be
List/Sylt	8	bd
Lübeck	3	bd
Mannheim	-1	bd
München	-1	wl
Münster	0	bd
Norderney	4	bd
Nürnberg	-1	bw
Oberstdorf	6	wl
Passau	-1	bd
Saarbrücken	0	he
Stuttgart	1	wl
Trier	0	bd
Zugspitze	2	wl

Ausland:		
Algier	14	he
Amsterdam	4	bw
Athen	13	he
Barcelona	12	wl
Belgrad	2	bd
Bordeaux	9	wl
Bozen	6	wl
Brüssel	3	bw
Budapest	0	bd
Bukarest	0	bd
Casablanca	20	he
Dublin	10	bw
Dubrovnik	14	he
Edinburgh	9	Rs
Faro	16	he
Florenz	8	wl
Genf	1	bd
Helsinki	6	he
Hongkong	20	he
Innsbruck	4	he
Istanbul	7	R
Kairo	16	bw
Klagenfurt	-1	he
Konstanza	2	bd
Kopenhagen	6	Sp
Korfu	17	he
Las Palmas	21	bw
Leningrad	6	he
Lissabon	10	he
Locarno	7	wl
London	12	bd
Los Angeles	18	bw
Luxemburg	-3	Ne
Madrid	8	he
Mailand	7	wl
Malaga	17	he
Mallorca	18	he
Moskau	2	R
Neapel	14	wl
New York	-1	he
Nizza	15	he
Oslo	7	bw
Ostende	4	bd
Palermo	17	he
Paris	2	bd
Peking	8	bd
Prag	1	he
Rhodos	15	he
Rom	11	he
Salzburg	0	wl
Singapur	29	bw
Split	15	he
Stockholm	7	bw
Straßburg	-1	bw
Tel Aviv	9	R
Tokio	14	bw
Tunis	17	he
Valencia	15	he
Varna	5	he
Venedig	8	wl
Warschau	4	he
Wien	-2	bw
Zürich	-2	Ne

bd = bedeckt; bw = bewölkt, Gr = Graupel, Gw = Gewitter, he = heiter, IW = in Wolken, Ne = Nebel, R = Regen, Rs = Regenschauer, S = Schneefall o. Schneeschauer, Sp = Sprühregen, Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos, – = keine Angabe

Fast neun Wochen Ferien mit nur 32 Urlaubstagen

dpa, **Hamburg**

Im Volksmund ist 1987 ein „Arbeitnehmerjahr“. Viele gesetzliche Feiertage in der Woche können in Verbindung mit Samstagen und Sonntagen nach dem Motto „Planung ist das halbe Leben“ ein optimales Freizeitergebnis bescheren. Der Clou: Wer 32 Tage Urlaub hat, könnte der Arbeit *im kommenden Jahr 62 Tage (fast* neun Wochen) entkommen.

So „kosten“ 23 Ferientage über Ostern (19./20. April) in der Zeit vom 11. April bis zum 3. Mai nur zwölf Urlaubstage. 16 Tage Freizeit für acht Urlaubstage kann man sich über Pfingsten (7./8. Juni) sichern – und zwar vom 6. bis zum 21. Juni. Genutzt werden dabei die gesetzlichen Feiertage Pfingstmontag (8. Juni) und der 17. Juni, wobei der Fronleichnam am 18. Juni als Feiertag in einigen Regionen nicht mitgezählt ist. Drei Ferienwochen für zwölf Urlaubstage winken Arbeitnehmern nochmal zwischen dem 19. Dezember und dem 10. Januar 1988.

Grundsätzlich sollte man im kommenden Jahr vor allem die Zeit zwischen April und Juni für sich zu nutzen. Hier liegen die meisten Feiertage, an denen auch Kurzurlauber die Beine hochlegen können. Wer Kollegen möglichst lange nicht sehen will und 30 Urlaubstage hat, sollte sie vom 1. Mai an nehmen. 49 Tage kommen so zusammen.

In der Mode darf man drüben ruhig anti sein

Mischfasern statt Baumwolle und vorgewaschene Jeans

JUTTA LAUTERBACH, **Berlin**

Schon seit geraumer Zeit entgeht aufmerksamen Lesern der „DDR“-Presse nicht, daß die Damen und Herren „drüben“ von einer Art „Mode-Revolution“ erfaßt worden sind, wie das Ostberliner Blatt „Der Morgen“ schrieb – in der Mode dürfen die *„DDR“-Bürger ruhig „anti“ sein. Nun* konzentrieren sich die Modemacher offenbar auf die Jugend, wobei dieser Begriff mit jenen zwischen „14 und 30“ weit gefaßt ist. Diese Kunden, so heißt es in einem vierteiligen Korrespondentenbericht, die „auf Anti-Mode schwören, wollen alles andere als bieder gekleidet gelten“.

In der Vergangenheit „recht stiefmütterlich behandelt“ („Neues Deutschland“ von 1968), orientierten sich die Kollektionen für Teens und Twens Mitte der 80er Jahre an „internationalen Trends und bieten Vielfalt für individuelles ‚Verkleiden‘“. Gleichwohl, das Grundproblem von Mode, immer der Zeit ein Stück voraus und dem Zeitgeist auf der Spur zu sein, sei noch nicht endgültig bewältigt, heißt es selbstkritisch.

Das Modeinstitut der „DDR“ in Berlin will nun aber nach Angaben seiner Atelierleiterin *Christiana* Franke mit extravaganten Schöpfungen das Lebensgefühl jener an der „Schwelle zum Erwachsensein zur Schau stellen und alle vom Kauf abhalten, für die unsere Kollektion nicht gedacht ist“. Dabei würden einheimische Stoffe favorisiert: Nicht mehr nur Baumwolle, sondern Mischfasern sollen in der „DDR“ verarbeitet werden. Schwarz ist auch im anderen Deutschland „in“, und die „guten alten Jeans“, vorgewaschen neu*erdings, gingen millionenfach über* den Ladentisch.

Die Kunden scheinen das Angebot anzunehmen: Mehr als zwei Milliarden Mark Umsatz habe die Jugendmode bei einer achtprozentigen Zuwachsrate 1986 erzielt, erläuterte Bernd Mothes, Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Leichtindustrie der „DDR“. Dabei sei in diesem Bereich die „jährliche Innovationsrate“ etwa doppelt so hoch wie bei sonstigen Konsumgütern und betrage zwischen 60 und 80 Prozent. Weil Jugendmode nicht subventioniert sei wie etwa Kindermode, müßten ein „steigender Arbeitsaufwand durch mehr Details“ und damit einhergehende Preissteigerungen unter anderem durch die Entwicklung neuer Textilien in der „DDR“ aufgefangen werden. Außerdem müsse Jugendmode offen sein für vielschichtige Erwartungen, weil die „Zielgruppe der 14- bis 30jährigen im Extremfall schon Tochter und Mutter, im Normalfall Schüler und Lehrer“ umfasse. (dpa)

ZU GUTER LETZT

*„Alter Baum, leicht ergraut, oben kahl, mit harter Rinde und weichem Kern, ist der steten Axt seines holzfällenden Weibes müde und sucht um*weltschonende Behandlung.“ Aus *dem Bonner „Generalanzeiger“ in der Rubrik „Ehewünsche“.*